



Interview mit israelischem Botschafter Yakov Hadas-Handelsman
SEITE 12-13

ART WORKS
junge israelische Kunst in München
SEITE 26



«Die jesidischen Milizen brauchen Waffen.»
SEITE 21



WORT DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wie die Redaktion und ich aus der beachtlichen Zahl Ihrer Zuschriften entnehmen und mit großer Freude feststellen durften, haben Sie unsere Zeitschrift auch im zweiten Monat ihres Erscheinens mit großem Wohlwollen und Interesse aufgenommen. Die Zahl unserer Leser hat sich deutlich erhöht und nicht wenige von Ihnen haben uns mitgeteilt, dass unsere Publikation bereits nach den zwei ersten Ausgaben zum festen Lese-Bestandteil geworden ist und sie sich bereits auf unser neues Erscheinen freuen. Dafür vielen Dank – wir sehen Ihr ermutigendes Interesse als unsere Verpflichtung und Motivation an, Sie auch weiterhin zu unseren zufriedenen Lesern zu zählen. Im September schließt sich mit dem Ausklang des Monats Elul das alte jüdische Jahr – am ersten Tage des Monats Tishrei beginnt für Eretz Israel und die jüdische Gemeinschaft in der ganzen Welt mit Rosh Hashanah die Zeit der hohen Feiertage und das neue Jahr 5775.

Rosh Hashanah, das jüdische Neujahrsfest ist einer der höchsten Feiertage des jüdischen Volkes, die Tage vor dem Ende des alten und dem Anfang des neuen Jahres sind ein Symbol für den sich stets erneuernden Kreislauf des Lebens und geben Anlass zur Besinnung auf das Vergangene und zur Hoffnung auf das Kommende.

Für den Staat Israel und das gesamte jüdische Volk steht dieser Jahreswechsel im Zeichen eines Israel durch ebenso grausamen wie sinnlosen Mord und Raketen-Terror der Hamas aufgezwungenen, andauernden Verteidigungskrieges, der zeitweise zu einem Drei-Fronten-Beschuss Israels geführt hatte, und den Israel weder verschuldet hat, noch beabsichtigte fortzuführen. Bis auf die letzte gegenwärtige Waffenruhe wurden die den Hamas-Terroristen durch Israel gewährten Waffenruhen sämtlichst – wenn sie durch die Hamas, ohne nennenswerte Beachtung durch unsere Medien, nicht gerade zu Massenhinrichtungen von eigenen, mit der Mord-Politik der Hamas nicht konformen Gaza-Bewohnern missbraucht wurden – mit perfidem Kalkül vorsätzlich durch den aus Gaza kommenden Dauerbeschuss israelischer Städte und deren Bewohner gebrochen.

Die von den hiesigen Medien in nahezu gleichgeschaltetem Einklang vor allem Israel angelasteten Opfer unter der Bevölkerung Gazas gehen ausschließlich auf das Konto der menschenverachtenden Hamas-Clique, die die wichtigsten ihrer Terrorbosse in befestigten Unterkünften oder im terrorverbündeten Qatar in Sicherheit gebracht hat, während sie gleichzeitig ihre Bevölkerung – vornehmlich Frauen und Kinder – gezwungen hat, als lebende Schutzschilde für ihre Mord-Raketen zu dienen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 € Schweiz 4,60 CHF



Das jüdische Neujahr 5775

Von Clemens HENI

Am 25. und 26. September feiern Jüdinnen und Juden weltweit das jüdische Neujahrsfest, Rosh Hashanah 5775. Alle wünschen sich gegenseitig ein glückliches und fröhliches Neues Jahr. An Rosh Hashanah wird das Schofar geblasen, was der Dramatik der Festtage, die Einkehr und Erinnerung betonen, besondere Bedeutung verleiht. Für viele Juden ist es ein fröhliches Fest und einer der schönsten Feiertage im Jahresrhythmus.

Die letzten Wochen hingegen waren für Juden wie für Israel dramatisch. Jüdisches Leben in Deutschland, Europa und weltweit ist wieder in Gefahr.

«Aux arms, les citoyens» – zu den Waffen, Bürger!, so beginnt die französische Nationalhymne, die Marseillaise. Die heutigen Reaktionäre, die sich dem Fortschritt in den Weg stellen, sind keine Könige, Prinzen und Kirchenoberhäupter, vielmehr jene fanatischen Araber, Islamisten oder Klerikalfaschisten und ihre Fans im Westen, die allen gesellschaftlichen Fortschritt rückgängig machen wollen. Bekanntlich hatten die französischen Revolutionäre ein ambivalentes, gespaltenes Verhältnis zu Juden. «Juden als Bürger: alle Rechte! – Juden als Nation: keine Rechte!» war die Parole, sozusagen eine Absage an den Zionismus avant la lettre, bevor es ihn unter diesem Namen überhaupt gab. Und dennoch kann einem in einer solchen Situationen wie der heutigen, trotz aller Zurückhaltung bezüglich historischer Vergleiche, jene Stelle im Liebesfilm Casablanca in den Sinn kommen, wo die Antifaschisten, gespielt von Humphrey Bogart und Ingrid Bergman, die Marseillaise anstimmen und die grölenden Nazis überstimmen. Sicherlich eine der bewegendsten Stellen der Filmgeschichte. Und heute? In Spanien wurde in einem Stadion in riesigen Lettern Hitler gedankt, in England ziehen Islamisten T-Shirts an, die ebenso den deutschen Führer als Vorbild abbilden und in Deutschland schreien Jugendliche türkischer oder arabischer Herkunft Juden schamlos ins Gesicht: «Hitler war der Beste!»

Von der «Wacht am Rhein» zu «Allahu Akbar»?

Holocaustleugnung war gestern, heute ist die Bejahung dieses unvergleichlichen deutschen Verbrechens Teil der antisemitischen Alltagskultur – hierzulande, in Europa und im Nahen Osten. Stimmen im amerikanischen Film Casablanca von 1942 die Deutschen «Die Wacht am Rhein» an, so schallt heute «Allahu Akbar» durch die Straßen. Die Klerikalfaschisten sind natürlich nicht mit dem Nationalsozialismus in eins zu setzen.



Vorbild für Europa im Jahr 5775? Über 10.000 Menschen auf einer Pro-Israel Kundgebung in New York City, Dag Hammarskjöld Platz, 28. Juli 2014

Aber viele radikale Muslime, Islamisten und Araber beziehen sich tatsächlich häufig positiv auf den SS-Staat und eifern ihm nach. Die brutalsten antisemitischen Sprechchöre wurden wochenlang auf europäischen Straßen angestimmt und Juden eingeschüchert, bedroht, angegriffen sowie Synagogen, Gemeindehäuser und Privatwohnungen mit Brandsätzen oder Steinen und andern Wurfgeschossen attackiert. Das sind keine staatlichen Pogrome wie 1938, das ist jedem klar. Aber die nicht-staatlichen Antisemiten der unzivilen Gesellschaft sind furchterregend und gefährlich genug und könnten jüdischem Leben in Europa in nicht sehr ferner Zeit ein Ende bereiten, da sich die Juden gezwungen sehen könnten, diesen elenden Kontinent zu verlassen.

Greuelaten und Alkohol-Diät

Als die FAZ-Journalistin Hannah Lühmann Mitte August darauf hinwies, dass einige Mainstream-Blogs bezüglich Islamismus und Jihad oder Alkoholismus in äquidistanter Art und Weise schreiben und die Selbstverständlichkeiten der medialen Verwahrlosung in den Fokus nahm, sich mithin dagegen wendete, Islamismus mit banalen oder absurden Phänomen zu verwechseln, erntete sie einen Twitter-Shitstorm. Lühmann hatte geschrieben:

Das Magazin «Vice» berichtet über Greuelaten in Syrien wie über die Folgen einer Alkohol-Diät – immer in demselben Duktus. Daran nimmt sich die hiesige Bloggerszene ein Beispiel. Muss das sein?

Außerdem prägte sie den treffenden Begriff der «eruptiven Betroffenheit». Dabei ist diese «Betroffenheit» in den Medien und der gesamten Gesellschaft häufig nur Teil einer beliebigen Gefühlslage, wo die Nichtverfügbarkeit eines kleinen Beistelltschens bei IKEA den gleichen Furor hervorruft wie Nachrichten über ein Massaker im Irak, wobei der Ärger über das Tischthema zu meist deutlich länger anhält.

Wehrhaftigkeit

Vor 75 Jahren, am 1. September 1939, begann Nazi-Deutschland den Zweiten Weltkrieg mit dem Angriff auf Polen. Nach dem 8. Mai 1945 wollte in der BRD so gut wie niemand wahrhaben, dass ohne Waffengewalt der Roten Armee der Holocaust nicht beendet worden wäre und ohne die US Army, die englischen, französischen und kanadischen Armeen auch Westeuropa nicht befreit worden wäre von den Deutschen.

Der Soziologe David Hirsh aus England ist ein Kritiker des Antisemitismus. Wir treffen uns in unregelmäßigen Abständen auf internationalen Konferenzen weltweit. Als «Linker» ist er gegen alle möglichen, angeblichen oder tatsächlichen rechten und extrem rechten Entwicklungen in Israel oder in Europa. So ist David ein Gradmesser. Im aktuellen Konflikt sind wir völlig einer Meinung. Denn natürlich war auch er für den notwendigen Krieg Israels gegen die Hamas, der ein defensiver Krieg war. Hirsh sieht zudem, wie lebensentscheidend Waffen für die pro-westlichen, antiislamistischen Kämpferinnen und Kämpfer im Irak, in Syrien und anderen Gegenden sind. Im Gegensatz zu seinen linken Kolleginnen und Kollegen in Deutschland ist ihm auch bewusst, wie wichtig Waffengewalt im Zweiten Weltkrieg war. Heute wird ernsthaft darüber diskutiert, ob man wirklich mit Waffengewalt die Islamisten des IS darin hindern sollte, Menschen lebendig zu verbrennen oder ihnen die Köpfe abzuschlagen, oder nicht doch lieber auf eine Gesprächstherapie setzen sollte. Gleichzeitig wird Israel das Recht auf Selbstverteidigung de facto abgesprochen und pro-israelische Bundestagsabgeordnete wieder ausgeladen – man denke nur an den DGB in Ostfriesland oder an das Margot-Käbmann-Syndrom: angesichts von IS, Massenmord und Jihadismus Gewaltfreiheit zu predigen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1



Ein Nasenbär bekommt zu Rosh Hashanah im Zoo von Ramat Gan etwas Honig, September 2013

Heute wird ernsthaft darüber diskutiert, ob man wirklich mit Waffengewalt die Islamisten des Islamischen Staates darin hindern sollte, Menschen lebendig zu verbrennen oder ihnen die Köpfe abzuschlagen, oder nicht doch lieber auf eine Gesprächstherapie setzen sollte. Gleichzeitig wird Israel das Recht auf Selbstverteidigung de facto abgesprochen und pro-israelische Bundestagsabgeordnete wieder eingeladen – man denke nur an den DGB in Ostfriesland oder an das Margot-Käßmann-Syndrom: angesichts von IS, Massenmord und Jihadismus Gewaltfreiheit zu predigen.

Von «Kinderschändern» zu «Kindermördern...»

Wie der politische Aktivist Gabriel Goldberg in einem Text für die Jüdische Allgemeine im August schrieb, war für ihn als jungen Juden in der Bundesrepublik der Sommer 2012 eine Zeit des Horrors, als er merkte, mit welcher Wollust und Aggressivität weite Teile der Gesellschaft das jüdische Gebot der Beschneidung als ‚Kinderschändung‘ oder ‚überkommene Tradition‘ etc. lächerlich machten und Juden massiv diffamierten. Wie wir wissen gibt es auch linke, pro-israelische Aktivisten, die 2012 ohne mit der Wimper zu zucken Juden verbal attackierten, die Beschneidung ablehnten und die grotesksten Schauermärchen über diese Vorhautbeschneidung in die Welt setzten. Ein

Das jüdische Neujahr 5775

Hoffnung auf innere Einkehr Europas?

Schock für Juden in Deutschland.

Bleibt die Hoffnung auf eine innere Umkehr Europas im jüdischen Jahr 5775, hin zu einer offensiven Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa, einem kompromisslosen Kampf gegen den Islamismus in all seinen Facetten von legal bis terroristisch, und hin zu einer pro-israelischen politischen Kultur. Das sind Träume, gewiss. Wird das Träumen von der Polizei in diesem Land auch schon als «Provokation» betrachtet wie das Zeigen einer israelischen Fahne angesichts von Jihadisten, die auf den Straßen die braunen Nazis verehren und gegen Juden und Israel hetzen?

Was steht in dieser Ausgabe der JR?

Der Wirklichkeit entsprechend ist diese Ausgabe der Jüdischen Rundschau stark auf den Nahen Osten, Antisemitismus in Deutschland und die Situation für Israel ausgerichtet. Die unfassbaren antisemitischen Zustände sowie die extreme Gefahr für viele Tausend Menschen im Nahen Osten, wie Jesiden, Christen und Kurden im Irak bzw. Syrien durch den Terror des IS, zwingen uns dazu, sich mit diesen Phänomenen zuallererst und kritisch zu befassen.

Gleichwohl versucht die Jüdische Rundschau auch das Leben abseits dieser Tagespolitik in den Blick zu nehmen und die schönen wie zu Reflektion und Genuss anregenden Beiträge aus Kunst & Kultur zu würdigen. Wir stellen verschiedene Ausstellungen vor – wie die NordArt (S. 27) oder ART WORKS (S. 20) –, geben Hinweise auf musikalische Highlights auf den jüdischen Kulturtagen in Berlin (S. 30) und präsentieren ein «Geistergespräch» zwischen den Jazz- und Filmlegenden Alfred Lion bzw. Marlene Dietrich (S. 31). Historische Betrachtungen haben selbstverständlich ihren festen Platz in einer Jüdischen Rundschau, diesmal Betrachtungen über Juden im Ersten Weltkrieg und

ein Porträt des jüdischen Arbeiterführers Ferdinand Lassalle aus Anlass seines 150. Todestages. Kaum wahrgenommene Tendenzen der Erinnerung und Erinnerungsabwehr der Schoah in Ost- und auch Westeuropa werden zumindest angerissen und in Zukunft sicher noch häufiger thematisiert (S. 34, auch S. 35).

Die Jüdische Rundschau möchte zu Debatten anregen und z.B. Studierende, jüdische wie nicht-jüdische, junge wie etablierte Forscher und andere ermutigen ihre Sicht auf die aktuelle Situation zu beschreiben (S. 22). Auf unseren Seiten Aus der Bloggerszene will die JR insbesondere die sehr lebendige und außerordentlich bedeutende Pro-Israel-Szene im Internet mit der Welt des bedruckten Papiers in Beziehung setzen.

Interviews sind ein probates Mittel des Journalismus. In dieser Ausgabe habe wir u.a. Gespräche mit dem israelischen Botschafter Yakov Hadas-Handelsman (S. 12+13), der israelischen Historikerin und Islamforscherin Esther Webman aus Tel Aviv und mit einem Vertreter des Zentralrats der Jesiden in Deutschland.

Wir leben in einer Zeit, in der Journalisten oder Bürger beim Einkauf im Bäckerladen von Antisemiten und Islamisten mit dem Tode bedroht werden wie in Kassel; in der eine Frau, die eine Davidsternhalskette trägt und sich mit ihrer Tochter an der Kasse eines Supermarkts über Israel unterhält, von einer dahinter stehenden palästinensischen Kundin aggressiv beschimpft, bespuckt und von Begleitern der Araberin bedroht wird, so Ende August in Wolfsburg geschehen; schließlich leben wir in einer Zeit, in der solche antijüdisch motivierten Attacken gar in New York City passieren, wie mir eine Freundin aus New York, die Bestsellerautorin, berühmte Feministin und zionistische Islamismuskritikerin Phyllis Chesler, sagte. Unweit ihres Wohnortes in der Upper West Side,

wurde ein junges jüdisches Paar aus keinem anderen Grund als dem Jüdisch-Sein – der Mann trug eine Kippa, eine jüdische Kopfbedeckung – von palästinensischen Fahnen schwingenden Antisemiten angegriffen. Von Manhattan in die deutsche Provinz ist es also in puncto Antisemitismus heute nicht mehr weit, auch wenn es vermutlich weder in Wolfsburg noch München oder Berlin pro-israelische Kundgebungen mit über 10.000 Menschen geben wird – die jedoch gibt es immer wieder in New York. Kundgebungen hierzulande gegen «Judenhass» sind sehr wichtig. Doch kann es nicht auch sein, dass sich manche Teilnehmer ein gutes Gefühl geben wollen, nach außen hin gegen Judenhass aufzutreten, aber keineswegs für Israel aufzustehen? Diesen Eindruck verstärken manche Erklärungen von Studierenden oder auch Aufrufe zu Kundgebungen. Ebenso kann man die Teilnahme von leitenden Repräsentanten der evangelischen oder katholischen Kirche hinterfragen, sind doch gerade diese Einrichtungen während des neuerlichen Gazakrieges nicht gerade durch Kritik am Jihad und islamistischen wie palästinensischen antizionistischen Antisemitismus in Erscheinung getreten.

Die Jüdische Rundschau wird jedenfalls versuchen, dem Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft wie auch dem antisemitischen Islamismus, dem arabischen, rechten und linken Antizionismus und den ihn ignorierenden oder mit ihm kokettierenden Mainstream der deutschen Gesellschaft mit den bescheidenen Mitteln, die wir zur Verfügung haben, entgegen zu wirken und freut sich über die Mitarbeit und Unterstützung unserer Leserinnen und Leser. In diesem Sinne schana tova u'metuka, ein gutes und süßes Jahr 5775.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50

Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Dr. Susanne Wein,

Dr. Clemens Heni (clemens.heni@juedische-rundschau.de)

Administration: Michail Goldberg

Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin

• per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50

• per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung:

Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH

Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus

jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt. Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 01.05.2014

WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Während Israel immer wieder versucht mit einseitigen Waffenruhen für eine Entlastung der Zivilbevölkerung in Gaza zu sorgen, beschäftigt sich die Hamas vor allem damit, diese Waffenruhen umgehend zu brechen und zu verhindern.

Es ist daher unerträglich, wird von der Welt in keiner Weise gewürdigt und erfüllt uns mit Trauer, dass in diesem, dem Staat Israel – gerade und wegen seines ungebrochenen Friedenswillens – durch Hass und Terror der Hamas-Verbrecher aufgezwungenen Verteidigungskrieg, wegen der für jede Armee vorbildlichen Rücksichtnahme des israelischen Militärs auf die Zivilbevölkerung in Gaza, viele Todesopfer unter Israels Soldaten verschmerzt werden müssen.

Obwohl kein Staat dieser Welt zulassen könnte, in sein Gebiet reichende Mordtunnelsysteme stehen zu lassen und seine Bevölkerung dem täglichen Terror-Raketen-Beschuss seines verbrecherischen Nachbarn auszusetzen und obwohl dieses Selbstverteidigungsrecht Israels – wenn zum Teil auch nur widerwillig – selbst durch die westlichen Politiker und auch Ägypten anerkannt werden muss, werden große Teile der hiesigen Medien und ihrer epidemisch als Kommentatoren auftretenden selbsternannten Nahost-Experten, die bei zwischenzeitlich 170.000 Toten in Syrien und dem willkürlichen Hinrich-

tungsterror der ISIS eher zurückhaltend berichten, nicht müde, vor allem die Opfer in Gaza zu beklagen und hauptsächlich Israel dafür verantwortlich zu machen. Mit der gleichen Logik wäre der Kampf der Alliierten gegen das Nazi-Regime wegen der zivilen Opfer in Deutschland desavouiert worden und somit eine Befreiung von der schrecklichen Willkürherrschaft der Nazis unmöglich gewesen.

Der Verteidigungseinsatz Israels bietet auch widerwärtige Gelegenheit und heuchlerisches Alibi, den ohnehin in Deutschland und Europa bestehenden und rapide zunehmenden antijüdischen Vorbehalt noch ungenierter auszulieben. Linke Israelhasser und Terror-Versteher halten in ekelregender Allianz mit Mord an Juden propagierenden, Islam-bezogenen Hamas-Terror-Anhängern und den ewig gestrigen Antisemiten brauner Couleur an zahlreichen Orten Deutschlands und Europas gewalttätige Israel-Flaggenverbrennungs- und Judenverunglimpfungs-Aufmärsche ab, die ohne Einschreiten von der hiesigen, eigentlich den Gesetzen und der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichteten Polizei begleitet werden.

Während «Juden-ins-Gas»-Rufe und körperliche Angriffe auf als Juden erkennbare Personen bei unserer Polizei bestenfalls – wie in

Frankfurt/M und jetzt auch in Hagen geschehen – dazu führen, den meist muslimischen Rechtsbrechern noch einen polizeilichen Einsatzwagen oder zumindest Polizei-Lausprecher zur Verbreitung von Hetzparolen zur Verfügung zu stellen, wird gleichzeitig das Bekunden von Sympathie mit dem israelischen Staat und das Zeigen von israelischen Fähnchen von eben dieser Polizei als nicht zu dulden Provokation angesehen.

Das besonders Beunruhigende und Beängstigende daran ist, dass der große Teil unserer freiheitlichen Gesellschaften – nicht nur an deren Rändern – die Gefährdung unserer rechtsstaatlichen Systeme nicht einmal erkennen will und – wie zahllose Hass-Einträge in Blogs und sozialen Medien belegen – die antijüdische Grundhaltung mitträgt, während unsere Politik und unsere Medien derartige Vorfälle weitestgehend nicht für erwähnenswert halten oder mit halbherzigen Statements zu bagatellisieren versuchen.

Der demokratische Rechtsstaat ist die Grundlage unserer freiheitlichen, westlichen Lebenswerte.

Der explosionsartige Anstieg von nahezu unverhohlenen Antisemitismus gefährdet nur knappe 70 Jahre nach dem Ende des Holocaust das nur unter Schwierigkeiten wie-

Bedrohlicher Alltag

*Antisemitische Drohungen und Straftaten sind in Hessen an der Tagesordnung.
Nicht alle Übergriffe werden angezeigt*

Von Martin SEHMISCH

„Du warst doch bei der Judendemo!“ Mit diesen Worten wurde ein 18-Jähriger in Gießen Anfang August auf der Straße von zwei Unbekannten angesprochen. Wenige Tage später beschimpften ihn die Gäste eines Cafés als „Israel-Hurensohn“ und skandierten „Kindermörder Israel“ – offenbar als Reaktion auf sein T-Shirt mit der Flagge des jüdischen Staates. Bedrohlich sei das gewesen, berichtet der Schüler der Jüdischen Rundschau. Beide Vorfälle gingen glimpflich aus, weil der Bedrängte der direkten Konfrontation aus dem Weg ging. Der 18-Jährige hat indes Konsequenzen gezogen: „Ich trage das T-Shirt mit der israelischen Flagge nicht mehr.“ In der Polizeistatistik tauchen seine Erlebnisse nicht auf, weil er keine Anzeige erstattet hat. „Ich weiß ja nicht, was für Leute das waren und ob die mir hinterher Ärger bereiten, wenn ich sie anzeige“, sagt der Schüler. Zur Polizei habe er zudem „nicht so viel Vertrauen“.

Auch in Kassel gab es Drohungen gegen Menschen, die sich pro-israelisch positionieren. So wurde ein Mitglied des Bündnis gegen Antisemitismus (BgA) während einer Party von einem Linksextremisten beschimpft und bedroht. Der Täter habe Straftaten gegen Mitglieder des BgA angekündigt, teilte die Gruppe mit. Auch hier gibt es bislang keine Strafanzeige, obwohl die Identität des Täters bekannt ist. „Ich möchte nicht, dass die Zeugen ebenfalls bedroht werden“, erklärt der 28-jährige Betroffene seine Zurückhaltung. Eine nüchterne Kosten-Nutzen-Rechnung habe für ihn zu dem Schluss geführt, die Drohungen nicht anzuzeigen, „zumal man ohnehin nicht mit

einer freundlichen Behandlung bei der Polizei rechnen kann“. Der Ingenieur will künftig bestimmte Orte und Veranstaltungen in Kassel meiden, um sich nicht erneut einer Gefahr auszusetzen. „Die Ankündigung des Täters war ganz klar, dass er Gewalt anwenden will, wenn er mir mal alleine begegnet.“

Gegen eine Strafanzeige entschied sich auch eine Frankfurter Jüdin, die im Juli von einer offenkundig muslimischen Frau bespuckt wurde, weil sie einen Magen David am Hals trug. „Man weiß, dass solche Anzeigen nicht zu echten Konsequenzen führen“, berichtet eine Bekannte. Die angegriffene Frau habe zudem ihre betagte Mutter nicht durch eine Strafanzeige beunruhigen wollen.

Polizeistatistik wenig aussagekräftig

Derlei Beispiele zeigen, wie wenig die Polizeistatistik über die tatsächliche Situation auf den Straßen aussagt. Seit Beginn der antiisraelischen Demonstrationen Anfang Juli haben hessische Polizeidienststellen lediglich 26 Strafanträge aufgenommen, wie das hessische Innenministerium auf Anfrage unserer Zeitung mitteilte. Die meisten davon stellte die Polizei selbst, nachdem am 12. Juli 2014 eine Demonstration mit über 2.000 Teilnehmern auf der Frankfurter Zeil außer Kontrolle geraten war. Die Behörde hatte bis zuletzt nur mit 300 Teilnehmern gerechnet und war deshalb mit zu geringen Kräften vor Ort. Eine krasse Fehleinschätzung, wie die Ausschreitungen zeigten. Acht Beamte wurden verletzt. Den mutmaßlichen Tätern wirft die Polizei nun Körperverletzung, Landfriedensbruch, Widerstand und Sachbeschädigung vor.

Der missglückte Einsatz wurde bundesweit bekannt, weil die Beamten es

zuließen, dass Parolen wie „Kindermörder Israel“ und „Allahu akbar“ über einen Lautsprecherwagen der Polizei verbreitet wurden. Das habe zur Deeskalation beitragen sollen, hieß es später. In einer Landtagsdebatte wurden kritische Töne laut. Eine „völlig falsche Lageeinschätzung“ im Vorfeld der Demonstration warf etwa der FDP-Abgeordnete Florian Rentsch der Polizei vor. Auch SPD-Innenexperte Günther Rudolph zeigte für das partielle Versagen der Frankfurter Polizei wenig Verständnis. Liest man die vom Innenministerium erstellte Statistik, könnte man dennoch zu dem Schluss kommen, dass Hessen für Juden und ihre Unterstützer sicher ist. Angezeigt wurden neben den oben genannten Taten lediglich einige Propaganda-Delikte und Beleidigungen in Kassel, Zierenberg und Gießen.

Gemeinden fühlen sich geschützt

Beim Schutz der Jüdischen Gemeinden leistet die hessische Polizei dem Vernehmen nach indes gute Arbeit. Etwa in Kassel: Als hier ausgerechnet am Freitagnachmittag gegen Israel demonstriert wurde, sorgte die Polizei für den Schutz der Besucher des Schabbat-G'ttesdienstes. „Uns wurde sogar angeboten, die Teilnehmer bei Bedarf nach Haus zu begleiten“, berichtet die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Kassel, Ilana Katz. „Wir haben einen guten Kontakt zur Polizei“, sagt auch Bela Gusman von der Jüdischen Gemeinde Fulda. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden spricht ebenfalls von einer grundsätzlich guten Zusammenarbeit (siehe Interview auf dieser Seite).

Weitgehend erfolgreich war die hessische Polizei zudem beim Schutz von proisraelischen Kundgebungen. In Kas-

sel sorgte eine doppelte Polizeikette Mitte Juli dafür, dass die aggressiven Teilnehmer einer antiisraelischen Demonstration es bei Beleidigungen und Drohungen belassen mussten, als sie an einer proisraelischen Kundgebung vorbeiliefen. Auch in Gießen schützten die Beamten Ende Juli eine proisraelische Kundgebung vor Angriffen. „Die Polizei hat uns im Vorfeld mitgeteilt, dass es bei der Anreise für die Teilnehmer unserer Kundgebung gefährlich werden könnte“, sagt Mirco Pohl vom Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Gießen. „Das war aber nicht der Versuch, uns einzuschränken, sondern kooperativ gemeint.“ Die Kundgebung habe man wegen zahlreicher Störungen dennoch früher als geplant abbrechen müssen.

Dass die Polizei auch Einzelpersonen wirksam helfen kann erlebt in diesen Tagen zumindest die Frankfurter Jüdin E.P. Als ihr Wohnzimmerfenster Ende Juni mit einem antisemitischen Spruch bemalt wurde, hatte die Polizei den Vorfall zunächst wenig ernst genommen, berichtet sie. „Man sagte mir, so etwas komme doch in Frankfurt so gut wie nie vor.“ Nachdem im August dann aber eine volle Bierflasche durch das Fenster der bekannten Aktivistin flog, reagierte die Polizei klarer. „Die haben den Ermittlungsdruck gesteigert und fahren vermehrt Streife in meinem Wohnumfeld“, sagt P. „Seitdem fühle ich mich wieder sicher.“

So sind im Jahr 2014 in Hessen Juden und Unterstützer Israels damit beschäftigt, Angriffen auszuweichen. Der 28-jährige Ingenieur aus Kassel meidet bestimmte Orte. Und in Gießen hat der 18-Jährige Schüler sein T-Shirt mit Israel-fahne zurück in den Schrank gelegt. Wer weiß, wann er es da wieder herausholt.

«Wir sind genug geschubst worden»

Fragen an Dr. Jacob Gutmark vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen

JR: Wie fühlen sich die hessischen Juden angesichts zahlreicher antiisraelischer Demonstrationen?

JG: Das Gefühl, in Deutschland angekommen zu sein, hat in den vergangenen Monaten deutliche Risse bekommen. Beunruhigend ist für uns vor allem der heuchlerische Versuch, Antisemitismus von Antizionismus zu unterscheiden. Das geht nicht. Antizionismus ist heute die wichtigste Ausdrucksform für Judenfeindschaft.

JR: Gibt es eine Häufung von antisemitischen Äußerungen und Straftaten?

JG: Wir beobachten eine Zunahme von offener antisemitischer Agitation. Es gab in Hessen zahlreiche genehmigte Demonstrationen mit antisemitischen Parolen. Eine Frankfurter Synagoge und die Bildungsstätte Anne Frank wurden beschmiert. Es gab Aufkleber auf Briefkästen und an Schaufenstern. Menschen werden bedroht. Einer engagierten Frankfurter Jüdin hat man die Fenster ihrer Wohnung eingeworfen. Einem Frankfurter Rabbiner drohte man telefonisch an, ihn umzubringen, wenn es weitere tote Palästinenser gebe. Also ja, die aktuelle antiisraelische

Welle ist auch eine antisemitische Welle und eine, die in Taten mündet.

JR: Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei darauf richtig reagiert?

JG: Wir machen mit der Polizei generell gute Erfahrungen. Allerdings sind einzelne Polizisten mit der derzeitigen Situationen überfordert. Ihnen ist das Problem des Antisemitismus nicht geläufig. Vielleicht könnte eine bessere Ausbildung für mehr Sensibilität sorgen.

JR: Können Juden im Alltag ihre Religion zeigen?

JG: Viele Juden vermeiden das offene Tragen von jüdischen Symbolen. Nicht ohne Grund, denken Sie nur an die Überfälle auf Rabbiner in Offenbach und Berlin. Das war schon vor den antiisraelischen Demonstrationen in diesem Sommer ein Problem. Im Moment erleben wir solche Angriffe aber noch intensiver. Wenn die Sicherheitsbeauftragten der Gemeinden oder die Polizei dazu raten müssen, sich nicht öffentlich als Jude zu zeigen, macht uns das natürlich traurig. Es ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft. Es ist beschämend.

JR: Wenn die Demonstrationen vorbei sind, verschwinden die Antisemiten wieder in der anonymen Masse. Wie hoch ist die Dunkelziffer nicht angezeigter Übergriffe auf Juden und ihre Unterstützer im Alltag?

JG: Ich bin gar nicht so sicher, ob die Antisemiten heute wirklich noch die Anonymität vorziehen. Wir beobachten, dass sie frecher als zuvor auftreten. Die hessischen Juden werden vor allem verbal und damit emotional belagert. Ich erinnere an die Dauerformel der vermeintlichen Freunde Israels, die dann unbedingt die aktuellen Militäroperationen kritisieren müssen, gerade weil sie Israel so lieben. Solche Freunde machen uns große Sorgen.

JR: Was kann ein Jude tun, wenn er Opfer von Beschimpfungen, Drohungen oder tätlichen Angriffen wird?

JG: Verbale Aggressionen haben etwas Entlarvendes an sich, die muss man nicht unbedingt beantworten. Beschimpfungen und Drohungen kann man versuchen, aus dem Wege zu gehen. Und wir sollten nicht vergessen, dass wir unsere eigenen moralischen Grundsätze beibehalten. Wenn es zu körperlichen Angriffen kommt und



Dr. Jacob Gutmark

keine Polizei erreichbar ist würde ich allerdings körperliche Mittel zur Verteidigung einsetzen. Wir sind in tausenden von Jahren genug geschubst worden.

Dr. Jacob Gutmark ist Psychologe und Vorstand des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Dem 1948 gegründeten Dachverband gehören die Gemeinden Darmstadt, Kassel, Wiesbaden, Offenbach, Marburg, Gießen, Fulda, Bad Nauheim, Limburg und Hanau an. Er spricht für rund 5.100 Mitglieder. Der Landesverband ist Träger des jüdischen Religionsunterrichts in Hessen. Ihm obliegt zudem die Aufsicht und Betreuung der rund 350 jüdischen Friedhöfe in Hessen.

Die Fragen stellte Martin Sehmisch.

Wahnhaftes Zusammenkünften

Antisemitische Mythen über Rothschilds, Reptiloide und «Wetterwaffen»

Von Martin WASSERMANN

Seit Monaten machen sie mobil. Die Teilnehmer der neuen Montagsmahnwachen versammeln sich in vielen Städten der Bundesrepublik, um gegen Kriege und ihre vermeintlichen Verursacher zu protestieren. Dort lauschen die Teilnehmer den Reden ihrer Vordenker, die Krise, Kriege, Krankheiten und Katastrophen verdammten. Dabei werden eindeutige Schuldige benannt, die für die ausgemachten Übel verantwortlich sein sollen.

Wer eine der neuen Montagsmahnwachen aufsucht, wird mit den Namen Rothschild und Rockefeller konfrontiert. Er wird außerdem hören, dass eine kleine Konspiration existiert, die für alle Übel verantwortlich ist. Schließlich werden auf den Kundgebungen, die seit März des Jahres stattfinden, fast ausschließlich verschwörungsideologische Erklärungsmuster propagiert. In Berlin stieg die Teilnehmerzahl kurzzeitig auf mehrere tausend Teilnehmer an, auch wenn die Beteiligung mittlerweile gesunken ist.

Zunächst folgten die Beteiligten dem Aufruf des passionierten Fallschirmspringers Lars Mährholz, der sich zuvor als Event-Manager inszenierte. Auf den ersten Kundgebungen gab Mährholz nun den Eingeweihten, der anscheinend durch ein ausführliches Studium von YouTube-Videos an brisante Informationen gelangte, die er nun den Teilnehmenden präsentierte.

Amerikanische Zentralbank und Weltverschwörung

Sie beklatschen die Einlassungen des Aktivsten, der behauptet, dass sämtliche Kriege der letzten einhundert Jahre auf das Wirken einer kleinen, im geheimen wirkenden Clique zurückzuführen seien, die das amerikanische Zentralbankensystem und damit die USA kontrollieren würde. Mit diesem vermeintlichen Wissen von der Weltverschwörung formiert sich nun eine «Gemeinschaft», die, so fordert es der Eingeweihte, «mit einer Stimme sprechen soll». Dabei verfolgt Mährholz sogar «weltweite Ziele», die er mittels Erklärung festlegte.

Viele Teilnehmer der Mahnwachen inszenieren sich ebenfalls als Eingeweihte. Sie bezeichnen sich als «Truther» oder «Infokrieger», die einen «Informationskrieg» führen. Die martialische Selbstinszenierung findet sich auf den Internetseiten, in den Reden und in den Liedern eines Milieus, das nach den islamistischen Anschlägen des 11. September 2001 populär wurde. Es sind vor allem die Anhänger dieses Milieus, die sich an den Montagsmahnwachen beteiligen. Sie folgen den Aufrufen der Vordenker, die als Redner und als Musikanten auftreten.

Auf den Kundgebungen spricht der ehemalige RBB-Moderator Ken Jebsen. Er warnt in seinen Beiträgen, bei denen er von Thema zu Thema springt, gerne vor «radikalen Zionisten», die er als «mediale Massenvernichtungswaffe» bezeichnet. Als Redner hat Jebsen bisher dazu beigetragen, dass sich noch mehr Verschwörungsgläubige an den montäglichen Aktionen beteiligen, die sich nicht nur an seinen Mythen zum 11. September begeistern.

Andere Akteure des verschwörungsideologischen Milieus, wie der Autor Jürgen Elsässer, treten ebenfalls auf den Mahnwachen auf. Elsässer ist ein Herausgeber des Compact Magazins, in dem fast alle Verschwörungsmymen, die zur

Zeit populär sind, beschrieben werden. Elsässer geht es um eine «nationale Frage», mit der er «Massen» mobilisieren möchte. In einer Rede, die der Vordenker am 21. April in Berlin hielt, benannte er die vermeintlichen Schuldigen, die er anscheinend für allerlei Übel verantwortlich macht. Der Journalist, mit der Zielgruppe «Volk», der Ende 2012 an einer Privataudienz des Holocaustleugners Mahmud Ahmadinedschad teilnahm, sprach unter anderem von den Rothschilds und Rockefeller.



«Montagsmahnwache» in Berlin, Juli 2014

Antijüdische Mythen über die Rothschilds

Das Märchen von den Rothschilds, einer historisch existierenden Bankiersfamilie, der jüdischen Allmacht durch Konspiration unterstellt wird, wurde in vielen Städten erzählt. In Hamburg behauptete ein Sprecher am 19. Mai, dass Adolf Hitler zur Familie der Rothschild gehört hätte, um danach anzudeuten, dass Angela Merkel ebenfalls Teil der verhassten Familienstruktur sei. So wird nicht nur in der Hansestadt die uralte antisemitische Angst vor der jüdischen Allmacht fortgeführt.

Die Modernisierung uralter Verschwörungsmymen, die konstitutiver Bestandteil des historischen Nationalsozialismus waren, sind Redeinhalte, die auf den montäglichen Manifestationen des Irrationalismus zu hören sind. Damit stehen die Redner in einer eindeutigen Traditionslinie: Die Chiffre von den Rothschilds findet sich beispielsweise im antisemitischen NS-Hetzmfilm «Der ewige Jude».

Derartige Inhalte haben organisierte Nazis angezogen. Der Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke nahm am 21. April mit zahlreichen Unterstützern an einer Montagsdemo in Berlin teil, ohne dass es die Organisatoren störte. In weiteren Städten, wie München, Bautzen, Dortmund und Frankfurt, nutzten andere Nazis die Möglichkeit, den Verschwörungsmymen zu lauschen. Die bayrische NPD-Vize Sigrid Schüßler ging in Frankfurt auf die Straße, während der stellvertretende NPD-Vorsitzende Karl Richter gleich mehrmals bei verschwörungsideologischen Ausfällen in München zugegen war. In Berlin fertigten Aktivisten der rassistischen «Bürgerbewegung Hellersdorf» Porträtfotos von Gegendemonstranten und Journalisten an, die sie im Anschluss im Internet veröffentlichten. Derweil rief auch die rechtspopulistische «Alternative für Deutschland» aus Mecklenburg-Vorpommern zur Teilnahme auf.

Die Beteiligung von Nazis und Rechtspopulisten dürfte auf die Inhalte zurückzuführen sein, die auf den Mon-

tagsmahnwachen zu hören sind. In vielen Reden offenbart sich ein offener Geschichtsrevisionismus, der die deutsche Kriegsschuld leugnet. In anderen Reden wird die Bundesrepublik als besetztes Land imaginiert. Auf einem Transparent, das wiederholt in Berlin zu sehen war, wurde vor einer «alliierten Geschichtsschreibung» gewarnt. Auf einem Pappschild war von einer siebzehnjährigen Besetzung durch die USA die Rede, die beendet werden müsse. Den Zuschauern wurden derweil Flyer der nationalsozialistischen «Europäischen Aktion» gereicht.

Am Montag, den 11. August, wurde auf den Kundgebungen ein Grußwort aus Jena verlesen. Die dortigen Aktivisten warnten die «friedvollen Menschen» vor einem «Weltenbrand», der ein «beschlossenes Szenario» sei, weil er von einer kleinen Konspiration beschlossen wurde. In der Vergangenheit hätte diese Verschwörung sogar den Zweiten Weltkrieg initiiert. Derartige Inhalte dürften den Nationalsozialisten zusagen, die ebenfalls von einer Verschwörung gegen Deutschland ausgehen.

Auf den Zusammenkünften sprechen zudem Menschen, die von einer andauernden Fortexistenz des Deutschen Reiches träumen. Es handelt sich um selbsternannte «Reichsbürger», deren Inhalte sogar von Vordenkern der Montagsbewegung aufgegriffen werden. Nun verbreiten die Sprecher, neben Phrasen vom Frieden, den Mythos, dass die Bundesrepublik in Wirklichkeit eine Firma sei, die im Besitz der Alliierten wäre. Die Bewohner der sogenannten «BRD-GmbH» seien rechtloses Firmenpersonal. Die «Reichsbürger»



Antisemitische Hippies.

setzen dieser Firma ihre eigenen Institutionen entgegen. Sie gründen Pseudo-Staaten, die manchmal auf den Zusammenkünften beworben werden.

Zahlreiche Reichsbürger beteiligen sich an den Montagsaktionen: Peter Fitzek, Oberhaupt des esoterischen «Königreich Deutschland», das in einem ehemaligen Krankenhaus bei Wittenberg residiert, ließ sich in Berlin blicken. Am 11. August hielt eine weitere Reichsbürgerin eine umjubelte Rede, in der sie die Republik als besetztes Land bezeichnete. Derweil sprach der Reichsbürger Benjamin «Tiks» Karney auf einer anderen Kundgebung Deutschland die Souveränität ab. Dass das Land seit 1914 (!) besetzt sei, was letztendlich zur Ermordung Michael Jacksons geführt habe, wusste unterdessen eine Reichsbürgerin in Hamburg. In anderen Städten wurden ähnliche Inhalte verbreitet. Zahlreiche YouTube-Videos dokumentieren den sehr deutsch anmutenden Wahn, dem viele Redner frönen.

Dabei werden oftmals Mythen kolportiert, die sich mit angeblichen Manipulationen des Wetters befassen. Auf den Montagsaktionen in Oldenburg und Berlin raunte der ehemalige Greenpeace-Aktivist Werner Altnickel von Wetter- und Strahlenwaffen, mit denen ein geheimer Weltkrieg geführt wird. Damit ergänzt Altnickel die allgegenwärtige Kriegsparanoia, die einige Vordenker schüren. So droht Lars Mährholz immer wieder vor der Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

Lechts und Rechts: eine antisemitische Querfront

Die Friedensphrasen, die sich zwischen die verschwörungsideologischen Behauptungen mischen, haben auch einige Linke angezogen. Diether Dehm sang und redete in Berlin. Pedram Shayer, Kader der Organisation Attac, gibt sich derweil esoterisch. Der Redner, der auf zahlreichen Montagsmahnwachen aufgetreten ist, huldigt einer inneren «Erringung des eigenen Friedens», die mit den Aktionen möglich wäre. In einem Textbeitrag munkelt Shayer zudem von «Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung» des 11. September 2001.

Andere Redner fügen dem Ideen-Cocktail weitere Ingredienzien hinzu. Andreas Popp, Referent, Buchautor und Vordenker des verschwörungsideologischen Think Tank «Wissensmanufaktur», raunte in seiner umjubelten Rede vom ungeliebten «Begriff des Antisemitismus», den er entsorgen wolle. «Ich weiß, dass ich mein Leben hiermit in Gefahr bringe», rief Popp – der sich

mit seinen Einlassungen über Zinsen ganz unverhohlen auf den Vordenker des Nationalsozialismus, den Antisemiten Gottfried Feder bezieht – wenig später der jubelnden Menge zu.

Ein weiterer Redner, der am 26. August in Bremen auftrat, bedient sich einer anderen Quelle des Antisemitismus. In seinem Buch «Entwirrungen» zitiert Johannes Conrad – der gerne über die Existenz ei-

ner Verschwörung von außerirdischen Reptiloiden in Menschengestalt spekuliert – gleich seitenweise aus den «Protokollen der Weisen von Zion», mit denen er seinen «Verdacht» von der Weltverschwörung belegen möchte. Die antisemitische Hetzschrift wurde auch in anderen Städten empfohlen, der eindeutige Hinweis frenetisch beklatscht. Unterdessen marschierten einige Aktivisten durch Berlin – um ausgerechnet an einer Synagoge gegen Israel anzuschreiben.

Viele Redner, die sich nicht immer einig sind, betonen derweil, dass die montägliche Mobilmachung fortgeführt wird. So werden auf den Kundgebungen weiterhin Friedensphrasen und Verschwörungsmymen zu hören sein, in deren Zentrum oftmals die Rothschilds stehen. Was zunächst wie eine Manifestation des Friedens wirken mag, entpuppt sich als andauernde verschwörungsideologische Erweckungsbewegung.

Der immer alte Ausbruch

Antisemitismus und was Politiker international dagegen tun können

Von Gert WEISSKIRCHEN

Der Antisemitismus will uns nicht verlassen. Hunderte von Raketen werden abgeschossen, um Menschen unterschiedslos zu töten. Vollzieht die Regierung Israels den Willen seines Volkes und wehrt sich mit militärischem Einsatz dagegen, dann wird Israel an den Pranger gestellt. Dann hallen in manchen Straßen antisemitische Hassgesänge wider. Nicht der Zynismus der Hamas, sondern die legitime Abwehr gegen den gezielten Mordanschlag, liegt im Auge des vor-urteilenden Betrachters.

Ob die Waffen still stehen, wenn diese Zeilen öffentlich werden? Noch entscheidet das allein der extremistische und allein auf Gewalt setzende Arm der Hamas. Wie lange noch nehmen Palästinenser hin, dass sie Geiseln in der Hand des auf Brutalität fixierten Dschihad sind? Wann durchbricht die Vernunft die Todesspirale, in der die Zukunft des Nahen Ostens zu verschwinden droht? Wer setzt sich mit dem unerhörten Mut, sich gegen die Todessucht einer verantwortungslosen Führung zu wenden, für eine Verständigung zwischen Israel und Palästina ein?

Ariel Scharon, der politische Löwe, hat vor bald zehn Jahren und wenige Monate bevor er ins Koma fiel, einseitig Gaza den Palästinensern freigegeben. Ein System der politischen Radikalisierung etablierte sich dort und Terror im Innern und nach außen brach sich Bahn. Vor dem Kollaps lehnte sich die Hamas gegen ihren Untergang auf und griff zu den letzten noch verbliebenen Waffen – den Raketen gegen Israel, den heimtückischen Tunnelsystemen und der Präsentation der Zivilbevölkerung als Schutzschild, um sich selbst und ihre Macht hinter den Leibern vieler Unschuldiger zu verbergen.

Jitzchak Rabin, auch er ein Kämpfer, sagte Mitte der 90er Jahre zum Abschluss der Osloer Verhandlungen: hier stehen «Männer, die vom Schicksal und von der Geschichte in eine Friedensmission geschickt wurden ... wir beten für Versöhnung. Frieden kennt keine Grenzen.» Gegen jede schreckliche Wirklichkeit kann sich die Utopie eines gerechten Friedens doch durchsetzen.

Angela Merkel: Israel für immer deutsche Staatsräson

Deutschland ist Partei. Angela Merkel hat als *Raison d'être* für die Bundesrepublik abschließend erklärt, dass das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel für immer deutsche Staatsräson bleibt. Das hat nicht historische Gründe allein. Die Gegenwart, mit der Israel in einer turbulenten Nachbarschaft konfrontiert ist, verlangt die unverbrüchliche Solidarität der europäischen Demokratien. Damit Israels Zukunft gesichert ist, braucht die einzige Demokratie im Nahen Osten eine faire und verlässliche Zusammenarbeit mit allen Demokratien.

Militärische Gewalt ist die letzte Ressource, die, eingesetzt von rücksichtslosen Dschihadisten, sich schließlich gegen sie selbst richten wird. Der Tod Unschuldiger, hilfloser Kinder zumal, zielt auf die Verwundbarkeit der demokratischen Öffentlichkeit. Die Macht der Bilder soll

Israel in die Knie zwingen. Menschenleben werden zynisch als Waffe inszeniert. Medienarenen werden installiert, Bilder der lokalen Zerstörung instrumentalisiert. Abgelenkt werden soll von der Unfähigkeit, neu anzuknüpfen an einen politischen Prozess, der über einen Gewaltverzicht und über eine wirksame De-Militarisierung hin zu praktischen Verhandlungslösungen führen könnte. Der erste Schritt zur Wiederaufnahme von Gesprächsfäden ist es, die Realität anzuerkennen.

Ein Resultat der Todesstrategie von Hamas ist das Aufblenden des Antisemitismus. Der Antizionismus ist ihr Wiedergänger: Camouflage des alten. Globalisiert werden sie zur Gefahr. Ihr zu begegnen erfordert neues Handeln.

Transnationale Vernetzung

Die Freunde Israels sollten sich vereinigen. Dafür braucht es in den Demokratien ein stärkeres zivilgesellschaftliches Handeln. Wäre es in Deutschland nicht längst an der Zeit, die Erklärung aller bundesrepublikanischen Regierungen zu ergänzen durch ein gesellschaftliches Selbstverständnis, ein *Raison d'être* aller Deutschen, den jüdischen Staat Israel zu unterstützen? Solidarität muss zu einer selbstverständlichen Haltung werden, wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird. Das schließt keineswegs kritische Fragen aus, die an aktuelles israelisches Regierungshandeln zu stellen sind. Die gegenwärtige Debatte, die in israelischen Zeitungen hart geführt wird, ob nicht manche der militärischen Antworten im Gaza Streifen, Fragen der Angemessenheit hervor rufen, zeugt von der Reife einer offenen Gesellschaft.

Die Freunde Israels sollten sich transnational besser vernetzen. Eine der besten Handlungsebenen, die ich in den letzten Jahren kennenlernen durfte, ist die Interparlamentarische Coalition for Combating Antisemitism (ICCA). Sie entstand aus einer All-Parteiengruppe des britischen Parlaments, die eine umfassende Analyse über den Stand des Antisemitismus in Großbritannien erarbeitet hatte mit dem Ziel, praktische Empfehlungen für lokales und nationales Handeln zu präsentieren. 2009 wurde ICCA auch mit der Beteiligung von deutschen Bundestagsabgeordneten in London gegründet. Heute bestimmt das Steering Committee die internationale Zusammenarbeit von weltweit vielen Hunderten von Unterzeichnern der Londoner Erklärung. John Mann (Großbritannien), Petra Bayr (Österreich), Erwin Cotler (Canada), Petra Pau (Deutschland), Evariste Kalisa (Rwanda), Christopher Smith (USA) und Cecilia Wikström (Schweden) koordinieren die Aktivitäten des ICCA. Alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier bringen ihren reichen Erfahrungsschatz in den globalen Kampf gegen den Antisemitismus ein. Sie hatten Regierungsverantwortung übernommen, wie Erwin Cotler als herausragender Justizminister, oder sie sind im Präsidium ihrer Parlamente unverzichtbar wie Petra Pau und erfüllen in ihren nationalen Parlamenten herausgehobene Aufgaben wie Petra Bayr (Entwicklungspolitik) und Christopher



Gert Weisskirchen

Smith (Helsinki Committee). Mit Cecilia Wikström konnte ICCA eine Europaabgeordnete gewinnen, die im Europäischen Parlament erheblich zum Kampf gegen den Antisemitismus im Europäischen Parlament beitragen wird.

1946 veröffentlichten Mitglieder der Frankfurter Schule für Sozialforschung ein Buch, das Aufsehen erregte: 'Antisemitismus, eine soziale Krankheit'. Theodor W. Adorno und Max Horkheimer waren Mitautoren. In seiner Einführung schrieb der Herausgeber Ernst Simmel, der Antisemit hasse den Juden, «weil er glaubt, der Jude sei die Ursache für sein eigenes Unglück. Er verfolgt den Juden, weil er glaubt, der Jude verfolgt ihn». Und Simmel analysiert weiter, dass die stärkste Kraft, die jegliche Zivilisation zu zerstören drohe, in den Herzen von Menschen liege. Sechzig Jahre nach dem Holocaust, im Jahr 2004, versammelte sich im Rahmen der OSZE in Berlin ein Teil der internationalen Staatengemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok, um den Antisemitismus mit neuen Instrumenten effizienter bekämpfen zu können. Angestoßen hatten diese Anstrengungen Mitglieder des US-Kongress' und des Deutschen Bundestages, vor allem Christopher Smith, Republikaner aus New Jersey und, als außenpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen. Mit den Ergebnissen der OSZE Konferenz verpflichteten sich alle teilnehmenden Staaten, in ihrem Regierungshandeln alles zu tun, damit «Hassverbrechen, die von rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda geschürt werden», der Kampf eines jeden OSZE-Staates angesagt wird. Weiterhin verpflichteten sich die Staaten, nationale Informationen über die Entwicklung des Antisemitismus zu sammeln und sie in Berichten zu veröffentlichen. 2006 setzte die OSZE Beauftragte ein, damit die Einhaltung der Verpflichtungen kontinuierlich überprüft werde. Meine Erfahrungen in diesem Amt sind höchst ambivalent.

Die Londoner Erklärung von 2009 forderte die nationalen Parlamente auf, eigenständige Kommissionen einzusetzen, um die nationale Entwicklung des Antisemitismus selbstständig zu analysieren mit dem Ziel, praktische Empfehlungen für lokale und nationale Aktio-

nen vor zu schlagen. In Canada und in Italien wurden diese Anregungen umgehend aufgenommen.

Im Ottawa Protokoll von 2010 wurden die Ergebnisse der kanadischen parlamentarischen Verhandlungen aufgenommen. Mit einem besonderen Akzent forderte die ICCA Konferenz die Parlamente auf, die Arbeitsdefinition des Antisemitismus, ausgearbeitet vom European Monitoring Center – jetzt der von der EU eingerichteten Fundamental Rights Agency in Wien – in nationales Recht um zu setzen. Darüber wurde das Steering Committee beauftragt, eine internationale Task Force einzurichten, um den Kampf gegen Antisemitismus im Internet mit größerem Erfolg zu führen.

Die «Camera dei Deputati», das italienische Unterhaus, knüpfte im Schlussdokument, veröffentlicht im Oktober 2011, mit seinen Untersuchungen über den Antisemitismus an Äußerungen im Internet an. Soziale Netzwerke gewinnen essentielle Bedeutung, um neue Allianzen gegen Rassismus aufzubauen. So fordert das Sub-Komitee der italienischen Parlaments unter dem Vorsitz von Fiamma Nirenstein die Ratifizierung des Budapest Zusatzprotokolls der Convention on Cybercrime von 2003 möglichst durch parlamentarische Initiativen.

ICCA hat sich bewährt als ein globales Laboratorium für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, um sich ständig darüber auszutauschen, wie die Arbeit politischer Praktiker besser aufeinander abgestimmt werden kann. Beste Ergebnisse im Kampf gegen Antisemitismus zu erzielen, stärkt die Demokratien weltweit. Denn: der Antisemit kommt wie der Dieb in der Nacht. Er versucht, das Herz der Demokratie von innen zu erreichen. Alle Demokraten bleiben deshalb aufgerufen, wach zu sein. Wir wissen: jeder Hass ist schwächer als die Demokratie.

Gert Weisskirchen ist Politiker, SPD-Mitglied und war von 1976–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2006–2008 Personal Representative of the OSCE Chairman in Office, Prof. (em.) und ist seit 2010 Lecturer, Willy Brandt School of Public Policy, Universität Erfurt.

Ungarn – Episoden aus dem Holocaust-Gedenkjahr

2014 hätte das Holocaust-Gedenkjahr in Ungarn werden sollen. Die Regierung plante zahlreiche Veranstaltungen, Ehrungen, ein Museum, Gedenkstätten und ein Denkmal. Die jüdischen Organisationen machten anfänglich mit und zogen ihre Beteiligung im Lauf der Zeit zurück. Ein Überblick über das Geschehene und was übrig blieb.

Von Miklós Klaus RÓZSA

Bereits 2012 wurde ein hochrangiges Komitee für die Planung und Abwicklung der Feierlichkeiten eingesetzt. Schliesslich waren die Differenzen so gross, dass sich die jüdischen Organisationen aus dem gemeinsamen Organisationskomitee zurückzogen. Mehr noch: Der MAZSIHSZ, die Dachorganisation der jüdischen Verbände in Ungarn, verweigert seither jede Zusammenarbeit mit der Regierung. Alle Organisationen verzichteten auf die bereits gesprochenen Gelder und zahlten auch schon ausbezahlte Summen in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro zurück. Die ständigen Meinungsverschiedenheiten waren evident, doch den Ausschlag für diesen radikalen Bruch gab die heimliche Planung eines «Mahnmals zur Erinnerung an die deutsche Besatzung Ungarns vor 70 Jahren» auf dem Freiheits-Platz, in Sichtweite des Ehrenmals für die bei der Befreiung Budapests gefallenen Rotarmisten. Auch ein eilig einberufenes Krisenmanagement der Orbán-Regierung konnte den Dachverband nicht zu einem Umdenken bewegen.

Warum ist ausgerechnet dieses Denkmal so umstritten, dass es zu einem Dauerstreit inklusive Dauermanifestation kam? Erstens ist es potthässig und unsäglich kitschig. Dieses Denkmal soll an die Besatzung Ungarns durch Deutschland im Jahr 1944 erinnern. Im Zentrum des Mahnmals steht eine Statue des Erzengels Gabriel. Gabriel, in einer demütigen Geste, spreizt die Arme während sich ein Reichsadler – Deutschland symbolisierend – auf ihn stürzt. Gabriel als Symbol der Unschuld Ungarns? Zu dieser Zeit war Ungarn schon längst ein Verbündeter Deutschlands. Namhafte Historiker sprechen von einer krassen Geschichtsfälschung. Ungarns Schuld an der Ermordung einer halben Million ungarischer Juden und Roma soll relativiert werden. Ohne die tatkräftige Unterstützung Eichmanns durch die ungarischen Behörden wäre die Deportationsmaschinerie niemals so geschmiert gelaufen.

Dauerprotest auf dem Freiheits-Platz

Als die Arbeiten zum Denkmal begonnen hatten, mobilisierte eine bestehende Facebook-Gruppe namens «Toleranz» zur ersten Manifestation. Etwa 300 Menschen, darunter einige Holocaust-Überlebende, Schauspieler und Dramaturgen, nahmen am 9. Februar an einer Kundgebung teil. Am nächsten Tag kamen sie wieder und demontierten das Baugerüst, fein säuberlich. Die Polizei schritt nicht ein, da die Demontage des Gerüsts keine Sachbeschädigung darstelle. Das wiederholte sich einige Tage lang. Zwischenzeitlich erstellten die Demonstranten gegenüber der Baustelle sogar eigene kleine Gedenkstätten mit Symbolen wie Koffer, Bücher, Bilder von Deportierten, Briefen und Steinen. Diese Gedenkstellen stehen heute noch dort und füllen die



Proteste vor dem «Mahnmal zur Erinnerung an die deutsche Besatzung Ungarns vor 70 Jahren» auf dem Freiheits-Platz in Budapest.

ganze Breite der Strasse aus. Und aus der Kundgebung der ersten Tage wurde eine Dauerdemonstration: Seit einem halben Jahr versammeln sich täglich Menschen vor dem, zwischenzeitlich fertig gestellten Denkmal zu Protest und Diskussion. Es ist ein Ritual: Gegen 18 Uhr erscheinen etwa 50 Polizisten und stellen sich rund um das Denkmal auf. Eine halbe Stunde später kommen die Demonstrantinnen und tanzen um die Polizisten herum, händehaltend. Das Ganze verläuft bis heute ohne Konfrontation. Hingegen kommt schon mal vor, dass ein Polizist einer älteren Dame beim Aufhängen eines Plakates behilflich ist.

Bald entstand eine weitere Facebook-Gruppe «Lebendiges Denkmal». Diese trifft sich fünf Mal wöchentlich hinter dem Denkmal auf der Wiese, mit Stühlen und Lautsprecher zu einer Art «Speakers Corner». Zu einem vorgegebenen Thema, welches gesellschaftspolitisch ist, aber nicht zwingend mit dem Mahnmal zu tun hat, diskutieren ein Referent oder eine Referentin und die Zuhörerinnen in den Abend hinein. Diese Diskussionsrunde hat sich zu einer wirklich spannenden Sache entwickelt. Ab und an erscheint ein prominenter Künstler, wie der Dirigent Adam Fischer und studiert mit den anwesenden Demonstrantinnen ein Gesangsstück ein, das am Abend seine Uraufführung erlebt.

Kaum anzunehmen, dass die Regierung mit dieser Entwicklung glücklich ist. Einen Erfolg haben die Proteste sowieso bewirkt: Der angekündigte Staatsakt zur Eröffnung wurde sang und klanglos «vergessen». Zu gross war wohl die Angst, dass es zu noch grösseren Protesten kommen könnte. Die Statuen wurden im Juli klammheimlich mitten in der Nacht angeliefert, der ganze Platz von der Polizei abgeriegelt. Bereits einige Stunden später waren die Demonstranten schon wieder da und bewarfen das Mahnmal über den Köpfen von Po-

lizisten eifrig mit Eiern. Einige Personalien wurden zwar aufgenommen, aber niemand am Eierwerfen gehindert. Der Polizeisprecher erklärte, dass gemäss einem Gerichtsurteil das Werfen von Eiern nicht strafbar sei. Immerhin hat die Regierung ihre Strategie, Proteste gegen die Regierungspolitik hinzunehmen und die Polizei zu einem – im europäischen Vergleich – sehr zurückhaltenden Agieren anzuhalten, seit über vier Jahren durchgezogen. Vermutlich in der nicht unbegründeten Annahme, dass Polizeigewalt zur Eskalation führt. Die einzigen zwei Zwischenfälle waren antisemitische Beschimpfungen durch Neonazis. Als es im Juli zu Handgreiflichkeiten kam, griff die dauernd präsente Polizei sofort ein und nahm den Rechtsextremen mit.

Auf der offiziellen Homepage der ungarischen Regierung zum Holocaust-Gedenkjahr hören die Eintragungen im Juni 2014 auf. Die nicht stattgefundene Einweihung des umstrittenen Denkmals im Juli wird schon gar nicht mehr erwähnt. (<http://holocaustmemorialyear2014.gov.hu/index>)

Was macht man mit einem Nazi-Bürgermeister?

Aufgefallen ist er am 4. Juli an der alljährlichen Budapest Pride, der LGTB-Parade an der einige Tausend sexuell anders orientierte Menschen teilgenommen haben. Die Rede ist von Mihály Zoltán Orosz, Bürgermeister der 4000 Seelen Gemeinde Érpatak. Erschienen in einem uniformähnlichen Kostüm mit Federhut legte er sich mit Polizisten an, die den Umzug zu schützen hatten. Vor genau solchen Leuten wie ihm. Er bestand darauf, dass ihn die Polizisten am Umzug mitlaufen lassen, ja, er hätte gar das Recht auf einem Lovemobil mitzufahren, um die «Schwulen und Lesben» aus der Nähe zu sehen. Er beschimpfte die Beamten, die ihm den Zutritt weiterhin verweigerten und brüllte Verwünschungen gegen

die fröhliche Menge. Irgendwann wurde er von der Polizei in eine Nebengasse verfrachtet.

Ja und genau dieser Bürgermeister machte einen Monat später wieder von sich reden:

Er sass zu Gericht und befand Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Israels Ex-Präsidenten Schimon Peres schuldig des «Völkermordes» und verurteilte sie zum Tode durch den Strang. Das Urteil liess er sofort vollstrecken, der Henker wartete bereits auf der Dorfstrasse neben einem Galgen und die Verurteilten waren in Form von Strohmännchen auch schon dort. Derweil regelte der Dorfpolizist den nicht vorhandenen Verkehr und die beiden Puppen wurden gehängt. Das Publikum, bestehend aus einigen Dutzend Anwohnern und einer Drei-Mann-Delegation der rechtsextremen Jobbik Partei und der noch weiter rechts stehenden (geht das überhaupt?) «Jugendbewegung der 64 Burgkomitee», applaudierte begeistert. Der Galgen kam nicht zum ersten Mal zum Einsatz: Orosz liess am 18. Juni die Staatsanwaltschaft von Nyiregyháza hinrichten, die gegen ihn bereits mehrere Verfahren eingeleitet hatte. Israels Botschafter Ilan Mor protestierte umgehend: «Eine sehr gefährliche rote Linie wurde überschritten, Antisemitismus und Aufrufe zum Mord sind inakzeptabel!» Nun hat der Staatsanwalt in Nyiregyháza wieder zu tun: Auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft soll gegen den Mann wegen Verdachts der «Hetze gegen eine Gemeinschaft» ermittelt werden. Ach ja, das Aussenministerium entschuldigte sich auch.

Im Vorfeld dieser Inszenierung, am 24. Juli, hat die Jobbik mit mehreren hundert Menschen vor der israelischen Botschaft in Budapest gegen den »zionistischen Völkermord« demonstriert und die Einstellung der diplomatischen Beziehungen zu Israel gefordert. Gegendemonstranten der Gruppe «Ungarn gegen Nazis» stellten sich schützend vor der Botschaft auf. Einige Tage später fand eine Pro-Israel-Kundgebung bei der grossen Synagoge an der Dohány Strasse in Budapest statt. Zu Zwischenfällen kam es nicht.



Miklós Klaus Rózsa (mkr) lebt als Journalist, Publizist und Fotograf in Zürich und Budapest.

Politically Incompetent: Falsche Freunde Israels

Wie eine große Homepage im Internet gegen das Judentum agitiert und als pro-israelisch firmiert

Von Thomas WEIDAUER

Im Mai 2012 gelangten Richter des Landgerichts in Köln in einem Berufungsverfahren zu der folgenschweren Entscheidung, dass die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen den «Tatbestand der einfachen Körperverletzung» erfülle. In der Debatte, die dem Urteil folgte, waren antise-mitische Untertöne eher die Regel denn eine Ausnahme.

Stellte Dieter Graumann für den Zentralrat der Juden in Deutschland als bald fest, «wenn sich der Tenor des Gerichtsurteils bestätigt, würde jüdisches Leben in Deutschland wirklich auf Dauer unmöglich gemacht», unterstützten plötzlich selbst Menschen, die bis dahin für sich beanspruchten, Verteidiger Israels und Streiter gegen Antisemitismus zu sein, das Kölner Urteil.

Auf der Plattform *Politically Incorrect* (PI) zeterte Michael Stürzenberger, der bayerische Landesvorsitzende der Partei «Die Freiheit» und regelmäßiger PI-Autor, «wenn sich aber jüdische Verbände und Organisationen beispielsweise so an die uralte Vorschrift der Beschneidung klammern, zeigen sie damit, dass sie sich in diesem Punkt nicht vom Islam unterscheiden».

Und «so etwas», fuhr der schon damals ehemalige Pressesprecher der Münchener CSU fort, «können wir nach meiner festen Überzeugung in unserem Land nicht zulassen», «die körperliche Unversehrtheit eines Kleinkindes wird sowohl von jüdischen als auch moslemischen Beschneidungsvorschriften mit Füßen getreten».

2004 gegründet, gilt das Portal *Politically Incorrect*, das nach eigener Darstellung «proamerikanisch» und «proisraelisch» sein will und vorgibt, «für Grundgesetz und Menschenrechte» einzutreten, aber vor allem als einer der bedeutendsten deutschsprachigen Treffpunkte für Menschen, die meinen, «gegen die Islamisierung Europas» streiten zu müssen.

Der Gründer Stefan Herre unterscheidet dabei wie die heute Verantwortlichen und die meisten Besucher des Portals

nicht zwischen Islam und Islamismus; von einer seriösen Islamkritik ist PI, das über regional organisierte Unterstützerguppen nicht nur im Internet versucht, für seine Ansichten zu werben, mindestens so weit entfernt wie das Portal «Muslim-Markt» von ernsthafter Israelkritik.

In Deutschland lebten 2009 nach Angaben des Statistik-Portals Statista 4.250.000 Muslime, die damit ungefähr 5 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden. Beinahe die Hälfte von ihnen besitzt einen deutschen Pass, 98 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime haben laut der 2009 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge herausgegebenen Studie «Muslimisches Leben in Deutschland» ihren Wohnsitz in einem der «alten» Bundesländer oder Berlin.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt in seinem im Juni veröffentlichten Bericht für das Jahr 2013, «Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus». Neben Anhängern von Hamas und Hisbollah seien Salafisten als besonders radikale Extremisten in Deutschland aktiv. Schätzten die Verfassungsschützer deren Zahl 2012 auf 4.500, waren es 2013 5.500. «Mit einer weiteren Zunahme des salafistischen Personenpotenzials ist auch im Jahr 2014 zu rechnen.»

Gilt es, die von Islamisten und Salafisten ausgehenden Gefahren und den muslimischen Antisemitismus nicht zu unterschätzen – erst vor wenigen Wochen rief ein Gastprediger in einer Berliner Moschee zum Mord an Juden auf –, basiert das von PI gepflegte Weltbild doch weniger auf Fakten denn auf Einbildung, die nur wahrnimmt und maßlos übertriebt, was sie wahrnehmen will.

War es schon vor dem «Beschneidungs-Urteil» vom Mai 2012 schwer nachzuvollziehen, was an tagtäglichem Hetze gegen den Islam und damit gegen ausnahmslos alle Muslime proisraelisch sein könnte – in Israel liegt der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung mit steigender Tendenz bei ca. 20 Prozent –, steht diese Frage erst recht seit Michael Stürzenbergers Beitrag im Raum.



Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass ein «proisraelischer» Politiker offenbar erst durch ein Gerichtsurteil von der Brit Mila erfuhr, einem ja nicht eben jungen Brauch? Tatsächlich ist das Verhältnis der PI-Autoren- und Leserschaft zum Judentum in Deutschland, Europa und Israel und dessen Werten alles andere als von Kenntnis und Achtung geprägt.

Forderten jüdische wie muslimische Verbände nach dem Kölner Richterspruch, die religiös motivierte Beschneidung von Jungen nicht weiter mit Strafe zu bedrohen, hieß es bei PI, wer «aus alten Büchern Verhaltensvorschriften (...) übernehmen will, die grundgesetzwidrig sind oder dem Schutz des Menschen (...) zuwiderlaufen, dem sollte ein klares Stoppschild entgegengehalten werden».

Zwei Jahre später ist PI so «proamerikanisch» und «proisraelisch» wie zuvor, und auch Michael Stürzenberger ist noch immer mit dabei. Anlässlich des Vordringens islamistischer Terroristen in den Irak und der Auseinandersetzungen Israels mit der Hamas formuliert er, «der Hass, der den Christen im Irak entgegenschlägt, ist exakt der gleiche, mit dem Israel durch Hamas & Co konfrontiert ist».

Und weil auch noch immer «die Islamisierung Europas» unmittelbar bevorsteht, ergänzt Michael Stürzenberger: «Mit jedem Tunnel, den israelische Soldaten sprengen, mit jeder Raketenstellung, die sie zerstören, mit jedem Hamas-Terroristen, den sie töten, verteidigen die Israelis auch die Freiheit in Europa».

Würden sie versagen, stünde die Hamas bald vor den Toren Münchens.

«Wenn es der Hamas jemals gelingen sollte, ihren Vernichtungsplan gegen Israel zu verwirklichen, beispielsweise mit iranischen Atombomben, würde sich der geballte Hass der islamischen Welt auf Europa konzentrieren. Dann würden die vielen kleinen Gaza-Streifen in Deutschland den Krieg der Hamas mitten unter uns fortsetzen.»

Die Gefahren des Islamismus in Europa sind schon heute nicht zu leugnen, in der Tat. Doch ein politisches Portal mit zehntausenden Besuchern am Tag, das gegen Judentum und Menschen agitiert, die selbstverständlich die Brit Mila als Teil ihrer jüdischen Identität betrachten, kann doch kaum glaubwürdig proisraelisch sein. Denken die PI-Autoren und Besucher, in Israel leben keine Juden?

Könnten «wir», also «normale» Deutsche, «so etwas» noch eben «in unserem Land nicht zulassen», «verteidigen die Israelis» doch logisch gedacht zusammen mit ihrem Anspruch, die Brit Mila in Jerusalem, Tel Aviv oder Haifa praktizieren zu können, nun «auch die Freiheit in Europa», die nach PI-Lesart darin besteht, zu behaupten, «die körperliche Unversehrtheit eines Kleinkindes wird von jüdischen (...) Beschneidungsvorschriften mit Füßen getreten».

Angesichts solcher Solidarität sollte man beinahe dankbar dafür sein, dass es die Hamas gibt. Die ist wenigstens ein ehrlicher Gegner.



Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich
AB 785€ pro Person ÜF/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV
Sea Net 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 450€

JERUSALEM
Jerusalem Gold 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 550€

NETANYA
Marga 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 385€

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- SRI-LANKA ab 1350€ (10 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHE ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

- KUR URLAUB** (Sanatorium)
- Tschechien (Karlsbad) | 7 T | HP p.P. ab 350€
 - Polen (Kolberg) | 7 T | HP p.P. ab 250€
 - Litauen (Druskininkai) | 7 T | VP p.P. ab 388€

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

- Spanien ab 370€
- Italien ab 470€
- Zypern ab 360€
- Emirates ab 880€
- Kuba ab 970€
- Griechenland ab 480€
- Türkei ab 385€
- Kanaren ab 525€
- Thailand ab 760€
- Bali ab 990€

Israelkritiker

Ein satirischer Kommentar

Von Daniel KROCHMALNIK

Ist Israelkritik Antisemitismus? Das ist auch eine Frage der Dosis. Wer Entzugserscheinungen bekommt, wenn er nicht fünfmal täglich Israel kritisieren darf, sollte seinen Arzt oder Apotheker fragen. Die Sucht ist weiter verbreitet, als man denkt. Sie grassiert nicht nur unter Altlinken, die sich mit Noam Chomsky im Jungbrunnen der Israelkritik tummeln. Die Nachrichtenredaktionen aller westlichen Staaten füttern ihre Hörer und Zuschauer stündlich mit Israelkritik. Alle paar Jahre, mit der Regelmäßigkeit der Fußballweltmeisterschaft setzt sich die gesamte Menschheit vor die Bildschirme, um sich den Klassiker Israel:Palästina anzusehen. Jedes Mal wenn die Stärkeren zum Gegenangriff ansetzen, kocht das Stadion über. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen zählt die Regelverstöße der Israelis auf, der Menschenrechtsrat verurteilt Israel zum sechsdreißigsten Mal im laufenden Jahr und sogar die «Freunde» Israels verlieren endgültig ihre Geduld mit dem Judenstaat, sie sprechen von «Massakern» (Laurent Fabius), von «unmenschlichen Verbrechen» (Jan Asselborn). Das Spektakel erfüllt den Zweck der griechischen Tragödie nach Aristoteles: Angesichts der Unmenschlichkeit der Israelis erlebt die gesamte Menschheit eine Katharsis und sogar die schlimmsten Schurkenstaaten fühlen sich nach dem Ende der Vorstellung wenigstens menschlicher als die Israelis. Wenn Antisemitismus ein Sündenbockmechanismus ist, bei dem alle Übel dieser Welt auf den Juden abgeladen werden, dann ist Israelkritik zweifellos die moderne Form des Antisemitismus.

Aber der Israelkritiker ist hartnäckig, er will kein Antisemit sein. Natürlich ist diese Bezeichnung eine Frage der Definition. Wären auch alle Himmel Papier, alle Wälder Schreibrohre, alle Meere Tinte, würde es nicht ausreichen um sämtliche Antisemitismustheorien aufzuzeichnen. Es gibt aber zwei ganz ein-

fache praktische Kriterien: Unbewusster Antisemit ist, wer Gleiches bei Juden schlimmer findet. Bewusster Antisemit, wer Besseres bei Juden schlechter macht. Nach diesem Kriterium ist fast die ganze Kriegsberichtserstattung zum Gazakonflikt wenigstens unbewusster Antisemitismus. Wer noch Zweifel hegt, unterziehe sich einem Schnelltest, kreuze ohne viel nachzudenken an, was er schlimmer findet: die israelischen Bomben über Gaza oder die palästinensischen Raketen über Tel Aviv, die syrischen Fassbomben über Aleppo, die amerikanischen Drohnen in Waziristan, die angloamerikanischen Bombenteppiche über Dresden, die Gaskammern in Auschwitz oder den Stein- und Schwefelregen der Apokalypse. Wer die Bomben über Gaza am schlimmsten findet, dem kann nicht mehr geholfen werden. Der Schnelltest kann übrigens auch als Thermometer verwendet werden, er zeigt zuverlässig das antisemitische Fieber an. Nutzlos ist der Test bei Nahost-Experten und -Korrespondenten wie Peter Münch (SZ), deren Geschäftsmodell beruht auf der Inszenierung von israelischen Kriegsgräueln und palästinensischem Leid, Antisemitismus ist in ihrem Fall eine Berufskrankheit.

Aber auch für die bewussten Antisemiten haben wir einen Test entwickelt. Haben Sie an Israel, so die Fragen, noch etwas anderes zu loben als israelische Israelkritiker à la Uri Avnery, Moshe Zimmermann und Avi Primor? Wir wollen auch kein Lob über das Salz vom Toten Meer, die vielen Hightech Startups (ILI), den Iron Dome, die überdurchschnittlich vielen Nobelpreisträger hören. Können Sie zum Beispiel loben, dass das Land zwar von den Vereinten Nationen gegründet wurde, aber nie am Tropf der Vereinten Nationen hing; dass es bis heute Flüchtlinge aus hundert Ländern, Kulturen und Sprachen aufnimmt und integriert und nicht in Lagern vegetieren lässt; dass die abrahamischen Religionen und Konfessionen dort in Zeiten der grassierenden Religionskriege friedlich nebeneinander existieren, insbesondere die Christen, die in allen Nachbarländern unterdrückt und

verfolgt werden; dass es eine unabhängige Justiz hat, die nicht nach dem Motto funktioniert: «Recht ist, was dem Volke nützt» und auch Präsidenten und Premierminister hinter Gitter bringt; dass es mehr als sechzig Jahren allen ausgesprochenen Vernichtungsversuchen trotz und erfolgreich den islamistischen Terror bekämpft, der heute weltweit zuschlägt; dass es in aufgezwungenen Verteidigungskriegen Zivilisten – soweit es die Feinde zulassen – vorwarnt und insofern sogar humaner vorgeht als z. B. die USA in den pakistanischen Autonomiegebieten? Wer jetzt wider besseres Wissen dennoch sagt: Tut nichts, der Judenstaat wird verdammt als «Apartheid-Staat»,

dem Pogrommob und den Holocaustleugnern eingeht. Wer sich so erwählt dünkt und sich mehr abverlangt, als das internationale Recht gestattet, und sich weniger erlaubt, als «alle Stämme der Erde», der sollte wenigstens Abstand zu den Antisemiten halten.



Prof. Daniel Krochmalnik

als «zionistisches Geschwür» und dgl., den kann man getrost zu den bewussten Antisemiten rechnen.

Und dann gibt es noch eine dritte Kategorie von Israelkritikern. Sie beginnen ihre Kritik gewöhnlich mit Lob. Die Juden seien Nachkommen der Propheten, die zuerst Partei für die Elenden ergriffen haben? Sie seien geradezu die Erfinder der Menschenrechte und -pflichten? Und schließlich seien sie die meiste Zeit ihrer Geschichte Opfer von Unterdrückung und Verfol-

dem Pogrommob und den Holocaustleugnern eingeht. Wer sich so erwählt dünkt und sich mehr abverlangt, als das internationale Recht gestattet, und sich weniger erlaubt, als «alle Stämme der Erde», der sollte wenigstens Abstand zu den Antisemiten halten.

Daniel Krochmalnik ist Professor für Jüdische Religionslehre an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg und Privatdozent für Jüdische Philosophie an der Universität Heidelberg.

Ein neuer Exodus der Juden aus Europa?

Das Magazin Newsweek läutet die Alarmglocke

Von Thomas WEIDAUER

Am 17. August berichtet der britische Guardian auf seiner Website von einer Filiale der Supermarktkette Sainsbury's, die nach antisemitischen Protesten koschere Speisen aus ihren Regalen verbannte. Aus der Schweiz wird wenige Tage zuvor gemeldet, die Polizei habe sich geweigert, die Anzeige eines aus Belgien stammenden Juden aufzunehmen, der beim Einkauf belästigt wurde.

Im deutschen Heinenkamp wurde eine Frau beschimpft und bedroht, weil sie sich in einem Geschäft beim Warten an der Kasse mit ihrer Tochter über Israel unterhielt. «Die 54-Jährige», schreibt die Wolfsburger Allgemeine, «interessiert sich für das Land Israel, trägt eine Kette mit Davidstern um den Hals». Möglicherweise habe sie damit «unbewusst provoziert».

Es ist gefährlich im Sommer 2014 in Europa als Jude erkennbar zu sein oder für einen Juden gehalten zu werden. Europa, das stolz ist auf seine christlich-jüdischen Traditionen und Werte, lässt «sei-ne» Juden, werden sie bedroht und angegriffen, im Stich. Demonstrieren im fernen Kalkutta 20.000 Menschen für Frieden für Israel, bestimmt auf Europas Straßen die Parole «Kindermörder Israel».

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterbricht ihren Sommerurlaub nicht, wird auf deutschen Straßen die Hamas gefeiert und wünschen deren Anhänger «Juden ins Gas», während Sicherheitskräfte ta-tenlos zuhören und -sehen – oder die wenigen «Provokateure» angehen, die es wagen, ihre Verbundenheit mit zivilisatorischen Werten und damit Israel zu zeigen.

Muss Charlotte Knobloch nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Wupper-

tal erklären, es sei ratsam, sich in Deutschland «nicht als Jude erkennbar zu machen», so geht allenfalls ein leiser Aufschrei durchs Land, die paar pflichtschuldig formulierten Verlautbarungen der politischen Klasse klingen eher nach den immer gleichen Textbausteinen als nach Ernsthaftigkeit.

Was etwa ist gemeint, wenn Bundespräsident Joachim Gauck «die Gewaltausbrüche und antisemitischen Äußerungen bei pro-palästinensischen und anti-israelischen Demonstrationen in Deutschland» zwar als «Angriff[e] auf Freiheit und Toleranz» verurteilt, dann aber abwiegelt, «wir wollen das nicht hinnehmen»? Wir wollen nicht, werden aber, weil wir längst kapituliert haben?

Es sei fraglich, so das renommierte Nachrichtenmagazin Newsweek in seiner Titelgeschichte vom 8. August, ob Juden noch eine Zukunft in Europa haben. Mit einer Auflage

von rund 200.000 gedruckten Exemplaren erscheint Newsweek wöchentlich weltweit in mehreren Sprachen, 400.000 Abonnenten hat die App des Magazins, Millionen Menschen besuchen die Website.

Der achtseitige Beitrag zeichnet eine erschreckende europaweite Entwicklung nach, deren vorläufige Höhepunkte wohl Brandanschläge auf Synagogen und deren Besucher in der französischen Hauptstadt Paris und der mörderische Angriff auf das jüdische Museum in Brüssel bildeten. Er zeigt aber auch, dass diese Entwicklung nicht plötzlich kam, nicht überraschen kann.

Und er macht deutlich, dass es bei all den An- und Übergriffen in diesem Sommer und in den vergangenen Jahren eben nicht um eine wütende «Kritik» an der Politik Israels geht, sondern um Anti-semitismus. «Diese Menschen», zitiert Newsweek Stephen Pol-

Das «Gespenst»

Jüdische «Israelkritiker» und Antisemitismus in Frankreich

Von Karl PFEIFER

Wer glaubt, die Verharmlosung des leider weit verbreiteten Antisemitismus unter Muslimen hätte erst 2014 während des diesjährigen Gaza-Krieges begonnen, irrt.

Bereits 2002 erteilte die Doyenne der österreichischen Publizistik, Barbara Coudenhove-Kalergi, Österreich unter dem Titel «Wir haben gelernt» in der Tageszeitung Standard einen pauschalen Persilschein: «Anders als bei früheren Nahostkriegen sind antisemitische Töne in Österreich bisher ausgeblieben». Sie ist zufrieden mit Österreich und sie liefert dazu auch gleich eine Begründung, «obwohl diesmal mehr als früher Grund zur Kritik am israelischen Vorgehen besteht.»

Dieser Halbsatz ist verräterisch. Denn was hat eigentlich das «israelische Vorgehen» mit dem in Österreich verwurzelten Antisemitismus zu tun? Wenn sich der jüdische und demokratische Staat nicht so benimmt, wie sich das diese Dame wünscht, dann zeigt sie Verständnis, wenn der Antisemitismus wächst. Nie würde sie zulassen, dass man Muslimen in Österreich, wegen schrecklicher Missetaten ihrer Glaubensgenossen im Nahen Osten, einen Vorwurf macht.

Für Juden hat sie einen anderen Maßstab.

Sie schilt auch diejenigen, die Antisemitismus bei Linken bemerkt haben: «Ausgerechnet bei ihren Freunden und Genossen, die eben noch vehement gegen ihre Nazigroßväter protestiert hatten, meinten sie plötzlich das *Gespenst des Antisemitismus* in neuer Form wieder auferstehen zu sehen.»

Ein paar Jahre später publizierte ich ausführliche Artikel über den real existierenden Antisemitismus bei gewissen österreichischen Linken, zum Beispiel 2007 «Der unverschämte verschämte Antisemitismus».

Der Mainstream mag israelische Israelkritiker

Die europäischen Mainstream-Medien lassen «Israelkritiker», die «als Juden» und insbesondere «als Israeli» auftreten,

besonders gerne zu Wort kommen.

In den deutschsprachigen Medien ist Uri Avnery einer der beliebtesten, ein Israeli, der vor zehn Jahren vom linksliberalen Standard als «führender Repräsentant der israelischen Friedensbewegung» qualifiziert wurde.

Seine Geschichte erschien ebenda am 21. Juli 2004 unter dem vielsagenden Titel «Die Gespenster der Marie Leonie» womit die Zeitung betonen wollte, in Wirklichkeit sei der Antisemitismus passé und wer davon spricht, sehe *Gespenster*.

Eine junge nichtjüdische Französin hatte damals fälschlich behauptet, sechs Jugendliche «mit nordafrikanischem Aussehen» hätten sie in einem Pariser Vorortzug angegriffen, weil sie glaubten, sie wäre eine Jüdin. Avnery leugnete natürlich nicht, dass es Antisemitismus gibt, versuchte aber das Phänomen unter Einwanderern mit arabischem bzw. muslimischem Hintergrund zu leugnen:

«Ein ganz anderes Phänomen ist der nordafrikanische Krieg, der nun auf europäischem Boden weiter ausgefochten wird. Junge Muslime aus Nordafrika schlagen sich mit jungen Juden aus Nordafrika. Das geht zurück auf die Zeit, als Juden das französische Regime gegen die algerischen Freiheitskämpfer unterstützten. Jetzt ist diese Konfrontation zu einem Nebenschauplatz des israelisch-palästinensischen Konflikts geworden. Die Muslime werden aufgeputscht durch TV-Bilder aus den besetzten Gebieten, während gleichzeitig jüdische Organisationen die Sharon-Regierung unterstützen. Und da die meisten Juden Frankreichs Emigranten aus Nordafrika sind, kommt es immer wieder zu unerfreulichen Zwischenfällen, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass der Antisemitismus zunimmt.»

Wenn es zu antisemitischen Ausschreitungen in Frankreich in den Vorstädten und anderswo kommt, dann bringt Avnery Verständnis auf, sehen doch Muslime «TV-Bilder» während Juden die Sharon Regierung unterstützen und – was Avnery besonders übel nahm – Ariel Sharon hatte

die Juden Frankreichs aufgefordert nach Israel zu kommen. Seitdem hat sich die Zahl der Olim aus Frankreich vervielfacht.

2014 fragt Uri Avnery auf der Website seiner Organisation Gush Shalom, eine deutsche Übersetzung erschien auf der Internet-Zeitung Telepolis: «Ist Europa wieder antisemitisch geworden?» und antwortet sich selbst:

«Nicht wirklich. Die Zahl der Antisemiten in Europa ist nicht gewachsen, ja, sie ist eher zurückgegangen. Was gewachsen ist, ist das Maß der Kritik an Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern, die nun als die ‚Opfer der Opfer‘ erscheinen. Die Situation in einigen Vororten von Paris, die oft als Beispiel für wachsenden Antisemitismus genannt wird, ist aber eine ganz andere Sache. Wenn nordafrikanische Muslime auf nordafrikanische Juden treffen, dann übertragen sie den israelisch-palästinensischen Konflikt auf europäischen Boden. Es ist auch eine Fortsetzung der Fehde zwischen Arabern und Juden, die in Algerien begann, als Juden das französische Regime unterstützten und die Muslime sie als Kollaborateure der verhassten Kolonialherren betrachteten.»

So einfach sieht das Uri Avnery die letzten zehn Jahre lang und teilt in echt manichäischer Sicht die Welt in gute Araber und böse Juden ein.

Verharmlosung des muslimischen Antisemitismus

Hier nur ein kurzer Auszug aus der Chronologie der von französischen Muslimen begangenen antijüdischen Straftaten. Dabei will ich gar nicht aufzählen, wie oft Hunderte Autos in den Vorstädten oder Städten abgepackelt und jüdische Geschäfte überfallen wurden.

Gleich am Beginn der zweiten Intifada im Oktober 2000 wurde eine Pariser Synagoge mit einem Molotov-Cocktail angegriffen und es mehrten sich die Angriffe gegen jüdische Einrichtungen. Im Juni 2003 stellte man während der ersten Hälfte des Jahres mehr als 250 antisemitische Vorfälle fest und mehr als 2.000



Karl Pfeifer

seit Beginn der zweiten Intifada. Im Juni 2004 wurde ein jüdischer Student vor der Mekor Yisrael Jeschiva in Epinay-sur-Seine niedergestochen. Im Januar 2006 wurde der junge Jude Ilan Halimi von einer Gang von französischen Muslimen gekidnappt und drei Wochen grausam zu Tode gefoltert. Im März 2012 ermordet Mohammed Merah in Toulouse vor einer jüdischen Schule den Rabbiner und drei jüdische Kinder. Es folgen Angriffe auf Juden im Südosten Frankreichs. Der französisch-algerische Dschihadist Mehdi Nemmouche ermordete am 24. Mai 2014 vier Menschen im Jüdischen Museum Brüssel.

All diese Taten werden mit dem Hinweis auf den am wenigsten blutigen Konflikt im Nahen Osten von den Regierungen und bis in die Mainstream Medien verharmlost. Dass die Massenunruhen in Frankreich und Belgien mit der ungezügelter Hetze in gewissen Moscheen zu tun haben und die hohe Rate der Arbeitslosigkeit in den von muslimischen Migranten bewohnten Vorstädten ihr übriges tut, wird meist unter dem Teppich gekehrt.

Juden und den jüdischen Staat dafür verantwortlich zu machen ist bequemer. Und es gibt immer wieder Juden beziehungsweise jüdische Israelis, die bestätigen, an allem sind Juden und der jüdische Staat Schuld. Als ob ich diesen Film schon einmal gesehen hätte.

lard, Editor des Jewish Chronicle, «wurden nicht attackiert, weil sie die israelische Regierung unterstützten, sondern als Juden».

Der amerikanische Journalist Jeffrey Goldberg stellt die entscheidende Frage:

«Wann werden die Juden in Amerika und die Juden in Israel den Juden in Europa sagen, dass es Zeit ist zu verschwinden?»

So traurig der Anlass, so vielstimmig die Diskussion, die Newsweek wenn schon nicht ausgelöst, so doch aber wiederbelebt hat. Meint zwar der in Deutschland weltbekannte Antisemitismusexperte Wolfgang Benz, «ich sehe überhaupt keine neue Qualität» und würde gar «gerne die Wortwahl anti-semitische Ausschreitungen hinterfragen», zeigen selbst Haaretz-Kolumnisten Besorgnis.

Anshel Pfeffer etwa betont, «der Zusammenhang zwischen einer Radikalisierung großer muslimischer Communities in Europa und der Welle des Antisemitismus darf nicht ignoriert werden». Gleichwohl allerdings warnt er vor Generalisierungen und davor, den Blick ausschließlich auf Muslime zu richten. In je-

dem Land speise sich der Antisemitismus aus je spezifischen Quellen.

In Frankreich, beschreibt Sefy Hender in einem weiteren Beitrag, wirke der Antisemitismus bereits unübersehbar. Schon lange sei nicht mehr egal, woher ein Mensch stamme, welcher Religion er angehöre. «Französische Juden fühlen sich immer mehr aus der Gesellschaft ausgegrenzt». Sie könne ihnen nicht mehr versprechen, was selbst ein kriegsgeplagtes Israel biete – «das Gefühl dazuzu-gehören».

Verließen nach Angaben der israelischen Regierung 2012 1.917 Juden Frankreich dauerhaft mit dem Ziel Israel, waren es ein Jahr später 3.289. In den ersten sechs Monaten 2014 seien mehr 2.600 Juden aus Frankreich nach Israel ausgewandert, insgesamt rechnet Jerusalem mit mehr als 5.000 französischen Heimkehrern in diesem Jahr – trotz der Gewalt in und um Gaza.

Bereits etwas mehr als ein Jahr ist es her, dass der Historiker Robert Wistrich sich kritisch über manche Statistik äußerte, die vorgebe Antisemitismus zu «messen», tatsächlich aber möglicherweise nur helfen könne,

Dummheit zu diagnostizieren. Dennoch sprach er davon, dass Europa antisemitisch vergiftet sei. «Jeder Jude mit Verstand und einem Bewusstsein für Geschichte begreift, dass es Zeit ist zu gehen.»

In der letzten Ausgabe der «alten» Jüdischen Rundschau, sie erschien am 8. November 1938, ist unter der Überschrift «Zufälliger Ausschnitt» ein kleiner Beitrag zu finden, der von einer Unterhaltung zweier Juden berichtet:

«Und dann, Herr Doktor, hatte ich einen Nefen, der war ursprünglich nach Kopenhagen gegangen, da konnte er dann nicht bleiben. Das Hilfskomitee hat ihn nach Paris geschickt, und von da ist er weiter nach Haiti gefahren. Denken Sie mal an, nach Haiti, und außer ihm noch mehrere Leute, eine Rechtsanwaltsfamilie aus Berlin – na, aber da bekommt er auch keine Aufenthaltserlaubnis, und nun hat er geschrieben, der Hilfsausschuß dort hofft, daß sie nach den Vereinigten Staaten hereinkommen (...).»

Der Bericht endet mit der Hoffnung darauf, dass es gelänge, «aus sinnlosen und unglückli-

chen Glo-betrottern Wanderer zu machen, die einem Ziele zustreben können».

Seit 1948 gibt es mit dem Staat Israel ein solches Ziel. Man muss mit dessen gegenwärtigem Zustand nicht zufrieden sein, man kann wie Gideon Levy in der Tageszeitung Haaretz sogar bedauern, dass Israel «heute der in der ganzen Welt gefährlichste Ort für Juden ist» und mit der Behauptung, es gefährde mit seiner Außenpolitik Juden in aller Welt, weltweiten Antisemitismus entschuldigen.

Dass er es in Israel tut, es trotz manch berechtigter Kritik und manch wahrlich unflätiger Anfeindungen tun kann, ist schließlich aber doch ein schöner Beleg dafür, dass die jüdische Demokratie ein Segen ist. Sollte es nämlich nötig sein, ist sie für Juden in und aus aller Welt da. Israel mag nicht perfekt sein, seine Existenz aber sichert (Über-)Leben. Und das war, ist und bleibt gut so.

Thomas Weidauer ist Blogger sowie Vorsitzender des Vereins für Gesellschaftskritik und Antisemitismusforschung e.V.

Weniger falsch verstandene Sensibilisierung als vielmehr Normalität

Von Elias Sigmund PFENDER
und Lena BINDRIN

Ist nicht ohnehin alles schon gesagt worden? Hat nicht jede Partei, jeder Sender, jede halbwegs wichtige Person in diesem Land ein Statement abgegeben? Hat sich Europa nicht ausreichend über die eskalierende Gewalt auf beiden Seiten in Nahost echauffert? Wir verfolgen nicht die Intention, eine weitere Abhandlung über Antisemitismus, Krieg im Nahen Osten oder Israelkritik zu verfassen.

Anstatt bei einer weiteren Zustandsbeschreibung stehen zu bleiben, möchten wir konkrete Verbesserungen für das Zusammenleben in der deutschen Gesellschaft anregen.

Es wird wieder damit angefangen, Juden auf offener Straße zu verfolgen, Fensterscheiben gehen zu Bruch und man ist der jüdischen Weltverschwörung auf der Spur, wenn, wie in Nürnberg geschehen, McDonald's und Burger King gestürmt werden, weil sie sich angeblich in jüdischer Hand befinden.

In Europa, speziell in Frankreich und Deutschland, herrscht ein Klima der Angst; auch hier muss man sagen, es herrscht wieder ein Klima der Angst.

Das vielseitige Gesicht des Antisemitismus ist alles andere als neu. Wir wissen um die Pogrome des Mittelalters, wir sind uns des Antisemitismus der Nationalsozialisten bewusst und wir kennen den Antisemitismus der deutschen Linken seit dem Deutschen Herbst. Ein relativ neues Problem in Deutschland stellt der muslimische Antisemitismus dar. All diese Gruppen sind Randgruppen in unserer Gesellschaft; Randgruppen, die aber dennoch einen nicht unerheblichen Anteil an der Bevölkerung ausmachen und ernst genommen werden müssen.

Aber was bedeutet das? Wir sind der Überzeugung, dass man nicht nur differenzieren muss zwischen dem rassistischen Konsens der Rechten, dem Antisemitismus von Teilen der Linken und dem Anteil der Muslime, die antijüdische Ansichten vertreten. Vielmehr muss sich die deutsche Öffentlichkeit vergegenwärtigen, dass Antisemitismus auch in erschre-

ckend hohem Ausmaß wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Hier sei nur kurz auf die Antisemitismus-Studie des Innenministeriums von 2011 hingewiesen. Antisemitismus auf die genannten Randgruppen abzuschleifen ist zu einfach und verschleiern den ebenfalls in mehreren Studien nachgewiesenen konstanten und bei bestimmten Ereignissen ansteigenden Anteil judenfeindlicher Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung, zumeist aus dem gut gebildeten Mittelstand. Dies ist ein gravierender Missstand, und gerade Deutschland muss sich aufgrund der Geschichte dieses Problems annehmen.

Israel ist ein demokratischer Staat. Dies impliziert, Kritik äußern zu dürfen und stellt sogar eine Notwendigkeit dar. Kritik am Krieg ist daher legitim. Die aktuellen Ereignisse in Frankreich und Deutschland aber sind ganz einfach als Missbrauch des Krieges für den latenten Antisemitismus hierzulande anzusehen. Dadurch bleibt er eben nicht mehr latent, sondern wird demaskiert und tritt offen zu Tage. Antisemitismus ist ein gesellschaftliches Problem, der Krieg ist Politik. Wer Juden mit Israel gleichsetzt, der ist schon nah an der Grenze zum Rassismus. Wer die Parole «Jude, Jude feiges Schwein» als legitime Israelkritik versteht, hat die Grenze zum Antisemitismus definitiv überschritten. Erschreckenderweise sehen fast 40 % der Deutschen das anders und sind der Meinung, dass die israelische Politik als Auslöser für einen legitimen Juden Hass betrachtet werden kann. Wichtig ist, dass die bürgerliche Mitte sich darüber klar wird, dass Antisemitismus keineswegs verschwunden ist, so wie man es sich gerne einredet, sondern – ganz im Gegenteil – verstärkt salonfähig wird. Dieser Entwicklung gilt es sich bewusst zu werden und aktiv dagegen vorzugehen.

In Deutschland entwickelt sich gerade etwas, was uns aus den Händen gleitet und dessen Folgen für die deutsche Gesellschaft, sowie für das Judentum katastrophal sind. Es liegt in der Verantwortung der ganzen deutschen Gesellschaft, sich dieses Problems ernsthaft anzunehmen und sich dem Antisemitismus in Deutschland in allen Facetten



In Zentralamerika gibt es pro-israelische Aktivistinnen und Aktivisten wie in Guatemala-Stadt während des letzten Gaza-Krieges, hier eine Demonstration vom 3. August 2014. Das Transparent auf Spanisch sagt: «Wenn die Terroristen ihre Waffen niederlegen, gibt es Frieden. Wenn Israel seine Waffen niederlegt, gibt es kein Israel mehr. Netanyahu.»

entgegenzustellen. Nicht nur interpretieren, sondern aus der Erkenntnis muss nun endlich mal Veränderung in Gang gesetzt werden.

Nun, wie kann so eine Veränderung aussehen? Eine Veränderung, die nicht nur die Symptome bekämpft, wie Joachim Gauck es fordert, wenn er für mehr Zivilcourage eintritt. Wir sprechen von einer Veränderung, die notwendig radikal sein muss, wenn das Übel des Rassismus in Deutschland verschwinden soll. Und hier liegt die Aufgabe in der Bildung. Denn solange in deutschen Schulen «Judentum» den Kindern nur in Form einer historischen Opferrolle nahegebracht wird, kann ein Umdenken nicht stattfinden. Die alt bekannten antisemitischen Stereotypen werden im Schulunterricht im Kontext des sozialdarwinistischen Rassismus zwar behandelt, wir fragen uns, wie aber kann das Judentum ein selbstverständlicher Teil Deutschlands werden, wenn nicht auf die Vitalität desselben eingegangen wird? Auf diese Weise bleibt das Judentum befremdlich. Was

die nationalsozialistischen Gräueltaten betrifft, so gilt selbstverständlich der Grundsatz, dass es kein Vergeben und kein Vergessen geben darf.

Für eine Veränderung muss mindestens im gleichen Maße das Judentum als eine lebendige Lebensform in mitten unserer Gesellschaft vermittelt werden. Der Schwerpunkt muss weniger auf einer Sensibilisierung, sondern vielmehr auf der Normalität liegen. Jene kann es jedoch nur geben, wenn das Judentum einem jedem bekannt ist und nicht befremdlich wirkt. Nur so lassen sich rassistische und antisemitische Stereotypen aus unseren Köpfen vertreiben. Bildung und Erkenntnis als Weg wider den Rassismus.

Lena Bindrin & Elias Sigmund Pfender,
Studentenvertreter der Hochschule für
Jüdische Studien Heidelberg

Die Jüdische Rundschau dokumentiert auch folgende Stellungnahme von Ende Juli 2014: ▼

Es ist derzeit kein freies Leben für Juden in Deutschland möglich

Von Wolfgang SEIBERT

Jetzt ist genau das eingetreten, was keiner von uns wollte: Israel ist im Krieg gegen die Hamas im Gaza. Was ist da eigentlich passiert? Seit Jahren bombardiert die Hamas Israel mit Raketen, zielt auf Städte und Gemeinden in der Nähe der Grenze zum Gaza. Meist trafen die Raketen nicht, explodierten irgendwo auf Feldern und unbewohntem Gebiet. Wir alle bewunderten die Geduld, mit der Israel diesen Beschuss ertrug. Ab und zu einmal griff die israelische Luftwaffe Raketenstellungen der Hamas an und zerstörte sie. Wie gesagt, ab und zu.

(...) Schließlich war es vorbei mit der Geduld. Gaza wurde massiv bombardiert. Und was war die Antwort der Ha-

mas, außer immer mehr Raketen? Gejammer, «die bösen Israelis, die Zionisten, greifen uns an, wir haben denen doch gar nichts getan.» Nein – die Raketen auf Israel waren wohl als eine Art Feuerwerk gedacht, als Dank für die täglichen Lieferungen von Lebensmitteln, Benzin, Medikamenten usw. nach Gaza. (...)

Mich widert das alles an. Klar bin ich für Frieden, klar will ich nicht, dass unschuldige Zivilisten in einem Krieg getötet werden. Aber genauso klar bin ich dafür, dass Israel sich verteidigen muss und die Bevölkerung in Israel schützen muss. In den letzten Monaten sind tausende Raketen auf Israel geschossen worden, ohne dass hart reagiert wurde, aber irgendwann ist einfach Schluss damit, dass die Bevölkerung einer ständigen Lebensgefahr ausgesetzt ist.(...)

Ständig gab es seit der Kriegssituation in Deutschland sogenannte «Solidaritätsdemonstrationen» mit Palästina. Welche Querfronten tun sich da auf. Klerikalfaschisten von Hamas und Hisbollah, Neonazis gemeinsam mit Deutschen die sich als (laizistische) Linke verstehen. Diese angeblichen «Linken» dulden, ohne zu widersprechen, dass bei solchen Demos antisemitische Parolen gegröhlt werden. Sie dulden, dass Menschen, die als Juden erkennbar, oder als Juden bekannt sind, angegriffen und verletzt werden, z.B. in Hamburg bei einer Gegendemonstration von Attac gegen eine israelfreundliche Kundgebung, so in Bremen, in Frankfurt und einigen anderen Städten. Das ist unerträglich. (...)

Im Moment passiert etwas, wovon ich dachte, dass wir das weitgehend

hinter uns haben: Unsere Menschen haben wieder Angst. Es ist fast unmöglich, sich auf der Straße, als Jude erkennbar, frei zu bewegen ohne Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt zu werden. Viele Juden schielen schon wieder auf den Koffer, der schon so lange ausgepackt war. Auch ich habe manchmal Gedanken über Auswanderung nach Israel, obwohl ich weiß, dass das eigentlich keine Option ist für mich. Ich will Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hier bei uns in Deutschland bekämpfen, aber ich weiß nicht, wie lange ich noch die Kraft dazu habe.

Wolfgang Seibert ist Vorsitzender der
Jüdischen Gemeinde Pinneberg in
Schleswig-Holstein.

Ein unnatürliches Bündnis?

Antisemitismus und Linke

Von Jochen BÖHMNER

Vor über 40 Jahren schrieb Jean Améry einen Essay über den «ehrbaren Antisemitismus» der von links kam. In diesem – weiterhin lesenswerten – Aufsatz heißt es u. a.: «Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen! Denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießerstammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist...» Und: «Die Linke muß redlicher sein. Es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus». Für Améry ging es dabei auch und vor allem um den Antizionismus, der «wie das Gewitter in der Wolke» im Antisemitismus enthalten sei.

Das Phänomen, welches wir gegenwärtig auf sog. Gazademonstrationen beobachten können, ist also keineswegs neu. Um es gleich vorweg zu betonen: Antisemitismus von Rechten (laut offizieller Statistik kommt aus diesem Spektrum immer noch die quantitativ höchste Anzahl an Straftaten) und von islamistischer Seite sind in ihrer jeweiligen Spezifik und Ausprägung genauso wie der linke Antisemitismus zu bekämpfen. Auch die antisemitischen Überzeugungen in der gesellschaftlichen Mitte sind mehr als besorgniserregend und bieten genauso weiter Anlass für Interventionen. Hier soll es aber in erster Linie um einen kurzen Einstieg in das Themenfeld des Antisemitismus von links gehen.

Auf den bereits erwähnten Demonstrationen, die eigentlich Manifestationen für Frieden und der Solidarität sein sollten, kam es fast deutschlandweit zu antisemitischen Ausbrüchen bis hin zur Gewalt. In Essen war es eine Demonstration, die vom Jugendverband der Linken angemeldet und organisiert wurde, die völlig eskalierte. Neben den üblichen «Kindermörder Israel» oder «Allahu akbar»-Rufen – man stelle sich vor, auf einer von der Linken organisierten Demonstration gegen Nazis würde man «Jesus lebt» anstimmen –, zeigen Videos Hitlergrüße und sogar «Adolf Hitler» Sprechchöre von Teilnehmern der Demonstration, als sie eine israelolidarische Demonstration erblickten. In Berlin werden öffentlich die widerwärtigsten antisemitischen Sprüche von einem antisemitischen Mob skandiert. Wären es Neonazis gewesen, die diese Parole gegröhl hätten, es wäre wohl die Linke gewesen, die sofort zu Gegendemonstrationen aufgerufen hätte. Doch hier: Fehlangezeigt. Es waren ja Migranten, Türken, Araber und Muslime, die auf neonazistische Weise antisemitisch hetzten und brüllten. Es waren linke Abgeordnete, die 2010 auf der «Mavi Marmara» mitschipperten. Keine Probleme bzw. Berührungspunkte hatten die Abgeordneten der Linkspartei mit der Geschlechtertrennung auf dem Schiff oder mit den türkischen Faschisten und Islamisten, die mit an Bord waren. Andererseits herrscht(e) weitgehend linkes Schweigen zur Leugnung der Shoah durch das iranische Regime. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Trauriger Fakt ist, dass ein Bekenntnis zu Israel in Deutschland gefährlich ist,

was faktisch kaum jemanden wirklich interessiert. So wurde z. B. in Bremen ein Mitglied einer linken Gruppe verletzt, als er einen Journalisten der Taz zur Hilfe kam, der von einer antisemitischen Demo heraus angegriffen wurde. In Frankfurt/Main wiederum wurden die Scheiben einer Wohnung eingeworfen in der eine bekannte Jüdin wohnt. In Göttingen wurde eine proisraelische Kundgebung von einer Gazademo heraus angegriffen. Ein israelolidarischer Demonstrant wurde dabei verletzt und eine Israelfahne entwendet. Der Aufschrei blieb meist auf jüdische Gemeinden und Organisationen beschränkt. Eine deutliche Absage der Gesellschaft gegenüber antisemitischer Gewalt hier bzw. eine Solidarisierung mit Israel blieb zum großen Teil aus. Auch aus dieser mangelnden Solidarität und Empathie heraus, speist sich natürlich das antisemitische Ressentiment im antizionistischen Lager.

Versagen der Linken

Das Versagen der Linken (der Partei genau wie der politischen Richtung) besteht somit zum einen in der offenen Kumpanei mit Antisemiten wie in Essen oder auf der «Mavi Marmara», zum anderen in der verharmlosten antisemitischen Ausbrüche, wenn diese nicht von Neonazis verübt werden. Beides rührt aus



Pro-israelische Kundgebung in London am 31. August 2014

einer antiimperialistisch-antizionistisch genannten «Solidarität» mit den Palästinensern. Es mag außerdem eine pazifistische Motivation bei so manchen eine Rolle spielen. Allerdings ist diese noch absurder, angesichts tagtäglich stattfindender Massaker weltweit (z. B. in Syrien, in Darfur usw.), die von diesem Spektrum geflissentlich ignoriert werden, da man nicht Israel oder die USA dafür verantwortlichen machen kann. Verhungerte palästinensische Flüchtlinge im syrischen Flüchtlingslager Yarmouk haben auch niemanden zu Solidaritätsdemos auf die Straßen getrieben. Ein solcher Doppelstandard, der hier an Israel angelegt wird, ist – nach dem berühmten «3-D-Test (Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelstandard), den Nathan Sharansky bereits vor 10 Jahren aufstellte – ein untrügliches Zeichen für Antisemitismus.

Das wichtigere Motiv für die linke Parteinahme ist wohl eher der Antizionismus, der sich mit traditionellem Antiimperialismus mischt. Der Zionismus wird dabei zur Projektionsfläche für alles Schlimme. Der Zionismus sei besonders rassistisch gegenüber den Palästinensern, Zionisten «rauben» arabisches Land, zerstören die Umwelt, sind Kolonialisten und Imperialisten. Historisch wie aktuell ist das alles völlig unsinnig. Aber wer schon einmal die Gelegenheit hatte – z. B. in sozialen Netzwerken – mit Antizionisten zu diskutieren, wird schnell merken, dass ein argumentieren so gut wie unmöglich ist, da es sich genauso um eine wahnhaftige Welterklärung handelt, wie beim Antisemitismus.

Nach dem 8. Mai 1945 wurde der Antizionismus zum Antisemitismus auf Höhe der Zeit. Selbst Nazis sind heutzutage keine Antisemiten mehr. So postete z. B. der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke auf seinem Facebook Profil vor einigen Wochen eine Palästina Fahne mit der Aufschrift: «Say No To Zionist Genocide».

Der Antiimperialismus als Theorie wiederum hatte seine historische Berechtigung zur Zeit des Ersten Weltkrieges. Im linken Selbstverständnis konservierte sich diese Ideologie aber im Prinzip bis heute. Allerspätestens in Zeiten des Kalten Krie-

Judenvernichtung wird von einem traditionellen Antiimperialisten nicht erkannt. Zugespielt könnte man sagen, dass in dieser Terminologie die eigentlichen Täter nicht die deutschen Nazis und ihre Helfer sind, sondern die herrschende imperialistische Klasse. Damit wird das «imperialistische Israel» – entgegen jeder Empirie und Vernunft – zur Inkarnation des Faschismus gemacht. Dazu kommt, dass in Anlehnung an die Dimitroff-These es «die Imperialisten» sind, die vom Faschismus profitieren und diesen dann gezielt einsetzen, um die bevorstehende Revolution der Arbeiterklasse zu verhindern. D. h. gesellschaftliche Prozesse werden durch eine bestimmte Minderheit bewusst gesteuert. Die Shoah verkommt zur Randnotiz, das ideologische Moment des Antisemitismus wird ausgeblendet und die historische Verbindung arabischer Nationalisten und früher Islamisten zur NS-Herrschaft wird schlichtweg ignoriert.

Die Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, das klar eingeteilte Weltbild in Gut und Böse und eine Bewunderung für das Konkrete, welches man dem Abstrakten bzw. dem Künstlichen entgegenstellen kann, sind Grundpfeiler der antiimperialistischen Denkbäude. Übersetzt auf den israelisch-palästinensischen Konflikt bedeutet das: Israel ist keine «echte» Nation bzw. kein «echtes» Volk im Gegensatz zu den Palästinensern. Moralisch hält man sowieso zum per se guten unterdrückten Volk, welches sich heroisch gegen den per se bösen Kolonialstaat Israel zur Wehr setzt. Dabei schweigt man sich z. B. über die jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern, die nach der Staatsgründung Israels aus arabischen Ländern vertrieben wurden, genauso aus wie über die fürchterlichen Herrschaftsstrukturen in den arabischen Ländern bzw. im Gazastreifen.

Auf einer Kampagnenseite von Neonazis zum Gazakrieg wird derweil unter der Überschrift: «Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann» zum Boykott israelischer Waren aufgerufen. Gleichzeitig unterstützten einige Ortsverbände der Linken in Berlin die Demonstration «Berlin für Gaza» am 9. August, die unter anderem auch von der BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) Berlin Ortsgruppe getragen wurde. So sieht die antizionistische Querfront im Jahre 2014 aus.

Sicher, es gab immer und gibt auch jetzt Linke, die sich gegen Antisemitismus stark machen. Man wünscht sich, dass das Gros der Linken das Statement vom damaligen sowjetischen Außenminister Andrey Gromyko vor der UN im Jahre 1947 internalisieren würde: «Die Verweigerung des Strebens der Juden nach einem eigenen Staat wäre nicht zu rechtfertigen, besonders unter Berücksichtigung dessen, was es im Zweiten Weltkrieg erlebte.» Eine Linke aber, die Amérys «Sünde wider den Geist» begeht und sich nach Auschwitz gegen die jüdische Souveränität stellt, verdient den gleichen Widerstand wie Neonazis, Islamisten oder Antisemiten im bürgerlichen Gewande, die dies tun.

ges transformierte sich der Antiimperialismus früherer Tage zu einer Parteinahme für die «unterdrückten Völker» v. a. der Dritten Welt. Somit musste sich das an sich bereits vorhandene dichotome Weltbild von Gut und Böse bzw. Unterdrücker und Unterdrückte im Falle Israel zwangsläufig zum antisemitischen Wahnbild entwickeln. Während auf der einen Seite das «unterdrückte Volk» Palästinas um seine nationale Befreiung kämpft (ein Nationalismus der wiederum kaum Anlass für eine Kritik ist), steht auf der anderen Seite der «künstliche Siedlerstaat» Israel der, mit Unterstützung der USA, sein koloniales Projekt unerbittlich fortführt.

Antiimperialistische Kurzschlüsse

Ein weiteres großes Problem beim Antiimperialismus stellt die Faschismusanalyse dar. Die Spezifik der deutschen

Interview mit dem israelischen Botschafter Yakov Hadas-Handelsman

Über Antisemitismus in Deutschland, Israels Wirtschaftsbeziehungen zur arabischen Welt und die heutige israelische Erinnerung an die sowjetische Rote Armee

Das Interview führten Susanne Wein und Clemens Heni am 18. August 2014 in der israelischen Botschaft in Berlin

JR: Sehr geehrter Herr Botschafter Hadas-Handelsman: Vor einem Jahr, im August 2013, sagten Sie in einem Interview mit der Tageszeitung Die WELT, die «antisemitische Stimmung in Deutschland» sei «gegenwärtig nicht so schlimm wie in anderen Teilen Europas.» Wie würden Sie das heute, im August 2014 einschätzen?

HH: Wissen Sie, alles im Leben ist relativ. Wenn wir uns jetzt die Situation in Europa anschauen, ist es in Deutschland nicht am schlimmsten, aber Antisemitismus ist schlecht und dass es ihn in Europa im 21. Jahrhundert gibt, ist noch schlimmer. Und

hen, dass die andere Seite das gleiche Recht hat, zu agieren. Vor diesem Hintergrund wäre es eine tiefe Verletzung demokratischer Werte, eine Demonstration verhindern zu wollen. Allerdings ist die deutsche Demokratie durch diese Art und Weise von Demonstrationen angegriffen. Die deutsche Gesellschaft muss wachsam sein.

JR: Darf ich nochmal nachfragen: haben in Ihren Augen die deutsche Gesellschaft oder Polizei und Politik angemessen auf die Bedrohung der Demokratie reagiert?

HH: Ich weiß nicht alles. Es sieht so aus, dass die Polizei strenger vorgeht und überprüft, was erlaubt ist und was nicht. Heute sind es die Juden, jetzt haben wir auch die Jesiden, die wurden von Islamisten angegriffen auf einer Demonstration in

Mit Frau Connemann wurde gar nicht gesprochen. Welche Diskussionsart wollen sie, wenn schon alle einer Meinung sein sollen?

JR: Wie würden Sie Angelas Merkels Regierungspolitik, die sich pro-israelisch gibt, im Verhältnis zur Abstimmungspolitik Deutschlands bei den Vereinten Nationen (UN) bzw. bei EU-Beschlüssen, einschätzen?

HH: Es gibt den Koalitionsvertrag, worin es einen Artikel gibt über das Verhältnis Deutschlands zum jüdischen demokratischen Staat Israel, ein Staat der in Frieden und Sicherheit mit seinen Nachbarn leben können soll. Eine solche Passage spricht für sich selbst. Das ist beispiellos.

JR: Doch was ist die Realität?

HH: Nun, im Allgemeinen folgt die deutsche Politik diesen Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag. Deutschland hat sich verpflichtet, für Israels Sicherheit und Israels Existenz einzustehen. Wir haben es jetzt am Beispiel des Gaza-Konflikts gesehen. Die Haltung von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier war eindeutig und für Israel. Noch einmal: Es ist beispiellos, dass ein Land in einem Koalitionsvertrag eine solche Positionierung vornimmt.

JR: Sie waren ja auch schon Botschafter in Jordanien. Wie würden Sie im aktuellen Konflikt mit Gaza die Beziehung von Israel zu den moderaten arabischen Staaten wie Jordanien und Ägypten, aber auch zu den eigentlich weniger moderaten Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, einschätzen? Alle diese Staaten haben sich mehr oder weniger hinter Israel gestellt und gegen die Hamas positioniert.

HH: Die arabischen Länder haben schon lange gemerkt, dass Israel nicht die Bedrohung Nr. 1 für sie ist, auch nicht Nr. 2 und auch nicht Nr. 3. Im Gegenteil. Israel verteidigt direkt oder indirekt die arabischen Staaten und heutzutage sieht man das vielleicht besser. Die Probleme, die heute im Nahen Osten existieren, sind folgende: es gibt dort verschiedene ewige Kämpfe zwischen Sunniten und Schiiten. Das kann man in Syrien erleben. Dann gibt es Kämpfe, in denen Sunniten und Schiiten kooperieren, gegen diese extremen Terroristen der IS, gegen die Al-Qaida eine geradezu «moderate» Terrororganisation zu sein scheint. Das ist ein Überlebenskrieg. Die Terrormiliz IS nimmt keine Gefangenen... die töten alle, wie wir diese Woche gesehen haben. Und es gibt diesen Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten, aus arabischer Sicht, die das ganze Gebiet als arabisches Gebiet betrachten. Demnach existieren drei Gegner: Zuerst Israel, aber das hat keine Ambitionen, den Nahen Osten zu beherrschen. Dann gibt es den Iran, der schiitisch und nicht arabisch ist. Und schließlich gibt es die Türkei. Damit ist der gegenwärtige Versuch Erdogans gemeint, Führer des Islams oder der arabischen Welt zu sein. Bei all diesen Kämpfen jedenfalls kommt also Israel gar nicht vor.

Israel hat sein Wasserproblem gelöst

JR: Wie sehen Sie die Erdgasfunde, die teilweise auf israelischem Gebiet liegen, und das Potential, das darin an Kooperation liegt? Das sind ja riesige Mengen an Energie.

HH: Es gibt bereits Kooperationen. Die Funde betreffen ja nicht nur Israel, auch die Palästinenser, den Libanon, Syrien, Zypern. Man muss diese Erdgasfunde so nutzen, dass die bestmögliche Kooperation stattfindet. Es gibt Möglichkeiten. Wir haben schon zwei Verträge unterschrieben. Erstens mit Jordanien, zweitens mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Die PA plant ein gasbetriebenes Kraftwerk in Jenin. Dorthin werden wir das Gas liefern. Es gibt also enorme Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Auch mit Ägypten sind wir im Gespräch und könnten evtl. auch über ägyptische Installationen Energie nach Europa ausführen. Dazu kommt Folgendes: Israel hat sein Wasserproblem gelöst! Anfang nächsten Jahres werden 75 % des Brauchwassers Israels aus dem Meer stammen, also entsalztes Brauchwasser. Damit können wir teilweise, wenn nicht gänzlich, unsere Grundwasservorräte, die wir viel zu stark nutzen mussten, erneuern bzw. das Grundwasser kann sich regenerieren. Wasser, wie Shimon Peres immer sagte, kennt keine politischen Grenzen, sondern nur geografische. Die Palästinenser brauchen Wasser, Jordanien sowieso, und wenn wir unsere Reservoirs regeneriert haben und selbst Wasser produzieren, dann können wir auch mehr Wasser an unsere Nachbarn abgeben.

JR: Schön wär's. Aber ist es nur Verbalradikalismus der arabischen Länder, wenn sie immer betonen, «wir machen das nicht»? Wir wollen das Wasser von Israel nicht?

HH: Ja, das ist mehr verbal. Weil es eigentlich viel Kooperation gibt. Nur redet man darüber nicht, weil alles, oder fast alles, was öffentlich wird, scheitern wird. Die Führungskräfte haben diese Angst vor den eigenen Leuten, vor der arabischen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit – was werden sie sagen? Und so weiter. Das ist in der Tat ein Problem. Da kann die politische Führung dann vom Volk sozusagen reindoktriniert werden.

Was die Zukunft angeht sind wir sehr optimistisch. Schließlich verdienen beide Seiten daran, die israelische und die arabische, man kann viel mit solchen Kooperationen erreichen. Es gibt Beispiele, die schon jahrelang funktionieren und auch hier in der Öffentlichkeit akzeptiert sind. Da haben wir z.B. QIZ, die Qualified Industrial Zones. Es ist Folgendes: Wir haben mit den Amerikanern ein «taxfree» und «quote-free» – we have a free trade agreement.

JR: Freihandelsabkommen.

HH: Ja, und in diesem Rahmen gibt es tolle Möglichkeiten – wir können z.B. Textilien in die USA exportieren, quotenlos und zollfrei. Das Problem ist nur, dass die israelische Textilindustrie fast nicht mehr existiert, weil es sich in Israel nicht lohnt.



Israelischer Botschafter Yakov Hadas-Handelsman mit dem Redakteur der Jüdischen Rundschau, Clemens Heni

der Antisemitismus in Deutschland wird immer besonders schlimm sein – man braucht es kaum zu erklären, warum. Und die Frage, wer den Antisemitismus verübt, ist nicht so relevant.

JR: Nicht so relevant ... Aber wir haben aber dieses Jahr gesehen, dass muslimische antiisraelische Aktivisten, sagen wir das mal so, auf eine aggressive Weise aktiv sind, wie wir es in den letzten 25 Jahren in diesem Land kaum erlebt haben. Manche Aktivisten haben pro-israelische Kundgebungen gestört und sich positiv auf Hitler bezogen. Das würden sich selbst deutsche Neonazis nicht trauen. Das ist ja auch verboten in Deutschland. Wie würden Sie diese neue Dimension einschätzen? Glauben Sie, dass die politische Elite in diesem Land es verstanden hat, dass es sich vielleicht um eine neue Qualität des Antisemitismus handelt?

HH: Ich bin nicht in der Lage, die deutschen Eliten zu analysieren. Aber die Sache ist ganz einfach. Erstens gibt es in Deutschland Gesetze. Die Unterschiede zwischen dem, was man tun darf und was man nicht tun darf, sind sehr klar. Wenn jemand die Gesetze bricht und z.B. verbotene Parolen skandiert, gibt es genug Werkzeuge, dagegen vorzugehen. Demonstrieren ist Bestandteil einer Demokratie. Wenn jemand pro- oder anti- demonstriert, erwartet er, dass er das Recht hat, seine Ideen, Gefühle etc. zu äußern. Doch dann muss er verste-

Nordrhein-Westfalen. Ist Deutschland ein Schlachtfeld geworden? Ich hoffe das nicht. Man muss die Demokratie hüten.

JR: Verteidigen.

HH: Ja. Wenn die Demokratie bedroht ist, braucht es eine Reaktion der Regierung und der Bevölkerung. Ich bin kein Deutscher. Ich kann mir vorstellen, wie ich reagiert hätte, wenn in Israel etwas Ähnliches passiert wäre.

Der DGB Ostfriesland und Israel

JR: Wenn Sie die Bevölkerung ansprechen. Nehmen wir mal den Deutschen Gewerkschaftsbund. Der DGB hat 1967 dazu aufgerufen, Blut für Israel zu spenden aufgrund des Sechstagekrieges. Jetzt wurde kürzlich eine Bundestagsabgeordnete, Frau Connemann, als Rednerin auf einer DGB-Veranstaltung wieder eingeladen, weil sie sich pro-israelisch positioniert hat.

HH: Das ist eine lokale Initiative einer kleinen DGB-Gruppe. Wir sollten das nicht als Spiegelbild des DGB betrachten.

JR: Das heißt aber, die demokratische Kultur in Deutschland lässt zu wünschen übrig?

HH: Ich weiß nicht, ob ich soweit gehen würde. Aber wenn Sie mich danach fragen, wirft dieser Fall wesentliche Fragen auf. Wie pluralistisch oder demokratisch sind Teile der deutschen Gesellschaft wirklich?

Der israelische Textilhersteller kann sich nicht mit der Konkurrenz von Pakistan, Bangladesh und Indochina oder Rumänien und Vietnam messen, wegen der hohen Personalkosten in Israel. Und deswegen haben schon seit fast 20 Jahren viele israelische Textilunternehmer ihr Business ins Ausland umgesiedelt, z.B. nach Jordanien. Das war ein Erfolg, auch in Zeiten der Intifada übrigens. Und dann kommt jetzt



noch Ägypten als Partner dazu. Wenn ein bestimmter Anteil des Produkts, zum Beispiel 10 %, aus Israel stammt, aber 90% aus den anderen Ländern, z.B. Ägypten oder Jordanien, wird es nach Amerika unter dem Siegel: Made in Israel eingeführt.

JR: Und das funktioniert schon?

HH: Das funktioniert. Zehntausende Leute arbeiten in diesen Textilfabriken. In Jordanien ist heute die Bedeutung geringer, weil sie jetzt selbst ein Freihandelsabkommen haben. Aber in Ägypten haben Tausende Leute wegen dieser Kooperation mit Israel Arbeitsplätze bekommen. Das war eine Initiative des damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

Erdogan schadet türkischen Interessen

JR: Israel schafft eine gute Kooperationspartnerschaft mit den arabischen Staaten, ohne es an die große Glocke zu hängen. Was passiert jetzt aber mit der Türkei. Unseres Erachtens ist Erdogan eine große Bedrohung. Er versucht ständig, den muslimischen Charakter der Türkei hervorzuheben und geriert sich extrem antiisraelisch – vielleicht ist er in Ihren Augen auch nur verbalradikal?

HH: Sagen wir es so, die Türkei ist wichtig – für Israel, für den Nahen Osten, für Europa. Es ist bedauerlich, die gegenwärtige Politik der Türkei zu sehen, und die Politik und diese Äußerungen schaden türkischen Interessen. Vor allem den türkischen Interessen. Und Erdogans Äußerungen sind purer Antisemitismus, das soll uns allen, besonders in Deutschland, Sorgen machen. Wir wissen, was aus Verbalradikalismus werden kann.

JR: Sie waren ja auch Leiter der israelischen Handelsvertretung in Katar. Dieses Land ist wie die Türkei ein Unterstützer der Hamas. Katar ist aber vor allem auch sehr daran interessiert, sich sehr westlich zu geben. Es gibt 170 Mio. Euro für Trikotwerbung des Fußballclubs FC Barcelona aus, Katar kauft viele Kunstwerke westlicher Maler auf; Kunstwerke, die teilweise Hunderte Millionen Euro kosten und macht Ausstellungen im Wüstenstaat. Schließlich haben sie den Zuschlag erhalten, die Fußball WM 2022 auszurichten. D.h. Katar betreibt ein riesiges Public-Relation-Programm, um sich in der Welt positiv und

westlich darzustellen. Andererseits unterstützen sie Terror und stellen sich eigentlich gegen die arabische Welt: gegen Jordanien, Saudi Arabien, Ägypten, und sind isoliert. Wie würden sie das einschätzen, aus israelischer Perspektive?

HH: Sehr einfach, für Katar ist das Überleben am wichtigsten. Warum das Überleben? Weil Katar ein sehr kleiner Staat ist, es gibt, meiner Meinung nach weniger als

200.000 Kataris. Es ist eines der reichsten Länder der Welt. Die haben das drittgrößte Offshore-Gas-Reservoir. Die GDP per capita ist dort seit langem über \$ 100.000 und gleichzeitig ist der Staat miniklein. Er sieht sich drei großen Feinden gegenüber: Saudi-Arabien, Irak (heute natürlich etwas weniger aufgrund der extremen Instabilität im Irak) und vor allem Iran. Und das war die Strategie des vorherigen Emirs und seines Cousins, des Außenministers: wenn wir Lärm machen, garantiert das unser Überleben. Deswegen haben sie diese amerikanische Militärbasis dort, dann haben sie Al-Jazeera gegründet, 1996, und sie kaufen fast alles, was man mit Geld kaufen kann. Jetzt unterstützen sie die Terrororganisation Hamas, vorher haben sie die PLO unterstützt und andere Organisationen. Sie machen alles, das ist Thesis und Antithesis in einem.

JR: Doch die anderen arabischen Staaten sehen in der Hamas doch eine Gefahr, oder nicht?

HH: Die arabischen Staaten verstehen eigentlich, was für eine Gefahr die Hamas ist. Die Hamas ist ein Arm der Muslimbruderschaft und die ist einer der größten Feinde der Stabilität des Nahen Ostens. Terrororganisationen wie Hamas schleppen die Leute rückwärts. Es gibt außerdem diese große Differenz zwischen nationalistischen und religiösen Ideen. Für die Hamas gibt es keinen Platz für den Staat Israel; aber Hamas ist auch für eine muslimische Herrschaft. Nationalismus ist für sie nur ein Werkzeug und kein Ziel. Hamas ist eine Verbindung von Abuja (Boko Haram) bis Fallujah (IS).

Das eigentliche Ziel von Hamas ist gar nicht Palästina

JR: Sie sind gar nicht unbedingt – wie die PLO – für einen palästinensischen Staat, also sie wollen ein Kalifat, oder?

HH: Ja, das ist das Dilemma: Arabische Nationalität oder arabischer Religionsstaat. Im Nahen Osten gibt es auch ein paar Staaten die nicht nur muslimisch sind – es gibt z.B. mehr als 10 Mio. Kopten in Ägypten. In Israel sind die Christen zumindest nicht bedroht, im Gegenteil. Hamas redet von Palästina – aber auch wenn Israel nicht mehr existieren würde und nur Palästina, würde es der Hamas nicht reichen. Die sind extrem ideologisiert. Die wollen anderen

ihre Meinung oder Weltanschauung aufzwingen. Und sie werden nicht aufhören, bis sie ihr Ziel erreicht haben – ein islamisches Kalifat.

JR: Kommen wir zurück auf Deutschland. Sie kamen vor zwei Jahren hierher. Es gab im Sommer 2012 eine, vermutlich auch für Sie als Israeli, sehr merkwürdige Diskussion über Juden und Beschneidung. Ein großer Teil der Gesellschaft, mehr als die Hälfte, hat sich auf aggressive Weise gegen die Beschneidung gewendet. Wie haben Sie das erlebt?

HH: Ich habe damals gesagt und heute sage ich das nochmals: Es ist vor allem ein deutsches Problem. Sicherlich kein israelisches Problem und auch kein jüdisches Problem. Weil, wenn die Juden sich hier nicht beschneiden lassen dürfen, dann können sie irgendwo anders hingehen und das dort machen. In Israel usw. Aber die Frage betrifft, wie gesagt, die deutsche Gesellschaft.

JR: Das ist eine Frage?

HH: Was ich zeigen will, ist sehr einfach: Eine Debatte kann schon stattfinden, aber die Frage ist: Wenn jemand sich als Pluralist, Demokrat, Liberaler beschreibt, dann soll es auch etwas bedeuten, wie schon gesagt!

Jüdische Soldaten in der Roten Armee im Kampf gegen Nazi-Deutschland

JR: Wir haben dieses Jahr den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch Nazideutschland am 1. September 1939. 2012 wurde in Netanya vom damaligen Präsidenten Peres und dem russischen Präsidenten Putin ein Denkmal eingeweiht, das an den Kampf der Roten Armee und an die jüdischen Soldaten in der Roten Armee



erinnert. Es gab wohl ca. 500.000 jüdische Soldaten in der sowjetischen Roten Armee und es ist eines der wenigen Denkmäler in einem westlichen Staat mit dem exklusiv der Roten Armee gedankt wird, dass sie Nazideutschland besiegt hat. Wie würden Sie aus israelischer Perspektive so eine Art Denkmal interpretieren? In Deutschland gibt es eigentlich kaum eine positive Erinnerung, weder an die sowjetische Armee, noch an die jüdischen Soldaten in der Armee.

HH: Ja, aber das ist Deutschland und das ist Israel. Und in Israel ist es was anderes.

Jetzt, nach dem Kommunismus, da beide Länder ihre eigenen Beziehungen haben, gab es diese Idee. Die russischen Immigranten sind teilweise schon 20 Jahre in Israel – viele davon sind Veteranen, die in der Roten Armee gedient haben. Auch in meiner Familie haben wir Veteranen der Roten Armee, einer von ihnen kam als Befreier nach Berlin. In der Roten Armee gab es die größte Anzahl von jüdischen Soldaten. Es gab zahlreiche jüdische Generäle und sie haben diesen Rang erhalten, obwohl sie Juden waren.

JR: Ja, ja, nicht weil, sondern obwohl!

HH: Obwohl, ja. Viele jüdische Soldaten haben teilgenommen. Und waren in der Roten Armee.

JR: Es ist nur so, es gibt ja viele sowjetische Juden, die in den letzten 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind; viele von ihnen haben auch gekämpft und wurden dekoriert. Aber in der Öffentlichkeit wird dies wenig realisiert. Das ist das Traurige.

HH: Ja, aber das ist schon so, wie gesagt, das ist Deutschland. Sie haben mich über Israel gefragt und in Israel ist es eine Selbstverständlichkeit. Heute mehr als vorher.

JR: Zum Abschluss: Haben Sie einen Wunsch für die Zukunft?

HH: Ich wünsche mir immer Frieden. Ja, ich hoffe, oder wünschte, dass der Tag käme, an dem Israel und seine Nachbarn in Harmonie und unter denselben Bedingungen leben könnten wie hier in Europa. Die Kooperation zwischen den befreundeten Bevölkerungen in Europa – das ist etwas, das für mich immer ein Traum für unsere Region ist. Und man kann es noch erreichen, in Europa hat es auch lange gedauert. Aber schließlich hat es funktioniert. Heute ist es Realität und man schaut nach vorne

in die Zukunft. Und das ist mein Traum, wenn jemand in einer Stadt an der Grenze zwischen Israel und Jordanien ist – und er möchte dringend etwas kaufen und man könnte es am besten auf der anderen Seite des Flusses bekommen, in einer anderen Stadt, dann soll er mit dem Auto überfahren, so wie hier. Es gibt ja hier diese Grenzstädtchen oder -städte, an der holländischen, der belgischen, der dänischen Grenze oder bei Polen oder der Schweiz – dann kann man dorthin fahren – das ist mein Traum!

Antijüdische Mythen in der arabischen Welt, der Gaza-Krieg und die Hoffnung auf einen langen Waffenstillstand

Interview mit Esther Webman

Von Karl PFEIFER

JR: Dem Fernseh-Philosophen Richard David Precht fiel in einem Interview zum IS (der Terrorgruppe Islamischer Staat, Red.) nichts ein, zum Gaza-Konflikt antwortete er jedoch: „Israel bedient sich bei diesem Krieg aber Mitteln, die wir deutlich verurteilen müssen. Deutschland hat in seiner Geschichte Russland zwei Mal überfallen und allein im Zweiten Weltkrieg etwa 30 Millionen Russen ermordet. Bei Russlands Politik schlagen wir heute sofort scharfe Töne an. Die fürchterliche Ermordung von sechs Millionen Juden verpflichtet uns dagegen, bei Israels Krieg gegen die Palästinenser sehr moderat zu bleiben. Diese Logik überzeugt mich nicht!“ Wie denken Sie darüber?

Esther Webman: Ich bin nicht überrascht. Aber seine Behauptung, dass man Israel in Deutschland wegen der Schoa nicht oder sehr zurückhaltend kritisiert, stimmt nicht. Die Kritik, die nicht unbedingt antisemitisch und unsachlich daher kommen müsste, ist aber in den meisten Fällen von antisemitischen Tönen begleitet. Tatsächlich stimmt es, dass Hamas seit dem letzten Jahr geschwächt ist. Da Mohamed Mursi nicht mehr Präsident ist und die Moslembruderschaft nicht mehr in Ägypten herrscht, hat Hamas einen wichtigen Unterstützer verloren.

JR: Auch im Sinai...

EW: Da gab es andere, die Mursi halfen und die wiederum von Hamas unterstützt wurden. Über den Sinai wurden Waffen nach Gaza geschmuggelt.

JR: Aus dem Iran...

EW: Nicht nur aus dem Iran. Auch aus Libyen kamen Waffen und nicht nur nach Gaza, sondern an Salafisten und Terroristen in ganz Nordafrika. Als Sisi die Macht ergriff und die Muslimbruderschaft geschlagen und als terroristische Organisation verboten wurde, änderte sich die Lage. Netanjahu erhielt die Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit, denn er prägte den Satz, „Ruhe für Ruhe“. Doch sie bewaffnen sich weiter und erziehen ganze Generationen in ihrem ideologischen Geist gegen Juden und gegen Israel. Diejenigen, die Israel kritisieren, sollten einmal zuhören, wie sie sprechen, in welchem Ton gepredigt wird, auch wenn sie nicht Arabisch verstehen.

JR: Wie reagierten die wichtigen arabischen Staaten Saudi-Arabien, die Golfstaaten mit Ausnahme Katars sowie Ägypten?

EW: Ägypten ist ein interessanter Fall, weil Hamas ein Feind ist. Für die Regierung war es wünschenswert, dass Israel die Hamas schlägt, soviel es nur kann. Das klingt absurd, es ist aber Tatsache. Aber einige arabische Regime waren sogar während des zweiten Libanonkrieges zufrieden, dass Israel der Hizballah schwere Schläge zufügte. Sie lieben die islamistischen Organisationen nicht, die in der Politik Palästinas und des Libanon eine Rolle spielen. In den ersten Wochen des Krieges hatten diese Staaten nichts

gegen das Verhalten Israels einzuwenden. Genau wie in jedem anderen Land diktiert ihre Innenpolitik die Außenpolitik. Die Muslimbruderschaft ist eine Bedrohung. Hamas ist die Muslimbruderschaft und auf einigen Gebieten sogar noch extremistischer.

JR: Wie erklären Sie sich die Haltung von Katar?

EW: Katar spielt immer ein Doppelspiel. Sie setzen sich für Hamas ein, weil sie Einfluss haben wollen. Katar ist ein sehr kleines Land mit einer Bevölkerung von ca. dreihunderttausend autochthonen Bürgern und vielen rechtlosen fremden Arbeitern. Es ist pro Kopf das reichste Land der Welt und der Emir und seine Umgebung haben beschlossen, eine führende Rolle in der innerarabischen Politik zu spielen. So begannen sie sich einzumischen und deshalb hat Ägypten die Fernsehstation Al Jazeera herausgeworfen und einige ihrer Journalisten verurteilen lassen. Sie präsentierten Sisi als einen Deserteur, der einen Militärputsch durchgeführt hatte und nicht als einen legalen gewählten Präsidenten. Das hat Sisi nicht gefallen.

JR: Aber in Israel ist Al Jazeera legal...

EW: Bislang ja. Das ist in Ordnung, denn hier und da lassen sie jemand sprechen, der unseren Standpunkt erklärt. Und das ist wichtig. Während des Krieges waren sie einseitig und voreingenommen und zeigten nur die Sicht der Hamas in Gaza und nicht das, was die uns antat. Einerseits zeigten sie die Verwüstung in Gaza, andererseits aber strahlten sie die Siegespropaganda von Hamas aus und wie sie sich mit ihren Waffen und den mit modernster Technik ausgestatteten Tunneln brüsten.

JR: In den Niederlanden hat eine Muslima, die beim staatlichen Sicherheitsdienst arbeitet, auf ihrem Blog behauptet IS gibt es nicht, das sei eine zionistische Erfindung. Sie wurde suspendiert.

EW: Sie ist dabei nicht allein. Viele behaupten ähnliches, sie beschuldigen gerne andere. Es wird in der arabischen Welt auch behauptet, IS sei eine zionistische Organisation und ihre Mitglieder seien Juden. Vom Beginn des „arabischen Frühlings“ und insbesondere seit der Absetzung von Mursi beschuldigen die Muslimbrüder und ihre Unterstützer Sisi, er sei ein Jude. Seine Mutter sei eine Jüdin gewesen. So erklären sie sich die Änderungen. Sie beschuldigen Sisi sich so zu verhalten wie Nasser...

JR: Soll der auch Jude gewesen sein?

EW: Das behaupten sie. Tatsächlich lebte Nasser in der Nähe eines von Juden bewohnten Stadtviertels und er hatte dort Freunde und eine Familie, die ihm half. Damit aber nicht genug, sie beschuldigen alle säkularen Führer in der arabischen oder muslimischen Welt, wie zum Beispiel Atatürk, jüdische Wurzeln zu haben und nur vorzugeben Muslime zu sein. Was natürlich nicht stimmt. Dann kommt aber auch die Retourkutsche, nicht Mursi, aber der Gründer der Muslimbruderschaft Al-Banna wird beschuldigt, ein Jude gewesen zu sein. Seine Mutter soll eine

marokkanische Jüdin gewesen sein und hinter der Muslimbruderschaft stehen die Zionisten, die Al-Banna geholfen haben, die Muslimbruderschaft zu gründen. All das hätten die Zionisten getan, um die Stabilität Ägyptens zu unterminieren.

JR: Beschuldigen sie auch die Juden daran schuldig zu sein, dass Libyen, Syrien, Irak und der Jemen gescheiterte Staaten sind?

EW: Es gab ein paar Stimmen. Jedoch wurden die Zionisten bzw. Israel beschuldigt, hinter dem «arabischen Frühling» zu stehen. Im Irak beschuldigte man Juden, hinter dem Angriff auf Saddam Hussein gestanden und Bush zur Invasion veranlasst zu haben. Eine arabische Zeitung zeigte eine Karikatur mit Obama und einem Davidstern auf seinem Gesicht. Das Argument dahinter ist, dass Obama Gaza nicht zur Hilfe eilt. Hinter allen Ereignissen sehen sie «die Juden» bzw. «die Zionisten».

JR: Die israelische Regierung und die öffentliche Meinung verlangen eine Demilitarisierung von Gaza, doch solange dort Hamas das Sagen hat, wird es nicht dazu kommen. In der arabischen Welt und in Europa hören wir das Schlagwort vom größten Freiluftgefängnis und von der israelischen Belagerung von Gaza. Es wird kaum von der Grenze Ägyptens zu Gaza und von der ägyptischen Belagerung gesprochen.

EW: In der arabischen Öffentlichkeit war die Gleichgültigkeit der Ägypter, wenn es um die Leiden der Bevölkerung von Gaza geht, durchaus ein Thema. Andererseits gab es auch heftige Kritik an Hamas für das, was sie zu verantworten hat, für die Probleme der Bevölkerung, wenn Raketen aus bewohnten Gebieten abgefeuert werden, wohl wissend, dass eine israelische Reaktion erfolgen wird. Es wird die Frage gestellt, welchen Sinn das macht, wenn Israel so stark ist. Was aber die Bevölkerung anlangt, gibt es mehr Unterstützung für Hamas.

JR: In Ägypten?

EW: Nicht nur in Ägypten, sondern überall und insbesondere in der Westbank. Sie haben Recht, eine volle Demilitarisierung kann nicht erreicht werden. Aber wenn wir irgendeine Vereinbarung treffen und kontrollieren können, was nach Gaza gelangt, dann könnte es zu einer ruhigen Periode kommen.

Gaza ist, obwohl es mit allem Lebensnotwendigen von Israel beliefert wird, abgeschnitten von der Welt. Auch weil Ägypten seine Grenze geschlossen hält. Aber Hamas macht es unserer Regierung auch nicht leicht, die Belagerung zu lockern. Es ist nicht so, dass sie nicht trotz ihrer Ideologie zu einer Art Vereinbarung für eine längere Zeit mit uns kommen könnten.

JR: Zu einer Hudna. (Eine Hudna ist nach islamistischen Vorstellungen, der Scharia, ein Waffenstillstand, da ein Friedensvertrag mit Nicht-Muslimen



Die Historikerin Esther Webman forscht am Moshe Dayan Zentrum für Nahost- und afrikanische Studien und am Stephen Roth Institut für das Studium des zeitgenössischen Antisemitismus an der Universität Tel Aviv. Sie ist Autorin mehrerer Bücher und vieler Artikel.

Das mit Meir Litwak 2009 publizierte Buch "From Empathy to Denial/Arab Responses to the Holocaust" erhielt 2010 den ersten Preis des Washington Institute for Near East Policy.

nach dieser Ideologie nicht möglich ist, d. Red.)

EW: Ja, eine langjährige, das wurde von Achmed Jassin, der eine Art Ideologe war, erörtert. Aber das ist eines der Probleme von heute, sie haben keine Persönlichkeit, die so etwas entscheiden und in den Begriffen ihrer Religion erklären könnte. Obwohl Jassin kein Kleriker war, konnte er einen islamischen Präzedenzfall nennen und mit der Lage von Hamas vergleichen. Heute haben sie niemanden, der eine pragmatische Aktion vorschlagen könnte. Haniya und Mashal sind keine Kleriker.

JR: Vielleicht ein Imam?

EW: Sie haben viele Imame, doch keinen charismatischen, der so etwas vorschlagen könnte. Und so kann der militärische Führer von Hamas machen, was er will.

JR: Die Europäer erwarten, dass ein Konflikt politisch gelöst wird. Können wir sagen, dass dieses Rezept im Nahen Osten nicht funktioniert?

EW: Ich weiß es nicht. Erinnern Sie sich, was Netanjahu sagte, dass einige arabische Staaten sich heute anders zu Israel verhalten, als zuvor. Heute gibt es eine Möglichkeit, wenn wir eine Vereinbarung erreichen könnten, an der andere arabische Staaten beteiligt sind. Vor allem Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, das sich vor dem IS fürchtet, denn die stehen nicht weit von ihren Grenzen. Israel und die USA helfen diesem Königreich. So dass diese Gruppe mit Mahmud Abbas koalieren könnte, denn auch der Westbank könnten Änderungen gut tun. In diesem Fall könnte es zu einer Stabilität in unserer Region kommen.

JR: Vielen Dank für dieses Gespräch.

(geführt am 18.08.2014 in Tel Aviv)

Das Leo Baeck Zentrum in Haifa & die deutsche Abteilung

Über die Geschichte und heutigen Aktivitäten einer zionistischen Bildungseinrichtung

Von Stefanie HORN

Wenn Deutsche das Leo Baeck Zentrum in Haifa besuchen, ergibt es sich häufig, dass sie mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch kommen. Meist sind es Erwachsene mittleren Alters, die sich für eine Bildungsreise nach Israel anmelden. Oft sagen sie zuvor, sie wollten sich «ein persönliches Bild von der politischen Lage vor Ort machen.» Oft sind sie danach überrascht, zuweilen ist ihr Weltbild etwas erschüttert.

Neulich zum Beispiel kam eine Besuchergruppe mit der siebzehnjährigen Yael* ins Gespräch. Sie steht kurz vor dem Abitur, seit Jahren engagiert sie sich in arabisch-jüdischen Koexistenz-Projekten. Yael hat das Musical-Projekt «StepbyStepSauwaSauwa» mitentwickelt, sie lernt seit vielen Jahren Arabisch und will mit ihrem Engagement einen Beitrag zu einer friedlichen Zukunft leisten. Ein guter Freund von ihr, erzählt Yael den Besuchern, heißt Mohammed* und ist Muslim. Er kommt aus dem arabischen Dorf Ein Mahel in der Nähe von Nazareth und geht dort auf eine arabische Schule. Yael und Mohammed leben in unterschiedlichen Lebenswelten und haben sich trotzdem gemeinsam in vielen Projekten für eine arabisch-jüdische Koexistenz eingesetzt.

Ob sie denn nach der Schule auch zum Militärdienst müsse, fragt mitleidig eine 55-jährige Dame aus der Besuchergruppe. «Aber natürlich», antwortet Yael. Yael ist überzeugte Zionistin. Sie freut sich auf die zwei Jahre Armee. Ihre Familie, sagt Yael, sei eine «Militär-Familie». Fast alle Mitglieder haben in Elite-Einheiten gedient, fast alle sind länger geblieben, als sie es gemäß den staatlichen Vorschriften gemusst hätten. Yael sagt, sie sei stolz. Ihr Ziel sei, in die Einheit für internationale Beziehungen aufgenommen zu werden, deren Auswahlkriterien besonders streng sind. Nur die Besten der Besten werden genommen. Die Frau schaut ratlos drein; mit dieser Antwort scheint sie nicht gerechnet zu haben.

Schwarz-Weiß-Bilder und Missverständnisse über den Zionismus

So wie Yael empfinden viele israelische Bürgerinnen und Bürger und das scheint nicht in die schwarz-weißen Vorstellungen einiger Menschen aus Deutschland zu passen. Die sehen in etwa so aus: Auf der einen Seite gibt es «pazifistische» Israelis, die sich für die Rechte von arabischen Israelis und Palästinensern einsetzen und auf der anderen Seite «kriegstreiberische» Israelis, die diesen Bevölkerungsgruppen feindlich gesinnt sind und sie militärisch bekämpfen möchten. Auch das klare Bekenntnis zum Zionismus scheint einige eher zu verstören. Sie assoziieren den Begriff mit Rassismus und rechtem Gedankengut. Dabei wird sowohl die Entstehungsge-

schichte als auch die politische Heterogenität dessen, was oft vereinfachend als «der Zionismus» bezeichnet wird, völlig außer Acht gelassen.

Bestehende Weltbilder anzufechten, neue Fragen aufzuwerfen und die Komplexität der politischen Situation in Israel zu vermitteln, sind die Ziele, welche die Arbeit der deutschen Abteilung am Leo Baeck Zentrum bestimmen.

Um die Ausrichtung des Leo Baeck Zentrums insgesamt zu verstehen und um nachvollziehen zu können, warum das Zentrum so einen starken Deutschland-Bezug hat, ist es notwendig, sich mit seiner Geschichte zu beschäftigen.

Das Leo Baeck Zentrum in Haifa ist eine zionistische Bildungseinrichtung. Rabbiner Dr. Meier Elk gründete es

schaftsgruppen in Israel zu bauen, sich für Dialog einzusetzen und für ein friedliches und respektvolles Miteinander. Um dieses Ziel umzusetzen, investiert das Leo Baeck Zentrum einige seiner Ressourcen in arabisch-jüdische Projekte. Dazu gehört das in Deutschland wohl bekannteste Projekt in diesem Bereich, das arabisch-jüdische Musical «StepbyStepSauwaSauwa». Das Musical ging 2012 auf Deutschland-Tour und Bundeskanzlerin Merkel unterstützte es.

Die Koexistenzarbeit des Leo Baeck Zentrums ist nicht sein einziger Schwerpunkt, was in Deutschland leider oft nicht wahrgenommen wird. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich die deutsche Wahrnehmung Israels maßgeblich auf den Nahostkonflikt

gen leisten auch alle Schülerinnen und Schüler der Leo Baeck High School jeweils 80 Stunden Freiwilligenarbeit in den letzten drei Schuljahren; sie legen damit ein «soziales Abitur» ab.

Die deutsche Abteilung

Die deutsche Abteilung des Leo Baeck Zentrums wurde in den späten sechziger Jahren von Herbert und Miriam Bettelheim gegründet. Der Anlass war eines der ersten deutsch-israelischen Austauschprojekte, den das aus Österreich und Deutschland stammende Ehepaar trotz der zeitlichen Nähe zur Shoah wagte. Der mittlerweile fast 93-jährige Herbert Bettelheim war Ende der 30er Jahre nach Haifa geflohen. Ihm wurde gemeinsam mit seiner Frau 2002 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Herbert Bettelheim erzählt immer wieder in persönlichen Gesprächen, wie schwer und schmerzhaft seine erste Reise nach Deutschland in den sechziger Jahren war, angesichts der eigenen Traumata und familiären Verluste in der Nazizeit. Seit jeher sind der Austausch und die Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis in den verschiedensten Kontexten für die deutsche Abteilung Programm.

Seit Anfang dieses Jahres ist die deutsche Abteilung in Berlin ansässig und das Leo Baeck Zentrum ist damit zum ersten Mal in seiner Geschichte mit einem Büro in Deutschland vertreten. Es geht bei der Arbeit vor allem darum, israelische Positionen und Denkweisen nachvollziehbar zu machen und durch intensive Begegnungen zwischen Israelis und Deutschen Empathie entstehen zu lassen. Dazu gehört auch, den Facettenreichtum der israelischen Gesellschaft und die Dinge, die in den oft einseitigen und israelfeindlichen Mainstream-Medien hierzulande so gut wie nie thematisiert werden, zu kommunizieren.

Die Arbeit der deutschen Abteilung ist vielfältig, vom Schlittschuhlaufen mit jungen deutschen und israelischen Musikern in Haifas Partnerstadt Mannheim über die Begleitung der Israel-Reise des Landesrabbiners von Mecklenburg-Vorpommern William Wolff bis hin zur Organisation einer Podiums-Diskussion mit dem jüdischen Daniel und der muslimischen Lian aus Haifa für die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, wie sie am 10. September 2014 in Berlin stattfinden wird.

Umgang mit dem aktuellen Gaza-Konflikt

Die deutsche Abteilung begreift es als gesellschaftspolitische Notwendigkeit gerade in Krisensituationen wie der des aktuellen Gaza-Konflikts eine klare Stellung zu beziehen. Stellung für Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten, das seine Zivilbevölkerung vor Angriffen zu schützen hat. In einer Pressemitteilung der deutschen Abteilung zur aktuellen politischen Lage vom ersten August sprach sich das



Das arabisch-jüdische Musical-Projekt «Step by Step Sauwa Sauwa» für einen Auftritt zu Gast in der I.E. Lichtigfeld Schule im Philanthropin in Frankfurt am Main im Jahr 2012. Im Philanthropin liegen die Wurzeln des Leo Baeck Zentrums in Haifa.

bereits 1938 als Bildungsstätte für jüdische Kinder, die aus Deutschland hatten fliehen müssen. Rabbiner Elk kam aus Frankfurt am Main, er hatte sein Abitur am «Philanthropin» absolviert. Das «Philanthropin» war damals die größte jüdische Schule in Deutschland und wurde 1942 von den Nazis geschlossen.

Diese Schule mit seiner humanistischen Ausrichtung diente Rabbiner Elk als pädagogisches Vorbild für seine neue jüdische Schule in Palästina. Er nannte sie nach seinem ehemaligen Lehrer, dem Rabbiner Leo Baeck. Er ließ sich inspirieren von dessen Ideen zur liberalen Auslegung des Judentums.

Das Leo Baeck Zentrum ist über die Jahrzehnte hinweg zu einer renommierten Bildungs-Einrichtung in Israel herangewachsen. Auf dem Campus des Leo Baeck Zentrums in Haifa gibt es ein Sport- und Community Center, das Zentrum unterhält soziale Einrichtungen in Haifa, betreibt mehrere jüdische Schulen und beherbergt die liberale OhelAvraham Synagoge

Soziale und interkulturelle Arbeit am Leo Baeck Zentrum

Eines der Ziele der Arbeit ist es, Brücken zwischen den Kulturen und Gesell-

reduziert und andere Nuancen der israelischen Gesellschaft nur wenig Beachtung finden.

Das Leo Baeck Zentrum bietet eben auch mehrere Stipendien- und Empowerment-Programme an, die der äthiopisch-jüdischen Minderheit gleiche Bildungschancen wie der Mehrheitsgesellschaft ermöglichen sollen. Eines der Stipendien-Programme ist das «ULTP-University Leadership Training Programm» an der Haifa Universität für junge Frauen äthiopischer Herkunft.

Das Leo Baeck Zentrum lebt das Prinzip der Inklusion; autistische und vom Asperger-Syndrom betroffene Kinder und Jugendliche sind selbstverständlich integriert – im Schullalltag, aber auch in außerschulischen Projekten. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Förderprogrammen, wie «Live-Skills-Training» in einer Leo Baeck eigenen Wohnung, Berufsvorbereitungs-Training in einer Werkstatt auf dem Campus oder eine Vielzahl von betreuten Freizeitaktivitäten.

Einer der Grundpfeiler der gesamten Arbeit ist es, gerade junge Menschen zu Eigeninitiative und gesellschaftlicher Verantwortung zu erziehen und sie zu ermutigen, ihre eigenen Ideen und Projekte auf die Beine zu stellen. Deswe-

►► Fortsetzung auf Seite 16

«Ein Platz an dem es selbstverständlich ist, Jude zu sein»

Das markanteste Merkmal der Jüdischen Gemeinde Göttingen ist die Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder. Von jungen Studierenden, die zeitweise hier wohnen, bis hin zu älteren Göttingern, die hier ihr Zuhause gefunden haben.

Von Monty Maximilian A. OTT

Die vergleichsweise kurzen Wurzeln der heutigen Jüdischen Gemeinde Göttingen reichen bis in das Jahr 1994 zurück. Damals wollte Eva Tichauer Moritz nur eines: «jüdisch leben». Tichauer Moritz kam im Jahr 1975 mit ihrer Familie ins Exil nach Deutschland, nachdem ihre Eltern vor den Nationalsozialisten nach Chile geflüchtet waren, wo sie geboren wurde.

«Als ich nach Göttingen kam, wollte ich jüdisch leben und ich wollte anderen die Möglichkeit geben, dasselbe zu tun», erklärt Eva Tichauer Moritz ihre Initiative zur Gemeindegründung. Ihre jüdische Identität ist tief geprägt von dem, was sie bei ihren Eltern lernte und wie sie die chilenische Gemeinde erlebt hat – «Judentum als Selbstverständlichkeit». Aber in der Uni-Stadt gab es das nicht und die hiesigen Jüdinnen und Juden brauchten einen Ort.

Elf Jahre lang war die von Moritz Tichauer gegründete Gemeinde der Anlaufpunkt, erfuhr aber auch einen Wandel hin zum Reformjudentum. 2002 wurde das Jüdische Lehrhaus gegründet und 2005 eine Jüdische Kultusgemeinde für Göttingen und Südniedersachsen, die sich den Masorti-Grundsätzen verpflichtet fühlt.

Freundeskreis und Kontakt zur Stadt

Zur Jüdischen Gemeinde gehören heute insgesamt 149 Mitglieder. 80 Prozent stammen aus den Gebieten der GUS, weitere kommen aus Israel oder sind zeitweilige Mitglieder, weil sie hier studieren. Unterstützt wird die Gemeinde unter anderem durch einen Kreis von 43 nichtjüdischen Angehörigen, die teils auch Ämter innehaben wie die Geschäftsführerin Susanne Levi-Schlesier. Sie berichtet erfreut von der starken Einbindung der Gemeinde in die Göttinger Öffentlichkeit: Schulklassen, Vereine und Konfirmandengruppen kommen öfter zu Besuch, um die kleine Gemeinde kennenzulernen. Die 1. Vorsitzende, Jacqueline Jürgenliemk, bietet Vorträge an und wendet sich dabei gezielt an ihr Publikum. So habe sie kürzlich vor Mitarbeitern der Krankenpflege die Verbindung von Leben und Tod im Judentum erklärt. Außerdem betätigt sich Frau Jürgenliemk im Kreis abrahamitischer Religionen, wo sie die Jüdische Gemeinde repräsentiert.

Jeden 9. November findet eine Gedenkstätte am Mahnmal in der Innenstadt statt. Diese wird federführend von der aktiven Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit organisiert. Diese Veranstaltung hat ihren festen Platz im öffentlichen Gedenken und die Beteiligung von Schulen verdeutlicht dies. Erfreulicherweise nahm in den letzten Jahren das Bewusstsein zu, dass die Erinnerung an die Reichspogromnacht in der Verantwortung der Nachfahren

der Täterinnen und Täter liegt, so dass die Ausrichtung der Gedenkstätte nun hauptsächlich bei nichtjüdischen Gruppen liegt.

Rabbiner und G'ttesdienste

Die Tätigkeit des Rabbiners teilen sich Praktikanten des Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs mit dem Senior Rabbiner aus Hannover, Dr. Gábor Lengyel.

Lengyel spricht in höchsten Tönen vom Freundeskreis der Jüdischen Gemeinde: Er ist «eine große Unterstützung, ohne ihn hätten wir die neue Synagoge im Fachwerkgebäude nicht.» Rabbiner Lengyel sagt, dass er «leider nur einmal im Monat in Göttingen» ist, da er auch die Gemeinden in Wolfsburg und Hannover zu betreuen hat. Ausgebildet wurde Lengyel am Abraham-



Fest zur Rückkehr der Tora-Rollen

Geiger-Kolleg und am ältesten Seminar Europas, dem Landesrabbinerseminar in Budapest. Für Dr. Gábor Lengyel ist es wichtig, dass der Stil des G'ttesdienstes wechselt und die Predigt durchaus auch belehren darf. Deshalb gibt es mal Erläuterungen über den Ritus, über die Bedeutung von Sätzen, über die Tradition und über deren Vielfalt. Der Rabbiner ist dafür bekannt, dass er seine Ausführungen gerne mit «humorvollen Bemerkungen» schmückt. Aber er besteht darauf, dass dies keine Witze sind. Rund um den G'ttesdienst kann man Einzelgespräche mit Lengyel führen, dafür reist er auch früher an oder bleibt länger beim Kidusch. Diese Gespräche sollen den Abstand zwischen Gemeindegliedern und Rabbiner verringern.

Den Unterricht der Gjur-Kandidaten erteilen Praktikanten des Geiger-Kollegs, die, wenn sie in Israel sind, schon mal über Skype unterrichten. Eine letzte Testprüfung machen die Kandidaten bei Lengyel, bevor der sie ruhigen Gewissens zum Beith Din vorschlagen kann. Mehr Präsenz kann der Rabbiner wegen anderer Verpflichtungen nicht leisten, wobei er in besonderen Fällen auch Beerdigungen vornimmt. Aufgrund der Altersstruktur der Gemeinde wird dies, wie Levi-Schlesier betont, künftig öfter notwendig sein.

Doch zum aktuellen Zeitpunkt floriert das Gemeindeleben. Da wurde ein freudiges Fest gefeiert, als Spenden aus den USA die Einführung einer neuen Tora-Rolle möglich machten. In diesem Jahr wurde generationsübergreifend Yom haAtzmaut gefeiert; man zeigte einen russischsprachigen Film und ein jugendlicher hielt ein ausgiebiges Referat.

Ständig in Bewegung

Und genau davon lebt diese Gemeinde: Und genau davon lebt diese Gemeinde: Von einem bunt gestalteten Angebot durch das sich jedes Mitglied eingebunden fühlt. Aufgrund der kommenden und gehenden Studierenden schwankt der Altersdurchschnitt der Gemeinde deutlich. Das wirkt sich wie zwei Seiten einer Medaille aus, denn einerseits bereichern die jüngeren Menschen und Professoren die Gemeinde, andererseits bleiben sie nie lange.

Rabbiner Lengyel schätzt an dieser Gemeinde besonders, dass jeden Freitag ein Shabbat-G'ttesdienst stattfindet. Wenn kein Rabbiner anwesend ist, übernimmt ein Laie die Leitung. Hierzu wird einmal die liberale Gebetsbroschüre verwendet und ein andermal der Siddur Sfad Emet, ein Standardwerk für eher traditionell ausgerichtete Gemeinden. Darin spiegelt sich etwas wider, was Dr. Lengyel als äußerst positiv und essentiell unterstreicht: die Gemeinde hält zusammen und versucht die Tradition zu pflegen.

Aber der Gemeinde mangelt es an Nachwuchs. Zwar ist die nahe Zukunft durch den engagierten Vorstand abgesichert, künftig wird es jedoch schwerer Mitglieder zu finden, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig einen gefestigten Zugang zu jüdischen Traditionen haben. Der Vorstand steht vor großen Herausfor-



Ein Workshop im Garten der Synagoge für groß und klein

derungen wie alle kleinen Gemeinden mit kurzer Geschichte, die, laut Gábor Lengyel, mehrere Faktoren in Einklang bringen müssen: «Pflege der Tradition, Vermittlung der allgemeinen jüdischen Werte und Pflege der Beziehung zum Staate Israel». Darum sei es sehr schön und beachtlich, dass es eine solche Kontinuität in der Gemeindeleitung gebe. Vor der Frage, wie eine bessere Einbindung von Jüngeren gestaltet werden kann, stehen viele Gemeinden hierzulande. Rabbiner Lengyel erzählt von seiner letzten Reise in die USA, die vielleicht als Inspiration dienen könnte: Zwar seien die Gemeindestrukturen beider Länder schwer zu vergleichen, aber dort werde der komplette Vorstand turnusmäßig ausgetauscht, so dass die Mitglieder wissen, «dass sie irgendwann ran müssen. Ich habe das sehr positiv erlebt. Viele der Mitglieder haben mir stolz berichtet, dass sie auch mal im Vorstand gewesen sind.»

◀ Fortsetzung von Seite 15

Zentrum für Israels Recht auf Selbstverteidigung aus und formulierte einen Aufruf zur Zivilcourage gegen Antisemitismus.

Die vielen Hass-Parolen wie «Kinder-mörder Israel» oder «Juden ins Gas», die nicht nur auf Demonstrationen in deutschen Städten zu hören sind, die Morddrohungen und gewalttätigen Übergriffe gegenüber jüdischen Menschen bringen ein erschreckendes Ausmaß an israelbezogenem Antisemitismus ans Licht. Diese Vorfälle beweisen wieder einmal, warum die Juden einen jüdischen Staat benötigen. Ein durch sichere Grenzen bestimmtes Territorium, das es Jüdinnen und Juden ermöglicht, ihre Kultur und Religion uneingeschränkt so auszuleben, wie sie es wünschen. Es ist eine Schande und in Anbetracht unserer gemeinsamen europäischen Geschichte ein besonderes historisches Armutszeugnis für unsere moderne Gesellschaft, dass dies heute in vielen europäischen Ländern und vor allem in Deutschland für Jüdinnen und Juden mit Risiken für Leib und Leben verbunden ist.

Mehrere hundert Kinder aus Ashdod, Ashkelon und aus den Beduinen-Dörfern im Süden Israels werden derzeit auf dem Campus des Leo Baeck Zentrums betreut. Dabei geht es darum, den oft traumatisierten Kindern eine Auszeit vom Terror des ständigen Raketenbeschusses durch die Hamas zu ermöglichen.

Um die israelischen Soldaten der Operation «Schutzlinie» im Gaza-Streifen moralisch zu unterstützen, organisierten Schülerinnen und Schüler der Leo Baeck High School eine 48-stündige Facebook-Kampagne. Dabei sammelten die Jugendlichen «Snack-Pakete» mit Süßigkeiten und Knabbereien für die Soldaten.

Sich gemeinsam mit arabischen Israelis in Friedens-Projekten zu engagieren und während einer Militäroperation Solidarität mit den Soldaten und Soldatinnen der IDF zu zeigen, stellt keinen Widerspruch dar. Um das zu verstehen, sollte man mit jungen Menschen wie der Schülerin Yael reden. Wie die meisten Israelis weiß sie genau, dass es ohne die israelische Armee kein Land gäbe, in dem sie als Jüdin frei leben kann und dass sie ohne Koexistenz keine israelische Gesellschaft vorfinden würde, in der ein lebenswertes und zukunftsfähiges Miteinander möglich ist.

*Die Namen der Jugendlichen wurden geändert.

Weitere Informationen über die Projekte des Leo Baeck Zentrums und über die Tätigkeiten der deutschen Abteilung sowie die erwähnte Pressemitteilung sind hier zu finden: <http://leobaeckzentrumhaifa.org/> <https://www.facebook.com/LeoBaeckZentrum>

Stefanie Horn ist Diplomsozialwissenschaftlerin und lebte fast 5 Jahre in Israel. Dort studierte sie unter anderem an der Tel Aviv University, verbrachte einen Forschungsaufenthalt und führte deutsch-israelische Schulaustauschprojekte durch. Seit 2011 ist sie Leiterin der deutschen Abteilung am Leo Baeck Zentrum, seit Anfang 2014 mit Sitz in Berlin.

Juden in Australien und Deutschland

Zwei Schicksalswege

Von Ron JONTOF-HUTTER

1787 bestieg die höchstens 17-jährige Esther Abrahams in London ein Schiff mit lauter anderen Gefangenen, das sie mit ihrem Baby in die Strafkolonie von Australien bringen sollte. Sie war wegen ein paar gestohlener Spitzen-Borten aus einem Textilwarengeschäft zu sieben Jahren Verbannung verurteilt worden. Die Bedingungen an Bord waren hart. Ein Bericht beschreibt, dass eine Frau ausgepeitscht wurde, weil sie gestohlen hatte. Prostitution mit der Crew soll häufig vorgekommen sein. Mit Esther waren andere verarmte Juden an Bord, die ihre Familien nur durch Diebstahl hatten ernähren können. In dieser Zeit musste man, um eine Arbeitsstelle in London zu bekommen, zum christlichen Glauben übertreten.

Als Esther auf dem 31 Meter langen Schiff eingepfercht war, hätte sie sich nie träumen lassen, dass dies der Beginn einer jüdisch-australischen Erfolgsstory war. In der Tat heiratete Esther später Leutnant George Johnston, den sie auf dem Schiff kennengelernt hatte. Und weil Johnston zum Gouverneur von New South Wales aufstieg, wurde die Strafgefangene von einst zur First Lady!

Eine Welt weit weg

Während Esther noch als Sträfling in einer brutalen Umgebung arbeiten musste, unterhielt ihre Zeitgenossin Henriette Herz eine Welt weit entfernt in Berlin die Crème de la Crème der deutschen Gesellschaft in ihrem literarischen Salon. Zu ihren Freunden zählten Schiller, Schlegel und Humboldt. Henriettes Ehemann Marcus pflegte Kontakt zu Moses Mendelssohn, war Arzt, Physiker sowie Philosoph und hielt Privatvorlesungen, an denen auch die königliche Familie teilnahm.

Da Henriette derart in das Licht der Aufklärung und der frühen Romantik gehüllt war, hätte sie sich sicherlich niemals vorstellen können, dass diese aufregende deutsche Gesellschaft, an der sie Teil hatte, 150 Jahre später in der Asche der Shoah enden würde.

In Australien entwickelte sich langsam eine jüdische Gemeinde. Viele Juden wurden nach der Ankunft in Australien begnadigt und da ihnen ihre Familien folgten, wuchs die Gemeinschaft. Die Nachfahren dieser ersten Juden erlangten oft bedeutende Positionen in Politik, Medizin, im Justizwesen, im Handel und in der Wissenschaft.

Große australische Juden

Zwei leuchtende Beispiele der wachsenden jüdischen Gemeinde waren Nathan Isaacs (1790–1864) und Simcha (Sidney) Myer (1878–1934). Isaacs war der Vater der australischen «klassischen» Musik. Eine seiner vielen Leistungen war die Komposition von Australiens erster Oper «Don Jon of Austria», außerdem studierte Isaacs als erster die Musik der Aborigines.

Ein anderer, der die Entwicklung Australiens vorantrieb, war Simcha (Sidney) Myer. Ohne einen Penny kam er 1896 aus Russland, zog mit Pferd und Wagen durch Land und Stadt und verkaufte Kurzwaren. Nach jahrelanger harter Arbeit konnte er

schließlich sein achtstöckiges Warenhaus «Myer» eröffnen mit heute 20.000 Angestellten in ganz Australien. Er war ein charmanter Mann, der eine Krankenversicherung für die Belegschaft einführte sowie Picknicks und Sportereignisse für die Arbeiter veranstaltete. Myer setzte Maßstäbe in der australischen Wirtschaft. Philanthropie gehörte für ihn selbstredend zum Reichtum dazu. Myer finanzierte verschiedenste Projekte und richtete jedes Jahr persönlich ein Weihnachtsbankett für Obdachlose aus. Am besten bekannt ist der Wohltäter wohl für seine «Sidney Myer Free Concerts», die kostenlosen Konzerte in der Myer Music Bowl in Melbourne, bei denen das Symphonieorchester vier Mal pro Jahr vor rund 12.000 Zuhörern spielt. Myer hatte diese Konzerte testamentarisch verfügt und seine Büste steht darum währenddessen auf dem Rasen, den Blick auf die Bühne gerichtet.

Die jüdische Gemeinde wächst

In den ersten 60 Jahren kamen ungefähr 1.000 jüdische Verurteilte und ihre Familien in Australien an, vom 8-jährigen Kind bis zum älteren, meist verarmten Mann. Sie sollten die Gottesdienste der Anglikanischen Kirche besuchen, organisierten



Der Autor mit Tochter beim Free Concert in Melbourne

sich aber bald selbst. 1832 gründeten sie eine Gemeinde mit einer Sefer Tora. Die Bedingungen der Hebräer, wie sie genannt wurden, verbesserten sich dann deutlich. Genauso wie Esther Abrahams wären diese Menschen nie auf die Idee gekommen, wie sich das australische Judentum in weniger als Einhundert Jahren entwickeln und was aus seinen Mitgliedern alles werden würde.

Die Einwanderung aus Großbritannien und Deutschland nahm ständig zu. Synagogen wurden in Sidney, Melbourne, Hobart, Launceston und Adelaide gebaut. In dieser Zeit fanden in Deutschland die antijüdischen Hep-Hep-Krawalle statt. Und gerade als sich die jüdische Gemeinschaft in Australien etablierte, sprangen diese antisemitischen Unruhen auf verschiedene deutsche Städte über. Diese beängstigenden Ausschreitungen schockierten sogar Rahel Varnhagen (geborene Levin), die ihre eigene jüdische Herkunft verabscheute und wie viele andere zum Christentum übertreten war. Sicherlich hätte sie es nie für möglich gehalten, dass die Krawalle, von Würzburg bis Hamburg, nur kleinere Vorboten für die sogenannte Kristallnacht waren, die wiederum der Beginn des Endes von annähernd des gesamten europäischen Judentums markierte; inklusive derer, die konvertiert waren.

Die deutsche und die australische jüdische Gemeinschaften gingen in zwei verschiedene Richtungen.

Sir John Monash

Unter den deutschen Einwanderern waren auch die preußischen, orthodox lebenden Eltern von John Monash (1865–1931). Der Junge war begabt und immatrikulierte sich mit 14 Jahren an der Universität, studierte Kunst, Ingenieurwissenschaften und Jura. Als Ingenieur entwarf er Brücken in moderner Stahlbetonkonstruktion wie die im Zentrum von Melbourne, die bis heute die Ansicht der Stadt prägt.

Um 1901 gab es in Australien 15.000 Juden, in Deutschland ungefähr 587.000. Während aber der Antisemitismus in Deutschland und Österreich wuchs und die Dreyfus-Affäre erst 1906 beendet war, scheint Antisemitismus in Australien fast unbekannt gewesen zu sein. Ein paar der Gründer des Australischen Staatenbundes im Jahr 1901 waren Juden, als gleichberechtigte Bürger. Das neue Land hatte nicht das zentnerschwere historische Gepäck, an dem Europa trug.

In dieser Umgebung konnte Monash während des Ersten Weltkriegs zu Australiens bekanntestem General aufsteigen. Mit neuen Taktiken schaffte er es, die eigenen Verluste zu minimieren und schlug die Deutschen in Frankreich im Jahr 1918. Seine Siege sind in der britischen Armee unübertroffen, wie Historiker bezeugen. Nach dem Krieg wurde Monash Vizekanzler der Melbourner Universität und Präsident der Australischen Zionistischen Föderation. Bereits zu Lebzeiten war er als einer der größten Australier anerkannt, viele Straßen und Universitäten tragen seinen Namen und sein Bild zierte auch den 100 Dollar Schein.

Während Monash seine Truppen in Frankreich anführte, ordneten die deutsche Oberste Heeresleitung und General Ludendorff eine «Juden-zählung» im Heer an. Sie unterstellten damit, Juden würden sich vor dem Kriegseinsatz drücken. Die Ergebnisse der Zählung wurden nie veröffentlicht aber es ist erwiesen, dass deutsche Juden im Gegensatz zu den Unterstellungen einen überdurchschnittlich hohen Einsatz brachten. Rund 12.000 deutsch-jüdische Soldaten fielen.

Die Australier mit insgesamt weniger als 5 Millionen Einwohnern hatten 60.000 Kriegstote zu beklagen, darunter auch solche jüdischen Glaubens.

Die Nazi-Zeit

Während man in Deutschland in Richtung Nazi-Regime marschierte und einige der mit Argwohn betrachteten deutschen Juden in den Wissenschaften hervorragend waren, wie ihre hohe Anzahl an Nobelpreisgewinnern zeigt, ernannten die Australier 1931 den ersten jüdischen Generalgouverneur, Sir Isaac Isaacs.

Ein paar Jahre später, kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs stuft Großbritannien tausende deutsche und österreichische jüdische Flüchtlinge als «enemy aliens» ein, als feindliche Ausländer und wies sie nach Australien aus. Auch diese Immigranten bereicherten das australische Leben. Ihre Geschichte wurde 1985 im Kinofilm «The Dunera Boys» (Drehbuch: Ben Lewin) aufgegriffen.

Im Zweiten Weltkrieg waren ebenfalls australische Soldaten im Einsatz. Sie bekämpften Rommel in Nordafrika, nahmen an der Schlacht um England teil und kämpften gegen die Japaner. Juden mach-

ten 13 % der australischen Armee aus, darunter viele mit Orden dekorierte Soldaten und Krankenschwestern.

Nach dem Krieg nahm Australien 35.000 Holocaustüberlebende auf – pro Kopf die



Öffentliche Werbung für ein jüdisches Zentrum

höchste Anzahl nach Israel. Viele kamen aus deutschen Displaced Persons Camps und verschafften sich Anerkennung im Land. Australien war auch unter den ersten Ländern, die Israel als Staat anerkannten und stimmt heute bei den Vereinten Nationen in aller Regel gleich ab wie das angefeindete Israel.

Wandel beider Bevölkerungen

In der Zeit als die deutschen Juden langsam versuchten wieder eine Gemeinde aufzubauen, blühte das australische Judentum im multikulturellen, von Einwanderungswellen aus Italien und Griechenland geprägten Meltingpot auf. Es gibt jüdische Staatsgouverneure, Staatsanwälte, prominente Richter, Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller. Mit Sir Zelman Cowen wurde ein zweiter jüdischer Staatsgouverneur ernannt. Als er 2011 starb, fand ein Staatsbegräbnis in der Synagoge seines Sohnes, des chassidischen Rabbi Shimon Cowen, statt.

Wie in Deutschland hatte die australische Judenheit in den letzten Jahren einen deutlichen Zuzug von Russen. Es kamen aber auch viele Südafrikaner, die aus einer traditionell verankerten und zionistisch geprägten Gemeinschaft stammen. In Deutschland und Australien gibt es heute jeweils rund 120.000 Juden.

Unterschiede der Gemeinden

Dennoch haben beide Gemeinden substantielle Unterschiede. Die australischen Juden pflegen eine traditionsgebundene und lebhaft jüdische Kultur. Melbourne hat 57.000 Juden, 36 Synagogen und mehr als 12 jüdische Bildungseinrichtungen. Jüdische Schulen sind immer unter den Top 5 der Eliteschulen des Staates. Melbourne hat die meisten kosheren Supermärkte, Fleischereien und Kaffees und es ist vollkommen normal, in manchen Vororten Juden mit Kippot und sogar Streimeln zu sehen. Die jüdischen Sportclubs, jiddischen Theater und Museen werden rege besucht. Anders als in Deutschland sieht man vor den Einrichtungen der Gemeinde keine Polizisten, allerdings stellen die Gemeinden mitunter eigene Sicherheitsleute an. Die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Sydney hat 50.000 Juden und 6 jüdische Bildungseinrichtungen. Die Gemeindestruktur hat sich allerdings sowohl in Sydney als auch in Melbourne verändert. Zu Beginn, 1901, kamen die meisten Juden aus England. Dies ist nicht mehr der Fall.

►► Fortsetzung auf Seite 19

Antisemitismus und Israelhass – eine dauerhafte Verbindung in Deutschland und in Nahost

Ein neuer Sprachgebrauch

Von Klaus FABER

Die Gaza-Waffenruhe vom 26. August 2014, die vielleicht doch länger halten wird als die vorausgegangenen Versuche, gibt Anlass für Zwischenbilanzen auf verschiedenen Gebieten. Die Bewertung der Verhältnisse im "Nahen Osten" hat sich 2014 in der deutschen Politik und in den deutschen Medien teilweise geändert. Eine erfreuliche semantische Veränderung betrifft die territorial-politische Konfliktbeschreibung. Der Begriff "Nahostkonflikt" hatte sich vor allem in den elektronischen Medien seit langer Zeit für die Beschreibung der arabisch-israelischen Auseinandersetzung eingebürgert. Er soll, so das bislang geltende Verständnis, allein diesen arabisch-israelischen Teilaspekt ansprechen – als ob alle anderen nahöstlichen Konfliktkonstellationen, etwa der Bürgerkrieg im früheren Sudan mit Dimensionen, die ihn in die Nähe eines Völkermords stellen, der spätere Konflikt zwischen den Staaten Sudan und Südsudan, die Kriege um das autonome Kurdistan und im übrigen Irak, die blutigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Ägypten oder die Bürgerkriege in Libyen, Libanon oder Syrien, demgegenüber gar keine oder allenfalls geringere Bedeutung hätten.

Die damit verbundene Verzerrung in der Konfliktgewichtung kam und kommt der arabisch-palästinensischen Position im Propagandakrieg gegen Israel entgegen. Einige deutsche und EU-Politiker folgten dieser Argumentationslinie und vertraten dementsprechend die Auffassung, die arabisch-israelische Auseinandersetzung sei der zentrale Konflikt in Nahost, eben "der Nahostkonflikt", mit dem die anderen Konfliktschauplätze zusammenhängen und ohne dessen Lösung alle anderen Krisen in der Region nicht geregelt werden könnten. Israel wurde auf diese Weise indirekt für die Gesamtzustände im Nahen Osten mitverantwortlich gemacht.

Tatsächlich weisen die Kriege im Sudan und im Südsudan, in Kurdistan und im Irak, in Libyen und Syrien oder der Machtkampf in Ägypten gar keine oder nur unbedeutende Verbindungen zum lang anhaltenden und kurzfristig nicht lösbaren arabisch-israelischen Konflikt auf. Im Libanonkonflikt sind derartige Verbindungen wegen der Hisbollah-Präsenz vielleicht deutlicher zu erkennen. Bei genauerer Betrachtung stehen aber auch hier interne Machtkämpfe zwischen verschiedenen religiös-ethnischen Gruppen deutlich im Vordergrund.

Der ISIS- (oder neuerdings, nach der Kalifatsausrufung: IS-) Vormarsch in Syrien und im Irak hat in manchen Nachrichtenredaktionen des privaten und öffentlichen Fernsehens zu der eigentlich schon seit langem nahe liegen-

den Frage geführt, ob man "den" Nahostkonflikt im Singular beschreiben und sich damit nur auf die arabisch-israelische Auseinandersetzung beziehen sollte. Seitdem wird im Nachrichtenteil immer häufiger von "den Konflikten in Nahost" gesprochen oder eine ähnliche Pluralbildung verwandt.

Alte antiisraelische Vorurteile

Dieser kleine semantische Fortschritt, der sich noch nicht überall durchgesetzt hat, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ansonsten nach wie vor tief verwurzelte Vorurteile die Konfliktdarstellung in den deutschen Medien prägen. Wenn es um das jüdische Israel geht, gelten für viele deutsche Kommentatoren offenbar besondere Maßstäbe. Wie reagiert eine Demokratie auf die Kriegs-"Gräuel", fragt ein deutsches Wochenmagazin. Gemeint sind Israel und seine Reaktion auf die Zerstörungs- und Todeszahlenberichte aus dem Gazastreifen. Begrenzt man in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit demokratischen und nicht-demokratischen Teilnehmern die Kritik auf die beteiligte Demokratie, so kann, leicht erkennbar, die damit verbundene Maßstabsverzerrung bei der Bewertung relevanter Tatbestände des Kriegsvölkerrechts, das gerade nicht nach den Demokratie-Unterschieden bei den Trägerorganisationen der Kombattanten fragt und urteilen kann, zu problematischen, unausgewogenen Ergebnissen führen.

Verletzt eine Seite systematische Grundsätze des Kriegsvölkerrechts, wie Hamas im Gaza-Krieg etwa beim allgemeinen Raketenangriff auf Israels Zivilbevölkerung und beim (vielfach durch Drohnenaufnahmen nachgewiesenen) Abschuss von Raketen aus Zivileinrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Moscheen und Wohnhäusern oder aus ihrer Nähe, so hat das, selbstverständlich, Auswirkungen auf die rechtliche Bewertung der Reaktionen der anderen Seite. Sie darf dann Zivileinrichtungen, die dem feindlichen Angriff dienen - also auch Schulen, Krankenhäuser, Moscheen oder Wohnhäuser angreifen und zerstören. Jede andere Bewertungskonstruktion würde zu unsinnigen Ergebnissen führen, die den aggressivsten Regelverletzer, also hier die Hamas-Terrororganisation, begünstigen müssten und daher kaum Chancen hätten, von beiden kriegführenden Seiten akzeptiert und berücksichtigt zu werden. Das Völkerrecht kennt deshalb auch eine derartige Begünstigungs-"Regel" für den intensivsten Rechtsbruch nicht.

Niemand kann, auch unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten, erwarten, dass ein Staat, der, wie Israel, waffentechnologisch überlegen ist, beim Schutz seiner Bürger und beim Gegenangriff auf die Angreifer seine überlegenen Waffen nicht einsetzt. Sie leisten ja einen Beitrag dazu, die Verluste der eigenen Zivilbevölkerung (manchmal auch der Feindbevölkerung) zu redu-

zieren. Bei allen Waffeneinsätzen, die – unbeabsichtigt, aber vorhersehbar – Zivilisten treffen können, ist im Rahmen des Möglichen u. a. der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten. Die Ermordung eines unbewaffneten Zivilisten durch eine kriegführende Seite rechtfertigt danach z. B., wenn nicht besondere Umstände vorliegen (etwa: mehrere Mordtaten, Ankündigung, weitere Mordtaten zu begehen etc.), einen flächendeckenden Angriff auf ganze Stadtteile im Feindgebiet, aus denen die Mörder kamen, in denen aber auch Zivilisten wohnen, wahrscheinlich nicht. Anders ist die Lage und damit ebenso der Maßstab des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu beurteilen,

und werden dort vielfach ohne jeden Vorbehalt zitiert. Israel erhält in den Berichten und Kommentaren oft eine mit der Hamas-Terrororganisation gleichrangige Darstellung. An solchen, von Äquidistanz zu Israel und Hamas geprägten Auftritten beteiligen sich auch deutsche Nahostkorrespondenten großer deutscher Fernsehanstalten.

Dabei sind derartige Zahlen der Hamas-Behörden in Gaza nach allen Erfahrungen mit nachgewiesenen Hamas-Fälschungen und Hamas-Lügen (z. B. mit der von Hamas zu-nächst verbreiteten, dann aber selbst widerlegten Lüge, an der Ermordung der drei israelischen Jugendlichen bei Hebron nicht beteiligt gewesen zu sein) mit äußerster



Irakisch-kurdische Frauen protestieren gegen den Islamischen Staat (IS) und halten ein Transparent, das sich gegen die jihadistischen Zwangsheiraten von Frauen und Mädchen durch den IS wendet, Kundgebung vor dem UN Gebäude in Arbil, der Hauptstadt der autonomen kurdischen Provinz im Nordirak, 24. August 2014

wenn der Kriegsgegner selbst feindliche Städte mit einer flächendeckenden Raketenbombardierung überzieht. Hier kommt es nicht darauf an, wie erfolgreich der Hamas-Raketenbeschuss war. War der Abwehrerfolg des Verteidigers groß, wie im Fall des israelischen Iron-Dome-Raketenabwehrsystems, reduziert das nicht etwa das Recht des israelischen Verteidigers, die Hamas-Raketenabschusseinrichtungen zum Schutz vor künftigen, erfolgreicherer Attacken, die es ja tatsächlich gegeben hat, anzugreifen.

Kriegführung und Kriegspropaganda

Ein Vergleich von Todeszahlen jeweils nach den Angaben der beiden Kriegsparteien kann danach keinen zuverlässigen oder überhaupt geeigneten moralischen Bewertungsmaßstab für den Gaza-Krieg geben. Man kann aus dem Ablauf der Gaza-Kriegsereignisse ebenso unschwer erkennen, dass sich Israel mit seinen militärischen Gegenmaßnahmen sehr zurückgehalten hat, um zivile Opfer zu vermeiden. In den deutschen Medien, vor allem im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, ist das häufig nicht oder nicht ausreichend berichtet und gewürdigt worden. Die Hamas-Toten Zahlen wurden

Vorsicht aufzunehmen, was bei einer einigermaßen sorgfältigen Berichterstattung in der Fernsehnachricht selbst hätte dargestellt werden müssen. Israelische Untersuchungen haben mit verschiedenen Nachweisansätzen (u. a.: von der Gaza-Bevölkerung abweichende Alters- und Geschlechtsstruktur der Totenzahlen) belegt, dass es sich bei den von den Hamas-Behörden angegebenen Toten zu einem großen Teil um Kämpfer gehandelt haben muss. In mehreren Einzelfällen gelang der Nachweis, dass die Personalangaben von den Hamas-Behörden gefälscht wurden, dass z. B. tote männliche Kombattanten zu toten Kindern gemacht wurden.

Hätten Israels Verteidigungsstreitkräfte die gleichen Maßstäbe für die Kriegführung wie die Hamas-Terrororganisation angewandt, wären zehntausende oder hunderttausende Zivilopfer in Gaza zu beklagen gewesen. Nach Hamasinformationen gab es auf der arabischen Seite in Gaza etwa 2000 Tote - darunter, wie geschildert, vielfach Kombattanten der verschiedenen Terrororganisationen. Die auf unabhängigen Quellen beruhenden Totenzahlen aus dem syrischen Bürgerkrieg zeichnen ein anderes Bild: bislang fast 200 000, ganz überwiegend zivile Tote.

Wurde im deutschen Fernsehen auf diese, im Vergleich mit den Gazazahlen rund hundert Mal größere Totenzahl angemessen reagiert? Gab es in den deutschen Medien, in der Zivilgesellschaft und bei den großen muslimischen Verbänden heftige und deutliche Protesterklärungen? Wurde auf unseren Straßen "Assad - oder ISIS - Kindermörder" gerufen? Haben deutsche Nahostexperten offene Briefe über die Massaker in Syrien veröffentlicht?

Man kann bei diesen Vorgängen den Eindruck gewinnen, dass sich das emotionale Engagement in Deutschland in weiten Teilen der Medien und der Zivilgesellschaft vor allem dann gut organisieren lässt, wenn es darum geht, den Propagandakrieg gegen Israel wegen angeblicher, meist gar nicht oder schwach belegter Verstöße gegen das Völkerrecht gegenüber arabischen Palästinensern zu führen. Viel höhere, unbestrittene Opferzahlen in der Nahostregion bei den Jesiden, Christen, syrischen Sunniten, Kurden oder irakischen Schiiten führen demgegenüber oft zu keinen größeren Reaktionen.

Antisemitismus und Israelhass

Auch nach der Gaza-Waffenruhe vom 26. August 2014 gibt es in Nahost und Europa einige negative Konstanten, die zum Teil die obsessive antiisraelische Einseitigkeit in diesen Regionen erklären. Zu diesen Konstanten gehören eine immer enger werdende Verbindung zwischen Antisemitismus und Israelhass, was auch eine neue Studie der amerikanischen ADL (Anti Defamation League) vom 13. Mai 2014 über den globalen Antisemitismus belegt. Global vertritt nach der ADL-Untersuchung ungefähr ein Viertel der erwachsenen Weltbevölkerung antisemitische Auffassungen. Zu ihnen zählen etwa die Aussagen, dass die Juden für die meisten Kriege Verantwortung tragen, zu viel über den Holocaust sprächen, zu viel Macht auf den Finanzmärkten oder in den Medien und zu viel Einfluss auf die US-Regierung hätten. Höchstwerte in der Antisemitismusbilanz erhalten die arabischen Staaten, die höchsten weltweit – 93% der Bevölkerung – der Gazastreifen und das Westjordanland. Im Vergleich zu den USA (9%) haben auch europäische Staaten hohe Werte (Frankreich 37%, Deutschland

27%). Eine ganze Reihe derjenigen Positionen, die eine antisemitische Einstellung indizieren (ADL-Beispiel: "Juden" sind für Kriege usw. verantwortlich), belegen sowohl Israelhass wie Antisemitismus.

Unter manchen Gesichtspunkten könnte es z. B. in Deutschland wünschenswert erscheinen, säuberlich voneinander getrennt "Rechtsextremismus" und Antisemitismus einschließlich seiner häufig von Migranten getragenen, auf Israels Vernichtung oder auf Israels Diskriminierung gerichteten Form bekämpfen zu können. Einerseits ist es richtig, dass Antisemitismus weder eine Unterform von Rassismus noch von Rechtsextremismus ist. Andererseits zeigen die zahllosen deutschen Demonstrationen mit zugleich antisemitischen, israelfeindlichen und rechtsradikalen Ausfällen gegen Juden und Israel eine andere, komplex verbundene Wirklichkeit. Das gilt auch für den Nahen Osten, wo ein verbreiteter, die "Juden" unmittelbar ansprechender Antisemitismus und der allgemeine Israelhass, der auf Israels Vernichtung abzielt, untrennbar miteinander verflochten und in absehbarer Zeit nicht aufzulösen sind.

Die Zunahme antisemitischer, darunter israelfeindlicher Strömungen sollte in Deutschland Anlass für einen neuen Antisemitismusbericht der Bundesregierung geben, der dem Bundestag über Erfolge und Misserfolge in der Antisemitismus-



Irakisch-schiitische Flüchtlinge, die vor dem Terror des IS geflohen sind, in einem Flüchtlingscamp in Bhrka, 10 Kilometer westlich von Arbil, 23. August 2014.

bekämpfung und über das entsprechende europäische und nahöstliche Umfeld berichtet sowie Handlungsvorschläge für die nationale und die europäische Ebene macht. Für die deutsche Innenpolitik

kann auch Jeffrey Herfs Forderung an die US-Politik nach einer neuen "militant democracy" gegen Demokratiefeinde wie Hamas Anregungen geben (vgl. Jeffrey Herf, <http://www.the-american-interest.com/articles/2014/08/26/a-pro-hamas-left-emerges/>). Sie könnten in Deutschland zu einer Rückkehr zum Konzept einer wehrhaften und streitbaren Demokratie gegen die NPD und gegen ISIS, Hisbollah oder Hamas führen.

Friedensbedingungen und Friedenschancen

Auch die deutsche Außenpolitik sollte sich von Illusionen verabschieden. "Inklusive" Politik wird aus Muslimbrüdern, einschließlich der Hamas-Anhänger, keine Friedenspartner für Israel machen können. Bei Hamas belegt das neben dem antiisraelischen Terror auch ein Blick in ihre Charta mit religiös begründeten antisemitischen Positionen gegen die Juden und gegen Israel (vgl. Klaus Faber, *Neu-alter Judenhass – Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik*, Berlin: Verlag Berlin-Brandenburg, 2006, 2. Aufl. 2007, hg. mit Julius H. Schoeps und Sacha Stawski, S. 399 bis 424, insbes. S. 406). Ähnliches gilt für die ISIS-Kämpfer, die Hisbollah-Terroristen und die IRI-Kämpfer an den Nahostfronten. Die Islamische Republik Iran – IRI – verfolgt ein kaum verdecktes Völkermordprogramm gegen Israel. Auch sie ist ein Hindernis für jeden Schritt zu einer Entspannung im arabisch-israelischen Konflikt. Die Erfahrungen im letzten Gaza-Krieg werden – gegen verbreitete außenpolitische EU-Illusionen – dazu führen müssen, bei jedem praktischen und strategischem Schritt in der arabisch-israelischen Auseinandersetzung für den Gazastreifen und die Westbank kontrollierte Entmilitarisierungsregelungen vorzusehen, die auch den Luftraum einbeziehen. Darauf zu verzichten, wäre vor dem Hintergrund der neuen militärtechnischen Entwicklungen (Raketen, Tunnelanlagen) ein Zeichen für eine unrealistische, vielleicht auch gar nicht ernst gemeinte und ernst zu nehmende Position.

Manche Kommentatoren glauben, die zurzeit zu erkennende Nahost-Aufteilung zwischen zwei sunnitischen Formationen und einem schiitischen Großblock sei für Israel günstig (Sunniten gegen die Mus-

limbrüder und Hamas: Ägypten, Saudi-Arabien und die Golf-Staaten ohne Katar; Sunniten für die Muslimbrüder und Hamas: Erdogan-Türkei und Katar, in Distanz auch ISIS; Schiiten-Formation: Iran, Bagdad-Regierung, Syrien, Hisbollah; in der Tendenz vorsichtig proisraelisch: kurdische Autonomie-Regierung).

Hier sind allerdings Fragezeichen anzubringen. Ein bleibender negativer Faktor ist die Instabilität der Staaten und Staatengebilde; ein anderer das Konzeptions- und Handlungsdefizit der US-Führungsmacht. Katar steht nicht für einen Problemlösungsbeitrag, wie offenbar das US-Außenministerium zu meinen scheint. Es finanziert die Muslimbrüder, Hamas, vielleicht auch ISIS und ist, wie die Erdogan-Türkei, ein Teil des Problems. Man denke bei der Erdogan-Türkei nur an die antisemitischen Äußerungen des neuen türkischen Staatspräsidenten und auch an die offenen Fragen zur Türkei-Einstellung gegenüber dem Anmarsch und der Rückkehr von ISIS-Dschihadisten aus Europa über türkisches Territorium. Auch die Position des iranischen Mullah-Regimes wird von der Obama-Administration wohl nicht richtig eingeschätzt. Im Verhältnis zu Israel kann und wird der Iran keine positive Rolle spielen.

Es bleiben also viele offenen Fragen. Es gibt aber auch Chancen – Chancen für einen neuen Ansatz in der Nahostpolitik, mit einer realistischen Gefahreinschätzung und unter Verzicht auf illusionäre, auf schnelle Inklusion setzende Großprojekte. Kurzfristig realisierbare Konzepte für eine umfassende Friedensregelung, die diesen Namen verdient, gibt es nämlich nicht.

Der Autor Klaus Faber, Staatssekretär a. D. (Jurastudium, Studium der Volkswirtschaft und orientalischer Sprachen), arbeitet als Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam. Er ist Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und Kuratoriumsvorsitzender der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt sowie Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus.

◀ Fortsetzung von Seite 17

Juden in Australien und Deutschland – zwei Wege

Gefahr des Islamismus

Genauso wie in Deutschland hat die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung das Land selbst verändert. Während Deutschland eine große türkische und arabische Subkultur hat, sind nach Australien seit 1976 viele Libanesen eingewandert. Häufig erfahren gerade Muslime, die nicht selten ohne Ausbildung kommen (manche hatten gar keine Schulbildung), die größten Schwierigkeiten bei der Integration. Die Rate der Gewaltverbrechen ist in ihren Wohngebieten hoch. 2005 gab es in Sydney gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen arabischen Immigranten und Australiern. Die 500.000 Muslime haben mittlerweile einen gewissen Einfluss. Manche haben sich gefährlich radikalisiert und ungefähr 150 Kämpfer bei den Dihadisten in Syrien. Der australische Geheimdienst meldete, dass kürzlich 15 australische Kämpfer in Syrien getötet worden seien, zwei Selbstmordattentäter aus Australien hätten sich in die Luft gesprengt. Zwei weitere islamistische Kämpfer konnten dagegen auf ihrem

Weg nach Syrien am Flughafen in Melbourne festgesetzt werden. Dieses Problem sollte das ganze Land beunruhigen.

Verschiedene linksgerichtete Politiker unterstützen derweil teils naiv alle Belange der libanesischen und palästinensischen Communities.

Gleichwohl pflegen die Arbeiterpartei wie auch die Liberale (konservative) Partei gute Beziehungen zu Israel und der jüdischen Gemeinde; sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition schicken jedes Jahr Grüße zu den hohen jüdischen Feiertagen.

Es gibt aber auch in Australien antisemitische Vorfälle und die jüdische Gemeinschaft ist aktuell in höchster Alarmbereitschaft. Erst vor ein paar Jahren wurde in Sydney ein Bombenanschlag auf einen jüdischen Treffpunkt verübt. Erstaunlicherweise gibt es neben einer linken und der muslimischen Judenfeindschaft auch unter kroatischen Immigranten Antisemitismus. Außerdem sei an den australischen Holocaustleugner deutscher Herkunft Frederick Tobin erinnert. Aber insgesamt reicht das Ausmaß

antisemitischer Vorfälle nicht annähernd an das in Deutschland und Europa heran.

«Australien, du hast es besser»

Die Regierung unterstützt die jüdische Community unzweideutig. Zu den der letzten Pro-Israel Kundgebungen der Gemeinde in Melbourne übermittelten der Premierminister, aber auch der Chef der Oppositionspartei Grußbotschaften zur Unterstützung.

Deutsche Probleme, wie das der Beschneidung oder des Schächtens sind in Australien kein Thema – ungefähr 20 % aller Männer sind beschnitten, die Zahl ist steigend.

Am Australientag sind jedes Jahr auch Juden unter denjenigen Landeskindern, die für ihre Verdienste ausgezeichnet werden (Australien lehnt das Verleihen des britischen Titels „Sir“ ab). Die jüdische Gemeinde schaut insgesamt nach vorne und ist widerstandsfähig, obwohl sie aufgrund des zunehmenden Antisemitismus und wegen der Radikalisierung, die vom Nahostkonflikt herüber schwappt, sowie we-

gen der sich damit solidarisierenden politischen Linken besorgt ist.

Beide, Esther und Henriette, hätten sich die Entwicklungen, die ihre jeweiligen Länder nahmen, niemals vorstellen können – beide Staaten veränderten sich grundlegend. Australien löste sich von Europa, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg und fühlt sich als Teil des Pazifischen Raums. Deutschland sieht sich als Herz der EU. Beide Länder haben ein Problem mit der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur und dem Antisemitismus, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Es stellt sich die Frage: Australien und Deutschland – wie weiter?

Übersetzung aus dem Englischen:
Susanne WEIN.

Ron Jontof-Hutter ist ein in Südafrika geborener australisch-deutscher Psychologe und Autor. Er unterrichtet in verschiedenen Ländern Musik, Psychologie und Jüdische Geschichte.

Eine palästinensische Friedenstaube

Porträt der palästinensischen Botschafterin in Deutschland: Khoulood Daibes

Von Thomas WEIDAUER

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) mit Sitz in Ramallah verdankt ihre Existenz dem Gaza-Jericho-Abkommen zwischen Israel und der PLO. Mit überschaubarem Erfolg widmet sie sich seit 1994 ihrem Auftrag, mit der Etablierung demokratisch kontrollierter Verwaltungsstrukturen und in Gesprächen mit Israel den Aufbau eines palästinensischen Staates voranzutreiben.

Während Verhandlungen mit Israel allerdings regelmäßig mehr oder minder kurz vor der Unterzeichnung eines Abkommens scheitern, zuletzt zog Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas in diesem Jahr die Bildung einer «Experten-» oder «Einheitsregierung» gemeinsam mit der Hamas einer Einigung mit Israel vor, waren die Palästinenser erfolgreicher bei der Schaffung von allerlei Institutionen und Posten, die zumindest schon einigermaßen staatlich klingen.

So gibt es in Ramallah zahlreiche «Ministerien», Anfang 2013 benannte sich die PA in «Staat Palästina» um und schickte die Behörde Vertreter in nahezu alle Hauptstädte der Welt, die dort die Interessen der Palästinenser repräsentieren sollen. In manchen Staaten, vor allem in Südamerika, gelten die Vertretungen der PLO bereits als richtige Botschaften, in anderen Staaten nennen sich die PLO-Abgesandten zwar Botschafter, führen aber nur Missionen.

In der deutschen Hauptstadt Berlin gibt es mit der «Palästinensischen Mission» die «diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland», wie es auf ihrer Website heißt. «Mit Wirkung zum 1. Januar 2012 wertete die Bundesregierung den Status der Generaldelegation Palästinas zur Diplomatischen Mission auf», die seither von Botschaftern geleitet wird und seit dem 28. August 2013 von einer Botschafterin: Khoulood Daibes.

Die arabische Christin wurde 1966 in Bethlehem geboren und wuchs in Jerusalem auf. Sie besuchte mit der «Talitha Kumi» in Beit Jala eine Schule, die maßgeblich vom evangelischen Jerusalemverein in Berlin und privaten Spenden finanziert wird. Die dortige «Friedensziehung» genoss auch Haza Sarassra, ein Jugendlicher, der sich am 30. Juli 2002 in Jerusalem an einem Falafel-Imbiss als «suicide bomb» in die Luft sprengte und dabei fünf weitere Menschen verletzte.

2005 kommentierte der damalige Leiter von «Talitha Kumi», der Pädagoge Georg Dürr, in einem Interview mit *SPIEGEL Online* den israelischen Abzug aus Gaza mit den Worten, «der Rückzug der Israelis wird hier als entwürdigend empfunden – aus dem einen Grund: Niemand redet mehr mit den Palästinensern.» Aufschluss über das an der «Talitha Kumi» bis heute herrschende Klima, das ja auch Khoulood Daibes prägte, mag noch eine Notiz aus der amtlichen Tageszeitung der PA vom 12. Januar 2012 geben:

«Jihad Abu Amsha, ein Leiter der Schule Talitha Kumi in Beit Jala, gab gestern die Absage der Konferenz „Technologie für Frieden“ bekannt, die ursprünglich heute beginnen sollte. Er betonte, dass die Schu-

le bereits ähnliche Konferenzen abgesagt habe, sobald man erfahren habe, dass sie der Normalisierung [mit Israel] dienen sollten. Man werde selbstverständlich auch in der Zukunft so verfahren.»

Neben der Bewahrung ihrer Zöglinge vor heimtückischen Versuchen, für eine Zusammenarbeit zwischen Palästinensern und Juden zu werben, bietet «Talitha Kumi» allerdings auch zusätzlich zu einem palästinensischen Abschluss ein Abitur nach deutschem Vorbild. Für Khoulood Daibes eröffnete sich so die Möglichkeit eines Architektur-Studiums in Hannover, das sie mit einer Promotion über die Bewahrung «palästinensischen Kulturerbes» beendete.

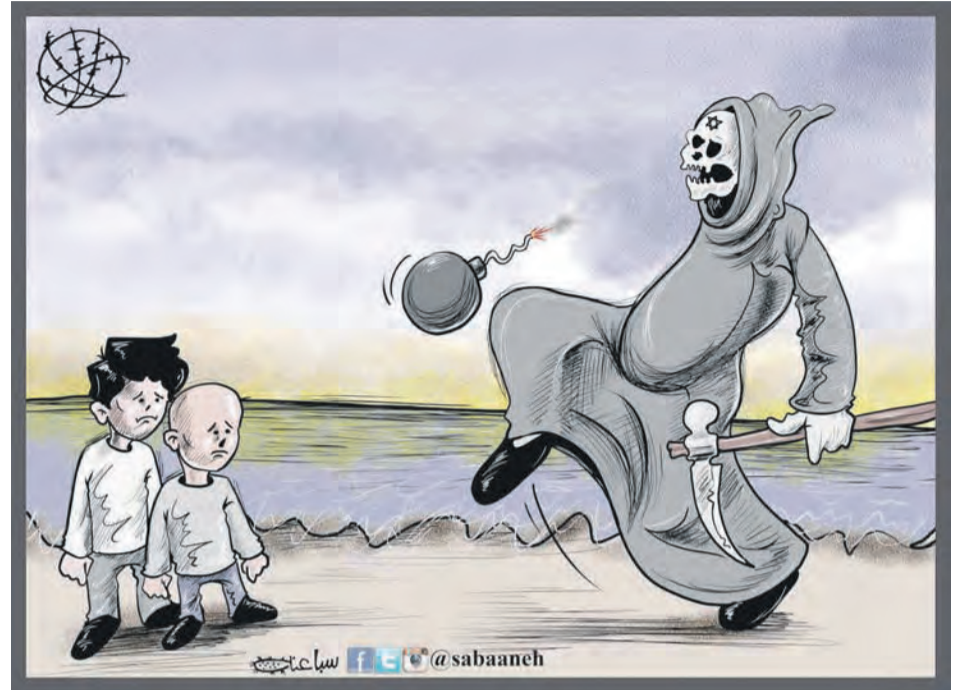
Aus Deutschland nach Bethlehem zurückgekehrt, arbeitete sie als Leiterin des dortigen Zentrums für Kulturerbe, war eine Ansprechpartnerin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). 2007 wurde sie zur Ministerin für Tourismus und Altertümer der Regierung in Ramallah berufen, bis 2009 leitete sie zusätzlich das Frauenministerium. Bis Juli 2012 – während der Dreharbeiten zur Fernsehdokumentation «Checkpoints und Currywurst», in deren Mittelpunkt sie und ihre Familie stehen – war Khoulood Daibes Tourismusministerin.

Als Botschafterin der PLO will die Mutter zweier Töchter und eines Sohns nun in Deutschland nach eigenem Bekunden «das Image von Palästina (...) ändern», denn «hier herrschen viele vorgeprägte Bilder von Palästina oder Palästinensern». Was das konkret bedeutet, konnten – oder mussten – die Konsumenten zahlreicher Medien in Deutschland verstärkt seit dem Beginn der israelischen Operation *Protective Edge* erleben.

In der Nacht vom 12. zum 13. Juni verschleppten mit der Hamas verbundene palästinensische Terroristen in deren Auftrag die drei israelischen Jugendlichen Gilad Shaer, Naftali Frankel und Eyal Yifrah in der Nähe von Hebron und ermordeten sie.

Feierten zahlreiche Palästinenser das Verbrechen etwa mit der «Erfindung» und Verwendung eines neuen Grußes oder versuchten sie teils gewalttätig, die Suche israelischer Sicherheitskräfte nach den noch als vermisst geltenden Jugendlichen zu be- und verhindern, erklärte Khoulood Daibes im WDR mit der Empathie einer Abrissbirne, «die Jugendliche hätten sich illegal im Westjordanland befunden», die Suche nach ihnen sei ein «Ablenkungsmanöver». Der Sender bietet das Interview unter der Überschrift: «Die Siedler sind die Gefahr!» zum Nachhören an.

Zugleich mit der Entführung der drei Jugendlichen verstärkte die Hamas ihre Raketenangriffe auf Israel, auf die die Regierung in Jerusalem zunächst mit der demonstrativen Stationierung von Bodentruppen in der Nähe der Grenze zum Gaza-Streifen reagierte. Erst als diese Abschreckung nicht funktionierte, griff die israelische Armee Ziele in Gaza an. Im Rahmen einer Bodenoffensive entdeckten die Soldaten ein ganzes System von Tunnelanlagen, dessen Ausmaß offenbar auch die israelischen Nachrichtendienste unterschätzt hatten.



«Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz klar betonen, dass wir Palästinenser gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung sind»: Auch Al-Hayat Al-Jadida, die Zeitung der PA, wirbt täglich für ein friedliches Miteinander (19. Juli 2014).

Während die israelischen Streitkräfte sich bei ihrem Vorgehen bemühten, zivile Opfer zu vermeiden, setzte die Hamas geradezu darauf, sie zu erzwingen. Warnten erstere mit Flugblättern, SMS oder Anrufen vor ihren Einsätzen, rief die Hamas dazu auf, solche Warnungen zu ignorieren und brachte so ganz bewusst Zivilisten in Gefahr. In Schulen der Vereinten Nationen wurden Raketen gefunden, Journalisten berichteten nach ihrer Rückkehr aus Gaza von Raketenabschüssen von bewohnten Gebieten aus.

Reporter der Washington Post nannten das befestigte Kellergeschoss des Shifa-Krankenhauses als «Hauptquartier der Hamas», eine finnische Journalistin wurde Augenzeugin, wie vom Gelände des Hospitals Raketen gestartet wurden. Dass jede der auf Israel abgefeuerten Raketen ein Kriegsverbrechen darstelle, räumte im Fernsehen der Palästinensischen Autonomiebehörde selbst Ibrahim Kraishi ein, deren Vertreter beim Menschenrechtsrat (UNHRC) der Vereinten Nationen in Genf:

«Die Raketen, die jetzt auf Israel zielen, jede einzelne dieser Raketen ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, weil sie, ob sie trifft oder nicht, gegen zivile Ziele gerichtet ist.»

In Deutschland zog derweil Botschafterin Khoulood Daibes durch Radio- und Fernsehsendungen, in denen sie das israelische Vorgehen gegen die Terroristen der Hamas mal zum «Krieg gegen 11 Millionen Palästinenser» (*Deutschlandfunk*, 14. Juli 2014) erklärte, mal zum «Krieg gegen 1,8 Millionen Palästinenser» (*Anne Will*, 30. Juli 2014) und behauptete, «das ist kein Krieg gegen [die] Hamas». Der Frage, was sie denn von der Hamas halte, wich Khoulood Daibes dabei immer wieder aus, wie Stefan Winterbauer in einer Kritik für das Portal *Meedia* hervorhob:

«Dieses Dranbleiben am Gast und an der Kernfrage ist eine der ganz großen Stärken von Anne Will. Als sie Khoulood Daibes fragte, wie skrupellos es sei, dass die Hamas auf menschliche Schilder im Gazastreifen setzt, eierte die Diploma-

tin herum, drückte sich um eine direkte Antwort. (...) So ging das eine ganze Weile. Eine klare Antwort bekam sie (Anne Will) am Ende trotzdem nicht, sie hatte aber glasklar herausgearbeitet, dass ihr gegenüber sich um eine klare Aussage in dem Punkt drückt.»

Anfang August gewährte Khoulood Daibes der *Rheinischen Post* ein Interview. Nach der Praxis der Hamas gefragt, Palästinenser als «menschliche Schutzschilder» zu missbrauchen, antwortete sie: «Es stimmt nicht, dass die Menschen als Schutzschilder missbraucht werden.» Zu «israelischer Propaganda» erklärte sie bei dieser Gelegenheit ganz ausdrücklich Meldungen über Raketenfunde in Schulen, von Waffen in Krankenhäusern, Moscheen und Wohnhäusern.

Auch blieb es nicht aus, dass die Leiterin der Palästinensischen Mission in Berlin zu jenen «Demonstrationen» sich äußerte, an denen in Deutschland lebende Palästinenser sich beteiligten. Sprach selbst Bundespräsident Joachim Gauck von «Gewaltausbrüche[n] und antisemitischen Äußerungen bei pro-palästinensischen und anti-israelischen Demonstrationen in Deutschland», behauptete Khoulood Daibes in einem Meinungsbeitrag in der *Frankfurter Rundschau*, «dass wir Palästinenser gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung sind».

Die Charta der Hamas ist damit wohl eine von Experten in aller Welt gründlich missverstandene Satire, der Auftritt einer Tochter Khoulood Daibes' in «Checkpoints und Currywurst», bei dem diese zustimmend «Märtyrerlyrik mit offenem Aufruf zur Gewalt», so der Kommentar in der Dokumentation, vorträgt, vermutlich ein weiterer Fall «israelischer Propaganda». So gelingt es Khoulood Daibes in der Tat immer wieder ganz vorbildlich, «das Image von Palästina» bei denen «zu ändern», die ihr nur zuhören.

Ob das allerdings wirklich im Sinn der Palästinenserinnen und Palästinenser ist, die die Botschafterin repräsentieren will?

«Die jesidischen Milizen brauchen Waffen»

Interview mit Chaukeddin Issa vom Zentralrat der Jesiden

Von Martin SEHMISCH

Mit dem «Islamischen Staat» (IS) wütet eine brutale Terrororganisation im Irak und in Syrien. Truppen des IS haben mehrere tausend Menschen ermordet, darunter auch Angehörige der Religionsgemeinschaft der Jesiden. Die religiöse Minderheit ist im Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei beheimatet. Über den Terrorkrieg der IS sprach die Jüdische Rundschau mit Chaukeddin Issa vom Zentralrat der Jesiden in Deutschland.

JR: Viele Menschen hören zum ersten Mal von den Jesiden. Wie kann man ihre Religion in kurzen Worten erklären?

CI: Das jesidische Volk gehört neben den Sumerern und Babyloniern zu den ältesten Völkern des Nahen Ostens. Der Erzengel Tawisi-Melek steht im Mittelpunkt unseres Glaubens. Die Jesiden glauben nicht an die Existenz eines Widersachers zu Gott im Sinne der Buchreligionen. Sie glauben nicht an die Existenz einer bösen Macht, weil sie der Ansicht sind, dass wenn man an die Existenz einer bösen Macht neben dem Glauben an den guten Gott annimmt, stellt man die Allmacht und das Allwissen Gottes in Frage und das ist eine Sünde.

JR: Welche Vorstellung von Gut und Böse haben die Jesiden?

CI: Gut und Böse sind wie Zwillinge und hausen im menschlichen Körper. Die Jesiden meinen, dass Gott jedem Menschen Verstand, Zunge, Gehör, Herz und andere Organe gegeben hat und der Mensch allein und einzig über Gut und Böse entscheiden kann. Er selbst sei allein verantwortlich für seine Taten. Wenn jemand zu Lebzeiten eine Sünde begangen hat, wird er auch zu seinen Lebzeiten für diese bestraft.

JR: Wie ist das Verhältnis der Jesiden zu Andersgläubigen?

CI: Die Jesiden sind ein friedliches Volk. Es toleriert und akzeptiert alle Religionen und Glaubensrichtungen. Der Jeside sagt: Du hast deine Religion und ich habe meine. Wir können unabhängig davon gute Freunde, gute Nachbarn oder gute Geschäftspartner sein.

JR: Wie sehen Sie die Situation für

ihre Glaubensgenossen im Irak?

CI: Die Jesiden im Einflussbereich der IS-Terroristen sind in akuter Gefahr. Wenn die Weltgemeinschaft nicht mit ernsthaften Schutzmaßnahmen reagiert, sind die Jesiden vom Aussterben bedroht. Es gibt heute noch eine knappe Million Jesiden weltweit. Die meisten von ihnen leben im Irak, wo sich auch unserer religiöses Zentrum Lalish befindet. Der IS versucht immer wieder, in die unwegsame Gebirgskette Sintschar einzudringen, um den letzten sicheren Zufluchtsort zu erobern und die Jesiden zu vernichten.

JR: Haben die Jesiden im Irak auch Partner?

CI: Die Jesiden haben in der Anfangsphase der Übergriffe der IS-Terroristen keine Unterstützung und keinen Schutz erhalten, weder von den Kurden noch von der Zentralregierung in Bagdad. Ganz im Gegenteil: Der plötzliche und unerwartete Rückzug der in der Region für den Schutz der Jesiden eingesetzten Peschmerga-Einheiten ermutigte die Terroristen, in die jesidischen Ortschaften einzudringen und tausende Männer, Frauen und Kinder regelrecht abzuschlachten. Die Menschen werden von den Terroristen vor die Wahl gestellt, entweder zwangsislamisiert zu werden oder ihr Leben zu lassen. Aber selbst wenn sie dann gezwungenermaßen zum Islam konvertieren, werden sie regelmäßig abgeschlachtet.

JR: Die Vereinigten Staaten haben die IS-Terroristen aus der Luft angegriffen. In Europa wird über Waffenlieferungen an die Kurden diskutiert. Eine gute Entwicklung?

CI: Ohne die amerikanischen Luftschläge gegen die Stellungen dieser Terroristen und ohne die Hilfe der kurdischen Freischärler aus Syrien, die für die jesidischen Flüchtlinge einen Fluchtkorridor geschaffen haben, wäre es den IS-Terroristen längst gelungen, alle dort lebenden Jesiden zu ermorden. Der IS ist nur mit Gewalt zu bekämpfen. Erst jetzt, mithin also viel zu spät, versucht die kurdische Regionalregierung, Peschmerga-Einheiten mit schweren Kriegsgeräten zum Schutz der verbliebenen Jesiden in die Region zu schicken. Ich sage Ihnen offen, dass wir jedes Vertrauen sowohl zu der kurdischen Regionalregierung

und ihren Peschmergas als auch zu der Zentralregierung in Bagdad verloren haben. Das jesidische Volk ist heute ein Volk ohne Anwalt.

JR: Wer steckt hinter den IS-Terroristen?

CI: Der IS wird hauptsächlich von Katar, Saudi-Arabien und der Türkei un-



Chaukeddin Issa (59) wurde in Darbajak in Syrien geboren. Der Diplom-Geologe und Dolmetscher lebt seit rund 40 Jahren in Deutschland. Issa erforscht seit über 30 Jahren das Jesidentum.

terstützt. Die Türkei als Nato-Mitglied verletzt damit seine Bündnispflichten massiv.

JR: Wie sehen sie die Gefahr des Islamismus im Nahen Osten?

CI: Der Islamismus ist nicht nur für den Nahen Osten eine Gefahr. Er bedroht die gesamte freie Welt. Demokratie und Gleichberechtigung sind Fremdworte für diejenigen, die den Islamismus mit aller Macht und unvorstellbarer Gewalt durchsetzen wollen. Der IS verfügt über modernste Kriegsmaschinerie. Diese Terroristen sind nicht zu unterschätzen. Sie fürchten den Tod nicht, im Gegenteil: Sie gehen davon aus, dass sie in den Himmel kommen und belohnt werden für ihren vermeintlichen Gotteskrieg.

JR: Wie erleben Jesiden den Islamismus und Pro-Jihadismus des IS in Deutschland?

CI: Die Jesiden fühlen sich auch hierzulande bedroht. Es gab Übergriffe der Sympathisanten dieser Terrorgruppe auf jesidische Mahnwachen, Gemein-

dehäuser und Demonstrationen in Berlin, Herford und anderswo. Wir haben zwar uneingeschränktes Vertrauen in die Arbeit der deutschen Sicherheitsorgane. Dennoch geht man als Jeside derzeit mit einem mulmigen Gefühl zu Bett, denn IS-Sympathisanten gibt es in Deutschland zuhauf.

JR: Wie sollte der Westen aus Ihrer Sicht nun handeln?

CI: Wir appellieren an alle Staats- und Regierungschefs in der freien Welt, dafür Sorge zu tragen, dass die Jesiden sowohl hier als auch in ihren angestammten Gebieten ohne Angst vor Verfolgung und Repressalien leben können. Ich glaube, dass die Amerikaner mit ihren effektiven Luftschlägen gegen die Stellungen der IS-Terroristen am besten und schnellsten reagiert haben. Ich würde es begrüßen, wenn der Westen die jesidischen Milizen unter der Führung von Kassim Schescho mit modernen Waffen aufrüsten und eine starke Spezialtruppe zur Bekämpfung des Terrorismus in die Region schicken würde. Zu unterscheiden sind diese jesidischen Freiheitskämpfer von den vorwiegend sunnitisch-kurdischen Peschmerga, zu denen das jesidische Volk aufgrund ihres plötzlichen und unangekündigten Rückzugs kein Vertrauen mehr hat.

JR: Welche Ziele verfolgen diese jesidischen Milizen, die Sie unterstützt sehen wollen?

CI: Sie beschützen in ihrer Region Menschen und Heiligtümer. Sie sind leider schlecht bewaffnet und können sich auf Dauer gegen die schwer bewaffneten Terroristen des IS nicht zur Wehr setzen.

JR: Bei pro-jesidischen Kundgebungen wurden in Deutschland Bilder des ehemaligen PKK-Chefs Abdullah Öcalan gezeigt. Die PKK ist in Deutschland als terroristische Vereinigung eingestuft. Wie stehen Sie dazu?

CI: Ich war, bin und werde kein Sympathisant der PKK sein. Ich trete stets für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage ein. Man muss aber sagen, ja sogar hervorheben, dass der Militärraum der Schwesterpartei der PKK in Syrien einen Fluchtkorridor für die Jesiden erkämpft hat und damit zehntausende Jesiden vor dem sicheren Tod retten konnte.

Wer sind die Jesiden?

Die Jesiden sind von der Volkszugehörigkeit her Kurden. Nach Schätzungen gibt es weltweit ungefähr eine Million Jesiden. Ihre Siedlungsgebiete sind wie die der Kurden verteilt auf die Länder Irak, Syrien, Türkei und Iran. Jesiden leben auch noch in Armenien und Georgien. Fast alle türkischen und die Mehrheit der syrischen Jesiden, aber auch zahlreiche aus dem Irak, leben mittlerweile in Westeuropa. Die Zahl der in Deutschland lebenden Jesiden wird auf 45.000 bis 60.000 geschätzt.

Als Ursprungsreligion der Kurden stellen die Jesiden eine religiöse Minderheit unter den mehrheitlich muslimischen Kurden dar. Sie gelten als das lebende Gedächtnis und Gewissen der Kurden. Jesiden halten ihre Gebete in kurdischer Sprache ab, während die musli-

musischen Kurden die Quranverse auf Arabisch lesen müssen.

Das Hauptsiedlungsgebiet ist der Nordirak. Hier lebten vor der aktuellen Bedrohung durch IS ca. 600.000 Glaubensbrüder, und hier befindet sich Lalish, das religiöse Zentrum. In Ba'adre residiert das weltliche Oberhaupt der Jesiden, der Mir, auch Mire Sheikhan genannt. Das religiöse Oberhaupt, der Baba Sheikh, lebt in Ain Sifni.

Als Jeside wird man geboren; es gibt keine Möglichkeit zum Jesidentum zu konvertieren. Im Jesidentum gilt das Gebot der Eheschließung innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft. Es gibt ein Kastenwesen. Die Geistlichen haben die Aufgabe, die Laien religiös zu unterweisen und zu betreuen. Darüber hinaus

nehmen sie wichtige soziale Funktionen wahr. Im Gegensatz zum Hinduismus trennt dieses System bei den Jesiden nicht die Gesellschaft.

Das Jesidentum kennt keine verbindliche religiöse Schrift. Die Vermittlung religiöser Traditionen und Glaubensvorstellungen beruhte bisher auf mündlicher Überlieferung. Die jesidische Religion ist eine sehr alte monotheistische Religion. Sie kennt – anders als der Islam und das Christentum – nicht die Vorstellung eines Widersachers gegenüber G'tt, der einzig, allmächtig und allwissend ist. G'tt wäre schwach, wenn er noch eine zweite Kraft neben sich existieren lassen würde. Das Aussprechen des Namens des Bösen ist gleichbedeutend mit der Akzeptanz seiner Existenz und stellt eine Gotteslästerung dar.

Daher haben Jesiden keine Paradies-Höllen-Theorie, vielmehr glauben sie an Seelenwanderung und Wiedergeburt. Der Mensch ist in

erster Linie selbst verantwortlich für sein Wirken. G'tt hat ihm alle Möglichkeiten gegeben, den richtigen Weg zu gehen. Eine zentrale Bedeutung in den jesidischen Glaubensvorstellungen hat der Erzengel Tawisi-Melek, der durch einen Pfau symbolisiert wird. Das Jesidentum ist von vornherein tolerant gegenüber anderen Religionen. In einem Gebet der Jesiden heißt es: «G'tt, schütze erst die 72 Völker und dann uns.» Die Jesiden haben z.B. während der Zeit der Armenierverfolgung (1914 – 1917) im Osmanischen Reich viele Armenier bei sich aufgenommen und gerettet.

Informationen aus einer Zusammenfassung des Buches: *Das Yezidentum – Religion und Leben von Chaukeddin Issa, erschienen im Verlag Dengê Êzîdiyan, Oldenburg 2007 (291 Seiten, 14,50 €, ISBN: 978-3-98107-514-4) von Telim Tolan, unter: <http://www.yeziden.de/140.0.html>*

Teil des Problems, nicht der Lösung

Über das Flüchtlingshilfswerk der Uno für die Palästinenser (UNRWA) und seine engen Verbindungen zur Hamas

Von Alex FEUERHERDT

Am 22. Juli veröffentlichte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser, die UNRWA, eine Pressemitteilung, die zumindest auf den ersten Blick verstörte: «Die UNRWA hat heute im Rahmen einer Routineinspektion ihrer Räumlichkeiten in einer leer stehenden Schule versteckte Raketen entdeckt», hieß es darin. Unmittelbar nach diesem Fund – dem zweiten von insgesamt dreien während des jüngsten Gazakrieges – habe man das Personal evakuiert, weshalb man keine genauen Angaben zur Zahl der Raketen machen könne. Die Sprengkörper seien schließlich, so UNRWA-Sprecher Christopher Guinness, den «Behörden» übergeben worden. Diese Behörden werden im Gazastreifen jedoch von der Hamas geführt – jener Organisation mithin, die im Juli und August Tausende dieser Raketen auf Israel geschossen hat. Ein Skandal also? Selbstverständlich – wobei dieser Skandal gleichzeitig den Normalzustand im Gazastreifen darstellt. Denn entgegen der weit verbreiteten Annahme, bei den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen handle es sich um den Menschenrechten verpflichtete Einrichtungen, ist die Bande zwischen der UNRWA und der terroristischen Hamas ausgesprochen eng, und das nicht erst seit der israelischen «Operation Schutzlinie».

Bereits die Existenz der UNRWA – die Abkürzung steht für «United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East» – ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich, man könnte auch sagen: grotesk. Denn die als «palästinensische Flüchtlinge» geltende Personengruppe genießt innerhalb der Uno eine Sonderstellung: Während alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt in den Zuständigkeitsbereich des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen, haben die Palästinenser seit 1949 ihr eigenes Flüchtlingshilfswerk. Damals rief die UN-Vollversammlung die UNRWA ins Leben, um rund 700.000 palästinensische Araber zu versorgen, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges den neu gegründeten jüdischen Staat nach dem Überfall der arabischen Staaten verlassen hatten oder verlassen mussten. Nach den UN-Richtlinien wird ihr Flüchtlingsstatus – anders als bei allen anderen Flüchtlingen und entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention – bis heute vererbt. Die erdrückende Mehrheit der mittlerweile über fünf Millionen Palästinenser, die bei der UNRWA als «Flüchtlinge» registriert sind – und dadurch ein Anrecht auf kostenlose Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Sozialhilfe haben –, ist also niemals geflohen, sondern erhielt diesen Status einfach durch die Abstammung von «echten» Flüchtlingen.

Noch skurriler wird es, wenn man bedenkt, dass über die Hälfte der 1948 geflüchteten palästinensischen Araber arabisch-palästinensisches Gebiet gar nicht verließ, sondern ins Westjordanland oder in den Gazastreifen umsiedelte. Weitere zehn Prozent gingen nach Jordanien, des-

sen Territorium bis 1922 bekanntlich ebenfalls als Teil Palästinas galt. Gleichwohl leben heute Millionen von Palästinensern als «Flüchtlinge» auf palästinensischem Grund und Boden und streben ihre «Rückkehr» an – in ein Land, in dem sie nie gelebt haben. Die UNRWA unterstützt sie dabei ausdrücklich. Während das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seine Aufgabe darin sieht, die Probleme seiner Flüchtlinge zu lösen, besteht die Politik der UNRWA darin, die Probleme ihrer «Flüchtlinge» zu perpetuieren. Der UNHCR versucht, nötigenfalls eine neue Heimat für die Flüchtlinge zu finden, und hilft ihnen bei den Hürden und Formalitäten der Einwanderung. Der UNRWA dagegen hat, so schrieb sie es selbst anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens, «kein Mandat, um dauerhafte Lösungen für die palästinensischen Flüchtlinge zu finden, obwohl sie in den ersten Jahren ihres Bestehens noch das Recht hatte, Aktivitäten nachzugehen, die die Integration von Flüchtlingen in ihren Gastländern fördern».

Eine solche Integration als dauerhafte Lösung würde jedoch den Verzicht auf die «Rückkehr» bedeuten, und das hätte weitreichende Konsequenzen: Die Existenz Israels würde damit anerkannt, auf die «Befreiung ganz Palästinas» – also die Zerstörung des jüdischen Staates – würde somit verzichtet. Der gesamte palästinensische Mythos von der «Nakba» und der grundsätzlichen Unrechtmäßigkeit Israels wäre hinfällig, und es gäbe keine Möglichkeit mehr, über die «Rückkehr» von mehr als fünf Millionen Palästinensern die Demografie in Israel so zu verändern, dass die Juden zur Minderheit würden. Dass die palästinensische Seite sich einer Akzeptanz der Realität und damit der Möglichkeit einer Koexistenz mit Israel verweigert, ist das eine, dass die Uno-Einrichtung UNRWA diese fatale Haltung auch noch tatkräftig fördert, etwas anderes.

92 Prozent ihres Haushalts erhält die UNRWA direkt von einzelnen Staaten, zuvorderst von den USA, Deutschland und Saudi-Arabien. Sie ist die größte Einzelorganisation der Vereinten Nationen und mit knapp 30.000 Mitarbeitern – davon sind bis auf 200 Internationale alle Palästinenser – der zweitgrößte Arbeitgeber in den palästinensischen Gebieten hinter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die UNRWA betreibt das größte Bildungswerk des Nahen Ostens, «rund eine halbe Million Kinder lernen hier in 703 Schulen, dass sie Opfer israelischer Vertreibung sind, ein sakrosanktes ‚Rückkehrrecht‘ haben, das notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden soll», wie Gil Yaron in der Tageszeitung «Die Welt» schrieb. Zwar habe UNRWA-Sprecher Christopher Guinness verlautbaren lassen, dies sei «eine falsche Anschuldigung, für die es keine Beweise gibt». Gleichzeitig aber prange an der Wand



Die Zeitschrift Middle East Quarterly widmete dem Thema UNRWA im Herbst 2012 ein Sonderheft. Alle Beiträge sind im Internet unter <http://www.meforum.org/meq/issues/201209> zu finden.

neben seinem Schreibtisch in Jerusalem, so Yaron weiter, «ein riesiges UNRWA-Poster, auf dem es auf Arabisch heißt: „Die Rückkehr – Recht der Flüchtlinge.“»

Deshalb verwundert es auch nicht, dass die UNRWA enge Verbindungen zur Hamas unterhält. Bereits im Oktober 2004 räumte der seinerzeitige UNRWA-Generalkommissar Peter Hansen in einem Interview mit einem kanadischen Sender ein: «Ich bin mir sicher, dass Hamas-Mitglieder auf der Lohnliste der UNRWA stehen.» Er halte das jedoch «nicht für ein Verbrechen», denn: «Die Hamas ist eine politische Organisation, nicht jedes Mitglied ist ein Militanter. Wir führen keine politischen Überprüfungen durch und schließen irgendwelche Leute aus, nur weil sie die eine oder andere politische Überzeugung haben.» Im Januar 2009 sagte UNRWA-Sprecher Guinness der «Jerusalem Post» auf die Frage, ob seine Organisation etwas gegen die Infiltration durch diese Terroristen unternehme: «Die palästinensischen Mitarbeiter unterschreiben ein Formular, in dem sie bestätigen, dass sie keine politischen Verbindungen haben und nicht an Aktivitäten teilnehmen werden, die die Neutralität der UN verletzen würden.» Dass etwaige Verstöße gemeldet werden, müssen sie allerdings nicht befürchten, wie James G. Lindsay, Justiziar der UNRWA von 2002 bis 2007, deutlich machte: «Bewaffnete Gruppen haben keine Hemmungen, ihre Waffen einzusetzen, um ihre Ansichten zu bekräftigen oder diejenigen zu bestrafen, die nicht mit ihnen übereinstimmen. Darum passiert es vor allem in Gaza, der Westbank und dem Libanon selten, dass ein Angestellter meldet, dass ein anderer diejenigen Regeln gebrochen hat, die politische Reden verbieten – oder gar Verbindungen zum Terrorismus hat.»

Der israelische Journalist David Bedein, der seit Jahren zur UNRWA recherchiert, präsentiert in seinem neuen Buch «UNRWA: A Roadblock to Peace» zahlreiche Beispiele für die Kooperation der UN-Einrichtung mit Terroristen: Gedenkzeremonien für Hamas-Führer werden in UNRWA-Schulen abgehalten, UNRWA-Lehrer widmen sich nach Feierabend dem Raketenbau und werden im Falle ihrer Tötung in den UN-Schulen als «Märtyrer» gefeiert, UNRWA-Jugendclubs mutieren

zu Terroristentreffs. Hinzu kommt, dass das in UNRWA-Schulen verwendete Lehr- und Lernmaterial vor Antisemitismus nur so strotzt. Auf Landkarten ist der Staat Israel nicht existent, Juden haben laut den Schulbüchern keine heiligen Orte in Palästina, sondern bloß «gierige Ambitionen». Bei den Wahlen zu den UNRWA-Angestelltenvertretungen im September 2012 hat die Hamas-Liste folgerichtig einen deutlichen Sieg erzielt, wie Bedein schreibt. 11.500 UNRWA-Mitarbeiter haben damals ihre Stimme abgegeben, die Hamas gewann alle elf Sitze im Lehrersektor, sechs von sieben im Arbeitersektor und acht von neun im Dienstleistungssektor. Eine konkurrierende Liste gab es durchaus – nur war es die des Islamischen Dschihad.

David Bedein sagt: «Seit zwölf Jahren weisen wir darauf hin, wie UNRWA-Schulen in Kriegs-ausbildungslager verwandelt werden. Die kriminelle Verantwortung dafür, dass die UNRWA terroristische Gruppen mit dem Betrieb von Bildungseinrichtungen betraut, liegt bei den Geberländern und Stiftungen, die die informelle UNRWA-Bildung finanzieren. Hier ist auch die Friedrich-Ebert-Stiftung zu nennen, die UNRWA-Jugendclubs wie beispielsweise das „Palästinensische Diaspora- und Flüchtlingszentrum“ (Shaml) finanziert, in dem „Werte“ wie das „Recht auf Rückkehr“ gelehrt werden und das Programme und Veröffentlichungen unterstützt, in denen Israel als „Apartheidstaat“ dämonisiert und delegitimiert wird.» Zu nennen wäre auch die Bundesregierung: 7,5 Millionen Euro überwies Außenminister Frank-Walter Steinmeier an die UNRWA just an dem Tag, als in einer ihrer Schulen erneut Raketen gefunden wurden.

Diese siebeneinhalb Millionen Euro werden letztlich der Hamas zugutekommen. Denn zwischen sie und die UNRWA passt kein Blatt Papier. «Wenn eine Organisation überwiegend aus Hamas-Mitgliedern besteht, die Hamas-Ziele verfolgt, dann ist diese Organisation mit der Hamas deckungsgleich, das heißt: Die UNRWA ist die Hamas», schrieb der amerikanische Journalist Daniel Greenfield. Seine Forderung lautet deshalb: «Entzieht der UNRWA die finanzielle Unterstützung!»

Barbaren ohne Grenzen

Der Islamische Staat (IS)

Von Jan-Niklas KNI EWEL

Man hätte nur auf jene oppositionellen Aktivisten hören müssen, die seit Jahren für ein besseres Syrien kämpfen. Diese Menschen warnten seit Beginn des Aufkommens des al-Qaida-Franchises Jabhat al-Nusra, ab Anfang 2012, vor der dschihadistischen Gefahr und baten um Unterstützung. Hätte man auf sie gehört, hätte man die gegenwärtige Katastrophe, die den Mittleren Osten heimsucht, verhindern können. Dies haben auch mehrere US-Politiker erkannt. So erklärte der ehemalige Botschafter in Syrien, Robert Ford, seinen Rücktritt damit, dass er nicht länger eine Politik habe verteidigen können, die die Opposition im Stich lässt und den Extremisten das Feld überlässt und die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton erklärte dem Magazin *The Atlantic*, dass es der Mangel an Unterstützung für die ursprünglichen Gegner Assads gewesen sein, der das Vakuum erschaffen hätte, das die Dschihadisten nun füllen.

Das Ergebnis ist, dass die Terrorarmee Islamischer Staat (IS) große Gebiete in Syrien und im Irak kontrolliert, aktiv im Libanon kämpft und eine akute Bedrohung für den ganzen Nahen und Mittleren Osten darstellt – insbesondere Jordanien könnte sich als das nächste Beutestück erweisen. Es geht ihnen darum, all jene zivilisatorische Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte, die auch am Nahen Osten nicht spurlos vorübergegangen sind, rückgängig zu machen und die pervertierte Form eines Herrschaftssystem zu etablieren, dessen ursprüngliches Konzept über 1.300 Jahre alt ist.

Doch wie konnte der IS, der ursprünglich als Ableger al-Qaidas im Irak agierte, so stark werden? Längst hat er sich von dem Terrornetzwerk losgesagt. Das Vermögen der Gotteskrieger soll sich auf über 2,5 Milliarden Dollar belaufen. All das ist natürlich nicht nur das Resultat westlicher Apathie: Vielmehr sind es die lokalen Akteure gewesen, die sich selbst in die aktuelle Situation brachten, als sie, geleitet vom unbedingten Willen zur Erhaltung, Konsolidierung oder Expansion der eigenen Macht, die Dschihadisten passiv oder aktiv unterstützten.

So war es der syrische Diktator, der, nachdem der IS mehrere nordsyrische Ölfelder unter seine Kontrolle gebracht hatte, die Gruppe nicht etwa bekämpfte, sondern sich darauf verlegte, regen Handel mit ihr zu betreiben. Geld gegen Öl, das bedeutete für den IS eine lukrative Einnahmequelle und für Assad das, was er brauchte: Kräfte, die so radikal sind, dass der IS letztlich als Stabilitätsanker erscheinen würde. Und tatsächlich wird in der westlichen Politik teilweise ernsthaft über eine Kooperation diskutiert. Dabei hat Assad den IS bis vor wenigen Wochen zwei Jahre lang nicht attackiert. Den IS kennzeichnete bislang, dass er den moderaten Rebellen stark zusetzt und sowohl die säkularen kurdischen Milizen als auch die Freie Syrische Armee und ihre Verbündeten

blutig bekämpft. Zudem ist Assads Engagement nichts weiter als Makulatur: Zwar flog seine Luftwaffe mittlerweile auch Angriffe gegen den IS, jedoch nicht ohne auch Stellungen der Freien Syrischen Armee (FSA) und anderer

Ignoranz gegenüber den konfessionellen Spannungen.

Doch viele wollen das kollektive Versagen sowie die eigene Verantwortung nicht wahr haben: Insbesondere in der arabischen Welt werden abstruseste



Demonstration gegen den IS, Washington, D.C., 9. August 2014

Rebellengruppen zu attackieren, die sich zum selben Zeitpunkt um Aleppo sammelten, um eine Offensive gegen den auch dort erstarkenden IS vorzubereiten.

Zugleich unterstützten jene Staaten den IS, die dem Westen noch immer als Verbündete gelten: Erdogans AKP-Regime, die Golf-Staaten, Saudi-Arabien, das alles sind Zweckbündnisse, die sich ins Übelste verkehrt haben. So sehr sie nun auch die Furcht ergreift, angesichts der Stärke des IS, auch sie haben ihm dazu verholfen, zu werden, was er ist.

Im Irak wiederum hätte der hochgerüstete IS keinen fruchtbaren Boden betreten können, wenn da nicht das iranische Regime gewesen wäre: Nach der US-Invasion wurden aus Teheran alle Rackets im Irak bewaffnet, die nur bereit waren, gegen die Vereinigten Staaten zu kämpfen. Sogar ungeachtet ihrer Konfession. Ein weiterer verheerende Fehler: Das iranische Regime band den mittlerweile zurückgetretenen irakischen Präsidenten Nuri al-Maliki so eng an sich, dass der schiitische Maliki mehr oder weniger zu einer Marionette des iranischen Regimes verkam. Die irakische Armee führte sich in sunnitisch dominierten Gebieten häufig wie eine Besatzungsarmee auf. Es kam zur Marginalisierung der Sunniten, darunter hochrangiger Generäle zu Zeiten Saddam Husseins, die nun, ohne die Ideologie des IS zu unterstützen, an dessen Seite die Schiiten bekämpfen. Auch der überstürzte Abzug der US-Truppen aus dem Irak, ohne eine ernstzunehmende Sicherheitsstruktur hinterlassen zu haben, war fatal. Ebenso die

Verschwörungstheorien produziert, die vor allem die USA und Israel beschuldigen, den IS erschaffen zu haben. Aus Washington antwortete ihnen der Leiter des dortigen Büros des Nachrichtensenders Al Arabiya, Hisham Melhem, mit einer zornigen Flugschrift. «Genug der Lügen» fordert er. «Die hässliche Wahrheit ist, dass der ISIS-Krebs von einem sehr kranken und schwachen arabischen Staatskörper produziert wurde.» Dabei wendet er sich zugleich auch gegen jene, die wahlweise der sunnitischen oder der alawitisch-schiitischen Achse zuschreiben, hinter dem Terror zu stecken. Denn so einfach ist es eben nicht. Es wurden Entscheidungen getroffen, die kurzfristig nützlich waren, sich jedoch mittelfristig als verheerend herausstellten. Von allen Seiten. Die Situation jedoch, die nun eingetreten ist, hat niemand gewollt, außer den Gotteskriegern selbst.

Und nicht nur in der arabischen Welt treiben die Welterklärungsmuster absurde Blüten. Ende Juli kolportierte die Syrien-Korrespondentin der nationalbolschewistischen Berliner Zeitung *Junge Welt*, Karin Leukefeld, was so oder so ähnlich bereits durch Blogs und soziale Medien gegeistert war: Der Islamische Staat (IS) sei ursprünglich ein Projekt «von Geheimdienstagenten der USA, Großbritanniens und Israels». Dies gehe aus Dokumenten der NSA hervor, die Edward Snowden zugänglich gemacht hätte, andere hochseriöse Quellen sind ein ehemaliger al-Qaida-Kommandeur, die anti-israelische Tageszeitung *Gulf Daily News* aus Bahrain sowie das Internetportal NSNBC, das Verschwörungstheorien zu allen erdenklichen Themen anbietet.

Dass der Bürgerrechtler und Snowden-Anwalt Ben Wizner die angeblichen Dokumente seines Mandanten als «Falschmeldung» ins Reich der Legenden verwies, führte selbstverständlich zu keinerlei Richtigstellung. Auch der verschwörungsaffine Teil der Netzgemeinschaft ist noch nicht von der Theorie abgerückt.

Im Mainstream hierzulande weitaus verbreiteter ist jenes Narrativ, das die Schuld einseitig den Vereinigten Staaten in die Schuhe schiebt.

Dabei ist die Thematik viel zu wichtig für derartige Versuche der Instrumentalisierung. Nicht nur im Nahen Osten ist der IS eine tödliche Gefahr. Der IS ist längst in Europa angekommen: Der Fall Mehdi Nemmouche, der in Syrien mit dem IS kämpfte und im Mai vier Menschen im Jüdischen Museum in Brüssel im Zuge eines antisemitischen Attentats ermordete, zeigt wie rasch der Terror auch Europa heimsuchen kann. In Deutschland solidarisieren sich Salafisten wie Bernhard Falk mit dem IS. Dieser hat bereits in den 1970er Jahren als Linksterrorist Sprengstoffanschläge durchgeführt. Auch die Rückkehr einiger der mindestens 400 Deutschen, die mit dem IS kämpften, ist nicht ausgeschlossen. Die von den Dschihadisten kontrollierten Gebiete sind so längst zu einem Trainingslager für den internationalen Terrorismus geworden. Bereits jetzt sind gut zwei Dutzend islamistische Extremisten mit Kampferfahrung aus Syrien oder dem Irak zurückgekehrt.

Wolfgang Bosbach (CDU), Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, fordert den rot-grünen Beschluss von 2002, der Sympathiebekundungen für Terrororganisationen straflos stellte, wieder rückgängig zu machen. «Der Straftatbestand sollte verhindern, dass durch eine derartige Werbung terroristische Verbände Zulauf erhalten oder auf andere Weise unterstützt werden», so der Innenpolitiker im Gespräch mit der *Jüdischen Rundschau*. Terrororganisationen könne man nicht nur dadurch fördern, dass man für ihre Ziele Geld sammelt oder gezielt Mitglieder wirbt, sondern auch durch die öffentliche Bekundung von Sympathie. Auch bemerkt Bosbach, dass die Zahl von 400 sich nur auf das den Behörden bekannte Hellfeld beziehe. Die tatsächliche Zahl dürfte weitaus höher liegen. «Prävention ist mindestens so wichtig wie Repression. Wichtig wäre es, dass man potentielle Kämpfer schon an der Ausreise hindern kann. Passenzug wäre ein Mittel, das jedoch dann nicht greift, wenn über die Türkei mittels Personalausweis ausgereist werden kann.» Daher prüfe man gegenwärtig, ob man das Personalausweisgesetz bezüglich eines Entzuges dem Passgesetz angleichen können. «Des weiteren ist – wenn eine Wieder-Einreise nicht verhindert werden kann – in jedem Einzelfall zu prüfen, ob dem Betroffenen eine Straftat nachgewiesen werden kann, zum Beispiel wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.»

Schadenfreude

Islamforschung und Antisemitismus in Deutschland nach 9/11

Von Clemens HENI

Aus Anlass des 13. Jahrestages des 11. September dokumentiert die Jüdische Rundschau folgenden, für diese Ausgabe minimal redigierten Auszug aus der Studie *Schadenfreude*, die 2011 im Verlag Edition Critic in Berlin publiziert wurde, ISBN 978-3-9814548-0-2, 410 Seiten.

Resümee

Weite Teile der deutschen Gesellschaft reagierten auf 9/11 mit einem «Sowas kommt von sowas.» Wie diese Studie zeigte, tragen die Islam- und Nahostwissenschaften sowie die Antisemitismusforschung in Deutschland ihren akademischen Anteil am Generieren von Schadenfreude.

Islamwissenschaft, Nahostforschung und Antisemitismusforschung in Deutschland sind Teil der gegenwärtigen politischen Kultur und spiegeln gesellschaftliche Debatten wider. Nach dem 11. September 2001 haben Antiamerikanismus, Islamismus und die Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat Israel einen herausgehobenen Stellenwert für akademische, publizistische und sonstige tagesaktuelle Debatten. Wohl selten zuvor seit Gründung der Bundesrepublik gab es über mehrere Jahre hinweg ohne wesentliche Unterbrechung eine Auseinandersetzung über diese Themen in allen Bereichen der Gesellschaft.

Um welche Forscher geht es?

Zusammenfassend seien der Übersichtlichkeit wegen fünf Gruppen von Forschern und Ideologen angeführt, die für die Studie von Bedeutung sind:

1) Analyisierte und kritisierte Islamwissenschaftler bzw. Politologen – darunter Stefan Wild, Gudrun Krämer, Bettina Gräf, Achim Rohde, Rüdiger Lohlker, Michael Kiefer, Götz Nordbruch, Stefan Reichmuth, René Wildangel, Barbara Freyer-Stowasser, Peter Heine, Katajun Amirpur, Alexander Flores, Birgit Krawietz, Mathias Rohe, Birgit Schäbler, Stefan Weidner, Naika Foroutan, Kai Hafez, Farid Hafez und Muriel Asseburg.

2) Analyisierte und kritisierte Antisemitismusforscher – darunter Wolfgang Benz, Werner Bergmann, Wilhelm Heitmeyer, Beate Küpper und Gideon Botsch.

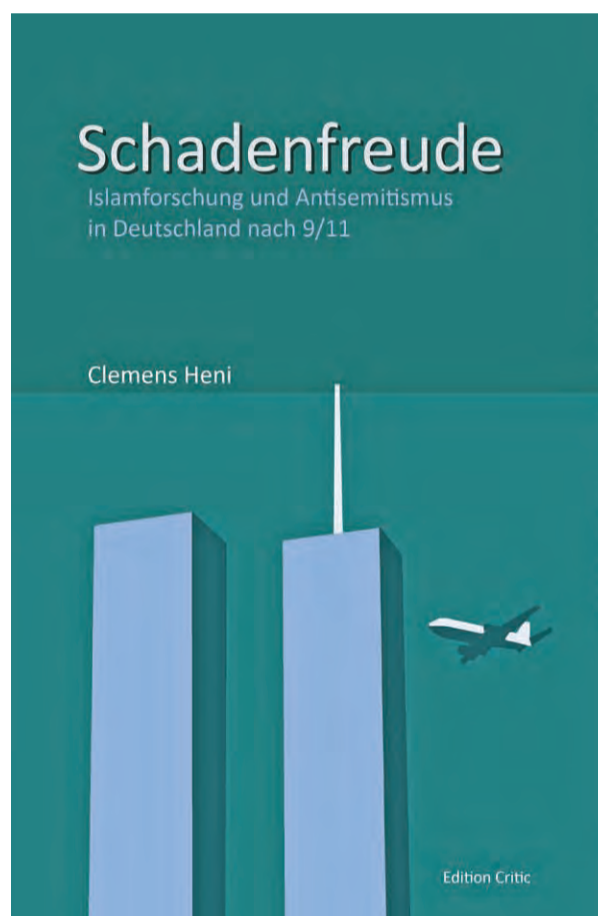
3) Häufig als «moderat» vorgestellte arabische oder/und muslimische Autoren: Sadiq J. al-Azm, Hassan Hanafi, Saleh Bashir und Hazem Saghiyeh.

4) Weltweit bekannte Islamisten: darunter Yusuf al-Qaradawi, Mahmud Ahmadinejad, Hasan al-Banna, Mohammed Khatami, Abu al-Ala Maududi, Muhammad Amin al-Husaini und Osama Bin Ladin.

5) Theoretiker des Postorientalismus und Postkolonialismus: darunter Edward Said, Giorgio Agamben, Gil Anidjar, Jürgen Zimmerer, Henning Melber, Gurminder K. Bhambra und Mike Davis.

Diese Aufzählung macht deutlich, wie viele unterschiedliche Forschungsbereiche in diesem Buch angespro-

chen wurden. Jeder einzelne davon verdiente weit mehr Beachtung. Um nur einen Aspekt zu nennen: Es wird die Beziehung von Postorientalismus, Antisemitismus und Islamismus angedeutet; der Postorientalismus und der damit einhergehende Postkolonialismus sind an Universitäten derzeit gern gelehrte Ansätze, dabei wird jedoch kaum auf die diesen Theorien immanenten antisemitischen Tendenzen eingegangen. Der Postorientalismus im Sinne Saids basiert auf dem Antizionismus und ist grundlegend für die Stilisierung der Araber zu «Semiten» und den «neuen Juden» sowie für das Fantasiekonstrukt namens «Islamophobie».



phobie». Der Postkolonialismus verharmlöst den Holocaust, der in einer Kontinuität europäischer Verbrechen seit dem 15. Jahrhundert (Conquista) oder später gesehen wird.

Abwehr der Islamismuskritik

Viele Tendenzen der Forschung stehen in einem engen Bezug zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland seit 9/11. Jürgen Habermas' «Europatümelei» gegen die USA fand im Jahr 2003 ihre Entsprechung in der «Friedensbewegung». Antiamerikanische Ressentiments, Antizionismus und Antisemitismus sowie die rabiate Abwehr einer substanziellen Islamismuskritik sind en vogue. Islamisten erklären dem Westen unzweideutig den Krieg. Weite Teile der Gesellschaft jedoch, insbesondere «Linke» und «Liberale», reden lieber vom Frieden, den die Islamisten nicht wollen – jedenfalls nicht bevor die Welt unter der Herrschaft des Islam steht. Die Deutschen merken das nicht; sie fühlen sich wohl, immer im Einsatz für «Frieden» und eine «bessere Welt».

(...)

Die Islamwissenschaft wurde exemplarisch untersucht, da dieser Forschungszweig nach 9/11 eine besonde-

re Bedeutung hat bzw. haben könnte. Kapitel eins und Teile der Kapitel zwei und drei analysierten die wichtigsten Veröffentlichungen zum Islamismus in der internationalen islamwissenschaftlichen Fachzeitschrift *Die Welt des Islams* von Ende 2001 bis 2010. Die Abwehr einer fundierten Analyse und Kritik des Islamismus ist kennzeichnend für die meisten Beiträge. Zudem wird die Scharia verteidigt – Stichworte sind das Islamic banking, das Kopftuch und die Fatwas – und Israel isoliert; die wenigen Islamismus-Kritiker werden diffamiert.

Der neueste Trend der Islamwissenschaft ist die Konstruktion eines doppelten Opfers des verhassten Europas: Juden und Muslime seien als «Orientalen» gleichermaßen seit dem Mittelalter verfolgt worden. Dieser Leugnung der Spezifik des antisemitischen Ressentiments wurde in mehreren Kapiteln nachgegangen. Beispiele aus der Geschichte des Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik, während des Nationalsozialismus und in anderen Epochen unterstrichen hingegen die Relevanz des Antisemitismus in Deutschland. Sie belegen die Unwissenschaftlichkeit der Thesen einer gleichwertigen Feindschaft der Deutschen gegenüber Juden sowie Türken, Arabern und Muslimen.

Die deutsche Nation hat sich gegen die Juden und nicht gegen die Muslime konstituiert. Eher waren

Muslime die Verbündeten der Deutschen, wie beim Ausrufen des Jihad im Ersten Weltkrieg und bei der Kooperation des Großmufti von Jerusalem, Muhammad Amin al-Husaini, mit den Nationalsozialisten im SS-Staat 1933–1945. Zudem boten die Deutschen – nicht zuletzt die vormaligen Nationalsozialisten – dem Islamismus nach 1945 in der Bundesrepublik eine staatlich unterstützte Infrastruktur, während die DDR einem Antizionismus sowjetischen Stils frönte und antisraelische Terrorgruppen unterstützte.

Erst im Jahr 2004 publizierte *Die Welt des Islams* einen Text zum 11. September, mit dem sie zudem keine Kritik des islamistischen Antisemitismus und Antiamerikanismus versuchte, aber «Schadenfreude» ausbreitete und rationalisierte.

Im weiteren Verlauf der Studie wurden mehrere zentrale Figuren des Islamismus und deren heutige Rezeption in der Forschung untersucht. Während vom Islamismus entweder geschwiegen oder er abgewiegelt wird, wird Kritik immer häufiger als «Aufklärungsfundamentalismus» bezeichnet, obschon dieses Wort einen Widerspruch in sich darstellt, eine *contradictio in adjecto*. In Zeiten bis dato nicht gekannter is-

lamistischer Massenmorde wie in New York City, London, Madrid, Bali, Mumbai, Israel, Irak, Afghanistan, Pakistan etc. warnen Islamwissenschaftler vor einem «Alarmismus». Das kann nicht unwidersprochen bleiben. (...)

Schließlich wird an der dritten großen Berliner Hochschule, der Humboldt-Universität zu Berlin, ein «hybrides» Projekt über die «Identität» von Muslimen im heutigen Deutschland unter der Leitung der Protagonistin Naika Foroutan durchgeführt. Sie wendet sich aggressiv gegen Kritik am Islamismus und redet wie das ZfA und viele andere von «Islamophobie».

Kritik an den Klugen

Noch einmal: Was hat es also mit den «Klugen» auf sich? Jene, die in der Öffentlichkeit als «Islamkritiker» wahrgenommen werden, sind mitunter tatsächlich zu kritisieren – allerdings auf ganz andere Weise, als es sich angespasste, den Islamismus umarmende und den Antisemitismus minimierende oder hofierende Feuilletonisten und Wissenschaftler wünschen. Eines der am meisten verkauften Sachbücher in Deutschland seit Jahrzehnten plädiert im Jahr 2010 für «mehr Kinder von den Klugen». In dieser Studie ging es um diese «Klugen» – denn sie sind es, die oft ein Problem darstellen, wenn es um die Analyse und Kritik des Islamismus, des Antiamerikanismus, der Schadenfreude am und nach dem 11. September sowie des Antisemitismus geht. Diese Studie beschäftigte sich intensiv mit deutschen Islamwissenschaftlern und Antisemitismusforschern, mit Historikern und Nahostforschern; die meisten der untersuchten Forscher würden von vielen Beobachtern vermutlich als «klug» oder «gebildet» bezeichnet werden. Viele haben promoviert, manche sogar habilitiert.

Es liegt nicht an der Bildung, an Abschlüssen oder zu späten Karriereprüngen, wie es der «Bologna-Prozess» Studierenden weismachen möchte. Viele Studierende der Islamwissenschaft, Orientalistik und Nahostforschung, der Area Studies und der Global History, der Politikwissenschaft, Amerikanistik, Religionswissenschaft, Literaturwissenschaft und Soziologie, der Geschichte, Geografie, Psychologie, Philosophie oder der Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus werden in einem langen Studium oft ähnliche islamistische, antizionistische, den Holocaust verharmlosende, antiamerikanische oder antiwestliche, kulturellrelativistische Ideologeme lernen wie in einem verkürzten B.A.- und M.A.-Studium und später als Doktorand, Post-Doc etc. Es gibt Ausnahmen, also Einzelgängerinnen oder Skeptiker, die einen eigenen Kopf haben und ihn benutzen – leicht haben es diese Studierenden jedoch nicht.

Es muss eine inhaltliche Diskussion darüber beginnen, was deutsche Forscher in den genannten Bereichen tagaus tun, welche Inhalte sie lehren und welche Bücher und Beiträge sie publizieren.

Islamismus im Sudan

«Synagogenasyl» in der Jüdischen Gemeinde Pinneberg

Von Akiwa BEN GIDEON

In den letzten Jahren ist die Zahl der Flüchtlinge aus dem Sudan signifikant angestiegen. Die Flüchtlingskommission der UNO beziffert ihre Zahl auf etwa 1 Million Menschen. 90% der Menschen flohen in andere afrikanische Staaten. Israel nahm in den letzten Jahren mehr als 10.000 Flüchtlinge aus dem Sudan auf. In Europa ist die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge aus dem Sudan relativ gering. Der wichtigste Fluchtgrund ist die zunehmende Islamisierung des Sudan und die Unterdrückung und Verfolgung aus religiösen und offen rassistischen Motiven durch das herrschende islamistische Regime.

Die Republik Sudan ist seit dem 1. Januar 1965 unabhängig von Großbritannien. Seit dem 9. Juli 2011 ist der Südsudan nach einem Referendum ein eigenständiger Staat. Im Zuge der Unabhängigkeit des Südsudan und der schnellen staatlichen Anerkennung durch Bundesrepublik wurden gleichzeitig die Beziehungen zum anderen Sudan verbessert, die vorher durch den islamistischen Terror eher kalt waren. Letzteres führte dazu, dass die zwanzigjährige Isolation der sudanesischen Diktatur unter Präsident Umar-Hassan Ahmad al-Baschir durchbrochen wurde. Eine Liberalisierung der islamistischen Diktatur, mit einer an der Scharia ausgerichteten Rechtsprechung, mit der planmäßigen Verfolgung und Ermordung von Oppositionellen und der Unterdrückung von Parteien und Gewerkschaften ging freilich nicht damit einher.

Scharia im Sudan

Die Anwendung der Scharia, des islamischen Rechts, ist Normalität im Sudan. Als

gefördert werden. Im Norden des Landes aber auch in anderen Landesteilen gibt es gut ausgerüstete arabische Reitermilizen, die plündernd und mordend durch Dörfer und Kleinstädte ziehen. Die Mitglieder der Milizen sind Hellhäutige. Und hier sind wir bei einer Facette des Sudan, die bei uns fast nicht bekannt ist. Opfer der Milizen sind fast nur dunkelhäutige Sudanesen, egal, ob sie Muslime sind oder nicht. Rassistische Morde mit Billigung und mit Unterstützung der sudanesischen Regierung. Die Reitermilizen fungieren offenbar als verlängerter Arm der Regierung, die sich so nicht selbst die Hände schmutzig machen muss.

Flüchtlinge aus dem Sudan

Mehr als gute Gründe für nahezu 1 Million Menschen aus ihrer Heimat in eine ungewisse Zukunft zu fliehen. Nur wenigen Menschen gelingt es dabei in das «sichere» Westeuropa zu gelangen. Israel, ein Staat, der etwas größer als das Bundesland Hessen ist und eine Bevölkerung von ca. 8 Millionen hat, nahm in den letzten Jahren etwa zehntausend Menschen aus dem Sudan auf. Die genaue Zahl von Flüchtlingen aus dem Sudan, die sich in Deutschland aufhalten und hier um Asyl baten, ist nicht genau zu ermitteln, die Angaben darüber schwanken stark. Es ist aber festzustellen, dass Deutschland im europäischen Vergleich ein Land ist, das nur sehr wenige Flüchtlinge aufnimmt.

Die Fluchtwege der Flüchtlinge aus dem Sudan sind sehr unterschiedlich. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sehr viele Menschen aus dem Sudan in Ländern Nordafrikas leben. Nach dem sogenannten «arabischen Frühling», der in einigen Staaten zu einer Zunahme des Islamismus führte, versuchen viele der

wurde er zum erstenmal in einem EU-Land registriert und er stellte dort einen Asylantrag. In Ungarn kam er erst einmal in ein Gefängnis und dann in ein Flüchtlingslager in Debrecen. Zur Begrüßung bekam er von dem dortigen Wachpersonal erst einmal Prügel. Er erzählt, dass die sanitären Verhältnisse katastrophal und

wurde Ashraf O. im Pinneberger Gemeindezentrum aufgenommen.

Unterstützung bekam dabei die Jüdische Gemeinde in Pinneberg durch ihren Landesrabbiner Dr. Walter Rothschild und den Vorstand ihres Landesverbandes.

Wolfgang Seibert, der Vorsitzende der Gemeinde in Pinneberg, verweist aber



Die Jüdische Gemeinde in Pinneberg.

menschenunwürdig waren. Von Seiten des ungarischen Staates erfuhr er keine Hilfe. Sechs Tage blieb er in dem Lager, dann floh er wieder und erreichte mit vielen Umwegen Deutschland.

Hier stellte er einen erneuten Asylantrag. Nach den Dublin II und Dublin III Abkommen, muss er aber den Asylantrag dort stellen, wo er zum erstenmal registriert wurde – also in Ungarn. Deshalb entschieden die deutschen Behörden, dass er nach Ungarn abgeschoben werden soll. Ungarn wird von Deutschland als sogenanntes «sicheres Drittland» bezeichnet, was auch wegen der Verhältnisse in Ungarn innerhalb Deutschlands heftig umstritten ist. Ashraf O. sagt dazu: «Ich war eine Woche in Ungarn. Zur Begrüßung kam ich ins Gefängnis. Im Lager Debrecen bekam ich zur Begrüßung mit einem Schlagstock einen Schlag in den Magen. Ich will lieber im Sudan ins Gefängnis oder sterben, als noch einmal nach Ungarn zurück.» Die Vorsitzende des ökumenischen Arbeitskreises «Asyl in der Kirche», die Hamburger Pastorin Fanny Dethloff, hält die Zustände für Flüchtlinge in Ungarn für «nicht menschenwürdig». Diese Aussage wird durch zahlreiche Berichte in den Medien, durch Besuche von Bundestagsabgeordneten und Berichten von PRO ASYL bestätigt. Aus einigen Bundesländern wird schon nicht mehr nach Ungarn abgeschoben und einige deutsche Gerichte haben es abgelehnt, Menschen nach Ungarn abschieben zu lassen. Das Verwaltungsgericht und das Obergericht in Lüneburg (Niedersachsen) sahen das anders und haben die angeordnete Abschiebung als rechtlich zulässig bewertet.

Asyl in Pinneberg

In dieser Situation sahen die deutschen Freunde von Ashraf O. als ihre letzte Möglichkeit, für ihn einen Platz in einem «Kirchenasyl» zu finden. Sie mussten dabei die Erfahrung machen, dass die Entscheidungswege in christlichen Gemeinden sehr lange sind. Sie fragten dann bei der Jüdischen Gemeinde in Pinneberg (Schleswig-Holstein) an, die sich nach sehr kurzer Beratung bereit erklärte den Flüchtling aufzunehmen. Noch in der gleichen Nacht

auch immer wieder darauf, dass in der Tora mehrfach steht, dass man Fremde nicht bedrücken darf und die Fremden lieben soll. Ashraf O. ist gläubiger Muslim, aber, so Wolfgang Seibert, «die Religion eines Menschen darf bei einer solchen Entscheidung keine Rolle spielen, wichtig ist, dass hier ein Mensch in Not und Gefahr ist, deswegen ist unser Handeln gefordert.»

In der jüdischen und nichtjüdischen Öffentlichkeit erregte die Tatsache, dass die Jüdische Gemeinde Pinneberg die erste jüdische Gemeinde in Deutschland ist, die einem Flüchtling «Kirchenasyl» gewährt, Aufsehen. Es handelt sich sozusagen um das erste Synagogenasyl in der Bundesrepublik. Die Medien in Deutschland und Europa berichteten ausführlich über den Fall und die Gemeinde erreichten zahlreiche Grüße und Glückwünsche.

Ashraf O. fühlt sich wohl in der Gemeinde und die Gemeinde fühlt sich wohl mit ihm. Er betont immer wieder, dass alle Menschen von Gott geschaffen wurden, als Gleiche und, dass der Glauben an den einen Gott Juden, Muslime und Christen einen muss.

Zu Beginn des Aufenthaltes von Ashraf O. ging die Gemeinde davon aus, dass der Termin, an dem der Gast einen Asylantrag in Deutschland stellen kann, der 3. August ist. Ein Asylantrag kann in Deutschland gestellt werden, wenn der Antragsteller sechs Monate in Deutschland lebt. Auch die Ausländerbehörde im Kreis Harburg, die zuständig ist, war dieser Meinung, aber das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, erklärte überraschend, dass erst mit Ablauf des 26. Septembers hier in Deutschland ein erneuter Asylantrag gestellt werden kann. Für Ashraf O. war diese Entscheidung des Bundesamtes eine herbe Enttäuschung und ein Rückschlag, aber mittlerweile ist ja auch dieser Tag nicht mehr so weit entfernt.

Der größte Wunsch von Ashraf O. ist, hier in Deutschland frei und ohne Angst leben zu können, in seinem Beruf als Tischler zu arbeiten und irgendwann eine Familie zu gründen. Die Jüdische Gemeinde in Pinneberg wird ihn auch nach dem «Synagogenasyl» weiter unterstützen.



Sicherheitskräfte zeigen eine Werbetafel mit Porträts des sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir mit dem Spruch auf Arabisch: "Gott ist unser Ziel, sein Botschafter unser Ideal und der Jihad ist unser Weg", Khartoum, Sudan, Juni 2011

Beispiel sei hier das Todesurteil gegen die damals schwangere Meriam Yehya Ibrahim erwähnt, die gehängt werden sollte. Diebstahle werden im Scharia-Recht mit der Amputation der rechten Hand bestraft, was heute durch einen Arzt gemacht wird. Auspeitschungen und Stockschläge als Strafe sind an der Tagesordnung. Frauenrechte sind unbekannt.

Seit langen gibt es im Sudan bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen mit sehr vielen Toten. Bekannt ist, dass islamistische arabische Kämpfer von Seiten der sudanesischen Regierung sogar noch

dort lebenden Sudanesen einen westeuropäischen Staat zu erreichen.

Schikanen in Ungarn

Ashraf O. musste vor sechs Jahren aus seiner Heimat im Osten des Sudan flüchten. Er wurde dort politisch verfolgt. Er gehörte zur Opposition und musste fürchten, für lange Jahre ins Gefängnis zu kommen und auch eine Verurteilung zum Tode war möglich. Ashraf O. floh, als Schafhirte verkleidet, nach Ägypten, von dort kam er mit einem Boot nach Griechenland. Nach einer langen Zeit und dem Durchqueren vieler Länder kam er nach Ungarn. Dort

ART WORKS

Junge israelische Kunst auf Welttournee
11. – 15. September 2014 / München - Praterinsel



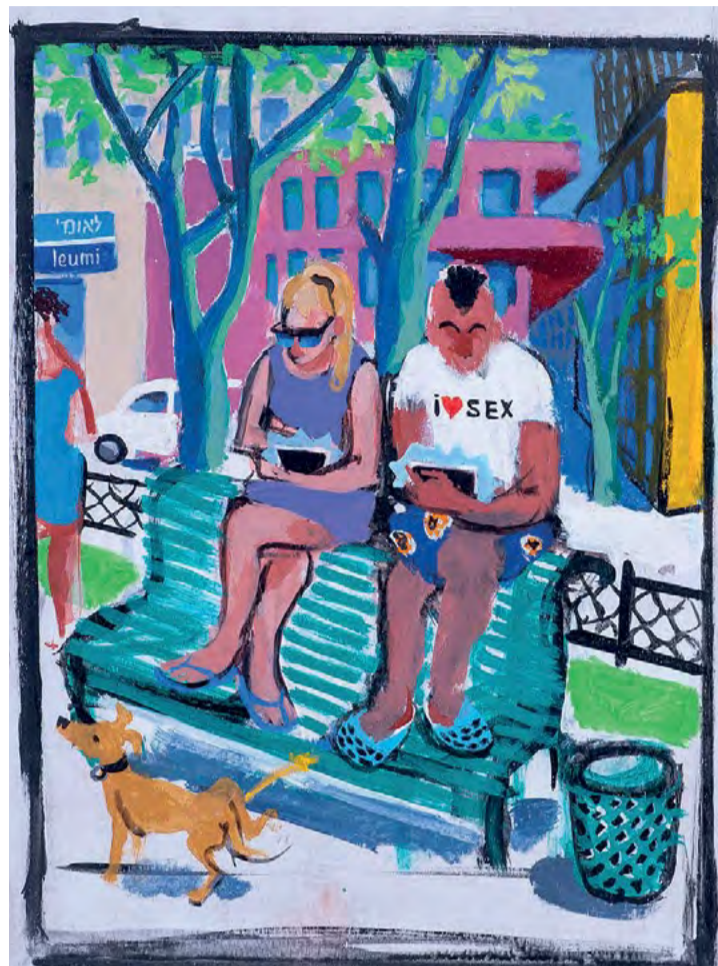
ART WORKS ist die bisher weltweit größte und umfangreichste Auswahl zeitgenössischer israelischer Kunst. Die Kunstwerke werden in einer einmaligen Verkaufsschau auf die Praterinsel in München vom 11.–15. September 2014 präsentiert.

Lee-More Kohen im Gespräch mit Bettina Krogemann über die Hintergründe zur ersten Ausgabe von ART WORKS – Junge israelische Kunst auf Welttournee (...)

Wie sind Sie auf die Idee gekommen, diese Ausstellung in München zu präsentieren?

(...) Durch meine Freundschaft mit israelischen Künstlern weiß ich, wie schwer es für sie ist, von ihrer Kunst in Israel zu leben. Ich wollte etwas für sie tun, sie unterstützen. Den Gedanken, dass diese ausgezeichneten Künstler in Armut leben müssen, weil sie nicht wissen, wie sie sich auf dem Markt platzieren können, ertrug ich nicht. So kam mir die Idee, eine Ausstellung nach Deutschland wandern zu lassen. (...) Dann traf ich den in München ansässigen Generalkonsul von Israel, Dr. Dan Shaham, dem mein Projekt gut gefiel. Er wurde zu einem wichtigen Förderer von ART WORKS. (...)

Die Künstler, die Sie ausstellen, kommen aus ganz unterschiedlichen Schulen, Akademien, Hochschulen. Teilweise wurden sie an der renommierten Bezalel Kunstakademie in Jerusalem oder dem berühmten Avni Institut ausgebildet, manche stammen aus regionaleren Schulen, manche sind Autodidakten. Wie sind Sie bei der Auswahl der Künstler für diese Schau vorgegangen?



Natasha Kusnetsova



Dalit Shaham



Iris Yeheskel

Die israelische Kunstszene stand zunächst unter dem Einfluss maßgebender Schulen. In den 1970er Jahren gab es einen Konflikt zwischen Künstlern, die die „FGS“ in Tel Aviv absolviert hatten. Dazu zählen beispielsweise Rafi Lavie und Michal Neeman, die in der Art der amerikanischen Abstraktion und der Pop Art arbeiteten. Die Absolventen der „Bezalel Akademie“ in Jerusalem schufen konzeptionelle, politische, installative Kunst, die den Trends in Europa gleichkam.

Hier sehen wir aber etwas anderes, oder?

In dieser Ausstellung geht es nicht um Schulen, eher möchte ich eine Plattform israelischer Kunst präsentieren, die sich unabhängig von lokalen Hierarchien formiert hat. Die Schau zeigt

viele verschiedene Facetten israelischer Kunst, ohne das Thema der Lokalpolitik zu berühren. (...)

Wie würden Sie das Besondere der zeitgenössischen Kunst in Israel beschreiben?

Von Anfang an bewegte sich die israelische Kunst zwischen einer lokalen und einer universalen Welt, befasste sich mit Themen aus der Region, der Geschichte, dem Zionismus, sozialen Fragen und versuchte, die komplexe Verbindung zwischen Politik und internationaler Sprache ästhetisch zu bewältigen, durch Stil, Inhalt, Wirkung. (...) Es kommen Einwanderer aus der ganzen Welt, es leben Araber und „Sabras“, die in Israel geborenen Juden, in einem Land. Kunst in Israel ist heute sehr mannigfaltig: Es gibt Werke, die eine starke israelische Identität haben

und solche, an denen man nichts Israelisches ablesen kann.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der israelischen Kunstszene?

Die israelische Kunst ist toll! Ich wünsche mir, dass sie bekannter wird und einen globalen Markt bekommt. Mich stört, dass talentierte, vielversprechende Künstler ihre Arbeit aufgeben müssen, weil sie damit ihre Existenz nicht sichern können. Ich wünsche mir, dass jeder wichtige Sammler auf der Welt mindestens ein Werk eines israelischen Künstlers sein Eigen nennen kann.

Interview & Übersetzung: Dr. Bettina Krogemann (die Jüdische Rundschau druckt dieses Interview in gekürzter Fassung, mit freundlicher Genehmigung von ART WORKS)



Uri Cohen



Gal Shahaar

NordArt im Kunstwerk Carlshütte

Internationale Kunst auf dem Land

Von Heike LINDE-LEMBKE

Seine Arbeiten sind raumgreifend. Überdimensioniert. Monumental. Und in ihrer Überdosierung satirisch. Gewollt satirisch. «Hand und Fuß des letzten römischen Kaisers» aus Aluminiumguss arbeitete Sasha Serber aus Tel Aviv zu Figuren, die mit ihrer Protzigkeit den ganzen grandiosen Weltherrschafts-Wahn des Römer-Kaisers ins Lächerliche ziehen.

«Hand und Fuß des letzten römischen Kaisers» von Sasha Serber sind weit genug voneinander entfernt platziert, um sich nicht zu bedrängen, doch gerade nah genug, um zueinander zu gehören. Serbers kaiserliche Körperteile sehen von jeder Seite anders aus. Immer aber diffus bedrohlich. Als würden sie gleich losstampfen. Zugreifen. Den kleinen Menschen überrollen und zermalmern. Sie sind jetzt in der großen, ehemaligen Eisengießerei-Halle der Carlshütte in Büdelsdorf bei Rendsburg zu sehen, auf der NordArt, dieser riesigen Park- und Hallenschau, die mittlerweile in der globalen Kunstwerk als «Must See» angekommen ist.

Sasha Serber wurde 1973 in Moldawien geboren und immigrierte 1992 nach Israel. Seit 2012 wird er von der Gordon-Galerie in Tel Aviv vertreten und kann seitdem auf zahlreiche Ausstellungen in Israel, Europa, beispielsweise Berlin, Weimar und Wien, und New York verweisen. Er erhielt mehrere Stipendien und Auszeichnungen. Heute doziert er an der berühmten Bezalel-Kunstakademie in Jerusalem, an der Universität Haifa und an weiteren Akademien in Israel.

Mit Sasha Serber ist Yotam Zohar als zweiter Künstler aus Israel auf der NordArt vertreten. Seine Werke sind ebenfalls in der großen Eisengießerei-Halle präsent, deren heute morbider, industriell-spröder Charme bewahrt wird und mit den ausgestellten, oft monumentalen Skulpturen,



«Hand und Fuß des letzten römischen Kaisers» arbeitete der Israeli Sasha Serber aus Aluminiumguss für die internationale Schau NordArt. Die Skulpturen sind in der Eisengießerei-Halle zu sehen.

Objekten, Installationen, Inszenierungen und Gemälden bestens korrespondieren. Auf der NordArt stehen Exponate und Architektur in einem faszinierenden Spannungsverhältnis.

Yotam Zohars Exponat «Aura» von 2012 (Öl auf Holz) ist im klassischen Porträt-Malstil entstanden, allerdings

auf Basis der digitalen Fotografie. Man könnte sich an Walter Benjamins Analyse der «Aura» in Zeiten technischer Reproduzierbarkeit erinnern fühlen. Was hätte der Kunsthistoriker wohl erst zur digitalen Fotografie zu sagen? Eine «digitale Aura» – ein Paradoxon oder Widerspruch in sich? Der 1984 in Jerusalem geborene Israeli Yotam Zohar studierte in den USA, graduierte an der Ohio State University mit einem Bachelor in Kunst und mit einem Master an der Eastern Illinois University. Nebenbei arbeitete er als Requisiteur für mehrere Filme.

Während seiner Studienzeit widmete sich Zohar der Frau in der Kunst, dem Porträt und der Kunstfälschung. Heute unterrichtet er und antwortet als freier Künstler auf aktuelle politische und gesellschaftliche Themen mit den Mitteln der klassischen Malerei. Sein Gemälde «Aura» gehört zu seiner Serie «Underground» und symbolisiert die Einsamkeit, die Trostlosigkeit des einzelnen Menschen in der Großstadt. Aktuell lebt und arbeitet Zohar in New York.

Die NordArt scheut auch die politische Diskussion nicht. Im Gegenteil. 40 Künstlerinnen und Künstler aus der aktuellen Szene in St. Petersburg und Moskau sind im Russland-Pavillon vertreten, darunter auch jüdische Künstler. Russland ist Länderschwerpunkt der diesjährigen NordArt. Ein kleiner Pavillon zeigt zeitkritische und andere Arbeiten aus China.

«Uns ist aufgrund der Krim-Krise und jetzt der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland kein Moment der Gedanke gekommen, den russischen Schwerpunkt abzulegen», sagt Wolfgang Gramm, Chefkurator der NordArt und Geschäftsführer des Kunstwerks Carlshütte. Die Besuche und inspirierenden Gespräche in den Künstler-Ateliers und -Werkstätten in St. Petersburg und Moskau hätten ihn und Kuratorin Inga Aru überzeugt, dass der Russland-Pavillon gerade jetzt wichtig sei zum gegenseitigen Verständnis mit der Kunst und der Kultur als Motor und als Anlass zu Diskussionen.

«Wir wollen einen Überblick geben, wie sich russische Künstler mit den brennenden Themen der Zeit auseinandersetzen», sagt NordArt-Initiator Gramm, der vor seiner Arbeit am Kunstwerk Carlshütte das Dr.-Bamberger-Haus und das Jüdische Museum Rendsburg lange Jahre neu installierte und leitete.

Liya Chechik aus Moskau ist stolz auf ihren Vater Anatolii Chechik. «Ich freue mich mit meinem Vater, dass er den Russland-Schwerpunkt dieser wichtigen Schau mitgestalten darf», sagt Liya Chechik. Ihr Vater lebt und arbeitet in Moskau. Und ist Jude. Davon will er aber nicht so recht etwas wissen. Sagt die Tochter.

Gleichwohl ist der 1953 in Kiew geborene Künstler im Berliner Centrum Judaicum vertreten.

Auf der NordArt zeigt Chechik im russischen Pavillon traditionelle Malerei, in denen er Architektur, Landschaften und Figuren zeichnerisch bis ins kleinste Detail inszeniert und vielfach surreal überhöht, so dass die Darstellungen, sei es die Wandmalerei eines Palastes, sei es ein Paar, das durch Zypressen auf ein Gebirgsdorf blickt, sei es ein Gitarrenspieler, den Betrachter zum Erforschen des Sujets auffordern.

«Das Labyrinth» heißt sein 90teiliger Bilderzyklus, aus dem er auf der NordArt Ausschnitte präsentiert. Er arbeitete es von 2006 bis 2009 in Öl auf Leinwand und versteht es nicht nur als Malerei, son-



Yotam Zohars Gemälde «Aura» gehört zu seiner Serie «Underground» und symbolisiert die Einsamkeit, die Trostlosigkeit des einzelnen Menschen in der Großstadt.

dern auch als Objekt, als Tagebuch, als Spektakel zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, ein intellektuelles und zugleich meditatives Spiel.

Anatolii Chechik studierte Architektur, arbeitete beim Kiewprojekt Institut, wurde für seine Entwürfe zur architektonischen Neugestaltung des Bessarabischen Platzes in Kiew zweimal ausgezeichnet. Zudem arbeitete er als Bühnenbildner an vielen Theatern der Ukraine, lebt aber nach einer Zeit in Tiflis in Georgien seit 1992 in Moskau und ist Mitglied der Union der Moskauer Maler. Mittlerweile sind Chechiks Werke in Sammlungen auf der ganzen Welt zu sehen.

Das trifft auch auf Konstantin Hudjakov zu. Einige seiner Werke kaufte ein privater israelischer Sammler. Auch Hudjakov studierte Architektur und ließ sich von der Avantgarde der 1920er- und 1930er-Jahre wie El Lissitzky und Kasimir Malewitsch inspirieren.

Sein auf der NordArt ausgestelltes Werk «Engels Auge» arbeitete er 2011,



Liya Chechik zeigt stolz die Gemälde ihres Vaters Anatolii Chechik, die einen Ausschnitt aus dem 90teiligen Zyklus «Das Labyrinth» des russischen Künstlers zeigen.

und es ist eine geradezu besessene Reihung fast immer desgleichen, kettenähnlich aneinander gefügten Details, ein labyrinthisches Gebilde in Ellipsenform, die der Technik-Fanatiker am Computer kreierte. Der 69-Jährige war einer der ersten Air-Brush-Künstler Moskaus.

Zurab Tsereteli ist seit 2005 mit einer Skulptur am Präsidentenpalast in Jerusalem präsent, gleichwohl nicht wenige seiner Bildhauer-Arbeiten, von denen der georgisch-russische Bildhauer viele als Denkmäler für Russland und vor allem für Moskau arbeitete, durchaus heroisierende Züge tragen, darunter auch Wladimir Putin in Bronze. Zudem war er 1980 Chefdesigner der 22. Olympischen Spiele in Moskau. Seine Skulpturen sind auch bei den Vereinigten Nationen in New York zu sehen und am Hauptsitz der Unesco in Paris. 1999 gründete Tsereteli das erste Moskauer Museum für Moderne Kunst. Auf der NordArt präsentiert er die Siebdruck-Arbeiten «Sitzend, Gololevskii», ein Frauenakt und eine Zeitungleserin, beide mit traurigem, fast gedemütigtem Gesichtsausdruck.

Auf der Kunstschau sind 250 Künstlerinnen und Künstler aus 55 Ländern vertreten, die das Kuratoren-Team aus fast 3000 Bewerbungen aus aller Welt ausgewählt hat. Die NordArt, 1999 in dem kleinen Ort Büdelsdorf bei Rendsburg gegründet, ist in der globalen Kunstszene angekommen und präsentiert seit 1999 immer im Sommer in der 22.000 Quadratmeter großen Eisengießerei-Halle, in einer 400 Quadratmeter großen Remise, auf 80.000 Quadratmeter Park und an einigen Plätzen der Stadt Büdelsdorf Kunst aus aller Welt. Zu dieser internationalen Kunst-Ausstellung gestaltete Kuratorin und Künstlerin Inga Aru einen sehr informativen, klar gegliederten und gut aufgemachten Katalog, der für 25 Euro auch im Buchhandel erhältlich ist (304 Seiten, farbige Abbildungen, ISBN 978-3-9813751-6-9).

Die NordArt 2014 in der Carlshütte, Vorwerksallee 3, in Büdelsdorf ist bis 12. Oktober, dienstags bis sonntags von 11 bis 19 Uhr geöffnet. Eintritt neun Euro. Mehr Details unter www.kunstwerk-carlshuette.de im Internet.

Tradition und Aktualität

Von 4. bis 14. September – Jüdische Kulturtage in Berlin

Von Sergei GAVRYLOV

Das 28. Festival bietet wie immer eine reiche Genre-Palette: Klezmer, Klassik, Pop- und Rock-Musik, Jazz, Lesungen, Ausstellungen, Straßenfest, Synagogenbesuch. Das Programm der Jüdischen Kulturtagen in Berlin hat diesmal auch etwas absolut Neues: Kinoreihe und Clubparty.

Über die Besonderheiten des kommenden Festivals sprachen wir mit seinem Intendanten Martin Kranz.

JR: Man kann sagen, dass alle Programmteile wie Lieblingskinder sind. Aber auf welchen Teil des Programms des kommenden Festivals sind Sie besonders stolz?

MK: Ich versuche natürlich immer, die besten und die höchsten Qualitätsansprüche bei den Künstlern und Künstlerinnen geltend zu machen. Aber ich nenne mal drei exemplarische Veranstaltungen, die für mich eine wichtige Rolle spielen.

Das ist auf der einen Seite das Eröffnungskonzert – «Jochen Kowalski singt Max Kowalski» (04.09.). Jochen Kowalski ist wirklich ein sehr bekannter Countertenor. Er hat durch Zufall einen jüdischen Komponisten des frühen XX Jahrhunderts wiederentdeckt. Es geht um Max Kowalski, der in Polen geboren wurde und dann nach Deutschland, nach Berlin gekommen ist, hier mit den großen Musikern und großen Sängern seiner Zeit gearbeitet hat und dann komplett in Vergessenheit geraten ist. Er ist emigriert nach England, nach London, und ist dort unter ganz schlimmen Bedingungen gestorben, hatte wenig Geld. Das sind so Dinge, wenn man dann auch so ein Schicksal eines Musikers wiederentdeckt und dann seine musikalische Hinterlassenschaft wieder aufführt – das

am zweiten Abend wird Solomon uns die Geschichte weiterführen und erzählen – was heißt eigentlich jüdisches Leben heute? Was bedeutet aktuelles jüdisches Leben? Er lädt immer wieder ein zum Gespräch, zur Diskussion, zum Diskurs.

Und zum Dritten, finde ich das Thema Kinder sehr schön. Wir machen zwei Veranstaltungen, jeweils vor Sabbat, mit Kindern, die wir in die Synagoge in die Joachimstaler Straße (05.09. – 12.09.) einladen, wo die dortigen Bar- und Bat-Mitzwa-Kinder ihnen ihre Synagoge, ihr religiöses Leben erklären, mit ihnen Hala backen, sich vorbereiten auf den Sabbat, und dann gemeinsam im besten Fall auch den Sabbat-Gottesdienst erleben. Ich finde, auch das ist ganz, ganz wichtig, dass wir die nicht-jüdischen Kinder in eine Synagoge einladen, in die Lebenswelt jüdischer Kinder, und sie ihnen erzählen, wie ihr Leben ist.

JR: Für mich ist das Programm «Jüdisches Leben im Polnischen Film» (06.09.–09.09.) sehr interessant. Es gibt sehr bekannte Filme von Andrzej Wajda, die zum Thema passen würden. Auf diesem Programm stehen zwar nicht so berühmte, aber trotzdem spannende Streifen.

MK: Ich glaube, da gibt es wirklich was zu entdecken. Das ist auch das erste Mal im Festival, dass wir Kino zeigen. Wir haben mit dem Polnischen Institut hier in Berlin und mit dem Deutschen Historischen Museum eine Reihe gegründet. Die waren die Initiatoren, und wir sind natürlich gerne eingestiegen. Der jüdische Film spielt in Polen eine große Rolle, und hat schon immer eine große Rolle gespielt, da gibt es sehr berühmte und bekannte Filme. Wir wollten aber eigentlich mal den Fokus werfen auf Filme, die man gar nicht so kennt, unterschied-

lichster Art und auch unterschiedlicher Zeiten, ältere Filme und auch zeitgenössische Filme. Und ich freue mich sehr, dass wir diese Filme bekommen haben und dann an sechs Abenden eine Reihe vorstellen, die ein ganz unterschiedliches Spektrum des jüdischen Films in Polen zeigt. Es ist im Zeughaus Kino.

JR: Für mich als Jazzliebhaber ist es sehr angenehm, dass Avishai Cohen im Programm ist (14.09.). Er ist ein sehr berühmter und talentierter Bassspieler und auch Sänger.

MK: Avishai Cohen ist bei uns das zweite Mal im Festival. Er war vor zwei Jahren schon da. Und es

war auch damals für mich eine wirklich tolle Erfahrung, weil er ist – Sie haben es richtig gesagt – wirklich ein ganz begnadeter, großartiger Jazzmusiker am Bass, aber auch stimmlich. Und dieses Konzert vor zwei Jahren – es war ein Eröffnungskonzert des Festivals – war wirklich ein begnadeter und wunderbarer Abend. Dann haben wir uns irgendwann mal zusammengesetzt und haben gesagt: «Mensch, was wollen wir machen, er

möchte gerne wieder kommen». Er fand auch die Synagoge in der Rykestraße sehr außergewöhnlich, ein toller Auftrittsort. Und er hat gesagt: «Wäre toll, wenn ich wieder kommen kann». Dann habe ich gesagt: «Aber dann müssen wir was anderes machen. Wir wollen das Publikum auch überraschen und wollen ihm was Neues zeigen». Und insofern hat er gesagt: «Mensch, ich bereite ein Programm mit einem Streicherensemble vor. Das wäre doch was». Und dann habe ich gedacht – ja, sehr, sehr gern, weil das natürlich eine programmatisch und musikalisch neue Erfahrung ist, es ist ein großer Klangkörper!

JR: Die Jüdischen Kulturtage Berlin haben immer etwas Besonderes aus verschiedenen Musikrichtungen. Jetzt gibt es einen Höhepunkt aus der Welt klassischer Musik. Es geht um Avi Avital – einen neuen Stern der Klassik. Interessant dabei ist, dass er mit einem Crossover-Programm nach Berlin kommt (13.09.).

MK: Bekannt und wirklich berühmt geworden ist er ja mit seiner Adaption bachischer Violinkonzerte für die Mandoline. Es ist etwas ganz Verrücktes! Er ist ein großer Virtuose an seinem Instrument. Und das Schöne an Avital ist, dass er eben sich nicht darauf beschränkt, klassische Musik zu machen, sondern dass er diese Crossover-Projekte wirklich liebt. Er hat ein Trio, mit dem er genau diese Mischformen macht, und ich habe gesagt: «Lass uns doch mal schauen, ob wir nicht noch jemand Anderen finden, der für dich inspirierend und interessant ist, und ihr beide gemeinsam ein Programm schreibt». Da hat er ein paar Wochen überlegt und hat gesagt: «Mensch, ich würde gerne mal mit David Orlovsky zusammen auf die Bühne gehen». Orlovsky ist ein toller junger Klezmer-Klarinettist, Schüler von Giora Feidman. Die beiden haben gesagt: «Wir haben jeweils ein eigenes Programm (das werden wir zum Teil aufführen), und dann mischen wir aber die Ensembles». Hat mich sehr gefreut, weil das immer etwas Besonderes ist, wenn Künstler bereit sind, ein Programm für den jeweiligen Abend im Festival zu schreiben.

JR: Es gibt auch ein Gedenkkonzert anlässlich 100 Jahre Erster Weltkrieg (06.09.). Besonders bemerkenswert ist, dass diese Musik in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg geschrieben wurde.

MK: Das war die Idee. Wir haben überlegt, dass wir uns dem Thema auch von jüdischer Seite mal annähern wollen, weil es hat zu dieser Zeit – das darf man nicht vergessen – eine große jüdische Initiative und viele Juden gegeben, die in den Ersten Weltkrieg mit erhobenen Fahnen gezogen sind, weil sie dachten, sie dienen ihrem deutschen Vaterland. Was sich dann anders gezeigt hat und in die andere Richtung gegangen ist, wissen wir, aber das ist passiert. Wir wollten einfach dem Thema Erster Weltkrieg einen Raum geben, um auch zu erinnern, zu sagen – was hieß eigentlich deutsches Judentum Anfang des XX Jahrhunderts in diesem Land.

Vladimir Stuopel und Judith Ingolfson werden einen Kammermusikabend spielen. Ganz spannendes, sehr besonde-



LUWE ARENS

Avi Avital

Konzert Avital meets Orlovsky 13. September 2014, in der Synagoge Rykestr.

res Konzert, und wir wollen dazu – das steht noch nicht im Programm, hat sich aber jetzt ergeben – noch eine Ausstellung in der Synagoge Rykestraße zeigen zum Thema Feldrabbiner. Wenige wissen, dass im Ersten Weltkrieg nicht nur die Geistlichen der großen christlichen Religionen wie Katholiken und Protestanten auf den Schlachtfeldern den Soldaten zur Seite standen, sondern auch die Juden ihre Rabbiner mit in den Krieg genommen haben. Es waren die sogenannten Feldrabbiner – und über dieses Thema wollen wir auch eine Ausstellung machen, mit Dokumenten und Fotos.

JR: Ich würde sagen, dass Sie dieses Programm nicht als «Museum der Jüdischen Kultur» präsentieren möchten, sondern eher als etwas Lebendiges.

MK: So ist es, völlig richtig. Wir haben ja auch ein ganz unterschiedliches Publikum. Wir haben jüdische und nicht-jüdische Gäste. Wir haben mittlerweile auch wirklich viel internationales Publikum, und wir haben viele Israelis. Da muss man auch eine Mischung machen, die jüdische Kultur, jüdisches Leben heute zeigt, und zwar international. Es geht uns, und mir vor allem, darum, auch Künstler nach Berlin einzuladen. Das ist ganz wichtig. Wir haben mittlerweile auch ein reiches jüdisches Leben in Berlin. Da werden wir nächstes Jahr nochmal einen großen Fokus drauf werfen. Als Intendant des Festivals möchte ich, dass die jüdische Kunst, auch die aktuelle, nach Berlin kommt. Auf der anderen Seite sind das die Themen – die Lesungsthemen, die Diskussionsthemen, die Vortragsthemen – dass man aber natürlich immer wieder einen Blick zurückwerfen muss, um zu verstehen, was heute passiert. Also diese Verbindung – um die geht es. Ich glaube, nur dann kann man auch verstehen, wo wir heute stehen, was heute passiert, warum all diese Probleme sind. Das muss man den Menschen erklären, aber – ich glaube auch ganz fest daran – dass eben Kunst und Kultur dort anfängt, wo die Sprache aufhört. Und das ist auch unsere Chance. Damit können wir oftmals mehr erreichen, auch im Verständnis. Ich finde, Verständnis und Toleranz spielen eine ganz große Rolle da, wo dann eben Politik und Sprache aufhört. Dort können wir vielleicht anfangen. Darum geht es mir.

Programm: www.juedische-kulturtage.org



Jewish Monkeys

Klezmer-Rock am 7. September 2014, in der Synagoge Rykestr.

finde ich etwas sehr Besonderes.

Zum Zweiten – finde ich gerade heute, auch in der Zeit, wo wir all die Dinge im Nahen Osten erleben, eine Veranstaltungsreihe zum Thema «Judentum bedeutet Lernen» (08.09. – 09.09.) wichtig und gut. David Solomon, wirklich der ganz große jüdische Gelehrte aus Australien, wird uns das Thema «Jüdische Bibel» erklären. Das hat ja viel mit dem Ursprung des Judentums zu tun, das Alte Testament. Und

Marlene Dietrich und Alfred Lion

Ein Flüchtlingsgeistergespräch

Von Ralf FRODERMANN

für Coco Schumann

Aufblende

Marlene Dietrich (1901–1992) und Alfred Lion (1908–1987), beide aus Schöneberg in Berlin und als Kinder fast Nachbarn, kannten einander nicht persönlich.

Nach der Emigration 1933 in die Vereinigten Staaten wurden sie dort rasch zu maßgeblichen Protagonisten genuin amerikanischer Kunstformen: Film und Jazz.

Zwei Filme – «Marlene – Portrait eines Mythos» (1984) von Maximilian Schell und «Blue Note – A Story of Modern Jazz» (1996) von Julian Benedikt – geben Einblicke in Leben, will sagen Denken und Arbeit zweier Weltbürger aus Schöneberg, deren Humanität in Deutschland nicht gefragt war.

Das nachfolgende «Geistergespräch» enthält neben Originalzitaten, die nicht eigens gekennzeichnet sind, Intuitionen des Verfassers, die sich einer universellen Moral verpflichtet wissen wollen, für welche die Namen Marlene Dietrich und Alfred Lion eintreten, und um die es heute wie damals schlecht bestellt ist.

Sequenz 1

MD: In unserer Klasse waren alle Mädchen Jüdinnen, außer mir und einem anderen Mädchen.

An jüdischen Feiertagen hatten wir schulfrei. Das war großartig! Nach ein paar Jahren änderte sich die Zusammensetzung der Klasse, und nur noch ein Drittel waren Juden.

Das Niveau der Klasse ging sofort zurück, das ist eine Tatsache. Ich will nicht sagen, dass es keine hochintelligenten Goyim gibt, aber im allgemeinen ist der jüdische Geist stets profunder und brillanter. In der Klasse schrieben wir immer heimlich aus den Heften der jüdischen Mädchen ab.

AL: Die Sandrock – Adele – hat mir irgendwann auch so etwas erzählt.

MD: So?

AL: Ja. «Falls Sie es interessiert», meinte sie, «und unter uns: Meine besten Liebhaber waren immer Juden.»

MD: Über so etwas rede ich gewöhnlich nur am Telefon. Und nicht mit jedem. Nicht jeder ist eben ein Remarque, Hemingway, Gabin oder Mario Simmel.

AL: Nicht jeder schwingt, sage ich dazu. Und schwingen muss der Laden!

MD: Deiner wie meiner. Konkurrenz machte wetterfest und nährte den Neid.

AL: Und die Schadenfreude, seine innig geliebte Stiefschwester. – Ein Gläschen Chartreuse?

MD: Nicht für mich! Zigarette?

AL: Danke vielmals!

MD: Männer, die nicht rauchen, sind mir verdächtig.

AL: Darf ich eine Platte auflegen?

MD: Wer, wenn nicht du! Als wollte Yves Saint Laurent mich fragen, ob er mir ein Kleid oder einen Hut zeigen darf.

AL: Als *Hiroshima mon amour* der Duras erschienen war, sollst du gereizt gesagt haben, dass du nun deinerseits *Auschwitz mon petit chou* verfassen würdest.

MD: Das ist wahr. Was soll's! Das zynische Handwerk dieser Künstler ist nicht meins. – Mit der Befreiung der Lager war der Antisemitismus nicht erledigt.

AL: Dann ist alles machtlos dagegen.

MD: SO darf eben der Bogen nicht brechen, die Sehen nicht reißen!

Sequenz 2

Musik von Lou Donaldson

AL: You are listening to Mr. Lou Donaldson, Marlene.

MD: Richard Tauber wäre mir heute lieber, Alfred.

AL: Den haben wir nicht unter Vertrag gehabt bei Blue Note.

MD: Sidney Bechet?

AL: Ja; der floh in die Gegenrichtung, von New Orleans nach Paris.

legt eine Bechet - Platte auf

MD: Auch der Kreole hatte nirgendwo ein Zuhause. Ist grober Unfug, Heimat, Zuhause. Das Exil war immer mein Zuhause.

AL: Ich starb in San Diego, zuhause im Exil. Nicht alles geschieht zuhause.

MD: Meistens nur das Schlimmste! Das ist unser beider Tod ja nicht gewesen.

AL: Nein, gewiss nicht. So verschieden wir sonst voneinander sind, der zurückhaltende Jazz-Produzent und die flamboyante Entertainerin, Sängerin, Schauspielerin.

MD: Bitte um umgekehrte Reihenfolge.

AL: Jede Bitte ist erfüllt!

Sequenz 3

AL: Mich fragte einer, ob sich Jazzstandards zu ihrer Improvisation verhalten wie Thora zu Talmud. Habe erst kein Wort verstanden.

MD: Und dich dann an die Vorstellung gewöhnt, eine Art Jazzrabbi zu sein?

AL: Erlaube mir bitte, die Kirche im Dorf zu lassen. Aus Aufschneiderei bescheiden zu sein, liegt mir so wenig wie dir.

MD: Wie verhält es sich denn nun mit jenem Verhältnis?

AL: Text und Auslegung, diese folgt jenem.

MD: Wie der Schauspieler seinem Textbuch.

AL: Eine Improvisation entzündet sich wie ein Streichholz.

MD: Und verlischt, einer Geste gleich.

AL: So viel Verständnis hatte ich kaum mehr erwartet.

MD: Ich bitte dich, Alfred. Wir sind alte Schule.

AL: Das heißt wohl der Geschmacklosigkeit entwöhnt, wie?

MD: Auf dich ist Verlass; legst du noch eine Platte auf?

AL: Jetzt kommt für dich der Tauber. Auf Schellack!

MD: Keep swinging, Al!

AL: Certainly, Marlene.

Abblende (Codizill)

«Marlene marschierte an der Seite der Widerstandskämpfer und unversöhnlichen Feinde alles Deutschen...es wäre für sie und für uns besser, sie bliebe dort, wo sie ist.»

Badisches Tagblatt, 24. März 1960

«Mein Orchester hatte Persönlichkeit, das waren 16 verrückte Jungs mit derselben Idee. Swing, das war damals Avantgarde. So wie heute Hip-Hop oder Rap. Da wurde Musik gegen den Strich gebürstet und dem Mainstream eine lange Nase gezeigt. Wir haben, kann man sagen, Revolution gemacht in der Musik.»

Teddy Stauffer

«die Arche suchend rückwärts in der Wandelgängen der Erinnerung»

Nelly Sachs, Teile dich Nacht

Katalog zur Ausstellung «Marlene Dietrich» 10. November 1995 – 21. Januar 1996 (Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.) 1995/1998



Ralf Frodermann, geb. 1959 in Bad Salzflen, ist Autor (Publikationen u.a. in Jazzpodium, jungle world, Prodomo; Buchautor von «Im Rücklicht der Gegenwart / Inventionen I» Berlin, 2012), lebt und arbeitet in Watzum, Niedersachsen, seine Website ist: www.universitaet.bock-

JOCHEN KOWALSKI SINGT MAX KOWALSKI
4.9. | 20h | Synagoge Rykestraße

YASMIN LEVY & BAND
Libertad – Ladino music
10.9. | 20h | Synagoge Rykestraße

AVISHAI COHEN WITH STRINGS
14.9. | 20h | Synagoge Rykestraße

TICKETHOTLINE: 030 . 84 10 89 09

JÜDISCHE KULTURTAGE

BERLIN
4.9. – 14.9. 2014
juedische-kulturtage.org

be mit Berlin
קהילה בירלין
JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN

Der Erste Weltkrieg in der jüdischen Erinnerung

Das Jüdische Museum München präsentiert die Ausstellung: «Krieg! 1914/1918. Juden zwischen den Fronten» und hat einen prächtigen Bilderkatalog veröffentlicht.

Das Jüdische Museum Berlin gibt in einer Kabinettsausstellung Einblick in die Geschichte der deutschen Juden im Ersten Weltkrieg.

Von L. Joseph HEID

Einhundert Jahre Erster Weltkrieg und die Verlagsproduktionen zu diesem Thema überschlagen sich. Dabei ist es eine erfreuliche Begleiterscheinung, dass auch die Partizipation der deutsch-jüdischen



Orden, und Embleme von Julius Fliess (1876-1955)

© Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Dorothee Fliess

Soldaten in den Blickpunkt der Historiographie rückt, ein bislang eher stiefmütterlich behandelter Aspekt – der Krieg aus jüdischer Perspektive. Das Thema schlägt sich auch in den zahlreichen Ausstellungen nieder.

Seit dem 3. Juli und noch bis zum 16. November 2014 läuft im Jüdischen Museum Berlin die Ausstellung «Der Erste Weltkrieg in der jüdischen Erinnerung». Diese sorgfältig kuratierte Kabinettsausstellung besteht aus Objekten der museumseigenen Sammlungen. Obgleich sie eher überschaubar mit Exponaten bestückt ist, gewährt die Ausstellung dennoch einen Einblick in eine der weltweit größten Sammlungen zur Geschichte der deutschen Juden im Ersten Weltkrieg. Präsentiert werden mehr als 170 Objekte, die eine persönliche Sicht auf das Leben der deutsch-jüdischen Soldaten und ihrer Familien während des Großen Krieges zeigen.

«Ehrenkreuze» ohne Wert

Von den etwa 100.000 deutsch-jüdischen Soldaten, die sich zum allergrößten Teil freiwillig zu den Waffen gemeldet hatten, erhielten trotz vielfacher antijüdischer Zurücksetzungen 1.500 das Eiserne Kreuz Erster Klasse. Der Fliegerleutnant Wilhelm Frankl war einer von ihnen. Er war mit 16 Abschüssen einer der erfolgreichsten Jagdflieger und wurde mit dem «Pour le Mérite» ausgezeichnet – nachdem er sich hatte taufen lassen.

Die aus dem Krieg 1918 heimgekehrten deutsch-jüdischen Soldaten konnten sich nach 1933 keineswegs des Dankes des Vaterlandes gewiss sein: Sie wurden zwar mit Scheinprivilegien ausgestattet und erhielten sogar noch bis 1935 «im Namen des Führers und Reichskanzlers» Ehrenkreu-

ze für Frontkämpfer. Reichspräsident Hindenburg hatte anlässlich des 20. Jahrestages des Kriegsbeginns veranlasst, «Ehrenkreuze» an verdiente Frontkämpfer zu verleihen. Eine ganze Kollektion dieser Auszeichnungen, die in der Ausstellung wie Perlen an der Schnur aufgereiht zu sehen sind, lösen bei dem Betrachter eine emotionale Reaktion aus. Nicht weniger eindrucksvoll ist eine Fotografie aus dem Jahre 1916, die einen sichtlich stolzen Max Karfunkel mit seinen acht Söhnen, allesamt in Uniform, zeigt. In der vorderen Reihe sitzt der Familienpatriarch mit einem prächtigen Backenbart, und

alle blicken ernst in die Linse.

Begegnungen mit Ostjuden

An der Ostfront trafen jüdische Künstler und Schriftsteller wie Hermann Struck, Jacob Steinhardt, Ernst Oppler, Sammy Gronemann oder Arnold Zweig auf Religion und Tradition einer ihnen beinahe unbekanntem ostjüdischen Bevölkerung. In ihren Zeichnungen und Texten hielten sie ihre prägnanten Eindrücke und Begegnungen fest. Der Schriftsteller Arnold Zweig beispielsweise, 1917 an die Ostfront versetzt und dem Pressedienst des Hauptquartiers Ober-Ost zugeteilt, war dort für die Zensur zuständig. Sowohl das Verhalten der verantwortlichen Militärs, die die ihnen unterstellten Gebiete schamlos ausplünderten als auch das politische Ränkespiel um die Annexionen dieser Gebiete und ähnliches erfüllte den Armierer Zweig mit Abscheu. Die Beobachtungen ließen in ihm die Idee aufkommen, über seine Erlebnisse in Ober-Ost zu schreiben. So entstand der Plan des Romanzyklus *Der große Krieg der weißen Männer*, dessen erster Band die tragische Geschichte des Sergeanten Grischa (1927) ist. Unter dem unmittelbaren Eindruck seiner Kriegserlebnisse schrieb Zweig den großartigen Essay *Das ostjüdische Antlitz*, in dem die betroffenen Ostjuden selbst zu Wort kommen. Die nicht weniger eindrucksvollen Illustrationen stammen aus der Feder des Zeichners und religiösen Zionisten Hermann Struck.

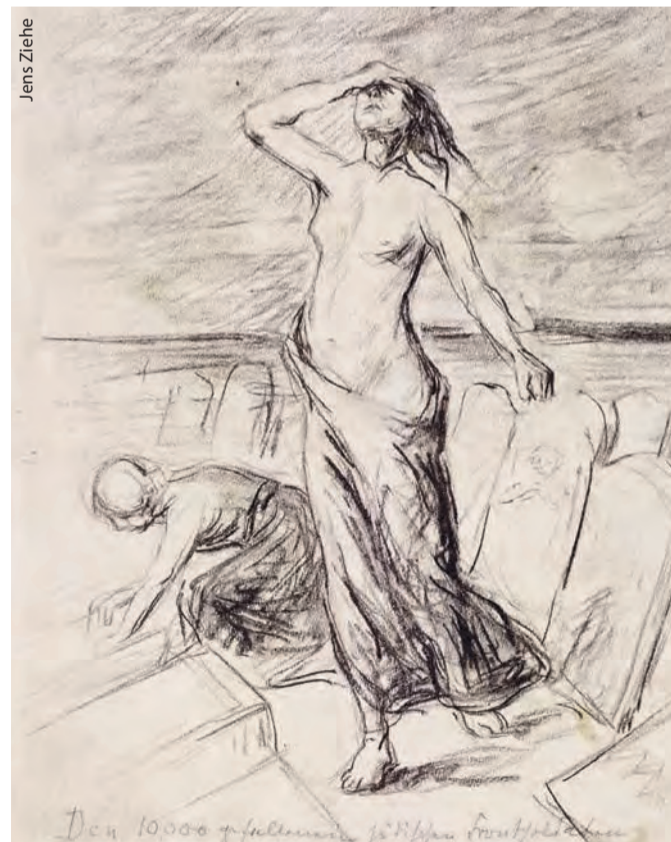
Max Liebermanns ausgestellte Zeichnung «Den 10.000 gefallenen Frontsoldaten» aus den frühen 1920er Jahren steht sinnbildlich für alle Mütter der nicht aus dem Krieg zurückgekehrten jüdischen Frontsoldaten. Liebermanns

Werk zeigt zwei Frauen, die eine steht klagend, während die andere ein Grab pflegt. Sie diente als Vorlage für eine Lithographie, die der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1924 in größerem Format auflegte. Für die 1935 erschienenen «Kriegsbriefe gefallener Deutscher Juden» entwarf Liebermann ein eindrucksvolles Frontispiz.

Die meisten der ausgestellten Exponate wie Militärdokumente, Briefe, Fotos, Feldgebetbücher, Orden und private Skizzenbücher zeigen den Kriegsalltag. Sie sind Teile von Familien-Nachlässen und stammen aus privaten Schenkungen. All diese Objekte bezeugen, wie bei den emigrierten und überlebenden Juden die Erinnerung an die Weltkriegsteilnahme in den deutsch-jüdischen Familien bis heute kollektiv bewahrt wird und immer auch verknüpft bleibt mit der nachfolgenden Katastrophe, die zwanzig Jahre später über das deutsch-europäische Judentum hereinbrach.

Bilderreicher Katalog im Jüdischen Museum München

Die Ausstellung «Krieg! 1914/1918. Juden zwischen den Fronten», die im Jüdischen Museum München seit dem 9. Juli und noch bis 22. Februar 2015 zu sehen ist, besticht durch die personalisierte Form ihrer Präsentation. Hier haben deutsch-jüdische Soldaten Namen und Gesichter, die am Beispiel von sieben deutsch-jüdischen Lebenswegen Kontur bekommen. Der Ausstellungskatalog,



Max Liebermann «Den 10.000 gefallenen jüdischen Frontsoldaten», Kohle, Bleistift, Papier, ca. 1923 © Jüdisches Museum Berlin, Schenkung von Dr. Walter und Hadassah Schwarz

üppig illustriert und durch neun kenntnisreiche Essays bereichert, ist auch in seiner äußeren Form sehr ansprechend gestaltet und eine prächtige Bilddokumentation. Der Katalog zeichnet nach,

wie deutsch-jüdische Soldaten den Krieg in den Schützengräben erlebten und wie diese Erfahrungen fortan ihre jüdische Identität mitbestimmten.

Das Umschlagfoto zeigt eine Gruppe deutsch-jüdischer Soldaten in Kompaniestärke, die sich im Schnee vor ihrer Militärunterkunft irgendwo an der Ostfront versammelt hat. Auf einem großen Schnellball haben die Soldaten eine Menorah gestellt und das hat seinen Grund. In hebräischer Sprache ist im Schnee vermerkt: «Channukka 1916».

Die Geschichte jüdischer Soldaten in den deutschen Armeen dokumentiert letztendlich auch vor allem in der Zeit nach der Reichsgründung im Januar 1871 die Spannung zwischen dem unter deutschen Juden nach wie vor ungebrochenen Integrationswillen auf der einen Seite und dem sich immer stärker bemerkbar machenden «modernen» Antisemitismus in der vom preußischen Militarismus geprägten Gesellschaft auf der anderen Seite.

Patriotismus deutsch-jüdischer Soldaten

Im August 1914 hoffte die große Mehrheit der deutschen Juden, durch Betonung ihrer patriotischen Überzeugung, die letzten Hindernisse auf dem Weg der Eingliederung in die Gesellschaft zu überwinden. Sämtliche jüdische Organisationen in Deutschland, quer durch alle Schichtungen und Schattierungen riefen die Juden am Tag der Mobilmachung auf,

freiwillig zu den Waffen zu eilen. «Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich». Oder es hieß mit religiöser Konnotation: «Wir rufen Euch auf, im Sinne des alten jüdischen Pflichtgebots mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen Euch dem Dienst des Vaterlandes hinzugeben».

Der Patriotismus der deutschen Juden ist nachgerade sprichwörtlich geworden und zieht sich auch wie ein roter Faden durch Ausstellung und Katalog. Von der Möglichkeit, vollständig und gleichberechtigt in die deutsche Umgebungsgesellschaft

aufgenommen zu werden, gab sich die Mehrheit der deutschen Juden dem Traum der Assimilation hin.

Die Verkündung des Burgfriedens durch den Kaiser war ein Versöhnungs-

angebot, das zwar nicht den Juden expressis verbis zugesagt war, gleichwohl begeisternden Jubel bei ihnen weckte. Im Anschluss an seine Thronrede am 4. August 1914 sagte Wilhelm II.: «Zum Zeugen dessen, dass sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben». Als Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gelobte in dieser Zeremonie Max Rothmann dem Kaiser die Treue seiner Berliner Glaubensbrüder. Es war der Ironie dieser Stunde geschuldet, dass einer seiner Söhne früher vergeblich versucht hatte, in das preußische Kadettenkorps aufgenommen zu werden. Rothmanns ältester Sohn Otto fiel im Oktober 1914 als erster seines Regiments.

Die «Judenzählung»

Die Hoffnungen der deutschen Juden, durch patriotisches Verhalten ihre gesellschaftliche Stellung festigen zu können, sollten sich bekanntermaßen nicht erfüllen. Auf antisemitischen Druck kam es im Oktober 1916 zu der sogenannten «Judenzählung», mit deren Hilfe das preußische Kriegsministerium den Anteil der Juden an der Front nachprüfen ließ. Die Begründung des Erlasses war außerordentlich beleidigend, weil die Beschuldigung exklusiv auf die Juden abzielte. Dort hieß es, eine «unverhältnismäßig große Anzahl» von Juden sei vom Kriegsdienst befreit oder Juden «drückten» sich «unter allen möglichen Vorwänden». Diese und viele andere Formulierungen, die sich gemeinhin in der Agitationsliteratur der Völkischen fanden und zu einem antisemitischen Wahlplakat gepasst hätten, waren Bestandteil eines offiziellen staatlichen Erlasses, unterzeichnet von einem preußischen Minister. Damit war die Burgfriedenspolitik endgültig aufgekündigt. Die jü-

dische Öffentlichkeit war erschrocken und man verstand den Erlass als beunruhigendes Vorzeichen. Keine andere kriegführende Nation hielt es inmitten blutiger Gefechte für nötig, auf Grund unbewiesener Gerüchte eine Zählung der Soldaten einer loyalen Minderheit durchzuführen. Nicht ohne innere Be-



Chanukka-Gottesdienst an der Ostfront, 1916 © Jüdisches Museum Frankfurt, Sammlung S. Ajnwojner.

wegung kann man das Faksimile des Formulars «Judenzählung» betrachten.

Im Reichstag kam es am 3. November 1916 zu einer erregten Debatte darüber, in der der liberale jüdische Abgeordnete Ludwig Haas, selbst Frontoffizier und Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse, in aller Deutlichkeit auf die diffamierenden Folgen der «Judenzählung» hinwies. Walther Rathenau, der sein Leben lang darunter gelitten hat, nicht als Offizier zugelassen worden zu sein und der im Krieg Leiter der Kriegsrohstoffabteilung war, kommentierte den manifesten Antisemitismus jener Tage in tiefer Resignation: «Je mehr Juden in diesem Krieg fallen, desto nachhaltiger werden ihre Gegner beweisen, daß alle hinter der Front gesessen haben, um Kriegswucher zu betreiben.

Der Haß wird sich verdoppeln und verdreifachen».

Der deutsch-jüdische Beitrag im Ersten Weltkrieg war der Versuch, der Ehre des Vaterlandes und des deutschen Judentums gerecht zu werden. Die deutsch-jüdischen Soldaten waren überzeugt, mit ihrer Pflichterfüllung

gegenüber Kaiser und Vaterland die letzten Hindernisse auf ihrem Emanzipationsweg wegräumen zu können.

Bilder erzählen

Allein die Auszüge aus sechs Fotoalben aus der Sammlung S. Ajnwojner des Jüdischen Museums Frankfurt, bislang selten gezeigt, lohnen den Erwerb des Katalogs. Diese Bilder dokumentieren eine Annäherung an die Lebenswirklichkeit osteuropäischer Juden im Ersten Weltkrieg. Sie zeigen noch ein intaktes Shtetl-Leben, einen jüdischen Kosmos, der ein Vierteljahrhundert später unwiderrufflich durch deutsche Hände vernichtet werden sollte. Auf professionellen und zufälligen Schnappschüssen wird das Aufeinandertreffen deutscher Truppen mit den autochthonen osteuropäischen Juden dokumentiert. Deutsche Uniformierte

treten auf den Fotos den polnisch-russischen Juden teils wie Herrenmenschen entgegen. Über die genaue Provenienz der Alben ist wenig bekannt, auch wenn wir wissen, dass der Verband der deutschen Juden Auftraggeber war. Die Bildunterschriften sprechen allerdings für sich, sie lauten etwa: «Polen und Juden als Strassenarbeiter in Lodz»; «Arme russische Juden finden als Chaussee-Arbeiter (Steinklopfer) in dem von den Deutschen besetzten russischen Gebiet Beschäftigung». Das klingt fürsorglich. Von Zwangsarbeit ist hier nicht die Rede! Die Fotografien zeigen, wie es im Katalog heißt, eine «weichgezeichnete Version der tatsächlichen Lebensbedingungen» während des Krieges.

Stimme gefallener deutscher Juden

Im Jahre 1961 erschien eine Neuauflage der «Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden», die auf der ersten Ausgabe dieses Buches von 1935 beruhte. Der «Reichsbund jüdischer Frontsoldaten» hatte diese Briefsammlung seinerzeit edieren lassen und ein Exemplar Reichspräsident Hindenburg übereignet. Die Briefe dieser Männer sind erschütternde Zeugnisse, die die beklemmende Tatsache vor Augen führen, dass der Einsatz für das Vaterland von den Machthabern im Nationalsozialismus mit Verleumdung, Verfolgung und Vernichtung «belohnt» wurde. Die Kriegsbriefe repräsentieren eine Generation jüdischer Deutscher – in ihrer Gesinnung und Vaterlandsliebe ganz Kinder ihrer Zeit –, manchmal sehr pathetisch, eingenommen vom Stolz und kriegerischen Temperament des Nationalstaates, befeuert von einem Patriotismus, dessen Zielsetzung in der Gegenwart seltsam fremd berührt und der nur aus dem Geist der Zeit heraus zu verstehen ist.

Ausstellungskatalog: Ulrike Heikau / Julia B. Köhne (Hg.): *Krieg! 1914 – 1918. Juden zwischen den Fronten*, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2014, 328 S., 24,90 € ISBN 978-3-95565-063-6

Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser

Buchbesprechung von Michael ROSENKRANZ

Bevor es 1941 zu einem «Judenhaus» gemacht worden war, zu einem Haus in dem Juden aus der Umgebung bis zu ihrem Abtransport zusammengepfercht wurden, war es eines der wenigen Häuser gewesen, das ein Jude hatte erwerben dürfen, um darin zu leben. Nun steht es im Freilichtmuseum Detmold: Ein kleines Fachwerkhaus mit einem schmucken Erker. Einst standen im Wohnzimmer Polstermöbel mit rotem Plüsch und ein Grammophon, – das erste in jenem Dorf in Westfalen, aus dem das Haus stammt. Am Türpfosten ist noch die Halterung der Mesusah-Kapsel erkennbar. Der Rest fehlt.

Seit den antijüdischen Pestpogromen 1350 und durch behördliche Verfügungen bedingt, vermochten in Westfalen Jahrhunderte lang nur wenige Juden zu leben, unter 1 % der Gesamtbevölkerung. Ab 1942 gab es dann keine mehr. Doch sie hinterließen auch hier ein überproportionales Erbe in der deutschen Kultur, fortan seiner Sachwalter beraubt – Traditionen hatten ein Ende gefunden.

Nach dem II. Weltkrieg bildete sich in

Deutschland eine kleine neue jüdische Gemeinschaft Überlebender, nicht die Erbin der bisherigen. Diese wiederum nahm den Andrang jüdischer Flüchtlinge aus der zerfallenden Sowjetunion nach 1989 auf, die die bestehenden jüdischen Gemeinden anschwellen ließen; aber auch sie sind nicht die Erben der bisherigen.

Heute existieren in Westfalen elf jüdische Gemeinden, Neugründungen nach 1945 bzw. 1989, die die Zukunft gewinnen wollen. Es ist das Verdienst weniger engagierter Menschen, das kulturelle Erbe der Juden in Deutschland aus der Zeit vor dem Holocaust der Vergessenheit zu entreißen, zu bewahren und den heute hier nun lebenden Juden und Nichtjuden eine Brücke dorthin zu bauen.

Dr. Manfred Keller, evangelischer Pastor, dem es um die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Christen und Juden ernst ist, vermochte ein ganzes Team Gleichgesinnter zusammen zu führen und mit ihnen seit 2008 die Biennale «Musik & Kultur der Synagoge» mit zahlreichen Veranstaltungen in Westfalen auszurichten. Sah das ursprüngliche

Konzept der Biennale lediglich Konzerte und musikalische Workshops vor, so konnte das Angebot in den Jahren 2010 und 2012/13 um Vorträge und Lesungen, wissenschaftliche Tagungen und Ausstellungen erweitert werden. Die Erträge der 3. Biennale gab Keller zusammen mit dem Historiker Dr. Jens Murken unter dem Titel «Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser» als Buch heraus. Der soeben in 2. Auflage erschienene Sammelband ist ein gut lesbares, kurzweiliges Lesebuch zu Geschichte und Kultur der Juden in Westfalen, mit Artikeln renommierter Verfasser und einem ausführlichen Anhang mit Anmerkungen und Quellenangaben. Man erfährt über die wechselvollen Lebensbedingungen von Juden in Mittelalter und Neuzeit, über Synagogenbauten, liturgische Aspekte, Gesang und Instrumentalmusik im jüdischen Gottesdienst, Literatur, Malerei und Bildhauerei jüdischer Künstler in vergangenen Zeiten und bis heute.

Diese Arbeit wird es jüdischen Menschen erleichtern, die aus der Ferne hierher gekommen sind, durch das Kennenlernen dieses kulturellen Erbes hier Wurzeln zu bilden.



Manfred Keller / Jens Murken (Hg.), *Jüdische Vielfalt zwischen Ruhr und Weser. Erträge der dritten Biennale Musik & Kultur der Synagoge. 2. Auflage*. LIT Verlag Berlin 2014, 392 Seiten, gebunden, 34,90 € ISBN 978-3-643-12334-3

75 Jahre nach dem 1. September 1939: Antisemitismus in Osteuropa

Vielfalt kann sehr einheitlich sein

Von Dovid KATZ

Vor 75 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen «Blitzkrieg» gegen Polen der Zweite Weltkrieg, der ganz Europa in eine Katastrophe stürzen sollte. Untrennbar mit dem deutschen Krieg verbunden ist der geplante und ausgeführte Völkermord an allen Juden, die unter deutscher Herrschaft gerieten. Das Jubiläum bietet Anlass, darüber nachzudenken, wie sich Antisemitismus heute in Europa zeigt.

Ginge es um eine theoretische Betrachtung über ein weit entferntes Gebiet, fiel die Analyse vermutlich leicht: Nachdem er dazu geführt hat, dass sechs Millionen Juden in mehreren europäischen Staaten einzig deshalb ermordet wurden, weil sie ihren Mörder als Juden galten; dazu, dass es in ganzen Landstrichen Europas heute keine oder nur noch wenige Angehörige einer Minderheit gibt, die über viele Jahrhunderte doch so viel zur Entwicklung in diesen Ländern beigetragen hat, sollte Antisemitismus heute geächtet sein, ein überkommenes Relikt aus der Vergangenheit. Jedes Wiederaufflackern sollte Verwunderung auslösen und Besorgnis. Besorgnis deshalb, weil man bereits gesehen hat, wozu er führt, und Verwunderung deshalb, weil der Völkermord doch auch zum Ende dieses Hasses geführt haben sollte.

Aber nein, die Menschheit vergisst Lektionen leider viel zu oft und viel zu schnell, zumal auch die letzte Generation der Augenzeugen bald nicht mehr wird Zeugnis ablegen können. Antisemitismus ist leider noch immer in vielen oder den meisten Teilen Europas lebendig.

Im «alten Europa» der Europäischen Union, der NATO-Staaten im Westen und in der Mitte, begegnet uns der Antisemitismus in seinen bekannten Ausprägungen in den extremistischen politischen Parteien und Organisationen. Am linken Rand zeigt sich Antisemitismus in der obsessiven Beschäftigung mit Israel, ohne einen Gedanken an die Menschenrechtslage in anderen Staaten zu verschwenden. Der rechtsextreme Antisemitismus offenbart sich zumeist als eine Mischung aus nostalgischer Verehrung des Hitler-Faschismus, der Ablehnung von Zuwanderung und altmodischem (Ultra-) Nationalismus. Es gibt jihadistischen Antisemitismus als seine heute gewalttätigste und tödlichste Variante, und es gibt eine ganze Reihe von «milderen Vorurteilen» über Juden. Dazu zählen Behauptungen, Juden arbeiteten zu eng miteinander zusammen, sie seien zu erfolgreich in ökonomischen Belangen, beherrschten Medien und Kunst. Und nicht selten zeigen sich noch längst vergessene geglaubte Elemente des christlichen Antisemitismus.

Im russischen und dem Gebiet der GUS-Staaten begegnet man manchmal einer speziell russischen Variante des Antisemitismus, die in der Russischen Föderation und mit ihr verbündeten



Professor Dovid Katz

Staaten vorherrscht. Sie speist sich aus russischem Nationalismus, aus älteren christlichen Vorurteilen, wie sie von der Russisch-Orthodoxen Kirche und anderen gepflegt werden, sowie einem giftigen Gebräu aus Motiven mit ökonomischem, religiösem, nationalistischem oder auf weiteren Stereotypen aufbauendem Hintergrund. Ausgerechnet Menschen mit mehr oder weniger starken jüdischen Wurzeln fallen ironischerweise nicht selten durch ihren «russischen Antisemitismus» auf und sorgen damit für Belustigung unter manchen Beobachtern. Am bekanntesten ist vielleicht der Fall des russischen Nationalisten Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, der als Wladimir Wolfowitsch Eidelstein geboren wurde und über seine Eltern erzählte: «Meine Mutter war Russin, mein Vater – ein Anwalt ...»

Eine weitere spezifische Form des Antisemitismus ist im «Neuen Europa» zu beobachten, jenen osteuropäischen Staaten, die Teil der sowjetischen Sphäre waren und seither Mitglieder der NATO oder der Europäischen Union geworden sind. Damit meine ich vor allem die drei baltischen Staaten – Litauen, Lettland und Estland –, die gewaltsam gezwungen wurden, Republiken der UdSSR zu werden, sowie Tendenzen unter den nationalen Eliten Kroatiens, Ungarns und Rumäniens. Auch ein nicht zur NATO gehörendes Land, das gegenwärtig oft die Nachrichten bestimmt, gehört zu diesen Staaten: die von Gewalt geplagte Ukraine, deren nationalistische westliche Teile eine größere Anfälligkeit für diese spezifische Form des Antisemitismus zeigen, da sich die Ukraine als Nicht-EU-Mitgliedsstaat weniger zurückhalten muss bzw. weniger geniert Antisemitismus fördern kann.

Doch worum geht es bei dieser besonderen Form des Antisemitismus? Ich möchte an dieser Stelle den Lesern berichten, wie ich auf dieses Thema

stieß, als ich 1999 nach Vilnius zog und von Akademikern, Politikern, Angehörigen verschiedener gesellschaftlicher «Eliten», die mir mit Großzügigkeit begegneten, hörte: «Wir schätzen Sie wirklich, wir schätzen amerikanische und britische Juden, wir schätzen Israelis. Wir haben kein Problem mit Juden. Wir mögen nur die einheimischen Juden nicht. Sie sind nicht sehr patriotisch, sie erzählen ihren Kindern, dass ihre Familien während des Holocaust durch unsere Patrioten ermordet wurden, die sich gegen die Sowjet-Tyrannie erhoben hatten. Sie erzählen, dass die Sowjets sie oder ihre Großeltern gerettet hätten. Wir leben wieder im Schatten Russlands, das erneut unsere Unabhängigkeit und Sicherheit gefährden und zerstören kann. Wir brauchen Bürger, die loyal sind!»

Seit 1990 habe ich immer wieder Litauen besucht, ich habe Tausende Überlebende in Weißrussland, Litauen, Lettland, der Ukraine und im nordöstlichen Polen befragt. Die Gespräche, alle in Jiddisch geführt, drehten sich hauptsächlich um die Sprache (um ihre Dialekte), Folklore und um die Erinnerung an die während des Zweiten Weltkriegs vernichtete jüdische Zivilisation in Osteuropa. Doch natürlich ging es immer auch um die Biographie meiner Gesprächspartner, die Ermordung von Familienangehörigen und Freunden während des Holocaust, wie es ihnen selbst gelang zu überleben.

Nahezu ausnahmslos berichteten meine Gesprächspartner von der Brutalität lokaler Nationalisten, Menschen eingeschlossen, die – in den baltischen Staaten – noch immer Nachbarn waren. Begeistert hätten sie mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet, was im Osten Europas oft gleichbedeutend war mit der freiwilligen Beteiligung an den Erschießungen Hunderter vor den Massengräbern – statt Nachbarn «nur» bei der Gestapo zu denunzieren, wie es so oft weiter westlich der Fall war.

Mit anderen Worten: Was ich im Laufe beinahe eines Vierteljahrhunderts in Tausenden von aufgezeichneten Interviews hörte, waren genau solche Erinnerungen, die präzise zu den «Beschwerden» passten, die ich von den Eliten in Litauen gehört hatte, wenn sie mir erläuterten, weshalb sie «ihre» Juden nicht mochten, aber nichts gegen die anderen hätten ...

Es muss nicht besonders betont werden, dass Antisemitismus gegen die Juden im eigenen Land ähnlich dem Rassismus gegen Farbige im eigenen Land («Aber ich habe nichts gegen sie in Afrika») so unheilvoll ist wie jeder andere Hass auf Menschen. Im Fall der nationalistischen und anti-russischen Staaten im Osten Europas verbindet er sich mit einer Reihe von Faktoren, die im Westen oftmals unbekannt sind.

Viele dieser Staaten ehren und verehren tatsächlich Nazi-Kollaborateure

und Täter als ihre «Nationalhelden», weil praktisch alle dieser Komplizen Hitlers im Osten zuverlässig «anti-sowjetisch» waren. Viele nationale Eliten dieser Länder haben mit oftmals millionenschwerer Unterstützung ihrer Regierungen die exportfähige Theorie eines «doppelten Holocaust» entwickelt, mit der sie nationalsozialistische und sowjetische Verbrechen als prinzipiell gleichwertig auf eine Stufe stellen. Der Höhepunkt (besser: Tiefpunkt!) dieser Bewegung war 2008 die Unterzeichnung ihrer «Verfassung», der «Prager Erklärung», in der an fünf Stellen Nazi- und sowjetische Verbrechen gleichgesetzt werden. Das Dokument ist mit seiner Forderung nach der Einführung eines neuen Feiertags, der an die Opfer der Nazis «gleichermaßen» erinnern soll wie an die der Sowjetunion, ein indirekter Angriff auf den Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar. Hauptsächlich von osteuropäischen Nationalisten unterschrieben, zählt der heutige Bundespräsident Joachim Gauck zu den Unterzeichnern des Dokuments.

Zuletzt kritisierte die deutsche Politikerin und Publizistin Vera Lengsfeld die Bundesregierung in Berlin dafür, dass sie einen Beschluss des Europäischen Parlaments vom 2. August 2009 ignorierte, «den 23. August zum gemeinsamen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime zu erklären.»

Hier in Litauen geht dieser speziell osteuropäische Antisemitismus mittlerweile noch etwas weiter als in anderen Ländern. Werden «anti-sowjetische Rebellen» (in vielen Fällen ein Euphemismus für lokale Holocaust-Kollaborateure und Täter) als Helden glorifiziert, haben die Behörden versucht, Holocaust-Überlebende ohne die Spur eines Beweises als «Kriegsverbrecher» anzuklagen, weil diese sich sowjetischen Partisanen angeschlossen und so überlebt haben, der in weiten Teilen des Ostens einzigen Kraft, die ernsthaft Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet hat.

Von Holocaust-Neid schließlich kann man mit Blick auf Nationalisten in Osteuropa sprechen, die einen «sowjetischen Holocaust» gegen sich selbst behaupten, während sie gleichzeitig ihre Rolle im wirklichen Holocaust zu verschleiern suchen. Zu ihren Methoden gehören die Umdefinition und Inflationierung des Begriffs «Genozid», mit dem sie alle sowjetischen Verbrechen belegen wollen.

Es ist heute schwer, alle Formen des Antisemitismus zu identifizieren und gleichermaßen zu bekämpfen, linken, rechten, jihadistischen und antisowjetischen Antisemitismus. Doch diese Anstrengung muss unternommen werden für eine bessere Zukunft.

Übersetzung aus dem Englischen:
Thomas Weidauer

Schändung von NS-Gedenkstätten

Aus dem «Nie wieder!» wird ein «Wir sind wieder da!»

Von Anton MAEGERLE

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus werden immer wieder von Rechtsextremisten geschändet. Das Beschmieren oder Zerstören von Gedenkstätten durch Rechtsextremisten ist eine Form des militant ausgetragenen Kampfes um Symbole. Symbole wie Gedenkstätten bestimmen die Wahrnehmung. Eine geschändete Gedenkstätte erinnert nicht mehr an die Opfer des Nationalsozialismus, sondern an die Bedrohung durch den heutigen Rechtsextremismus. Das aufgesprühte Hakenkreuz verschiebt die Zeitkoordinate des Gedenkens. Nicht die Vergangenheit mahnt die Heutigen, sondern die Gegenwart besetzt ein Symbol dieser Vergangenheit. Aus dem "Nie wieder!" wird ein "Wir sind wieder da!"

Eine CHRONIK an ausgewählten (Vor-)Fällen 2013/14.

Moringen / Niedersachsen

In der Nacht zum 8. Januar wurde das Gebäude der KZ-Gedenkstätte Moringen mit geschichtsrevisionistischen Parolen wie „Lügenmahl“ und „Hier war kein KZ“ beschmiert.

(www.publikative.org v. 09. Januar 2013)

Gardelegen / Sachsen-Anhalt

18 Grabkreuze haben Unbekannte Mitte Januar bei der Gedenkstätte Isenschnibber Feldscheune bei Gardelegen aus der Erde gezogen und als NS-Symbol angeordnet. Es ist die zweite Schändung der Mahn- und Gedenkstätte innerhalb eines Vierteljahrs. Am 13. April 1945 waren in der Isenschnibber Feldscheune mehr als 1.000 KZ-Häftlinge, die zuvor in mehreren Todesmärschen aus KZ-Lagern in die Altmark-Stadt gekommen waren, eingesperrt und bei lebendigem Leib verbrannt oder erschossen worden.

(www.mdr.de v. 14. Januar 2013)

Wittstock / Brandenburg

Der Gedenkort für die Opfer des Faschismus in Wittstock wurde am 4. Juni zum wiederholten Mal geschändet. Unbekannte warfen Blumen um. Zuvor waren nach dem 8. Mai niedergelegte Kränze und Blumengebinde zerstört worden. Vor dieser Aktion waren die Gesichter der in Stein gemeißelten trauernden Menschen am Denkmal mit Farbe beschmiert worden.

(www.maerkischeallegemeine.de v. 06. Juni 2013)

Hellenthal-Blumenthal / Nordrhein-Westfalen

Am 30. Juli wurde der Polizei eine Beschädigung des Synagogendenkmals in Hellenthal-Blumenthal gemeldet. Die bereits durch Steinwürfe beschädigte Glasscheibe des Objekts hatte aufgrund weiterer Steinwürfe zusätzliche Risse erhalten. Das 2008 errichtete Mahnmal wurde schon kurz nach seiner Einweihung beschädigt.

(www.presseportal.de/polizeipresse v. 31. Juli 2013)

Berlin

Am Abend des 8. August wurde im Bezirk Tempelhof-Schöneberg eine jüdi-

sche Gedenktafel beschmiert.

(Jüdische Allgemeine v. 15. August 2013)

Uckermark / Brandenburg

Am 14. August wurde auf dem Gelände des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungslagers Uckermark nahe Fürstenberg/Havel ein Sonnensegel und das Fundament einer Bank zerstört. Sie waren erst am Vortag auf dem frei zugänglichen Gelände von der „Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark“ errichtet worden.

(http://blog.zeit.de/stoerungsmelder v. 15. August 2013)

Hamburg

Am Abend des 17. August schändete ein 36-Jähriger das Mahnmal für polnische Zwangsarbeiter im Hamburger Bezirk Bergedorf. Zunächst zertrat der Täter Blumen, ritzte dann ein Hakenkreuz in den Stein und urinierte auf die Gedenktafel.

(www.bergedorfer-zeitung.de v. 18. August 2013)

Salzwedel / Sachsen-Anhalt

In der Nacht zum 3. Oktober in der Altstadt von Salzwedel (Landkreis Stendal) eine Gedenktafel für jüdisches Leben beschmiert.

(www.mdr.de v. 04. Oktober 2013 / www.stern.de v. 04. Oktober 2013)

Wittenberg / Sachsen-Anhalt

In der Nacht zum 13. Oktober wurde in Wittenberg das „Mahnmal des Judenpogroms im Dritten Reich“ mit Hausmüll beschmutzt.

(www.taz.de v. 14. Oktober 2013)

Siegen - Bad Berleburg / Nordrhein-Westfalen

In der Nacht zum 9. November wurde eine Stele auf dem Jüdischen Friedhof in Bad Berleburg beschmiert.

(www1.wdr.de v. 09. November 2013)

Oschersleben / Sachsen-Anhalt

Unbekannte haben einen Gedenkstein auf dem alten Jüdischen Friedhof in Oschersleben (Landkreis Börde) beschädigt. Die Kratzer und Splitter wurden bei einer Feierstunde zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht bemerkt.

(www.mz-web.de v. 10. November 2013)

Kaiserslautern / Rheinland-Pfalz

Am 16. November wurden Schmiereien am Mahnmal des Synagogenplatzes in Kaiserslautern entdeckt. Tafeln mit den Namen von jüdischen Opfern der NS-Diktatur waren mit einem Hakenkreuz und SS-Runen beschmiert.

(www.rheinpfalz.de v. 18. November 2013)

Freiburg / Baden-Württemberg

In der Nacht zum 25. November 2013 wurde in Freiburg ein Denkmal, das an die Deportation der Freiburger Juden nach Gurs erinnert, antisemitisch beschmiert.

(www.rdl.de v. 27. November 2013)

Traunstein / Bayern

In der Nacht zum 7. Dezember wurde die Inschrift eines Gedenksteins, der an eine in der NS-Zeit in NS-Vernichtungslagern ermordete jüdische Familie erinnert, in Traunstein zerkratzt.

(www.wochenblatt.de v. 18. Dezember 2013)

Lehnitz / Brandenburg

Im Lehnitzer Forst wurde eine Bronze-

platte gestohlen, die an eine australisch-britische Bomberbesatzung erinnerte, die dort im Januar 1944 abgestürzt war.

(www.maz-online.de v. 08. Dezember 2013)

CHRONIK 2014

Berlin

Während der Sylvesternacht haben Jugendliche auf dem Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa randaliert und gegen die Stelen uriniert.

(www.berliner-zeitung.de v. 07. Januar 2014)

Freiburg / Baden-Württemberg

Zum wiederholten Male wurde das Mahnmal auf der Freiburger Wiwili-Brücke, das an die Deportation der Freiburger Juden am 22. Oktober 1940 erinnert, gezielt beschädigt. Der Davidstern wurde in der 7. Kalenderwoche abgekratzt.

(aif.blogspot.de v. 17. Februar 2014)

Berlin

Die Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus am U-Bahnhof Nollendorfplatz wurde beschädigt. Auf die Tafel wurden Beschimpfungen wie „Verbrecher“ geschmiert.

(http://berlin.lsvd.de v. 21. Februar 2014)

Wittstock/Dosse / Brandenburg

In der Nacht zum 26. Februar wurde in Wittstock/Dosse im Ortsteil Biesen eine Gedenktafel, die an den Todesmarsch von KZ-Häftlingen erinnert mit einem Hakenkreuz beschmiert.

(www.internetwache.de v. 26. Februar 2014)

Merseburg / Sachsen-Anhalt

In der Nacht zum 5. März wurde das Mahnmal für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma in Merseburg von zwei männlichen Tätern mit Fäkalien geschändet. 2011 haben maskierte Männer Hakenkreuze auf die Stele gesprüht. Ebenfalls 2011 spuckte ein Mann auf das mit einer Videokamera überwachte Denkmal.

(www.mdr.de v. 05. März 2014)

Herne / Nordrhein-Westfalen

Das Holocaust-Mahnmal in Herne wurde am zweiten März-Wochenende mit schwarzem Kunstharz geschändet. Es handelt sich um den dritten Anschlag innerhalb von vier Wochen.

(WAZ-Herne v. 11. März 2014)

Berchtesgaden / Bayern

In der Nacht zum 22. April wurde eine Tafel zum Gedenken an den Einmarsch der US-Streitkräfte und zur Beendigung des NS-Regimes am Ortseingang von Berchtesgaden mit schwarzer Farbe übergeben.

(www.reichenhaller-tagblatt.de v. 24. April 2014)

Berlin

Das Denkmal für die während der NS-Zeit verfolgten Homosexuellen wurde mit einem Hakenkreuz beschmiert. Eine gläserne Sichtscheibe wurde zerkratzt. Die Beschädigung des Denkmals soll während der Ostertage erfolgt sein.

(www.taz.de v. 29. April 2014)

Himmelfort / Brandenburg

Vom Gelände des früheren Mädchen-KZ Uckermark in Himmelfort, einem

Ortsteil der Stadt Fürstenberg/Havel, wurde ein Sonnensegel gestohlen. Der Vorfall wurde am 14. Mai bemerkt. Bei der Feier zum 69. Jahrestag der Befreiung des KZ Ravensbrück am 4. Mai saßen KZ-Überlebende darunter. Unbekannte hatten bereits im Sommer 2012 das damals neue Sonnensegel nach nur zwei Tagen beschädigt.

(www.neues-utschland.de v. 15. Mai 2014)

Dachau / Bayern

Unbekannte haben die vor drei Wochen eröffnete Gedenkstätte „SS-Schießplatz Herbertshausen“ in Dachau geschändet. Sie legten vor einem Gedenkstein Fichtenzapfen zu einem Hakenkreuz, SS-Runen und den Buchstaben A.H. aus. Auf dem Gelände hatte die SS 1941/42 4.000 kriegsgefangene Sowjetsoldaten ermordet. Der Vorfall wurde am 23. Mai entdeckt.

(www.sueddeutsche.de v. 25. Mai 2014)

Buchenwald / Thüringen

Am Morgen des 25. Mai wurde der Erinnerungsort für Dietrich Bonhoeffer, Friedrich von Rabenau und Ludwig Gehre in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald beschädigt. Teile des Treppenzugangs wurden zerstört und die aus Edelstahl gefertigte Gedenktafel irreparabel demoliert.

(www.juedische-allgemeine.de v. 28. Mai 2014)

Hannover / Niedersachsen

Am 29. Mai bemerkte ein Passant, dass das Ehrenmal auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer in Hannover mit einem Hakenkreuz und den Worten „Kein Friede den Roten“ beschmiert wurde. Auf dem Friedhof ruhen 386 Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus ganz Europa.

(www.haz.de v. 29. Mai 2014)

Staakow / Brandenburg

Am 2. Juni-Wochenende wurde der Jüdische Friedhof im südbrandenburgischen Staakow (Landkreis Dahme-Spreewald) geschändet. Eine Informationstafel wurde zerkratzt und gläserne Stelen, die über die KZ-Außenstelle Jamlitz informieren, durch Steinwürfe beschädigt. Der Sachschaden beträgt ca. 3.500 Euro.

(www.taz.de v. 17. Juni 2014)

Nordhausen / Thüringen

Auf dem Gedenkort des ehemaligen KZ-Außenlagers Ellrich-Juliushütte (Kreis Nordhausen) wurden Ende Juni Informationstafeln mit rechtsextremen Schmierereien verunstaltet.

(www.otz.de v. 01. Juli 2014)

Detmold / Nordrhein-Westfalen

Mitte Juli wurde in Detmold der Gedenkstein am Standort der ehemaligen Synagoge mit roter Farbe beschmiert.

(www.radiolippe.de v. 28. Juli 2014)

Berlin

In der Nacht zum 19. Juli wurde in Neukölln eine Gedenk-Säule für Erich Mühsam umgeworfen. Mühsam war am 10. Juli 1934 von SS-Angehörigen in KZ Oranienburg ermordet worden.

(www.tagesspiegel.de v. 19. Juli 2014)

Vom Judenrebell zum Judenhasser

Vor 150 Jahren fiel Ferdinand Lassalle in einem Duell

Von L. Joseph HEID

Am Morgen des 28. August 1864 standen sich in einem Wäldchen der Genfer Vorstadt Carouge um 7:30 Uhr zwei Duellanten mit Pistolen gegenüber. Der eine war Ferdinand Lassalle, sein Gegenüber Janko von Racowitza.

Racowitza feuerte als erster und traf Lassalle in den Unterleib.

Eigentlich hätte sich Lassalle mit Wilhelm von Dönniges schießen sollen, doch dieser wollte sich nicht mit dem jüdischen Liebhaber seiner Tochter duellieren, den er für nicht satisfaktionsfähig hielt. Als Mitglied der Breslauer Burschenschaft bestand Lassalle auf Satisfaktion, doch sein Duellant beauftragte den neuen Verlobten seiner Tochter, den rumänischen Bojaren Janko von Racowitza. Drei Tage später, am 31. August 1864, starb Lassalle an den Folgen des Schusses.

Der am 11. April 1825 in Breslau geborene Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, hat in seinen 39 Lebensjahren als philosophischer Gelehrter, sozialistischer Theoretiker und Politiker, als agitatorischer Redner und Schriftsteller Leistungen vollbracht, die bis in die Gegenwart nachwirken. Im Bewusstsein der Menschen hat sich nur der eine Lassalle verankert – Jude und Arbeitermessias.

Und wie stand es mit dem privaten Lassalle? Stefan Heym beschreibt ihn in seinem Lassalle-Roman so: «Lassalle, der die Spalten der Presse füllte, Lassalle der Rattenfänger, der Ritter von der traurigen Gestalt, der Judenrebell, Mephisto, Machiavelli, Hochverräter, Anarchist. Den einen Berichten zufolge befand er sich in Berlin, kurz vor seiner Verhaftung, Aburteilung, Einkerkelung; nach anderen trieb er sich in den rußigen Industriestädten des Rheinlands herum, rekrutierte Arbeiterbataillone und führte diese zum Angriff auf die Polizei; dann wieder hieß es, er halte sich am Strand der Nordsee auf und pflege unsittlichen Umgang mit Damen des britischen Adels».

Diverse Zuschreibungen

Lassalles Beziehungen zu Frauen haben zu seinen Lebzeiten, und noch mehr nach seinem Tode, größtes Interesse seiner Biographen sowie der veröffentlichten Meinung hervorgerufen und Anlass zu Spekulationen gegeben. Oft genug mischten sich dabei Sexismus mit Rassismus. Konrad Haenisch, 1918–21 preußischer Kultusministers der ersten SPD-geführten preußischen Landesregierung in Weimar, sagt beispielsweise, Lassalle sei von Frauen «umgirt und umflattert» worden und es sei nicht ausgeblieben, dass er, «durchwühlt vom starken Sexualismus seiner Rasse und voll naiver Lust am erotischen Spiel, zu dem wurde, was man gemeinhin einen Don Juan nennt; man mag ihn sogar, größer, einen Lebemann heißen».

Der Historiker Helmut Hirsch hat das Problem der Definition des hier benutzten Rassebegriffs 1977 angesprochen und die Fragen gestellt: «Wie ist der

„Sexualismus“ der angeblichen Rasse der Juden wohl gemessen worden? Worin unterscheidet er sich von der Führung des Sexualhaushaltes bei einem lebenslustigen Gesellen, wie es etwa der einer anderen „Rasse“ angehörenden Friedrich Engels war?».

Krass die Charakterisierung von Ferdinand Otto Schulz aus dem Jahre 1935 für den Lassalle ein «Vollblutjude» war, der unter der «Feigheit seiner Bluts- und Rassegenossen» litt. Lassalle sei behaftet mit «dem ausgeprägtesten orientalischen Starrsinn», wie Zentnergewicht hänge die «Tragödie seiner Rasse» an seinen Beinen. Das unzeitige



Zum 100. Todestag von Ferdinand Lassalle wurde 1964 eine Briefmarke gedruckt

Abtreten Lassalles beschreibt Schulz in gespenstischer Vorwegnahme der nationalsozialistischen «Endlösung» folgendermaßen: «So versank er in der Kluft zwischen rassischem Sein und unnatürlich gesellschaftlich-politischem Drange, bar aller menschlichen Haltung, wie ein schlechter Romanheld».

Anwalt und Arbeiterführer

Als Anwalt hatte Lassalle zwischen 1846 und 1854 in einem aufsehenerregenden Scheidungsprozess Sophie von Hatzfeldt verteidigt, was ihn schlagartig berühmt machte. Der Gewinn des Prozesses brachte ihm die Freundschaft der Gräfin und eine lebenslange Rente ein. Während der Revolution 1848/49 ging sein politischer Stern in Düsseldorf auf. In den nächsten zehn Jahren pflegte er Kontakt zu Marx und Engels und – trat in Konkurrenz zu ihnen.

Gewiss war Lassalle ein strahlender Arbeiterführer, ein «Achilles», wie Marx ihn bei seinem Tod nannte, gleichwohl ein Mensch mit ausgeprägten Leidenschaften, Schwächen und Affären, die sich insbesondere in seinen privaten Äußerungen spiegeln.

Am 23. Mai 1863 gründete Lassalle den «Allgemeinen deutschen Arbeiterverein». Dies war zugleich die «Geburtsstunde» der deutschen Sozialdemokratie und Lassalle machte sich zu seinem ersten Präsidenten. Sofort begann er mit einer Agitation im Rheinland und hielt im Herbst 1863 und Frühjahr 1864 «Heerschau» ab.

Stefan Heym hat seine dortige Ankunft so beschrieben: «Alles war auf seine persönliche Verherrlichung zugeschnitten. (...) Lassalle entschied, dass es der Sache nützen konnte: die Girlanden, die vor dem Haus quer über die Straße gespannt waren, die jungen Birken, die rechts und links vom Ein-

gang in hölzernen Zubern staken – Dekoration für eine Hochzeit eher als für den Empfang eines politischen Führers. Wieder kam Lassalle der Gedanke an die Geburt einer neuen Religion in den Sinn: Der himmlische Bräutigam trat über die Schwelle; in einer elenden Vorstadtstraße der Industriestadt Elberfeld, ausgerechnet; aber was waren Nazareth, Bethlehem, Kapernaum gewesen – Anhäufungen von Lehmhütten, in denen es nach Ziegen, Schafen, Hühnern stank».

Die Tour wurde zu einem triumphalen Erfolg. An die Gräfin Hatzfeldt schrieb Lassalle: «Ich hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben».

«...einer der besten Juden»

Lassalle träumte, den Kampf für die Befreiung der Juden mit der Waffe aufzunehmen. Aus seinem Tagebuch geht hervor, dass er sich für einen überzeugten Juden hielt.

Mit 15 notiert er darin: «In der Tat, ich glaube, ich bin einer der besten Juden, die es gibt, ohne auf das Zeremonialgesetz zu achten. Ich könnte (...) mein Leben wagen, die Juden aus ihrer jetzigen drückenden Lage zu reißen. Ich würde selbst das Schafott nicht scheuen, könnte ich sie wieder zu einem geachteten Volke machen (...) so ist es meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden, mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen».

Auch aus weiteren Tagebucheinträgen spricht Lassalles Kämpfergeist, während er das passive Leiden der Juden vehement ablehnt. Als er von blutigen Pogromen nach der Ritualmord-Affäre in Damaskus (1840) hört, ruft er empört aus: «Ein Volk, das dies erträgt, ist schrecklich (...). Gab es je eine Revolution, welche gerechter wäre, als die, wenn die Juden in jener Stadt aufständen, sie von allen Ecken anzündeten, den Pulverturm in die Luft sprengten und sich mit ihren Peinigern töteten?» In einem Zornesausbruch schrieb Lassalle folgende Sätze nieder: «Feiges Volk, du verdienst kein besseres Los! Der getretene Wurm krümmt sich, du aber bückst dich nur tiefer! Du weißt nicht zu sterben, zu vernichten, du weißt nicht, was gerechte Rache heißt (...). Du bist zum Knecht geboren!» Lassalle verabscheut jene Juden, die durch ihr ehrloses Verhalten ihr Volk der Verachtung preisgeben; in ihnen sieht er die lebenden Gründe für die Verachtung durch die Umwelt. «Diese Niedrigkeit der Gesinnung», beschreibt er die Passivität der Juden, «dieses Kriechende, diese Gemeinheit – pfui, welch abscheuliches Gemisch!»

Als sich im Jahre 1843 in Frankfurt ein jüdischer Reformverein gründet, der sich zum Ziel setzte, die «Fesseln einer verrosteten Orthodoxie zu sprengen», ist Lassalle sofort interessiert und schließt sich der Bewegung an. Einer der drei Grundsätze, von denen er sich angesprochen fühlt, lautet: «Wir kennen kein Vaterland als dasjenige, dem wir durch Geburt oder bürgerliches Verhältnis angehören». Ein Messias, der die Israeliten nach Palästina zurückführt,

wurde von den Vereinsmitgliedern weder erwartet noch erwünscht.

Abkehr vom Jude-Sein

In einem Brief vom 30. Juli 1844 analysiert Lassalle selbst die Gründe für seine Abkehr vom Judentum und entwickelt seine Ideen über das jüdische Volk. «Man kann», teilt er seiner Mutter mit, «mit allem Recht sagen», «dass die Welt des hebräischen Volkes das Bild, wenn man so will, der vollendeten Häßlichkeit darbietet, der äußersten Gedrücktheit des Menschen vor Gott (...). Die ganze jüdische Welt, religiöse, politische etc. wird ihrem Geist und Bewußtsein wie ihrer äußerlichen Geschichte nach am besten zusammengefaßt als die Welt des Unglücks.» Das Judentum wird also als notwendige Entwicklungsphase der Menschheit in der Vergangenheit aufgefasst, nicht aber als positives Element in der Gegenwart. Es habe sich überlebt und keine Aufgabe mehr zu erfüllen. Daher verwundert es nicht, dass Lassalle 1844 jedes Interesse an diesem Volke verloren hatte, oder mit seinem grandiosen Biograph Shlomo Na'aman ausgedrückt: Lassalle ist «zeitlebens seinem Judentum ausgewichen».

Schon bald hatte er nur noch wenig für das Judentum oder die Religion überhaupt übrig. Ein Jahr später begann er, dass Judentum als lebendige Realität zu negieren. Sein Wandel von der Indifferenz zur Ablehnung des Judentums vollzog sich während der Auseinandersetzung mit seinem philosophischen Lehrmeister Fichte. Fichtes offener Antisemitismus scheint den größten Einfluss auf Lassalles Denken ausgeübt zu haben. In seinem berühmten Werk über die Französische Revolution (1793) hatte Fichte ausgeführt: Wollte man Juden Bürgerrechte geben, so ginge das nicht anders, als, so wörtlich, «in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei. Um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern und sie alle dahin zu schicken».

Natürlich konnte Lassalle nicht gegen die Verleihung der Bürgerrechte an Juden sein, ebenso wenig wie er an die Existenz eines mächtigen jüdischen Staates im Staate glauben konnte. Dass aber sein philosophisches Vorbild so feindselig von den Juden sprach, blieb auf ihn nicht ohne Wirkung.

Allmählich nahm Lassalle eine negative Haltung zum Judentum ein und entwickelte ab 1860 einen offenen Judenhass. Dies belegen seine privaten Briefe. An der Aufrichtigkeit von Briefen mag man zweifeln, doch seine Liebesbriefe scheinen nicht weniger authentisch als seine politischen Schriften.

In letzterem behandelt Lassalle die «Judenfrage» nie systematisch. Man findet in ihnen nach 1860 zwar mehrere Stellen über Juden, sie tragen jedoch einen äußerst fragmentarischen Charakter. Über den Literaturhistoriker Julian Schmidt zetert er einmal: «O, Sie Jude! Sollten Sie vielleicht von Bankiers bestochen sein, um durch den weitgeifen-

den Einfluß Ihrer Literaturgeschichte unser Publikum unmerklich zu judaisieren?» Kein Zweifel, auch das ist Antisemitismus – heute; ob damals, sei dahingestellt.

Lassalle war 35 Jahre alt, als er sich in die junge Russin Sophie Sontzeff verliebte. Diese war nicht gerade begeistert, als er bereits nach ein paar Tagen um ihre Hand anhielt. Er versuchte es dann nochmals per Post.

Offener Judenhass

Dieser Brief vom Oktober 1860 ist einer der ungewöhnlichsten Liebesbriefe, die je geschrieben wurden. Er zieht sich über 40 Seiten großen Formats hin, auf denen Lassalle alle seine wahren und eingebildeten Fehler beschreibt. Er führt als erstes Heiratshindernis an, dass er sich ganz der Sache des Volkes verschrieben habe und fährt fort: «Werden Sie aber auch den zweiten Schlag ertragen, den ich Ihnen zu versetzen habe? Sophie, ich bin – ein Jude! (...) Wenn ich auch innerlich ebenso wenig ein Jude bin wie Sie, und noch weniger, wenn das möglich ist, so habe ich doch dieser Religion noch nicht abgeschworen, denn ich wollte auch keine andere annehmen.» Dann folgt der Satz: «Ich liebe die Juden gar nicht, ich hasse sie sogar ganz allgemein.»

Dieser Brief ist ein Schlüsseldokument zum Verständnis von Lassalles Haltung zu Juden während seiner letzten Lebensjahre. Nicht nur, dass er sich nicht mehr als Jude betrachtete, sondern er betonte sogar, dass er sie hasse. Lassalle scheint überhaupt eine Zeitlang einen aggressiven, an den Zeitgeist angepassten Agitationsstil gepflegt zu haben, auch durch antijüdische Auslassungen.

Es gibt eine weitere Äußerung, die eine große Ambivalenz spiegelt und die zugleich einen Beweis seiner völligen Entfremdung vom Judentum liefert. «Es gibt», sagte er einmal in einem vertrauten Gespräch, «vorzüglich zwei Klassen von Menschen, die ich nicht leiden kann: die Literaten und die Juden – und leider gehöre ich zu beiden».

Für die Hand von Helene von Dönniges wäre er sogar zur Konversion bereit gewesen und fragte: «Du weißt doch, daß ich Jude bin? Würdest Du einen Religionswechsel wünschen?» Lassalle war froh, dass sie verneinte, und sagte, «(...) lieber ist's mir, Du verlangst es nicht; denn es würde furchtbar viel böses Blut machen und mich in den Augen mancher herabsetzen und das, ich sage es offen, wäre mir höchst unangenehm».

Indes kam es nicht zu einer Eheschließung, weil Lassalle meinte entdeckt zu haben, dass Helene «eine verworfene Dirne» sei und dies sogleich ihrem Vater mitteilte – womit er die Satisfaktion der Familie herausforderte. Der neue Bräutigam, Janko von Racowitza sollte die Familienehre der von Dönniges gegenüber dem «abenteuernden Ostjuden» Lassalle wiederherstellen. Und das tat er in einem sinnlosen Duell.

Marx und Engels

Auch Lassalles politischer Kontrahent Karl Marx fand die Juden schlechthin und nicht bloß die jüdische Bourgeoisie abstoßend. Er sprach in der Öffentlichkeit und insbesondere in privater Korrespondenz herabsetzend von ihnen. Lassalle war zur Zielscheibe von Marx und Engels geworden, die in ihrer persönlichen Judengegnerschaft mitei-

ander wetteiferten. In seinen Bemerkungen über Lassalle brachte Marx einen besonders reichen Wortschatz ans Licht. Er nannte Lassalle «Hund» und «Vieh», aber auch «Jüdchen», «Jüdel», «Ephraim Gescheit», «Itzig» oder «jüdischer Baron»; einmal bezeichnete Marx ihn als «jüdischen Nigger». Man sollte diese Ausfälle nicht einfach damit abtun, dass sie eher in persönlicher Animosität oder aus politischer Rivalität als im Rassenhass begründet seien. Marx sah zwar die ungewöhnlichen Erfolge Lassalles, beobachtete möglicherweise mit Neid dessen rasch zunehmende Popularität. Doch wieso musste diese Konkurrenz in Judenfeindschaft ausarten? Es sei aber auch darauf hingewiesen, dass Marx alle anderen Religionen und Klassen nicht minder schmähte. Nicht anders Friedrich Engels, der immer die Ansichten seines Freundes wiederholte. Für ihn war es «widerwärtig» wie Lassalle, der «schmierige Breslauer Jud», mit allerhand «Pomade und Schminke» sein Judentum «zu übertünchen» suche.

Dennoch: Für die beiden Säulenheiligen der sozialistischen Bewegung war Lassalle der hervorragendste Vertreter des gemäßigten Sozialismus in Deutschland. Auf den Tod Lassalles reagierten sie betroffen, wenngleich auf ihre typisch schnoddrig-gehässige Weise. Lassalles Wirken kritisieren, in intimen Briefen ihn hämisch herabsetzen, ist eins; ihn verlieren ein anderes. Engels schrieb am 4. September 1864 an Marx: «Aber was für eine sonderbare Art, ums Leben zu kommen (...), in Kollision kommen mit einem abgedankten Nebenbuhler, (...) und sich von ihm totschießen zu lassen. Das konnte nur dem



Lassalles Grab in Breslau.

Lassalle passieren bei dem sonderbaren Gemisch von Frivolität und Sentimentalität, Judentum und Chevaleresktuerei, das ihm ganz allein eigen war». Marx antwortete postwendend und meinte: «Was seinen Todesvorwand angeht, so hast Du ganz recht. Es ist eine der vielen Taktlosigkeiten, die er in seinem Leben begangen hat. With all that tut's mir leid, daß in den letzten Jahren das Verhältnis getrübt war, allerdings durch seine Schuld».

Einen Monat später kam Engels noch einmal auf die Todesumstände zurück und sein Brief vom 7. November 1864 an Marx ist ebenso lasziv wie antijüdisch. Bei Engels mischten sich Sexismus und Neid auf sexuelle Potenz mit Judenabscheu, wenn er schreibt: «Der Lassalle ist offenbar daran kaputtgegangen, daß er das Mensch (womit er Helene v. Dön-

niges meinte, L.J.H.) nicht sofort in der Pension aufs Bett geworfen und gehörig hergenommen hat, sie wollte nicht seinen schönen Geist, sondern seinen jüdischen Riemen.»

Edmund Silberner, der so gründlich wie niemand anders die Haltung führender Sozialisten und Kommunisten zur «Judenfrage» erforscht hat, kommt zu folgendem Schluss: Lassalle behandelte die Juden – ebenso wie Marx – so, als ob sie nur einer sozialen Schicht angehören würden, es keine armen, arbeitenden Juden gäbe. «Er verabscheute eben die Juden ganz unabhängig davon, welcher Klasse sie angehörten, ob reich ob arm, Ausbeuter oder Ausgebeutete».

Würdigungen und Stereotype

In seinen politischen Motiven unterschied sich Lassalle kaum von anderen jüdischen Sozialisten. Doch ist erlaubt zu sagen, dass den anderen die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit und Befestigung der jüdischen Gleichstellung stärker bewusst war, als dem politisch ambitionierten Lassalle.

Kein Sozialist erfreut sich in Deutschland größerer Popularität als Ferdinand Lassalle. Als Schriftsteller, Redner und Agitator entwickelte er außergewöhnliche Fähigkeiten; ebenso ausgeprägt waren aber auch seine Extravaganzen und sein Machtwille. Gleichzeitig gibt es kaum eine Biographie, die nicht den Aspekt seiner jüdischen Abstammung auf sein Tun und Lassen hervorhebt.

Eduard Bernstein behauptet, dass Lassalles Herkunft einen «verhängnisvollen» Einfluss auf ihn gehabt habe und es ihm nie gelungen sei, sich über seine Abstammung hinwegzusetzen. Franz Mehring hebt mit antisemitischem Ton Lassalles Herkunftsmilieu russischer und polnischer Juden, «die nun einmal beim günstigsten Vorurteile nicht zur Blüte der Menschheit gerechnet werden», hervor. Lassalles Kleidung war stets sorgfältig soigniert, so dass er in Versammlungen von den zumeist verarmten Arbeitern abstach. Auch das Ohr der Zuhörer musste sich, wie Theilhaber schreibt, an seinen schlesischen Dialekt gewöhnen, dem ein allerdings kaum auffälliger jüdischer (jiddischer) Timbre anhaftete.

Lassalle wurde am 15. September 1864 auf dem Alten Jüdischen Friedhof in Breslau bestattet. Rabbiner Dr. Manuel Joel hielt die Grabrede und war wegen der hohlen Phrasen, mit denen er Lassalles Judentum und Jude-Sein aus dem Nichts hervorzaubern musste, nicht zu beneiden. Er sagte dabei: Wenn auch Lassalle nicht als Jude gelebt habe, so sei er doch mit dem «Schema Israel» (Höre Israel!) im Herzen gestorben. Gustav Mayer, der Herausgeber der Lassalle-Briefe, meint dazu: «Das war wohl eine Verlegenheitswendung des Geistlichen».

Agitator und Antisemitenfreund

«Er war derart auf sein Vorhaben fixiert», schreibt Shlomo Na'aman, «dass er den Antisemitismus seiner Umgebung nicht erfasst hat», da er sogar den

eingefleischten Antisemiten Wilhelm Rüstow zum Sekundanten bei seinem Duell machte. Na'aman weiter: «Den Antisemitismus hat er ganz bewusst und instrumental für seine Agitation eingesetzt. Dass er dann auf ihn rückwirkte, hat er nicht bemerkt» und fühlte sich sogar im Kreis von ausgesprochenen Antisemiten wohl.

Für diese Annahme spricht auch das Verhältnis zu seinem Mitarbeiter und Nachfolger Johann Baptist von Schweitzer. Der hatte 1863 die Schrift «Lucinde oder Kapital und Arbeit» verfasst, ein Schlüsselroman, in dem antikapitalistische, antiliberalen und antisemitische Elemente miteinander vermengt und kaum ein judenfeindliches Klischee ausgelassen war, um die politischen Gegner verächtlich zu machen. Erstaunlich ist, dass v. Schweitzer sein Opus Lassalle widmete. Lassalle hieß die «Lucinde» als brauchbare Propagandawaffe seiner sozialen Agitation willkommen und dankte dem Autor überschwänglich, ohne über die antisemitischen Tendenzen ein Wort zu verlieren. In seinem Brief vom 2. Oktober 1863 meinte Lassalle: «Der Roman muß die vortrefflichste Wirkung haben! In dieser lebendigen und treuen Darstellung begreifen die Arbeiter die Sache noch besser und leichter als bei der kritischen Behandlung!»

Der jüdische Revolutionär Lassalle war ein Typ des jüdischen Intellektuellen, dem misstraut wurde. Dieses Misstrauen war der große Hemmschuh in Lassalles Wirken. Na'aman urteilt: «Er hat es nur dann überwunden, wenn er hypnotisch oder messianisch verklärt auftrat, und das garantierte sein Tod quasi als Märtyrer der Bewegung».

In Felix A. Theilhabers letztem deutschsprachigen Buch, das 1946 in Tel Aviv erschienen, findet sich ein Gedenktext über Ferdinand Lassalle. Theilhaber beendet diesen mit dem Hinweis, dass Lassalle nicht als König des Volkes, sondern im September 1864 als der schlichte Sohn der jüdischen Gemeinschaft auf den Guten Ort nach Breslau zurückgekehrt sei, wo alle die ruhen, über die er hinaus hatte wachsen wollen.

In der sogenannten Arbeitermarseillaise und in anderen Liedern wurde Lassalle posthum besungen. Eine Zeile von 1865 umschreibt Lassalles Weg wohl am besten:

*Zu Breslau ein Kirchhof,
ein Toter im Grab –
Dort ruhet der Eine,
der Waffen uns gab.*

Für uns «bleibt Hamas eine populäre politische Partei»

Deutsche Nahost-Experten über den Gaza-Krieg • Von Matthias Küntzel
Hamburg, den 22. August 2014

Blog: Texte von Matthias Küntzel, URL dieses Textes: <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/fuer-uns-bleibt-hamas-eine-populaere-politische-partei>
Der Originaltext hat Fußnoten, die wir hier nicht drucken. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Selten wurde das Debakel der deutschen Nahostforschung so kompakt illustriert wie im «Offenen Brief von deutschen Nahost-Experten zur Gaza-Krise», der seit einigen Tagen kursiert.

Zwar fehlen einige wichtige Namen, doch gehört zu den 94 Erstunterzeichnern die Führungsspitze des Berliner «Zentrum Moderner Orient» (ZMO), das hauptsächlich aus Mitgliedern des Berliner Senats und der Bundesregierung finanziert wird, um uns den Nahen Osten zu erklären.

Zu den weiteren Unterzeichnern gehören Leiter von Universitätsabteilungen und Hilfsorganisationen, Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung, seriöse Forscher wie Stefan Wild und Helmut Mejcher und hoffungslose Fälle à la Michael Lüders und Ludwig Watzal.

Angeführt wird die Liste wohl nicht zufällig von Helga Baumgarten, einer Professorin aus dem Westjordanland, die 2006 eine apoletische Schrift über die Hamas veröffentlichte und darin die Hamas-Charta von 1988 dokumentiert. Damals erklärte sie die Charta für «weitgehend überholt» und berief sich auf «führende Hamas-Mitglieder», die ihr «in langen Gesprächen» erklärt hätten, dass die Neuformulierung der Charta längst in Arbeit sei.

Doch das war heiße Luft. Das antisemitische Machwerk blieb unverändert. Bis heute beruft sich die Hamas auf die «Protokolle der Weisen von Zion» wie auch auf den Befehl des Propheten: «Die Muslime werden sie [die Juden] töten». Die Charta verspricht, «Allahs Banner auf jeden Zoll Palästinas zu hissen», Israel also auszulöschen.

Frau Baumgarten und ihrer Mitunterzeichner haben sich jedoch nicht an die Bundesregierung gewandt, um sie über die Hamas-Ideologie aufzuklären, wie es sich für Nahost-Experten eigentlich gehört. Sie wollen stattdessen erreichen, dass Berlin sich der Hamas annähert und sich von Israel entfernt.

Der «Offene Brief» fordert auf der einen Seite, dass «der Dialog mit den politischen Vertretern der Hamas ... nicht länger verweigert werden (sollte)». Er verlangt andererseits, «die militärische Zusammenarbeit mit Israel auf den Prüfstand zu stellen», «die restriktiven deutschen Rüstungsexportbestimmungen» auch auf Israel anzuwenden sowie eine finanzielle «Kompensation von Israel» für zerstörte Infrastrukturprojekte im Gazastreifen zu fordern.

Menschenrechte in Gaza

Ich fand zunächst bemerkenswert, was die Gruppe der 94 über sich selber schreibt. Sie bezeichnen sich als Menschen, die sich «mit der Entwicklung in den besetzten palästinensischen Gebieten» beschäftigen, Punkt. Keiner scheint sich auch mit Israel zu beschäftigen.

Diese Abgrenzung entspricht der Arbeitsweise des «Zentrums Moderner Orient». Es klammert Israel bei seinen Forschungsarbeiten über den «modernen Orient» aus. Warum aber sollten sich Menschen, die Israel ausklammern, «Nahost-

Experten» nennen?

Eher scheint die Bezeichnung «Palästina-Experten» angebracht. Immerhin brüsten sich die Erstunterzeichner nicht nur damit, dass sie «Demokratie(arbeit), Friedens(arbeit) und Menschenrechtsarbeit vor Ort in den besetzten palästinensischen Gebieten» leisten. Sondern sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass sie «Partner/innen, Kollegen/innen und Freund/innen im Gazastreifen» haben. Donnerwetter, dachte ich mir, Hut ab! Immerhin werden die Menschenrechte besonders in Gaza permanent verletzt. Einige Beispiele aus dem letzten halben Jahr:

Seit Ende 2013 werden Mädchen und Jungen ab 9 Jahren in Gaza-Schulen nur noch getrennt unterrichtet. Bewaffnete Tugendwächter führen seither verschärfte Kleiderkontrollen durch und unterbinden Kontakte zwischen Jungen und Mädchen. Zur gleichen Zeit setzte die Hamas eigene Schulbücher ein – Lehrmaterial, in dem Israel oder das Oslo-Abkommen nicht vorkommen.

Im Januar 2014 wurden der Palestinian Independent Commission for Human Rights 55 Beschwerden über Folter und Misshandlungen in palästinensischen Gefängnissen übermittelt; 36 aus dem Gaza-Streifen und 19 aus dem Westjordanland. Zusätzlich gab es 85 Beschwerden über Willkürverhaftungen durch palästinensische Bewaffnete.

Im Februar 2014 untersagte die Hamas, dass die von den Vereinten Nationen geleiteten Gaza-Schulen Unterricht über Menschenrechte erteilen. Dieses Thema widerspräche «auf gefährliche Weise der palästinensischen und islamischen Kultur.» Die UN-Behörde protestierte, lenkte aber schließlich ein.

Ende März 2014 verschärfte die Hamas ihr Scharia-Strafrecht. Es sieht in seiner neuen Version bei kleineren Vergehen mindestens 20 Peitschenhiebe und bei größeren mindestens 80 Peitschenhiebe vor, weitet die mögliche Anwendung der Todesstrafe aus und ahndet Diebstähle mit Handabhacken. Die PFLP (Popular Front for Liberation of Palestine) verurteilte das neue Strafrecht scharf.

Im Mai 2014 ließ die Hamas einen 33-jährigen durch ein Erschießungskommando und einen 40-jährigen am Galgen töten, da sie angeblich mit Israel kooperiert hätten. Damit stieg die Zahl der ohne gesetzliche Grundlage durchgeführten Hinrichtungen seit 2007 auf 23. Im Juli 2014 stellte die Hamas 250 Fatah-Mitglieder nach Kriegsbeginn unter Hausarrest. Jedem, der diese Anordnung verletzte, wurden die Knie mit Gewehr-schüssen zertrümmert. 125 Fatah-Mitglieder machte die Hamas zu Krüppeln. Protesterklärungen der Fatah blieben wirkungslos.

Im August 2014 warfen Hamas-Militante den Leichnam des von Kugeln durchsiebten ehemaligen Pressesprechers ihrer Organisation, Ayman Taha, vor das Shifa Krankenhaus. Hier ließ man ihn eine Weile liegen. Der Sohn des prominenten ehemaligen Direktors der Gaza-Universität war im gesamten Gaza-Streifen bekannt. Es war das erste Mal, dass ein Mitglied der Führungsriege der Hamas verhaftet und hingerichtet worden ist. Der Vorwurf: Er habe für Ägypten spioniert. Kurz darauf fand eine Protestdemonstration gegen die Hamas statt, «bei der palästinensische Sicherheitskräfte mehr als ein Dutzend Teilnehmer

erschossen», so ein Bericht der FAZ. Ein Fernsichteam wurde daran gehindert, diese Demonstration zu filmen.

Diese unvollständige Liste zeigt, dass der Terror der Islamisten gegen die eigene Bevölkerung eskaliert. Hat in den letzten Monaten einer der 94 «Palästina-Experten» und «Menschenrechtsarbeiter vor Ort» dafür gesorgt, dass einer dieser Menschenrechtsverstöße untersucht, bekannt gemacht, skandalisiert wurde?

Ich jedenfalls habe hiervon nichts bemerkt, bin aber für Hinweise dankbar. Im Moment drängt sich der Eindruck auf, dass Verstöße gegen Menschenrechte nur dann Gegenstand des Interesses sind, wenn jüdische Israelis sie begehen, während Verbrechen palästinensischer Regierungsstellen weitgehend unbeachtet bleiben. Sollte man anstatt von «Palästina-Experten» vielleicht besser von «Anti-Israel-Experten» reden?

Mildernde Umstände für die Hamas

Der «Offene Brief von deutschen Nahost-Experten» ergreift für die Hamas gleich dreifach Partei.

Erstens findet sich im Text kein Wort zur Kriegsführung der Hamas. Dass sie den Krieg mit Israel provozierte, dass sie nach der ersten Kriegswoche den ägyptischen Friedensplan, den Israel akzeptiert hatte, zurückwies, dass sie massenweise Zivilisten als Schutzschilde missbrauchte – all dies kommt nicht vor.

Der Brief blendet Kontexte und Zusammenhänge aus und ruft stattdessen Bilder der Zerstörung und des Leids in Erinnerung – Bilder, die keine Hintergründe liefern, sondern Assoziationen wachrufen sollen. Von «Bombardierung», «Besatzung» und «Siedlungspolitik» ist die Rede, während man Worte wie «Tunnel», «Kassam-Raketen» oder «Entmilitarisierung» vergeblich sucht.

Zweitens verniedlichen die Unterzeichner den Terror der Hamas. Dies geschieht zum einen mittels der kühnen Behauptung, dass sich die «bewaffneten Gruppen ... von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit nähren». Man greift mit dieser Entschuldigungsformel erneut in die Mottenkiste des Antimperialismus, um sich mit der totalitären Utopie und der Siegeszuversicht der Islamisten nicht befassen zu müssen. Dieses Ausmaß an Ignoranz ist in einer Zeit, in der der «Islamische Staat» und «Boko Haram» Schlagzeilen machen, bemerkenswert.

Zum anderen ist immer nur von «militanten palästinensischen Gruppen» oder «bewaffneten Gruppen» die Rede, nie aber von Gewalttätern der Hamas. «Die Hamas bleibt, ungeachtet der Aktivitäten ihres militärischen Flügels, eine populäre politische Partei», schreiben stattdessen unsere Nahost-Ratgeber. «Der Dialog mit den politischen Vertretern der Hamas sollte deshalb nicht länger verweigert werden, die Bilanz der Isolationspolitik seit dem Wahlsieg 2006 ist ernüchternd.»

Wenn auch von einem kritischen Dialog die Rede ist und davon, dass der Verzicht auf Angriffe und terroristische Mittel Voraussetzung dieses Dialogs sein müsse, ist doch der positive Bezug zu dieser Gruppe, die die EU auf ihre Terrorliste setzte, nicht zu übersehen.

Drittens aber tauchen der Name «Mahmoud Abbas» oder die Bezeichnungen «PLO» und «Fatah» in dem «Offenen Brief» nicht auf. Helga Baumgartens

Widerwille gegen den etwas moderateren Kurs des PLO-Führers Mahmoud Abbas ist bekannt.

Die Politik von Abbas, erklärte sie 2003 in einem Interview, stehe «für eine Option, die versucht, sämtliches Widerstandspotential auf der palästinensischen Seite mit Gewalt niederzuschlagen und zwar mit Unterstützung der Amerikaner und des CIA.» Mahmud Abbas, bekräftigte Frau Baumgarten, gelte «in den Augen der palästinensischen Bevölkerung als ein Vertreter derjenigen, die mit den Israelis kollaborieren.»

Die Professorin hält mit dieser Einschätzung einem Dogma der Achtundsechziger die Treue, demzufolge nur der jeweils radikalste Kämpfer gegen Israel zu unterstützen sei. Diese Haltung steht in einer langen Tradition, die in den Dreißigerjahren mit dem Mufti von Jerusalem – einem Nazifreund und Antisemiten – begann. Es ist eine Tradition, bei der die palästinensischen Araber stets nur als Spielmasse für ideologische Konzepte missbraucht wurden, eine Tradition, die ihnen bis heute nichts als Niederlagen, Tod und Zerstörung beschert hat.

Selten aber war das Paradigma des antiisraelischen Kriegs so isoliert wie jetzt: Der Gaza-Krieg von 2014 hat in der arabischen Welt den Hass auf die Praktiken der Hamas ebenso rasant ansteigen lassen, wie die Hoffnung, der moderatere Abbas möge die Führung in Gaza übernehmen. Ich zitiere im Folgenden eine kleine Auswahl Hamas-kritischer Stimmen aus arabischen Ländern, Stimmen, von denen man in den Medien wenig und von «deutschen Nahost-Experten» gar nichts hört.

Wir müssen uns von der Hamas befreien!

Am 7. August 2014 schrieb die palästinensische Kolumnistin Dalia Al-Afifi:

«Wir können nicht ignorieren, dass Ägypten jede Anstrengung unternimmt, um die Aggression vollständig zu beenden – doch die Hamas irrte sich und wies trotzig und von Anfang an die ägyptische Initiative zurück. ... Die Hamas hätte dem Feind Ärger bereiten können, ohne solch eine humanitäre Katastrophe über die Menschen in Gaza zu bringen, wenn sie nur von Anfang an die entscheidende Bedeutung der ägyptischen Initiative verstanden hätte und für eine Verbesserung der Waffenstillstandsbedingungen verhandelt hätte. ... Stattdessen betrachtete sie die Gazaner und deren Sorgen lediglich als Nullen. ... Eine solch gewaltige Zerstörung auf einem winzigen Stück Boden wie Gaza ... kann nicht als Sieg betrachtet werden.»

Am 12. Juli schrieb die Kolumnisten Dr. Nagla Al-Sayyid in der ägyptischen Tageszeitung Al-Gumhouryya:

«Die Hamas hat der palästinensischen Sache Schaden zugefügt und sich als eine idiotische und gescheiterte Bewegung erwiesen.»

Am 13. Juli erklärte der saudische Kolumnist Nasser Al-Sarami in Al-Jazirah:

«Während die armen wehrlosen Menschen den Raketen und Panzern ausgeliefert werden, fliehen die Djihadisten und die Führer der Bruderschaft in die befestigten Höhlen, die sie für sich selbst vorbereitet.»

Am 26. Juli schrieb der ehemalige saudische Botschafter in den USA, Prinz Turki Al-Faisal, in der in London erscheinenden Al-Sharq Al-Awsat:

Die Palästinenser brauchen «eine Füh-

... rung, die ihre beständige Kriegsambition beiseitelegt und ihre Anstrengungen dem Erreichen von Frieden widmet.»

Am 8. August erklärte der libanesischer Kolumnist Khairallah Khairallah in der Kuwaitischen Zeitung Al-Rai:

«Ist irgendjemand gewillt, zuzuhören und von der jüngsten und früheren Vergangenheit zu lernen? Oder glaubt die Hamas, sie könne Palästina und Jerusalem ebenso befreien, wie sie den Gazastreifen 2007 von der Fatah befreite?»

Am 10. August appellierte der Geistliche Othman Al-Khamis in Kuwait an die Hamas und erklärte in einer im Internet veröffentlichten Rede:

«Zeigt um Gottes willen etwas Beachtung für die Leben der Muslime, die getötet wurden. ... Wer ist dafür verantwortlich? Warum wurden sie getötet? ... Ihr sollt den Feind nicht bekämpfen, wenn ihr keine Chance habt, zu gewinnen. Es geht ums Gewinnen, nicht ums Sterben.»

Abschließend das eindrucksvolle Plädoyer des Palästinensers Bassam Eid vom 9. August 2014:

«Die Mehrheit der Palästinenser war gegen die Raketenbeschüsse auf Israel. Die Palästinenser haben kapiert, dass diese Raketen nichts bewirken werden. Palästinenser haben die Hamas aufgerufen, mit dem Beschießen Israels aufzuhören und zu versuchen, mit der israelischen Besatzung zu verhandeln. Doch die Hamas hat niemals die Bedürfnisse der Palästinenser in Erwägung gezogen, sondern nur ihre eigenen Interessen. Also haben sie mit ihren Raketenbeschüssen auf Israel weitergemacht, im vollen Wissen um die zu erwartenden Resultate: Die Hamas bereitet den Weg für den Tod unserer Leute. (...)

Die Hamas braucht diese Tötungen, um von Sieg sprechen zu können. Der Tod der eigenen Leute macht die Hamas mächtiger und befähigt sie, mehr Geld und mehr Waffen anzuhäufen. (...)

Werden diese Toten – derzeit nahezu 1.800, fast 0,1 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens – eine Lehre erteilen, die wir nie vergessen werden? Die Lehre besteht darin, dass wir uns selbst von der Hamas befreien müssen und Gaza komplett demilitarisieren müssen. Dann werden wir Grenzübergänge öffnen. Ich sage dies als loyaler Palästinenser und deshalb, weil ich für meine Leute Sorge trage.»

Man muss schon «Nahost-Experte» sein, um in einer Stellungnahme zum Gaza-Krieg nicht nur diese Einschätzungen, sondern auch die Fatah selbst zu ignorieren. Und man muss ein Dampfplauderer vom Schlage eines Michael Lüders sein, um die Hamas im Deutschlandfunk als «die einzige Institution» zu bezeichnen, «mit der sich die Menschen im Gaza-Streifen identifizieren können.»

Natürlich kann das Ausmaß an Tod und Verstümmelung und die Spur der Verwüstung im Gaza-Streifen spontane Aktivitäten auslösen, die weniger einer bestimmten Analyse als vielmehr der Eingebung des Herzens folgen.

Bei dem «Offenen Brief» an die Bundesregierung sind aber keine emotional aufgewühlte Laien, sondern «Experten» am Werk, Fachleute also, die bezahlt werden und auf deren Urteil sich der Durchschnittsbürger verlassen können muss. Mildernde Umstände kann es da nicht geben.

Der «Offene Brief» fällt den Palästinensern in den Rücken, die für Freiheit und Frieden, d.h. gegen die Hamas kämpfen. Er erschwert friedliche Lösungen, weil er die moderaten Kräfte der Palästinenser ignoriert und auf das islamistische Lager setzt. Er begünstigt den Judenhass auf deutschen Straßen, weil er vom Antisemitismus der Hamas nichts wissen will.

Zusätzlich hat er den Berufsstand des «Nahost-Experten» desavouiert. Dies zumindest mag ein Fortschritt sein.

Fels in der Brandung – Tag 43, Tag 9 der Feuerpause und ihr unrühmliches Ende, 19.08.2014

Blog: Mein Tagebuch aus Zichron Yaakov, URL dieses Textes: <http://estherstagebuchauszichronyaacov.blogspot.de/2014/08/fels-in-der-brandung-tag-43-tag-9-der.html> Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin

Die Feuerpause wurde um weitere 24 Stunden, also bis heute um Mitternacht ausgedehnt.

Beide Seiten, sowie die ägyptischen Mediatoren zeigen sich verhalten optimistisch.

Seit gestern Vormittag ist die Bahnlinie Sderot-Ashkelon aus Sicherheitsgründen eingestellt. Sderot, dicht an der Grenze zu Gaza gelegen, leidet am stärksten unter dem nicht enden wollenden Terrorbeschuss aus Gaza.

Die Bahnlinie, die einige Kilometer unmittelbar neben der Grenze verläuft, kam in den letzten Jahren immer wieder unter Beschuss, die Sicherheit der Fahrgäste konnte nicht mehr gewährleistet werden. Die Bahnlinie wird solange nicht wieder in Betrieb genommen, bis entsprechende Schutzmaßnahmen an den Zuggeräten angebracht sind.



Bibi besucht den Bahnhof in Ashkelon



Bunker in Sderot



Auf Sderot abgefeuerte Raketen

Seit Sonntag wird ein amerikanisch-israelischer Soldat, David Menachem Gordon (21) vermisst. Zuletzt wurde er in der Nähe des Hauses der Medizinischen Einheit in Tzrifin gesehen. Seither fehlt von ihm jede Spur. Jeder vermisste Soldat kann ein entführter Soldat sein...

Heute Abend wurde er tot aufgefunden. Jetzt, wo hoffentlich ein lange anhaltender Waffenstillstand kurz bevorsteht gibt es bereits die ersten Zahlen darüber, was da alles so ver- und gebraucht wurde:

- 4.800.000 Geschosse
- 43.000 Artilleriegeschosse
- 39.000 Panzergeschosse
- 60% wurden verbraucht, der Rest wurde zurückgegeben
- 11.000.000 Liter Diesel
- 50.000.000 Liter Kerosin
- Zusätzlich zu den bereits bei den Soldaten vorhandenen Waffen und anderer technischer Ausstattung wurden ausgegeben:
 - 1.474 Waffen
 - 3.214 Spezialgeräte, inkl. Nachtsichtgeräten
 - 23.000 Schutzbrillen
 - 35.000 Betten/Matratzen
 - 4.000 m Stacheldraht
- Nachdem die neuen Transport LKWs

für Panzer erst im Mai 2015 eintreffen, musste die IDF sich mit den alten begnügen. 50% davon sind mehr als 30 Jahre alt, nur 16% sind jünger als zehn Jahre.

1.073 Busse und 1.147 Taxis waren im Einsatz Die logistischen Kosten für einen (!) Kampftag belaufen sich auf: 15.000.000 NIS (knapp 3.000.000 EUR). Nicht eingerechnet sind hier die Kosten für die Reservisten, Munition und Ersatzteile.

Die Wiederaufstockung der Magazine wird zwischen 2 – 4 Billionen NIS kosten, nicht eingerechnet die Wiederaufstockung der Luftwaffe.



Und er ist vorbei, der Traum vom Waffenstillstand. Wieder einmal haben Terrorgruppen aus Gaza die brüchige Ruhe gebrochen. Ich will nicht sagen, dass es die Hamas war, die wieder aktiv wurde, aber es wurde eben wieder aus Gaza geschossen.

17:10, 18:36:19, 18:36:26, 20:12, 20:13,21:15, 21:16 wurden wieder Raketen auf israelische Zivilisten abgeschossen.

Das Israelische Verhandlungsteam wurde sofort aus Kairo abgezogen. Die Israelis werden nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren, bevor es nicht zu 100% sicher gestellt ist, dass die Verhandlungen «nicht unter Feuer stattfinden werden», eine Hoffnung, an die ich nicht mehr glauben mag.

Die Nachricht an die Hamas ist klar und deutlich: «Israel wird nicht unter Beschuss verhandeln. Wir haben die Geduld und die mentale Stärke den Kampf fortzusetzen bis die Hamas und andere Palästinensische Kräfte einsehen, dass sie uns mit neuerlichen Angriffen nicht bedrohen können. Sie werden durch das Brechen der Feuerpause mehr Schaden erleiden, als sie Nutzen daraus ziehen können.»

Da helfen auch die mehr als vollmundigen Sprüche von Ashraf al-Ajrani, dem ehemaligen PA Minister für Fragen der Strafgefangenen (ja, so was gab es bei ihnen!) und enger Freund von Präs. Abbas nicht mehr, der heute noch dem Israeli-schen Militärradio mitteilte, dass Israel von seiner Forderung nach einer Demilitarisierung von Gaza zurückgetreten ist.

Wishful thinking, aber mit jedem Brechen einer Feuerpause wird immer klarer, dass die Hamas und ihre militanten Freunde in Gaza keine Ansprechpartner für den Frieden sind!

Aus den USA kamen nach Tagen der Unstimmigkeit und auch des gegenseitigen Misstrauens klare Worte:

«Die USA verurteilt Hamas, die Feuerpause am Dienstag gebrochen zu haben. Hamas hat die Verantwortung über die Sicherheit in Gaza ... und der Raketenbeschuss kam von Gaza.» sagte die Sprecherin des Außenministeriums Marie Harf. «Wir sind sehr besorgt über die heutige Entwicklung, verurteilen den erneuten Raketenbeschuss und wiederholen, dass Israel das Recht auf

Selbstverteidigung in solchen Angriffen hat. (...) Aber jetzt, nach den heutigen Entwicklungen, sind wir sehr besorgt und wir verstehen, dass die Feuerpause gebrochen wurde.»

Während es für uns völlig klar ist, dass die Verhandlungen nach einem mehrfachen Bruch der Feuerpause zu einem vorzeitigen Ende kamen, belügt die bisher als relativ objektiv anzusehende Maan News ihre Leser nach Strich und Faden:

«..... Mittlerweile, so der Chef der Palästinensischen Delegation Azzam al-Ahmad wurde von der Delegation ein neues Papier zum Erreichen der Waffenruhe vorgelegt und man erwartet innerhalb der kommenden Stunden eine Antwort. Al-Ahmad sagte, dass die Israelis eine weitere Verzögerung anpeilen, aber dass das für die Palästinensische Delegation unakzeptabel sei. Uns bleiben noch fünf Stunden und wir hoffen, in dieser Zeit eine Antwort zu erhalten, mit der wir dann den nächsten Schritt machen können. Mitglieder der Palästinensischen Delegation beschuldigen Israel der Verzögerungstaktik, durch die die einfachsten Palästinensischen Bitten torpediert würden» (...) Hamas Sprecher Sami Abu Zuhri wies jeden Vorwurf zurück, dass die Hamas am Dienstag Raketen abgeschossen hätte und beschuldigte Israel, die Verhandlungen zu sabotieren.....

Ein kurzer Blick auf die Medien:
Die Presse 16:06: Nach Raketenbeschuss: Israel greift erneut Gazastreifen an
Die Presse 18:22: Raketen auf Israel: Waffenruhe durchbrochen
Die Zeit 21:15: Israel greift erneut "Terrorziele" der Hamas an
NZZ 20:16: Israel verlässt Verhandlungen

BAZ: Netanyahu kündigt Vergeltungsangriffe an
FAZ: Israel bricht Gespräche über Waffenstillstand ab
NYT: ok, da darf ich im August nichts mehr lesen – paypal!

Gerade in diesen Minuten muss ein Dauerbeschuss auf den Süden stattfinden, mein Handy meldet «zeva adom» ohne Unterlass.

Ich füge die Angriffszeiten hier nur ein, damit klar wird, wie der Süden leidet und mit wem wir es zu tun haben.

- 22:25:44
- 22:26:37
- 22:44:29
- 22:44:41
- 22:44:41
- 22:44:51
- 22:43:48
- 22:45:41
- 22:45:45
- 22:45:45
- 22:45:47
- 22:45:47
- 22:45:47
- 22:46:27
- 22:46:35
- 22:46:35
- 22:46:45
- 22:46:53
- 22:47:11
- 22:47:15
- 22:47:15
- 22:47:17
- 22:51:51
- 22:53:03
- 22:53:17
- 22:56:05
- 22:56:27

Das ist ein ganz normaler Angriffsabend im Süden von Israel.

Die Sirenen heulten nicht nur im Süden, sondern auch in Tel Aviv.

Ein Schmock, der Übles dabei denkt

Israelisch angehaucht, jüdisch ironisiert: Haute Cousine in München

Von Irene RUNGE

Meine Münchener Freunde kannten den «Schmock» nicht. Für saudische Familien, die hier im Sommer die Innenstadt bevölkern, ist bayrische Küche kein Thema. Helal ist anders. Koscher auch. Der «Schmock» passt sich nirgends ein. Vorbei an alter und neuer Pinakothek, ägyptischem Museum im Untergrund der Filmakademie. Hinter Lenbachhaus und Königsplatz finde ich zur Augustenstraße 52. Davidsterne über Fenstern und Markisen: Hier muss es sein. Ich öffne die Tür, bin beim Untermieter vom «Schmock» gelandet. Die wilde Haarschneiderei ist kein Teil der kulinarischen Institution, der Frisör zog ein, als sich ein Laden fürs Mittagsgeschäft nicht mehr rechnete. Auf einem blanken Messingschild liest sich etwas pseudohebräisch lateinisch wie «Schmock». Darunter klar: BOMBAY SAPPHIRE FLAGSHIP MUNICH SINCE 2012. Indische Gewürze? Nein, sagt der Kellner, Dry Gin aus dem Hause Bacardi. In den «Bombay Nights» steht der im Mittelpunkt, «Schmock» ist sein hiesiger Werbeträger. An der Bar wird Rinds-Currywurst offeriert, die Tische sind wirtshausgemäß. Gestärktes Weiß, Parkett und



Stuck zieren den hochpreisigen hinteren Restaurantteil. Der Kellner sagt, früher gab es koschere Rindswürste, heute bestellen wir Fleisch beim bayrischen Metzger. Koscher saam manich. Das hängt gerahmt an der Wand. Restaurantinhaber Florian Gleibs soll für jüdischen Humor bekannt sein.

Essen vom Feinsten

Als Vor-Vorspeise kommt ein grüner Klecks granatapfelkerngarnierter Avocado-creme, Augenweide mit Kardamonbeigeschmack, Gaumenfreude. «Israelische Vorspeise» sind acht reichhaltige, köstliche, nahöstliche Highlights, auf den Punkt gewürzt, süßlich, säuerlich, pikant und warmes Pitabrot. Schön und schmackhaft auch Filostrudel mit Spinat und Schafkäse auf Belugaaprikosenlinsen und Schokoladentarte mit Kumquats. Ich bekomme wunschgemäß Leitungswasser. Es gibt koschere Weine. Die oberbayerischen Kellner heißen Philipp und Martin und gehören mit burschikoser Liebenswürdigkeit zum Konzept der modern, israelisch inspiriert, mediterran kosmopolitischen Küche. Sie sind jung, kompetent und sehen blendend aus. «Schmock» ist trotzdem ein kurioser Name für ein exquisites Restaurant. Peinlich dachte ich mir die hauseigene «Klagenmauer», die ich

erst übersah, dabei stecken in den Ritzen der jerusalemsteinähnlichen Gästewand die Zettel. Wer will, bekommt Minifragebögen, kreuzt an, ob glücklich, katholisch, evangelisch oder mit Kindern gesegnet... Der «Schmock» serviert seit 1999 und könnte längst Bar Mitzwa sein. Die Kellner wissen nicht, ob, aber jüdische Feste werden gefeiert.

Provokation, Spiegelbilder und Ironie

Der Chef ist abwesend, Er hatte am Telefon bedauert, mich zu verpassen, die Besetzung würde jede Frage beantworten. Florian Gleibs ist gerade 43 geworden, kam in Berlin zur Welt, die Mutter Israelin, der Vater Deutscher, Schule in Israel, dann verschlug es die Familie offenbar nach Bayern. Am Telefon spricht er hochdeutsch, kein hebräischer Akzent, kein berlinisch oder bayerisch. Weil ich ihn nicht treffe, weiß ich nicht, ob ihn Mutter und Großmütter durch aschkenasisch-jüdische, sephardisch-israelische oder bayerische Küche auf den guten Geschmack brachten.

Wer sein Lokal «Schmock» nennt, will provozieren, parodieren und konfrontieren. Ein edler Hund trägt auf einem Poster den Judenstern um den Hals. Ein schielender Mann soll der Freund und Grafiker des Hauses sein. Auf einem weiteren Plakat steht in Nazischrift: «Deutsche, esst beim Juden!» Kunstvoll kann das eingeschlifene Wahrnehmungsmuster zersetzen. Der Chef hat Ideen. Den feinen Bereich schmücken Spiegel, der Chanukkaleuchter, Lampen im Jugendstil. Diskrete Eleganz. In Spiegelschrift seitenverkehrt steht im Wasserglas rot verschnörkelt «Schmock». Das Kulinarische bleibt zentral. Seit Anbeginn, so Philipp und Martin, wird international mit israelischem Touch gekocht. Kein Wild, kein Schwein, Milch und Fleisch sind nicht getrennt. Jüdisch ja, koscher nein. Es geht um den guten Geschmack, scharfen Witz und kulinarische Qualitäten. Jüdisch oder nicht, Münchens Creme der Creme genießt es. Das Jüdische ist der Subtext, Mischung aus Ironie, Sachverstand und Chuzpe. Logisch und historisch konkret zerlegt Florian Gleibs, welterfahrener



einstiger Reisefachmann, Halbisraeli und Jude, seit 16 Jahren philojüdische und antisemitische Klischees.

Wenn Gäste anderen Gästen im Gasthaus begegnen

Am Nebentisch ein älteres Paar aus Holland. Der «Schmock» steht im Reiseführer. Juden wollen immer wis-



sen, wie es bei anderen Juden zugeht. Sagt der Mann. Die Vorspeise is' lekker. Sagt die Frau und isst nun Thunfisch auf Glasnudeln. Er empfiehlt Königsberger Klops. Not kosher, but good. Später unterhalte ich mich mit einem jungen Paar aus München. Er ist Gemeindeglied und weiß, dass das Essen im «Schmock» besser ist als in den zwei anderen jüdischen Restaurants. Israelische Bistros? Kennt er nicht. Israel gibt es kaum, sagt er. München ist nicht Berlin.



Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern hat durch sowjetische und post-sowjetische Einwanderung fast 11000 Mitglieder, drei Synagogen und das Restaurant «Einstein» im Gemeindezentrum. Es macht Ferien und verweist auf den Koscherladen. Es gibt den Kindergarten, jüdische Grundschule mit Hort, Seniorenheim, Jugend- und Kulturzentrum, Bibliothek, Volkshochschule und zwei Friedhöfe. Weil die Gemeindevorsitzende Charlotte Knobloch beharrlich dafür stritt, wurden die neue Hauptsynagoge, jüdisches Museum und Gemeindezentrum mitten in der Stadt gebaut und 2007 auf dem Sankt-Jacobs-Platz eröffnet. am historischen und nun neuen Ort jüdischen Lebens. Das koschere «Einstein» steht unter rabbinischer Aufsicht, das «Cohen's» wirbt mit «koscher style». Durch dessen Fenster flog unlängst gegen sieben Uhr abends ein Stein, der gottseidank niemanden verletzte. Davon hörte ich in Berlin. Der «Schmock» reagierte mit einem Plakat im Schaufenster: Politik steht bei uns nicht auf der Speisekarte. Im Internet geben Chabad und Liberale Gemeinde nur ihre Telefonnummern preis.

Der Schmock von früher

«Who is Jurren and Shmock?» Eine Frage vor 40 Jahren. Als der New Yorker zeigte, was er meinte, begriff ich: Uhren und Schmuck. Mein Vater nannte diesen und jenen einen Schmock. Kein Töpel, Dummkopf oder Versager, sondern ein Jemand: hochstaplerisch, fast bewundernswert, gerissen, listig, verhaltensauffällig. Kein Ganef gleich Kleinkrimineller, jemand, der irritierte, amüsierte, störte, verärgerte oder von Wichtigerem abhielt. Ein Schmock würde sein Restaurant niemals Schmock nennen. Die Kellner sagen, der Chef ist, wie er ist. Wir, Philipp, Martin, Juki und Köche, sind sein Team. Es könnten mehr Gäste sein, denke ich, als ich zahle. Spätsommerlich hat an diesem Dienstagabend die Konkurrenz der Biergärten gesiegt. Ist «Schmock» das Winterrestaurant der angesagten Maxvorstadt? Hier leben die meisten Münchener Singles, arbeiten Männer und Frauen, die zwischen 12 und 14 Uhr schnell gut essen wollen. Im Gehen zähle ich am Chanukkaleuchter auf dem Poster 16 Arme plus Schammes. 17 Kerzen brennen. Noch eine Chuzpe. Da steht: VERLÄNGERT! CHANUKKA. JETZT NOCH SCHNELL JUDE WERDEN.

Umweg über das kommende Neue

Die Leute in der Bar verabschieden mich, als wäre ich eine alte Bekannte. Ich gehe, keine Straßenbahn, Schienen werden erneuert. An einem Bauzaun das Poster: Münchens NS-Dokumentationszentrum wird am 15. Mai 2015 eröffnet. Ein heller Klotz, versetzte schmale Fensteröffnungen. Plakatiert sind Wünsche von Schülerinnen und Schülern nach einem «lebendigen Ort des Erinnerns und Lernens», «Bezug zur Gegenwart», «über Toleranz lernen». Das Zentrum soll «aktivieren gegen das Vergessen». Denn: «Hier begann alles». München «war schließlich eine Wurzel der NS-Bewegung». Um die Ecke der «Schmock». Einige Straßen weiter die berühmt-berüchtigte Feldherrenhalle. Auf deren breiter Treppe und Balustrade wird gemächlich vormitternächtlich gepicknickt. Das ist die neue Zeit.

Briefe unserer Leserinnen und Leser

*Die Jüdische Rundschau hat etliche Zuschriften erhalten – vielen Dank!
Machen Sie weiter so, nur dadurch wissen wir, was Ihnen schmeckt und was Ihnen fehlt.
Die Jüdische Rundschau behält sich vor, nur ausgewählte Briefe ggf. gekürzt abzudrucken,
sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.*

Begeistert

Es kam bisher nicht vor, dass ich einer Zeitung, besser gesagt, dem Herausgeber, einen Brief schreibe. Aber in Ihrem Falle musste ich es tun, denn ich bin begeistert. In den letzten Jahren habe ich mich mehr und mehr mit Israel beschäftigt, und auch die eine oder andere jüdische Wochenzeitung oder Monatszeitung gelesen. Aber Ihre Zeitung hat mich wirklich schon in ihrer ersten Ausgabe sehr begeistert. Zur aktuellen Lage Israels sind mir zwei Psalme sehr wichtig geworden: Psalm 121 und Psalm 129.

Ihnen alles Gute! Shalom! Beste Grüße aus München

Dietmar Reichenberger, 20. Juli 2014

Größerer Font

Hallo, mit Interesse habe ich die erste Ausgabe der JR gelesen. Anmerkungen zum Design. Vorschlag: weniger Text, für die älteren Leser, die ja eh die Leser schlechthin darstellen, größerer Font, mehr Grafiken, die Inhalte übersichtlich zusammenfassen.

Shalom, Armin Bachor, 4. August 2014

JR: Die Schrift wurde nun vergrößert, wir versuchen uns weiter zu verbessern.

Ich bin empört

Guten Tag,
Ich habe ihre Zeitung zum ersten Mal aus Neugierde gelesen und bin empört. Sie könnten auch

zum Ausgleich Artikel von Uri Avnery oder Ilan Pappé bringen....

Boris Hagel, 19. August 2014

Unterscheidet sich wohltuend

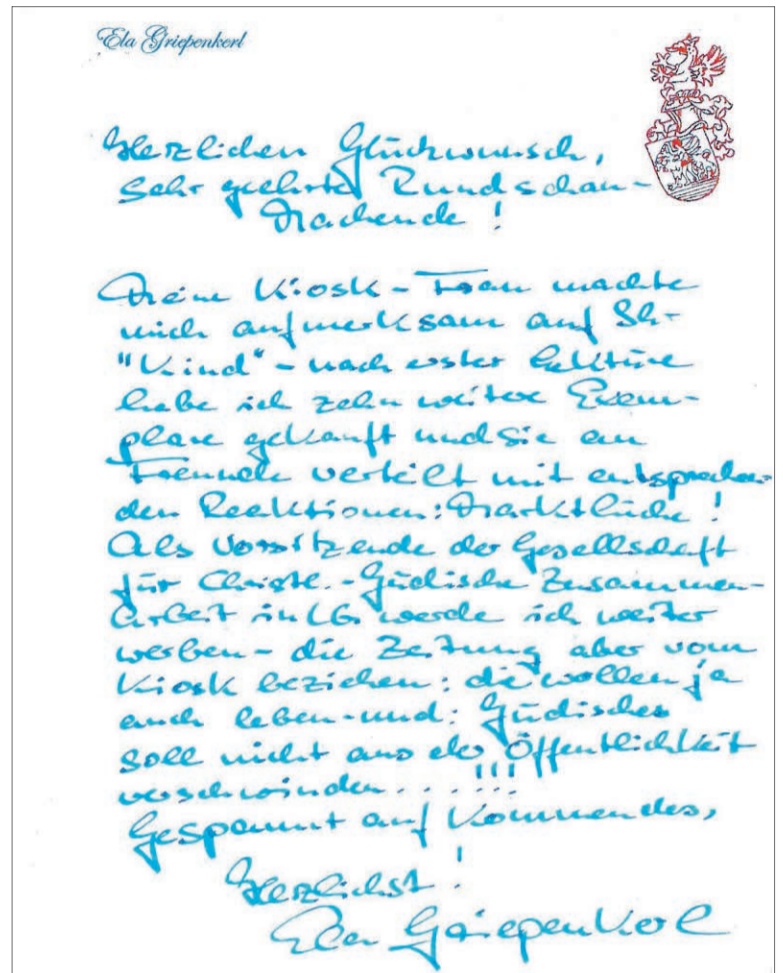
Die 2. Nummer Ihrer neuen Jüdischen Rundschau unterscheidet sich wohltuend von der ersten – es ist viel mehr Sachliches und Interessantes darin, besonders für ein Publikum, das kein «Kirchen»- oder «Gemeindeblatt» braucht oder erwartet. Die politischen Artikel von Dr. Clemens Heni und anderen sowie der Teil Wissen und Kultur (sie beinhaltet natürlich auch die Kunst) wie auch die Abdrucke aus den Blogs gefallen mir besonders.

Meine persönliche Meinung: Der Teil mit Religion, Tradition und Gemeinden könnte noch weiter eingeschränkt werden, denn die jüdischen Leser dieser Zeitung lesen, wenn überhaupt, auch andere entsprechende jüdische Publikationen und diejenigen, die nicht jüdisch sind, können damit wenig anfangen. Ein Desiderat hierzulande ist ein jüdisches Organ, das sich von den anderen bereits bestehenden unterscheidet und vor allem nicht provinziell wirkt. Ein solches könnte die bisherige Lücke schließen.

Ich wünsche der Redaktion daher dahingehend viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Elvira Grözinger, 13. August 2014



Kieler Erklärung gegen Antisemitismus

In den letzten Tagen erleben wir in Deutschland und Westeuropa eine Welle antisemitischer Vorfälle. Antisemitismus wird auf Demonstrationen so offen und massenhaft geäußert, wie lange nicht mehr. Angriffe auf Synagogen und Jüdinnen*Juden in Paris, Essen und Berlin sind die furchtbare Konsequenz der derzeitigen antisemitischen Mobilisierungen.

Auch in Kiel kam es zu antisemitischen Demonstrationen und Kundgebungen. Am Rande einer dieser Demonstrationen wurde ein Antifaschist verprügelt, weil er eine israelische Fahne mit sich führte. Wir verurteilen diese Übergriffe aufs Schärfste und erklären uns solidarisch mit allen Betroffenen von Antisemitismus und antisemitischer Gewalt!

An der Beteiligung und dem Aufrufen zu Demonstrationen, in deren Rahmen Antifaschist*innen angegriffen werden und der Schutz vor Synagogen verstärkt werden muss, an Boykottforderungen gegen den jüdischen Staat und an einem breit getragenen Nichtverhalten erkennen wir, dass auch linker Antisemitismus längst nicht überwunden ist. Wer sich an antisemitischen Demonstrationen beteiligt oder diese rechtfertigt oder wer zum Boykott Israels aufruft, ist kein Bündnispartner für emanzipatorische Politik, sondern vertritt Standpunkte, die wir bekämpfen.

Kiel, den 8. August 2014,

Erstunterzeichner*innen sind die Gruppen: Christopher Street Day Kiel e.V., Kieler Kreisverband von DIE LINKE, Koordinationskreis gegen Antisemitismus Schleswig Holstein, LaDIYfest Kiel Orga, LPG (A) Löwenzahn sowie Einzelpersonen.

Zu finden unter: <http://gegenantisemitismus.wordpress.com/kieler-erklarung-gegen-antisemitismus/> – Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Verfasser.



OPERATION „PROTECTIVE EDGE“ SOLIDARITÄTSKAMPAGNE

Die mehr als 1.000 Raketen, die im Verlauf der letzten Woche auf israelische Zivilisten abgefeuert wurden, haben unter Beweis gestellt, dass die Bereitstellung von Schutzräumen in unmittelbarer Nähe letztlich über Leben und Tod zu entscheiden vermag.

Der Staat Israel hat mit Unterstützung der Förderer des Keren Hayesod – VIA in den vergangenen Jahren große Bemühungen unternommen, um zu gewährleisten, dass Tausende israelische Familien innerhalb von weniger als 15 Sekunden Schutzräume aufsuchen können.

Dennoch gibt es immer noch Zehntausende, denen eine solche Möglichkeit nicht offen steht.

Vor diesem Hintergrund erbat das Zivilschutzkommando vom Keren Hayesod – VIA Unterstützung, um Hunderte von mobilen Schutzräumen (Miguniyot) zu erwerben, die in Regionen aufgestellt werden sollen, in denen keine anderen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Eine solche Einheit kostet 16.000 US-Dollar.



Bank fuer Sozialwirtschaft, Berlin
BLZ 10020500 | KtoNr. 3211200
IBAN: DE5110020500003211200

ICH ♥ ISRAEL
ICH mag DEN KEREN HAYESOD – VIA
f Vernetzen Sie sich mit uns bei Facebook

Inhalt Jüdische Rundschau
 Nr. 3, September 2014
 Elul 5774-Tishrei 5775

POLITIK

Dr. Rafael Korenzecher: *Wort des Herausgebers*.....1
 Clemens Heni: *Das Jüdische Neujahr 5775*.....1
 Martin Sehmisch: *Antisemitismus in Hessen*.....3
 Martin Wassermann: *Wahnhaftige Montagsmahnwachen*.....4
 Gert Weisskirchen: *Der immer alte Ausbruch*.....5
 Miklós Klaus Rózsa: *Ungarn im Holocaust-Gedenkjahr*.....6
 Thomas Weidauer: *Politically Incompetent (PI)*.....7

MEINUNG

Daniel Krochmalnik: *Israelkritiker*.....8
 Thomas Weidauer: *Ein neuer Exodus?*.....8
 Karl Pfeifer: *Das Gespenst*.....9
 Elias S. Pfender/Lena Bindrin: *«...als vielmehr Normalität»*.....10
 Wolfgang Seibert: *Kein freies Leben für Juden mehr*.....10
 Jochen Böhmer: *Antisemitismus und Linke*.....11

ISRAEL

Interview mit dem israelischen Botschafter.....12
 Interview mit Esther Webman.....14
 Stefanie Horn: *Leo Baeck Zentrum in Haifa*.....15

JUDENTUM HEUTE

Monty Ott: *Jüdische Gemeinde Göttingen*.....16

JUDEN WELTWEIT

Ron Jontof-Hutter: *Juden in Australien und Deutschland*.....17

NAHOST

Klaus Faber: *Antisemitismus und Israelhass*.....18
 Thomas Weidauer: *Die palästinensische Botschafterin*.....20
 Interview mit Chaukeddin Issa vom Zentralrat der Jesiden.....21
 Alex Feuerherdt: *UNRWA*.....22
 Jan-Niklas Kniewel: *Barbaren ohne Grenzen (IS)*.....23

WISSEN

Clemens Heni: *Islamforschung und Antisemitismus*.....24
 Akiwa Ben Gideon: *Synagogenasyl in Pinneberg*.....25

KUNST & KULTUR

ART WORKS in München.....26
 Heike Linde-Lembke: *NordArt im Kunstwerk Carlshütte*.....27
 Interview mit Martin Kranz, Jüdische Kulturtag Berlin.....28
 Ralf Frodermann: *Marlene Dietrich und Alfred Lion*.....29

GESCHICHTE

L. Joseph Heid: *WKI in jüdischer Erinnerung*.....30
 Dovid Katz: *75 Jahre nach dem 1. September 1939*.....32
 Anton Maegerle: *Schändung von NS-Gedenkstätten*.....33

MENSCHEN

L. Joseph Heid: *150. Todestag von Ferdinand Lassalle*.....34

AUS DER BLOGGERSZENE

Matthias Küntzel: *Deutsche Nahost-Experten*.....36
 Esthers Tagebuch aus Zichron Yaacov.....37

JÜDISCHE KÜCHE

Irene Runge: *«Schmock» in München*.....38

BRIEFE, ANKÜNDIGUNGEN.....39

Unsere Kontaktadressen

-  J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
-  (030) 54 71 02 50 (Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)
-  redaktion@juedische-rundschau.de
-  (030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)
-  www.juedische-rundschau.de
-  www.facebook.com/jrundschau
-  @jrundschau

Kundgebung in Berlin



Unter diesem Motto

ruft der Zentralrat der Juden in Deutschland alle Menschen im Land dazu auf, sich der Welle von Hass auf Juden entgegenzustellen.

Mit einer großen Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin am Sonntag, 14. September 2014, um 15.00 Uhr möchte der Zentralrat der Juden in Deutschland ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus setzen.

Der Zentralrat freut sich, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Kundgebung sprechen wird. Als weitere Redner werden unter anderem der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, der EKD-Ratsvorsitzende

Dr. h.c. Nikolaus Schneider sowie der Präsident des World Jewish Congress, Ronald S. Lauder, erwartet.

Der Zentralrat erhofft sich eine breite Unterstützung aus Politik, Kirchen und Zivilgesellschaft: «Angriffe auf jüdische Menschen sind doch ein Angriff auf uns alle, auf unsere demokratischen Grundwerte von Toleranz und Freiheit. So etwas dürfen wir in Deutschland keinesfalls akzeptieren und deswegen laden wir alle herzlich dazu ein, mit uns ein entschlossenes Zeichen gegen Hass und Hetze zu setzen. Es ist höchste Zeit, nun gemeinsam aufzustehen. Daher: «Steh auf! Nie wieder Juden Hass!»

«In den vergangenen Wochen wurden wir Zeuge, wie blanker Juden Hass sich offen Bahn gebrochen hat. Die unfassbaren und schockierenden Hass-Parolen auf deutschen Straßen, die Anschläge auf jüdische Bürger und Synagogen haben in der jüdischen Gemeinschaft große Sorgen ausgelöst. Auch in unseren Nachbarländern ist es zu schlimmen antisemitischen Ausschreitungen gekommen. Dennoch lässt sich die jüdische Gemeinschaft nicht einschüchtern, sondern setzt weiter auf die Gestaltung eines selbstbewussten jüdischen Lebens in Deutschland. Auch aus diesem Grund wollen wir am 14. September zeigen: Wir sind da! Und wir bleiben da! Und wir werden allen Anfeindungen entschlossen entgegentreten, gemeinsam mit allen unseren Freunden in der deutschen Gesellschaft.»

Dr. Dieter Graumann

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €)

73 € für zwei Jahre

32 € für ein Jahr als Student (mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **X** _____

Ich zahle:

gegen Rechnung

per Lastschrift (als Dankeschön dafür erhalten Sie 13 statt 12 Ausgaben der Zeitung)

Kontoinhaber: _____
 Konto-Nummer: _____ BLZ: _____
 Kreditinstitut: _____ Unterschrift: _____

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.